Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

7. Mai 1979
Jg. 7 Nr. 19

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

UNO: ,,Wahlen" in Zimbabwe illegal! Sanktionen beibehalten!

z.anb. Nachdem bereits im März auf Initiative der Gruppe der blockfreien Länder im UN-Sicherheitsrat der bevorstehende Wahlbetrug in Zimbabwe als neokoloniales Manöver verurteilt worden war (siehe KVZ 18/79, S.14/15), ist am 1. Mai die sogenannte ,,Wahl" für null und nichtig erklärt und die uneingeschränkte Aufrechterhaltung der Sanktionen gegen das rhodesische Kolonialregime gefordert worden. Außer von den im Sicherheitsrat vertretenen westlichen Imperialisten USA, Frankreich und Großbritannien wurde die Resolution einhellig unterstützt. Letztere hatten sich bereits gegen den gesamten Tagesordnungspunkt massiv zur Wehr gesetzt und begründeten ihre ,,Enthaltung" mit dem ,,vorrangigen Bemühen um eine Allparteienkonferenz", während sie gleichzeitig die Aufhebung der Sanktionen vorbereiten.

Zaire: BRD-Imperialisten müssen Raketenbasis räumen

z.elb. Zaire hat der westdeutschen Otrag alle weiteren Raketenversuche im Land verboten. Der Botschafter Zaires in Belgien begründet das Verbot: ,,... wir (wollen) unsere Zusammenarbeit mit Angola verstärken, und darum meinen wir, daß ein Ende gemacht werden muß mit allem, was der Versöhnung schaden kann." 1976 pachtete die Otrag in der rohstoffreichen Provinz Shaba für 37,5 Mio. $ jährlich ein Gebiet von der Größe der DDR bis zum Jahr 2000 und sicherte sich gleichzeitig die Bodenforschungs- und Schürfrechte, die erhalten bleiben. Erprobung kleiner billiger Raketen, die sich dann in militärisch verwendbare umwandeln lassen, und als ,,Beigabe" eine Militärbasis ist bzw. war das Ziel der BRD-Imperialisten. Brasilien hat sich kürzlich geweigert, die Otrag ins Land zu lassen. Die will jetzt ihre Versuche auf dem Meer fortsetzen.

Generalstreik in Argentinien für Gewerkschaftsfreiheit

z.erm. Am 27. April haben die argentinischen Arbeiter einen Generalstreik für die Erhöhung der Löhne um bis zu 200 DM, Anerkennung ihrer Gewerkschaften und Freilassung aller politischen Gefangenen durchgeführt. Der Durchschnittslohn der argentinischen Arbeiter beträgt derzeit 450 DM. Die Militärregierung General Videlas hat die Löhne auf dem Stand vom März

Zaire: BRD-Imperialisten müssen Raketenbasis räumen

z.elb. Zaire hat der westdeutschen Otrag alle weiteren Raketenversuche im Land verboten. Der Botschafter Zaires in Belgien begründet das Verbot: ,,... wir (wollen) unsere Zusammenarbeit mit Angola verstärken, und darum meinen wir, daß ein Ende gemacht werden muß mit allem, was der Versöhnung schaden kann." 1976 pachtete die Otrag in der rohstoffreichen Provinz Shaba für 37,5 Mio. $ jährlich ein Gebiet von der Größe der DDR bis zum Jahr 2000 und sicherte sich gleichzeitig die Bodenforschungs- und Schürfrechte, die erhalten bleiben. Erprobung kleiner billiger Raketen, die sich dann in militärisch verwendbare umwandeln lassen, und als ,,Beigabe" eine Militärbasis ist bzw. war das Ziel der BRD-Imperialisten. Brasilien hat sich kürzlich geweigert, die Otrag ins Land zu lassen. Die will jetzt ihre Versuche auf dem Meer fortsetzen.

Generalstreik in Argentinien für Gewerkschaftsfreiheit

z.erm. Am 27. April haben die argentinischen Arbeiter einen Generalstreik für die Erhöhung der Löhne um bis zu 200 DM, Anerkennung ihrer Gewerkschaften und Freilassung aller politischen Gefangenen durchgeführt. Der Durchschnittslohn der argentinischen Arbeiter beträgt derzeit 450 DM. Die Militärregierung General Videlas hat die Löhne auf dem Stand vom März 1976 eingefroren und will für 1979 nur Lohnerhöhungen von 4% bei gelegentlicher ,,Anpassung" zulassen. 1978 betrug die Inflationsrate 100%, in den ersten beiden Monaten dieses Jahres allein 21,5%. Trotz der Versuche des Militärregimes, durch Verhaftungen von Gewerkschaftsführern den Generalstreik zu brechen und die Arbeiter mit Waffengewalt zur Arbeit zu zwingen, betrug die Beteiligung am Streik in den großen Städten über 70%. In Buenos Aires wurde die Produktion in den Niederlassungen von Merzedes, Deutz, Chrysler und Peugeot vollständig lahmgelegt.

Streik der Bergarbeiter Asturiens für volle Auszahlung der Löhne

z.arh. In der nordspanischen Industrieregion Asturien – 90% der jährlichen spanischen Gesamtproduktion an Kohle werden hier gefördert – sind die Arbeiter des Bergwerks ,,Minas de Figarede S.A." in einen unbefristeten Streik getreten. Die Besitzer des Bergwerkes, die Gebrüder Figaredo, hatten 1600 Arbeitern des Betriebes einen Teil des Lohnes nicht ausgezahlt. Zum 19. April hatten die Gewerkschaftsorganisationen der Belegschaft zu einem Solidaritätsstreik in ganz Asturien aufgerufen. – 50000 Kumpel und Arbeiter der Region, des staatlichen Betriebes HUNOSA, der Hütten- und Stahlwerke und die Angestellten in den Geschäften und Büros der Stadt Mieres unterstützen mit Streiks die Forderungen der Figaredo-Belegschaft für die volle Auszahlung der Löhne und dafür, daß das Bergwerk vom staatlichen Betrieb HUNOSA übernommen wird.

Imperialistischer Welt-Handelspakt – mehr als brüchig

Erfolge der US-Arbeiterklasse im Lohnkampf / Exportoffensive der USA / Unctad-Konferenz in Manila

z.gek. ,,Amerika besitzt das größte Wirtschaftssystem der Welt... Geben wir unserem Wirtschaftssystem eine Chance zu funktionieren! Ich appelliere an den Kongreß, weitere Maßnahmen gegen die Inflation zu ergreifen – nämlich unsere Exporte zu fördern und amerikanische Arbeitsplätze zu schützen, die durch unfairen Handel bedroht werden... Amerikanische Arbeiter, die sich unserem Kampf gegen die Inflation anschließen, verdienen nicht nur unseren Dank, sondern auch den Schutz durch den Reallohnsicherungsvorschlag, den ich unterbreitet habe... Wir müssen der Inflation als geeintes Volk entgegentreten!" Mit solchen Sirenenklängen, mit starkem Beiklang von Fabriksirene und Luftschutzgeheul, unter Sternenbanner und Adlerwappen, wandte sich Carter in seiner Botschaft zur Lage der Nation im Januar dieses Jahres an die Arbeiter und Volksmassen in den USA.

7% hatte die ,,Reallohnsicherung" betragen sollen, die Carter den Gewerkschaften als ,,freiwillige" Lohnleitlinie zu diktieren gedachte, dies angesichts von Preissteigerungen von 15% auf die Lebensmittel und Gebrauchsgüter. Massiv und brutal sollte die Lohnsenkung sein, um der mit der Dollarabwertung eingeleiteten Offensive des Waren- und Kapitalexports der US-Monopole die entscheidende Durchschlagskraft zu geben. Durchgesetzt werden sollten die 7% zunächst bei den Farmarbeitern und Arbeitern der Forst- und Holzindustrie, denen der Erdölraffinerien, dem Personal der Luftfahrtgesellschaften, und schließlich – als der große Testfall – bei den 300000 organisierten LKW-Fahrern in der Teamster-(Transportarbeiter-)Gewerkschaft. Von hier aus sollte dann bei den im Sommer anstehenden Tarifverhandlungen zwischen der Automobilarbeitergewerkschaft UAW und den drei großen Monopolen des Kraftfahrzeugbaus der Angriff auf die relativ höheren Löhne der besser organisierten Teile der Arbeiterklasse eröffnet werden, die die tragende Säule des gesamten Lohnstandards in den USA bilden.

Dieser Plan ist nicht aufgegangen. Durch energische Streikaktionen haben die LKW-Fahrer in der Teamster-
schutzgeheul, unter Sternenbanner und Adlerwappen, wandte sich Carter in seiner Botschaft zur Lage der Nation im Januar dieses Jahres an die Arbeiter und Volksmassen in den USA.

7% hatte die ,,Reallohnsicherung" betragen sollen, die Carter den Gewerkschaften als ,,freiwillige" Lohnleitlinie zu diktieren gedachte, dies angesichts von Preissteigerungen von 15% auf die Lebensmittel und Gebrauchsgüter. Massiv und brutal sollte die Lohnsenkung sein, um der mit der Dollarabwertung eingeleiteten Offensive des Waren- und Kapitalexports der US-Monopole die entscheidende Durchschlagskraft zu geben. Durchgesetzt werden sollten die 7% zunächst bei den Farmarbeitern und Arbeitern der Forst- und Holzindustrie, denen der Erdölraffinerien, dem Personal der Luftfahrtgesellschaften, und schließlich – als der große Testfall – bei den 300000 organisierten LKW-Fahrern in der Teamster-(Transportarbeiter-)Gewerkschaft. Von hier aus sollte dann bei den im Sommer anstehenden Tarifverhandlungen zwischen der Automobilarbeitergewerkschaft UAW und den drei großen Monopolen des Kraftfahrzeugbaus der Angriff auf die relativ höheren Löhne der besser organisierten Teile der Arbeiterklasse eröffnet werden, die die tragende Säule des gesamten Lohnstandards in den USA bilden.

Dieser Plan ist nicht aufgegangen. Durch energische Streikaktionen haben die LKW-Fahrer in der Teamster-Gewerkschaft sich Lohnerhöhungen von 50 cts. einheitlich für alle plus Teuerungszulagen und erhöhte Sozialversicherungsbeiträge der Kapitalisten erkämpft. Auch die Farm- und Holzarbeiter, schlechter organisiert und bezahlt, haben sich in langandauernden, bitteren Streiks (die z.T. noch anhalten) Lohnerhöhungen über 7% erkämpft.

Für die Entwicklung des Lohnstandards der Arbeiter in der ganzen Welt sind dies äußerst wertvolle Erfolge. Für die Arbeiter in den USA sind diese Lohnerhöhungen angesichts der rasenden Teuerung dennoch ungenügend. Für die US-Finanz- und Monopolbourgeoisie sind es Hindernisse auf dem Weg ihrer Expansion, die sie um so wütender zu überwinden trachtet.

Die führenden US-Monopole haben bereits im letzten Jahr durchschnittliche Steigerungen ihrer Profite von 44,8% verzeichnet, von einem keineswegs niedrigen Ausgangsniveau 1977 aus. Die Senkung des Dollar-Kurses um 15% gegenüber der DM und 4% gegenüber den übrigen Währungen der imperialistischen Konkurrenz (mit Ausnahme der UdSSR) hat den US-Imperialisten tatsächlich gestattet, ihre Exporte im Volumen um 9% zu steigern, und dafür sogar um 17% mehr Dollar zu kassieren. Gleichzeitig haben sie nicht nur Rohstoffe aus der Dritten Welt sowie aus Kanada, sondern auch Investitionsgüter aus Europa und Japan sich in vollen Zügen einverleibt und dafür nur 1% Preissteigerung zu verzeichnen gehabt. Schließlich waren sie in der Lage, ihren Kapitalexport um weitere 15 Mrd. $ zu steigern, und dabei zwei Drittel aus den Profiten selbst zu finanzieren, die die bereits bestehenden Auslandsniederlassungen abgeworfen haben.

Andererseits haben die US-Imperialisten mit der Senkung des Dollarkurses einige Deckungen herunternehmen müssen und stellen jetzt bitterböse fest, daß sich in bisher nicht gekanntem Umfang die Konkurrenten auf dem US-Markt selbst festgesetzt haben, vielfach ebenfalls über direkte Fabrikgründungen oder Einkäufe in US-Gesellschaften, die für sie billiger ge-

worden waren. ,,Kostengünstige Rohstoffbasis mit größerer Versorgungssicherheit (im Notfall wirtschaftliche
Die führenden US-Monopole haben bereits im letzten Jahr durchschnittliche Steigerungen ihrer Profite von 44,8% verzeichnet, von einem keineswegs niedrigen Ausgangsniveau 1977 aus. Die Senkung des Dollar-Kurses um 15% gegenüber der DM und 4% gegenüber den übrigen Währungen der imperialistischen Konkurrenz (mit Ausnahme der UdSSR) hat den US-Imperialisten tatsächlich gestattet, ihre Exporte im Volumen um 9% zu steigern, und dafür sogar um 17% mehr Dollar zu kassieren. Gleichzeitig haben sie nicht nur Rohstoffe aus der Dritten Welt sowie aus Kanada, sondern auch Investitionsgüter aus Europa und Japan sich in vollen Zügen einverleibt und dafür nur 1% Preissteigerung zu verzeichnen gehabt. Schließlich waren sie in der Lage, ihren Kapitalexport um weitere 15 Mrd. $ zu steigern, und dabei zwei Drittel aus den Profiten selbst zu finanzieren, die die bereits bestehenden Auslandsniederlassungen abgeworfen haben.

Andererseits haben die US-Imperialisten mit der Senkung des Dollarkurses einige Deckungen herunternehmen müssen und stellen jetzt bitterböse fest, daß sich in bisher nicht gekanntem Umfang die Konkurrenten auf dem US-Markt selbst festgesetzt haben, vielfach ebenfalls über direkte Fabrikgründungen oder Einkäufe in US-Gesellschaften, die für sie billiger ge-

worden waren. ,,Kostengünstige Rohstoffbasis mit größerer Versorgungssicherheit (im Notfall wirtschaftliche Autonomie des Landes), niedrigere Arbeitskosten und Soziallasten als in der Bundesrepublik..." – so genießerisch sprechen westdeutsche Bourgeois bereits über die Vorzüge ihrer US-Filialen (Nachrichten für Außenhandel, 14.2.79).

Im April haben sich die führenden imperialistischen Industrieländer im Rahmen der ,,Tokio-Runde" des GATT-Abkommens angeblich über einen neuen Welthandelsvertrag geeinigt, der die Gefahr des Protektionismus, der gegenseitigen Sperrung der Märkte, bannen soll. Tatsächlich wurde sich nur über einige Zollsenkungen und Beseitigung ,,technischer Hindernisse" geeinigt, nicht über die entscheidende Frage der Verhängung von Importstopps und Schutzzöllen, wenn die Konkurrenz übermächtig wird. Einigkeit besteht sonst nur darüber, den nationalisierten Industrien der Länder der Dritten Welt die Märkte zu sperren, um sie wirksamer zu unterdrücken und abhängig zu halten. Die Länder der Dritten Welt (mit der Ausnahme Argentiniens) sind daher der Unterzeichnungszeremonie in Genf unter Protest ferngeblieben und haben sich stattdessen auf die Vorbereitung der UNCTAD V – Konferenz in Manila konzentriert, um dort ihre Forderungen gegenüber Imperialisten und Sozialimperialisten geschlossen vorzutragen. Genau wie die Erfolge der Arbeiter in den USA im Kampf um den Lohn, können die Ergebnisse der Konferenz von Manila eine starke Unterstützung für die Arbeiter in Westdeutschland bedeuten, die ja durchaus kein Interesse daran haben, daß ihre Ausbeuter den Warenmarkt und den Arbeitsmarkt dieser in ihrer Entwicklung zurückgeworfenen Völker als freies Feld bei ihrer Jagd nach Höchstprofiten benutzen können.

Die eingeborenen Völker Kanadas fordern Land und Selbstverwaltungsrechte



40 Vertreter der Nation der Dene-Indianer aus den Nordwest-Territorien, der Yukon-Indianer, der Montagnais-Neskapi aus Labrador und der Nishgas aus ,,Britisch-Kolumbien" haben auf einer gemeinsamen Rundreise durch 67 kanadische Städte ihre gemeinsamen Ziele vertreten: Neuaushandlung der kolonialen

Konkurrenz übermächtig wird. Einigkeit besteht sonst nur darüber, den nationalisierten Industrien der Länder der Dritten Welt die Märkte zu sper-
Arbeitsmarkt dieser in ihrer Entwicklung zurückgeworfenen Völker als freies Feld bei ihrer Jagd nach Höchstprofiten benutzen können.

Die eingeborenen Völker Kanadas fordern Land und Selbstverwaltungsrechte



40 Vertreter der Nation der Dene-Indianer aus den Nordwest-Territorien, der Yukon-Indianer, der Montagnais-Neskapi aus Labrador und der Nishgas aus ,,Britisch-Kolumbien" haben auf einer gemeinsamen Rundreise durch 67 kanadische Städte ihre gemeinsamen Ziele vertreten: Neuaushandlung der kolonialen Landraubverträge mit der kanadischen Regierung und Selbstverwaltungsrechte.

IG Metall-Denkunglück in Braunlage?

Hauptvorstandsklausurtagung schweigt sich zum Lohn aus!

z.maf. Es werden Vorstandsmitglieder der SPD aus Kabinettskreisen gewesen sein, die den Hauptvorstand der IG Metall gerade noch im April in den Harz geschickt haben zum Schwerpunkte suchen, wenn man der bürgerlichen Presse glauben soll. Dort heißt es, Eugen Loderer habe, zwar nun nicht gerade direkt etwas gefunden, aber immerhin, die Schwerpunkte müßten ,,neu" sein und ,,außerhalb von Lohn und Gehaltsforderungen" gesucht werden. Hoffentlich ist das gelogen. Die Zeitung ,,Metall" vom 2. Mai berichtet über die Klausurtagung: ,,Die bisherige Vorgehensweise in der aktiven Tarifpolitik wurde analysiert; Einstimmigkeit bestand in der Forderung: ,Wir müssen uns etwas Neues einfallen lassen'." – Wir haben bereits letzte Woche gemeldet, daß Ehrenberg, Bundesminister für Arbeit und Soziales, an den Hauptvorstand der IG Metall gewendet, von ein wenig zu niedrigen Lohnabschlüssen in der letzten Lohnbewegung redet. Ehrenberg befürchtet offenbar, daß die IG-Metall unvorsichtig die Reformpläne seines Hauses ins Gespräch bringt und dann, wenn den Sommer über unschuldig nach ,,neuen Schwerpunkten" gesucht wird, der Hauptvorstand der IG-Metall unversehens einen Standpunkt der Metallarbeiter und Angestellten zur Lohnfrage findet. Denn dieser wird sich in den Wirtschaftsereignissen des Sommers bilden.

Zunächst wird der zweite Akt der ,,kleinen Steuerreform" am 1. Juli Premiere haben. Die bereits jetzt ziemlich rasche Teuerung wird durch die Mehrwertsteuererhöhung angetrieben werden. Vielleicht werden einige Kapitale versuchen, die Mehrwertsteuererhöhung aus Umsatzgründen wenigstens teilweis abzufangen; der Bankzins wird diese zur Vernunft oder in den Bankrott bringen. Trotzdem wird im Juli und im August die Kassenlage in den Arbeiter- und Angestelltenhaushalten freundlicher aussehen als es zutrifft. Ein hoher Prozentsatz der Lohnabhängigen erhält inzwischen Urlaubsgeld. Da sich aber immer deutlicher herausstellt, daß der mit besonderen Kosten verbundene Erholungsurlaub eine gesundheitliche Notwendigkeit geworden ist, wird das Lied auf den traurigen Refrain von der Kontoüberziehung enden. Ziemlich sicher wird die Bankverschuldung der Arbeiterhaushalte das ganze Jahr über zunehmen. Die Kapitalisten verlangen jetzt, daß die Abschreibungszeiten für PKWs von fünf auf drei Jahre gesenkt werden. Das läßt schätzen, in welchem Umfang Teuerung in der Qualitätsminderung verborgen liegt. – Jedenfalls wird im September die Kassenlage bei der ganzen Arbeiterbevölkerung nicht gut und bei gar nicht so wenig Familien auf lange Sicht trostlos sein.

Wenn es wahr ist, was man über Eugen Loderers Gedankenführung in der Presse liest, so hat er den schwarzen Peter der SPD Politik schon fest in der Hand. Will der Hauptvorstand der IG Metall bestreiten, daß ein auf Jahre hinaus nicht wiederbringlicher Einbruch im Lohnstandard Faktum sein wird, wenn nicht eine Forderung von 170 DM, ja vielleicht sogar 180 DM mindestens abgeschlossen wird? Das Gerede vom ,,Schwerpunkt der Tarifpolitik außerhalb von Lohn und Gehaltsforderungen" fortgesetzt würde dazu führen, daß sich Loderer zum Watschenmann der SPD, und zum Gespött der Kapitalisten macht und zwar auf Kosten der Arbeiterbewegung. Zudem wäre noch nicht einmal die ,,Einstimmigkeit" in der ,,Forderung" ,,wir müssen uns etwas Neues einfallen lassen" berücksichtigt.



Fusionsforschung kostet, Kernreaktoren werfen ab

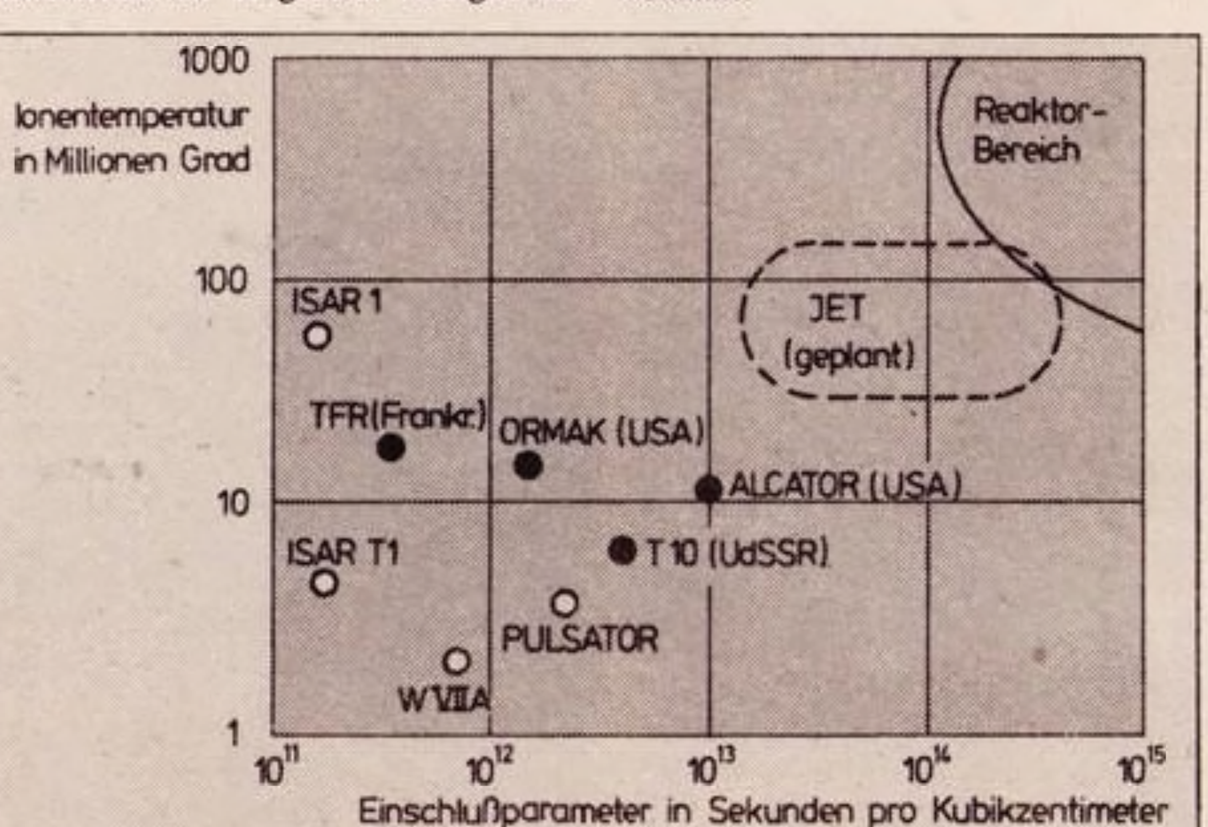
Druck auf die Ölpreise noch immer A und O imperialistischer Energiepolitik

z.ger. Die Mittel der Europäischen Atomgemeinschaft für die gemeinschaftlich betriebenen Forschungsprojekte auf dem Gebiet der kontrollierten Kernfusion sollen von 1,07 Mrd. DM im laufenden Fünfjahresplan auf 1,9 Mrd. DM für die Jahre 1979-1983 gesteigert werden. Dazu kommen noch 500 Mio. DM für das 1977 beschlossene JET-Projekt. Die Konkurrenz der US- und japanischen Kapitalisten treibt sie, mehr für die Kern*fusions*forschung aufzuwenden, die die Kapitalisten bisher gegenüber der Erforschung und Entwicklung der Kernspaltung vernachlässigt haben.

Die Kapitalisten entwickeln die Wissenschaft nicht planmäßig, um die Natur zu erforschen und die Naturkräfte für die Produktion zu nutzen, sondern legen die Forschungsschwerpunkte entsprechend ihren Profitinteressen fest. Die US-Imperialisten haben während und nach dem zweiten Weltkrieg die Erforschung der Kernspaltung und der Kernfusion im großen Maßstab betrieben, um eine absolute Vormachtstellung durch ihr Kernwaffenmonopol zu erringen. Im weiteren haben sie die Fusionsforschung vernachlässigt und sich für die Energiegewinnung ganz auf die Kernspaltungsreaktoren verlegt, weil sie erwarteten, mit weniger Investitionen und in kürzerer Zeit sich eine zusätzliche Energiequelle zu verschaffen. Die Finanzkapitalisten der westeuropäischen Länder haben seit Anfang der 50er Jahre ebenfalls Milliardenbeträge für die Entwicklung der Kernspaltungsreaktoren investiert, um das Monopol der US-Imperialisten zu brechen. Allein in der BRD haben sich die Kernkraftwerkskapitalisten von 1956-78 diese Entwicklung mit 10 Mrd. DM Steuergeldern subventionieren lassen. Den Imperialisten geht es hauptsächlich darum, mit der Kernenergie ein Mittel zum Druck auf den Ölpreis zu haben. Die Vernutzung des billigen Öls aus den Ländern der Dritten Welt in ihren Fabriken ist eine der Hauptquellen imperialistischer Extraprofite. Die gesamten Mittel für die Kernfusionsforschung betrugen in der BRD bis zum Jahre 1976 dagegen nur etwa 500 Mio. DM (aufsummiert).

Das ist gerade 50% mehr als die Subvention der Entwicklung des Schnellen Brüters in *einem* Jahr (1976). Auf den Schnellen Brüter, einen Reaktortyp, der mehr Kernbrennstoff erzeugt, als er verbraucht – hauptsächlich das hochgiftige, radioaktive Plutonium, dessen Abfallprodukte nach der Verbrennung hunderttausend Jahre gelagert werden müssen – konzentrieren die BRD-Kapitalisten ihre Forschung, da sie bei den bisherigen Reaktortypen von der Einfuhr von angereichertem Uran abhängig sind. Aus 5000 t Natururan soll sich im Schnellen Brüter soviel Strom erzeugen lassen wie aus 3 Mrd. t Erdöl, das ist das 15fache der jährlichen Öleinfuhr der BRD – da muß doch der Ölpreis in den Keller fallen.

Kernfusion: Bei der Verschmelzung der Atomkerne von Deuterium (schwerer Wasserstoff) und Tritium (überschwerer Wasserstoff) zu einem Heliumkern wird eine große Energiemenge in Form von Wärme frei – aus 1 kg Deuterium kann soviel Energie gewonnen werden wie aus ca. 10000 t Rohöl. Damit diese Reaktion zustande kommt, muß das Reaktionsgemisch eine Temperatur von mindestens 100 Mio. Grad haben. Dieser Zustand muß eine Zeitlang aufrechterhalten werden. Und zwar muß das Produkt aus Teilchendichte und Dauer des hocherhitzten Zustands größer als 10^{14} sek/cm³ sein. Im Schaubild ist der Stand der derzeitigen Versuche, die in der BRD, in Frankreich, den USA und in der UdSSR laufen, aufgetragen nach diesen beiden kritischen Werten, eingezeichnet. Das technische Problem ist, das Reaktionsgemisch auf so hohe Temperaturen aufzuheizen, stabil zu halten und dabei zu verhindern, daß es die Wände berührt. – *Brennstoffe:* Deuterium ist in großen Mengen im Meerwasser enthalten. Tritium wird über eine Kernreaktion aus Lithium erhalten. Lithium kann ebenfalls in großer Menge aus Meerwasser gewonnen werden. – *Radioaktive Schadstoffe:* Erstens die Menge Tritium, die aus dem Reaktionsgefäß entweicht. Darüberhinaus entstehen durch Neutronenbeschuß im Material des Reaktorgefäßes radioaktive Isotope. Aus dem Brennmaterial (Deuterium) entstehen, anders als bei der Kernspaltung, keine radioaktiven Abfallprodukte. – Wegen der Hemmung der Kernfusionsforschung durch die Kapitalisten ist über die technologischen Probleme eines Fusionsreaktors praktisch noch nichts bekannt.



z.hku. Bei allem Dunkel wußte die Bourgeoispresse über die Wehner-Reise in die VR Polen doch eines sicher: daß die ,,Frage nach der Erneuerung des Aussiedler-Abkommens sich neu stelle"; und daß ,,das Reservoir potentieller Aussiedler unter den rund 3 Mio. Deutschen und Deutschstämmigen noch beträchtlich" ist.

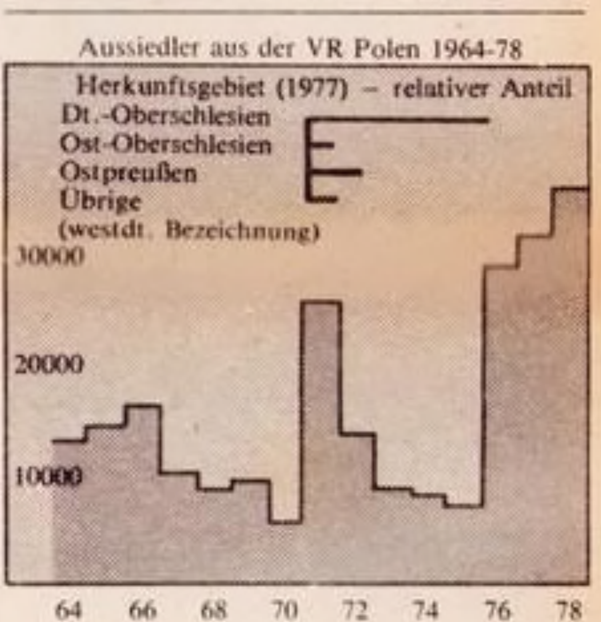
In der Folge des zweiten imperialistischen Weltkrieges ermöglichte die VR Polen von 1950–1965 rund 250000 deutschsprachigen Bürgern die Ausreise zwecks Familienzusammenführung. Diese und die Hunderttausende aus der DDR abgezogenen Arbeiter füllten so immer wieder aufs neue die Reihen der industriellen Reservearmee in Westdeutschland; Grundbedingung für niedrigen Lohn, rasche Akkumulation des Kapitals und erste Erfolge gegen die imperialistische Konkurrenz.

Diese Zufuhr drohte in den 70er Jahren trotz Warschauer Vertrag zu versiegen. 1975 erkauften Schmidt und Genscher die polnische Zusicherung, innerhalb von vier Jahren 120000 ausreisen zu lassen – mit ,,Offenhalteklauseln" für den Zeitraum danach. Der Preis war ein Kredit von 1 Mrd. DM sowie die einmalige Zahlung von 1,3 Mrd. DM ,,Rentenausgleich", für die die polnische Seite auf alle Ansprüche auf Wiedergutmachung der faschistischen Verbrechen verzichten mußte.

,,So was an Fleiß, Arbeitsmoral und Leistungsfähigkeit, das findet man sonst kaum", schleckt sich ein Ehrenberg-Beamter die Finger. So sieht die besondere Qualität des ,,polnischen Reservoirs" aus (ausgedrückt jeweils in %; der Bundesdurchschnitt, zweite Zahl, zum Vergleich; Zahlen von 1977):

Erwerbstätige	50,1	(38,6)
Industrielle Berufe	51,3	(42,8)
Anteil der 20 – 50jährigen	47,4	(41,1)
Alleinstehende	40,4	(29,0)
Arbeitslosenquote	12,0	(4,4)
Nettoverdienst	1305,0	(1855,0)

Aussiedler aus der VR Polen 1964-78



Mindestens jeder dritte Aussiedler muß in einem anderen Beruf arbeiten, schon weil die Ausbildung nicht anerkannt wird oder die Sprachkenntnisse nicht ausreichen. Zur ,,individuellen Förderung derjenigen Personen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung ste-

Neben SALT jetzt Rüstungsverhandlungen EG – USA

Reaktion der US-Supermacht auf die Schaffung einer Europäischen Rüstungsagentur

z.zik. Argwöhnisch verfolgen die europäischen Imperialisten die SALT-Verhandlungen zwischen den beiden Supermächten. Mit gutem Grund sind sie beunruhigt, daß sie beim Abstecken der Ausgangspositionen für den Krieg um Europa zuschauen sollen, zumal sie zugleich die Beute darstellen.

Brzezinski, Sicherheitsberater von Carter, hat sich in ,,Europa", Wirtschaftsbeilage von ,,The Times", ,,Le Monde", ,,La Stampa" und ,,Die Welt" zu SALT geäußert. ,,Keine ungünstigen Folgen für die bestehende europäische Sicherheit" habe das SALT II-Abkommen, beruhigt er.

An der *bestehenden* ,,europäischen Sicherheit" paßt den europäischen Imperialisten aber gerade nicht, daß sie in Abmachungen der beiden Supermächte bestehen. Sie haben auf der letzten Tagung der Nordatlantischen Versammlung im November 1978 durch den Mund des Bundestagsabgeordneten Corterier ihre Ansprüche auf Beteiligung an den nächsten SALT-Ver-

Woher der freche Ton? Die EG-Imperialisten können es sich leisten, vom US-Imperialismus zu fordern, schließlich sind nicht nur sie auf ihn, sondern er auch auf sie angewiesen. Und ist nicht die Durchführung der Europawahlen der Ausdruck einer in gewissem Maß erfolgreichen Politik der eigenständigen Entwicklung der EG-Imperialisten?

Brzezinski sieht das klar. Bezüglich der Wirkung dieser Entwicklung muß er feststellen: ,,Sie wird bestehen in einem allmählichen Zusammenwachsen politischer Allianzen über Landesgrenzen hinweg. (...) Sie wird den Wachstumsprozeß europäischer Institutionen beschleunigen." Das Wachstum einer dieser Institutionen kommt den US-Imperialisten derzeit besonders bitter an: die Europäische Rüstungsagentur, an der insbesondere der BRD-Imperialismus verbissen baut. Mit der Bildung der IEPG (Unabhängige Europäische

lismus, der nicht mehr Mitglied in der NATO ist, und ohne Frankreich wäre eine solche Agentur nicht möglich.

Der BRD-Imperialismus hat sich den Vorsitz der Abteilung III der IEPG ergattert, die sich ,,mit Fragen der Rüstungswirtschaft und -verfahren" befaßt, darunter auch ,,die Probleme infolge von Verboten für Waffenverkäufe" prüft. Ohne Zweifel ist damit der Vorsitz dieser Abteilung kompetent besetzt.

Im Mai 1978 hat der Bundestagsabgeordnete Klepsch dem europäischen Parlament im Auftrag des politischen Ausschusses der EG-Kommission den ,,Bericht über die europäische Zusammenarbeit bei der Rüstungsbeschaffung" vorgelegt und beschließen lassen, der festhält: ,,Nach Ansicht ihres Berichterstatters sprechen zwei Gründe eindeutig dagegen, daß die Atlantische Allianz eine geeignete Institution für

ten, wann immer diese eine Konkurrenz für Amerika darstellen." Beschlossen wurde weiter, die Europäische Kommission aufzufordern, ein ,,Aktionsprogramm für eine europäische Politik auf dem Gebiet der Rüstungsbeschaffung zu unterbreiten."

Sauer reagierten die USA und Kanada auf der Novembertagung der Atlantischen Versammlung 1978 auf den ,,derzeitigen Elan" der EG-Imperialisten, mußten aber Verhandlungen mit einer ,,Spezialgruppe" der EG zugestehen über die zukünftige Rüstungsbeschaffung innerhalb der NATO. Wohl wissend um die krachenden Widersprüche in der EG selbst, schlugen sie darauf die Taktik des Abschließens von bilateralen Abkommen mit einzelnen EG-Mitgliedern ein. Mit Großbritannien haben sie als erstes eine Vereinbarung getroffen, nach der die amerikanischen Streitkräfte befugt sind, direkt mit britischen Firmen über Rü-

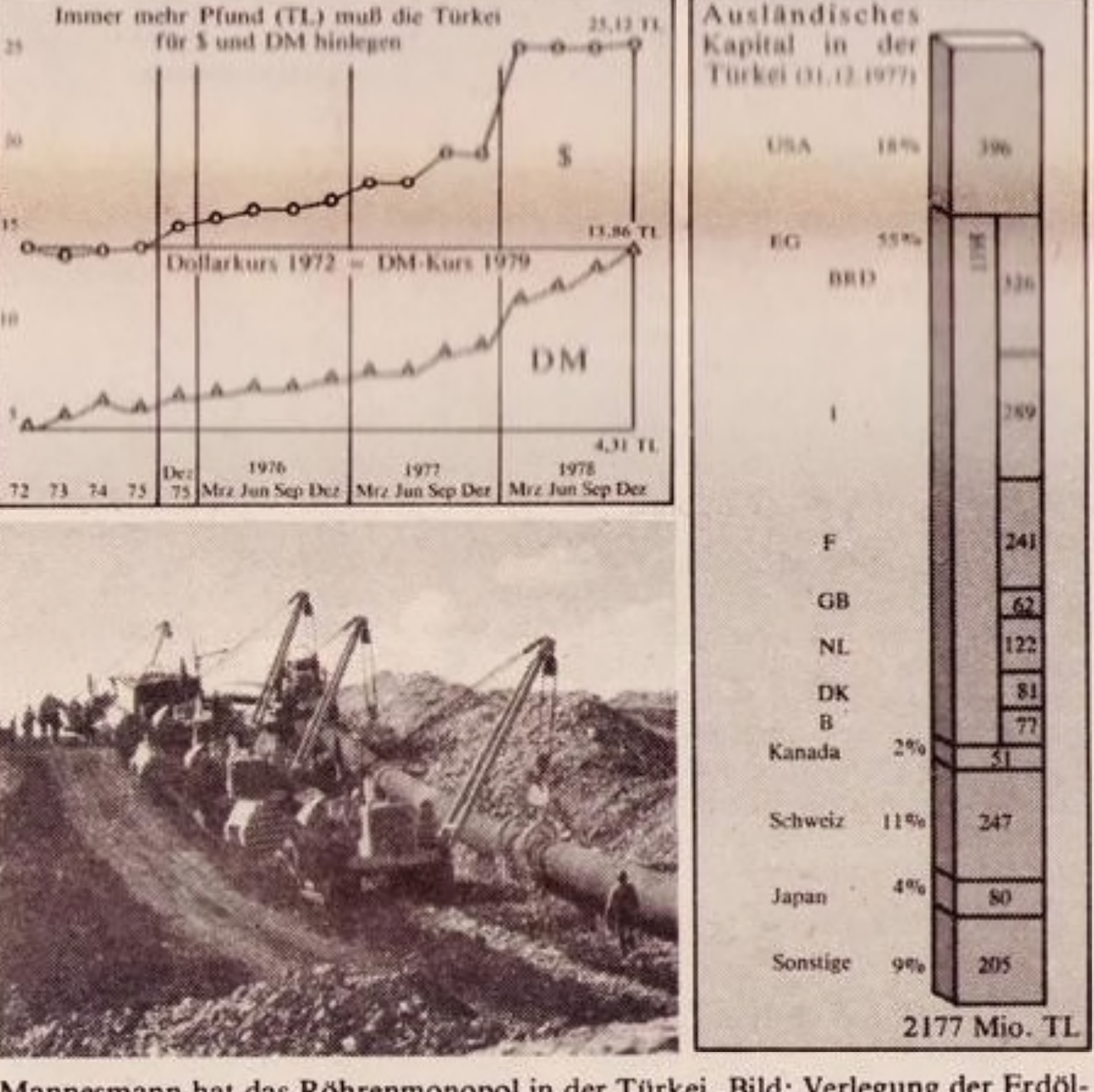
schistische Banden provozierten Schießereien gekommen war, dazu aufgerufen, von Demonstrationen und Kundgebungen auf offener Straße ,,abzusehen". Veranlaßt sah sich Ecevit zu diesen ,,Maßhalteappellen" durch einen sogenannten ,,Aufruf" der revisionistischen TKP, die bereits drei Wochen *vor* der Verhängung des Kriegsrechts lauthals verkündete, man werde ungeachtet von Demonstrationsverboten und Kriegsrechtsverordnungen unter allen Umständen am 1. Mai auf dem Taksim-Platz im Zentrum Istanbuls demonstrieren.

Nachdem diese Agenten der sowjetischen Imperialisten im Vorjahr eine sogenannte Aktionseinheit zum 1. Mai unter Ausschluß der Revolutionäre, vor allem der TIKP, angezettelt hatten, mit der Absicht, die Massen für ,,Freiheit" für die Revisionisten marschieren und die Sowjetunion hochleben zu lassen – in vollem Bewußtsein darüber, daß dies einen tiefen Spaltkeil in die Massen treiben würde – griffen sie diesmal zu offener Provokation, indem sie gegenüber der TIKP keinerlei Zusicherung zu geben bereit waren, bewaffnete Überfälle auf die Massenversammlungen zu unterlassen.

Im Bündnis mit Opportunisten und Abenteurern aller Schattierungen verfolgen diese bürgerlichen Politiker und Agenten des Sozialimperialismus das gleiche Ziel wie die faschistischen Banden der MHP und der ,,Grauen Wölfe": durch tiefe Spaltung der türkischen Arbeiter- und Bauernmassen soll die politische Lage für den Sturz der Regierung Ecevit bereitet werden. Die TKP bietet sich den sowjetischen Imperialisten als die ,,Alternative" an, die für eine Intervention des ,,großen Bruders" UdSSR die Bedingungen

mischung der Supermächte Einhalt geboten wurde, waren es die Kämpfe der Arbeiter und Bauern, die die Regierung Ecevit dazu veranlaßten. Ihr Schwanken gegenüber dem Druck der rivalisierenden Supermächte ist nicht geeignet, den Widerspruch zu lösen. Während die türkischen Arbeiter und Bauern klare Forderungen gegen den wirtschaftlichen Ausverkauf des Landes erheben, die Parole ,,Jedem Bau-

Der Kern des Kriegsrechts ist *nicht* – wie von Ecevit begründet – die faschistischen Umtriebe, den drohenden Bürgerkrieg zu verhindern, sondern die Unterdrückung der revolutionären Kämpfe der Massen. Die Arbeiter und Bauern brauchen die elementaren demokratischen Rechte, um ihre Einheit herzustellen. Die Spaltung dieser Einheit ist der Wunsch aller Imperialisten und deren Agenten.



Mannesmann hat das Röhrenmonopol in der Türkei. Bild: Verlegung der Erdölpipeline von Kirkuk (Irak) nach Iskenderun (Türkei) am Mittelmeer.

ter-Guerilla" (innerhalb der Armee), ,,Polibir" (innerhalb der Polizei) und die ,,Grauen Wölfe". Ihr Sitz ist im Generalstab der Armee in Ankara im ,,Untersuchungsausschuß für Mobilmachung (STK)". Sie hat 16 von 450 Sitzen im türkischen Parlament inne. Über den militärischen Geheimdienst MIT hat sie feste Verbindung zum CIA.

Das programmatische Ziel der türkischen Faschisten ist die Wiederherstellung des Osmanischen Reiches ,,vom Bosporus bis China", die Wiedererrichtung des sunnitischen Kalifats als künftiger Mittelpunkt des ,,islamischen Weltreiches", die Befreiung aller Türken, zu denen sie auch die Turk-Völker in der Sowjetunion, der Mongolei und der Volksrepublik China zählen. ,,... wo immer es auf der Welt einen Türken gibt, dort beginnen unsere natürlichen Grenzen". Zur Herstellung der nationalen Einheit muß der ,,Heilige Krieg" geführt werden gegen den Kommunismus und die nicht der ,,türkischen Rasse angehörenden Völker". Die Türkei muß davor bewahrt werden, ,,vom internationalen Kommunismus, der blutigsten Form des Imperialismus in den Selbstmord getrieben zu werden". Die nationalen und religiösen Minderheiten sollen assimiliert und bei Widerstand vertrieben und vernichtet, ihr Eigentum verstaatlicht werden.

Der Chauvinismus und das Anknüpfen an die Tradition der alten Unterdrückerherrschaft kennzeichnet das Programm. Volksgemeinschaft und nationale Einheit statt Kampf der Arbeiter und Bauern gegen jegliche impe-

schen Kämpfe der türkischen Arbeiter, Bauern und Studenten sind das größte Hindernis, der Türkei vollends habhaft zu werden, und ist doch die Tradition des ehemaligen türkischen Großreiches gegen die alten Zaren gut zu nutzen, das Land als Eckpfeiler der NATO gegen die neuen Zaren zu treiben.

Die imperialistische Umklammerung der Türkei bedeutet für die türkischen Volksmassen wachsendes Elend, Ruinierung der Bauern und Handwerker. Um sie dennoch für das imperialistische Programm zu gewinnen, versprechen die Faschisten die gesicherte Existenz in der Volksgemeinschaft, den Bauern Neuland, den Arbeitslosen Arbeit und Brot. Ideologischen Boden gewinnen die Faschisten vor allem dort, wo die Klassenorganisationen der Arbeiter und Bauern schwach sind. Über die ,,Grauen Wölfe" wird ein Teil der Enteigneten und Deklassierten gekauft und bestochen: ,,Finanzhilfe" für gefügige Arbeitslose, diesem und jenem einen Posten im Staatsapparat beschafft. Und wo Geld nicht ausreicht, versuchen sie mit terroristischen Aktionen die Volksmassen einzuschüchtern, die Arbeiter- und Bauernorganisationen zu zerschlagen.

,,Es sind Aktionen durchzuführen, die den Eindruck erwecken, sie kämen von Revolutionären. Hierbei darf vor Grausamkeiten nicht zurückgeschreckt werden." (Spiegel, 8.5.1978, zitiert aus einem CIA-Lehrbuch zur Ausbildung der türkischen Streitkräfte). Dazu gehören Sprengstoffanschläge auf eigene Parteibüros. Auf das Konto der Faschisten gehen tausende von Sabotageakten und Morde, geht das Massaker von Kahramanmaras.

Türkei-Beauftragter des IWF: Leisler-Kiep

BRD-Imperialisten holen Daumenschrauben heraus / Ecevit verweigert neue Abwertung

z.mif. Es geht um 20 Milliarden Dollar ,,Schulden", um 50 Milliarden Dollar Bruttosozialprodukt und um die Südostflanke der NATO. Auf Guadeloupe am 7. Januar beschloß der innere Kreis der Imperialisten: ein Spezialagent wird eingesetzt, der in der Türkei die Lage klärt. Schmidt hat Leisler Kiep dafür bestimmt. Der ist Versicherungskapitalist, und zwar ein seriöser, mit adliger Frau und langem Stammbaum. Ab 1961 als Texaco-Manager direkt für den US-Imperialismus tätig, ab 1965 Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages. Als Kind sechs Jahre in der Türkei.

Auf Guadeloupe wurde auch geklärt: Waffenlieferungen an die Türkei gehen vor allem über den westdeutschen Imperialismus. Immerhin operiert die Deutsche Orientbank – Dresdner Bank seit 1911 im Land. Letztes Jahr hat Ecevit, Sozialdemokrat, ,,deutsche Anti-Terror-Experten" ins Land geholt. Die Operation Aufrollen der Türkei ist in den Augen der US-Imperialisten eine Bewährungsprobe: kann der westdeutsche Imperia-

lismus in bestimmten Fällen vorgeschickt werden, wo der US-Imperialismus gezwungen ist, im Hintergrund zu bleiben? Macht er seine Sache gut?

Die westdeutschen Imperialisten sind erheblich interessiert. Wieviel Schulden hat die Türkei bei westdeutschem Kapital? fragt die CDU im Bundestag. 670 Mio. DM verbürgt, und weitere 700 Mio. DM unverbürgt, antwortet die Bundesregierung (Drucksache 8/2744). Den notleidenden Kapitalisten stellt die Regierung Steuererlaß in Aussicht. Nach den direkten Operationsplänen in der Türkei fragt die CDU nicht; Kiep ist ihr Mann, und öffentlich erörtert man solches nicht. Hauptpunkt der Weigerung der Regierung Ecevit gegenüber den Drohungen des IWF ist die erneute Abwertung des türkischen Pfundes. Gerade darauf aber bestehen die Imperialisten: Abwertung verbilligt den Kapitalexport, und auf den brennen sie – die Türkei hat eine wachsende industrielle Produktion, reichen Bodenschätzen und einer wachsenden industriell erfahrenen Arbeiterklasse.

Ecevit manövriert. Letztes Jahr unternahm er viele Reisen, u.a. nach Bulgarien, Rumänien, Sowjetunion, den nordwestlichen Nachbarstaaten der Türkei. Ein Wink mit dem Zaunpfahl für den US-Imperialismus, aber nicht unbedingt eine Stärkung der Regierung Ecevit. Kiep wird ihn dafür ins Gebet nehmen. Kiep wird auch dagegen sein, daß die Türkei Verhandlungen mit Libyen, Irak und Saudi-Arabien führte. Die Türkei ist NATO-Mitglied und hat nach Auffassung der US-Imperialisten den Balkan und die Dardanellen zu kontrollieren. Für die Evakuierung der US-Agenten aus dem Iran zwangen die US-Imperialisten die Regierung Ecevit, ihnen Überflug- und Landerecht in der Türkei zu gewähren. Ecevit stimmte zu, wie er sagte, aus humanitären Gründen. Die Regierung Bazargan erkannte er an.

Die Imperialisten haben 1978 nichts neu investiert in der Türkei. Die Banken, Metall-, Chemie- und Bergbaumonopole verlangen erst eine Klärung der Lage.



Während die Revisionisten in der Türkei die revolutionäre Arbeiter- und Bauernpartei von den Mai-Kundgebungen auszuschließen versuchten, streikten die Arbeiter im größten Zementwerk in Mersin unter der Führung der Marxisten-Leninisten für Lohnerhöhung, Wiedereinstellung von entlassenen Arbeitern, Sicherheitsvorkehrungen im Betrieb und für gewerkschaftliche Rechte.

Die Unabhängigkeit der Türkei können nur die Arbeiter und Bauern sichern

z.anb. Am 1. Mai 1979 war über 19 der 67 Provinzen der Türkei Kriegsrecht verhängt; „um die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten“, verfügten die zuständigen Militärbehörden ab Montag, dem 30. April, 24 Uhr, eine totale Ausgangssperre. Sie galt bis Mittwoch früh 5 Uhr, die Zeit, zu der sich die Arbeiter in die Fabriken begeben.

Die Türkische Arbeiter- und Bauernpartei (TIKP) hatte in den Provinzen, die nicht dem Kriegsrecht unterstellt sind, zu Demonstrationen und Kundgebungen auf offener Straße aufgerufen, in den übrigen Landesteilen, so auch in Istanbul, versammelten sich die Arbeiter dort, wo sie objektiv zusammengefaßt sind, in den Betrieben. Die Hauptlosungen an diesem 1. Mai konzentrierten sich um Forderungen nach der Unabhängigkeit des Landes, gegen die imperialistische Einmischung, vor allem der beiden Supermächte, auf die Beseitigung der Einschränkung demokratischer Rechte wie des Streikrechts und der Versammlungsfreiheit und auf die Forderung nach der Lösung der Landfrage für die Masse der enteigneten, unter das Joch der Großgrundbesitzer gepreßten Bauern.

Bereits Tage vor dem 1. Mai hatte die Regierung Ecevit unter Hinweis auf die Ereignisse in den beiden Vorjahren, bei denen es zu zahlreichen durch faschistische Banden provozierten Schießereien gekommen war, dazu aufgerufen, von Demonstrationen und Kundgebungen auf offener Straße „abzusehen“. Veranlaßt sah sich Ecevit zu diesen „Maßhalteappellen“ durch einen sogenannten „Aufruf“ der revisionistischen TKP, die bereits drei Wochen *vor* der Verhängung des Kriegsrechts lauthals verkündete, man werde ungeachtet von Demonstrationsverboten und Kriegsrechtsverordnungen unter allen Umständen am 1. Mai auf dem Taksim-Platz im Zentrum Istanbuls demonstrieren.

Nachdem diese Agenten der sowjetischen Imperialisten im Vorjahr eine sogenannte Aktionseinheit zum 1. Mai unter Ausschluß der Revolutionäre, vor allem der TIKP, angezettelt hatten, mit der Absicht, die Massen für „Freiheit“ für die Revisionisten marschieren und die Sowjetunion hochleben zu lassen – in vollem Bewußtsein darüber, daß dies einen tiefen Spaltkeil in die Massen treiben würde – griffen sie diesmal zu offener Provokation, indem sie gegenüber der TIKP keinerlei Zusicherung zu geben bereit waren, bewaffnete Überfälle auf die Massenversammlungen zu unterlassen.

Im Bündnis mit Opportunisten und Abenteurern aller Schattierungen verfolgen diese bürgerlichen Politiker und Agenten des Sozialimperialismus das gleiche Ziel wie die faschistischen Ban-

ßereien gekommen war, dazu aufgerufen, von Demonstrationen und Kundgebungen auf offener Straße „abzusehen“. Veranlaßt sah sich Ecevit zu diesen „Maßhalteappellen“ durch einen sogenannten „Aufruf“ der revisionistischen TKP, die bereits drei Wochen *vor* der Verhängung des Kriegsrechts lauthals verkündete, man werde ungeachtet von Demonstrationsverboten und Kriegsrechtsverordnungen unter allen Umständen am 1. Mai auf dem Taksim-Platz im Zentrum Istanbuls demonstrieren.

Nachdem diese Agenten der sowjetischen Imperialisten im Vorjahr eine sogenannte Aktionseinheit zum 1. Mai unter Ausschluß der Revolutionäre, vor allem der TIKP, angezettelt hatten, mit der Absicht, die Massen für „Freiheit“ für die Revisionisten marschieren und die Sowjetunion hochleben zu lassen – in vollem Bewußtsein darüber, daß dies einen tiefen Spaltkeil in die Massen treiben würde – griffen sie diesmal zu offener Provokation, indem sie gegenüber der TIKP keinerlei Zusicherung zu geben bereit waren, bewaffnete Überfälle auf die Massenversammlungen zu unterlassen.

Im Bündnis mit Opportunisten und Abenteurern aller Schattierungen verfolgen diese bürgerlichen Politiker und Agenten des Sozialimperialismus das gleiche Ziel wie die faschistischen Ban-

den der MHP und der „Grauen Wölfe“: durch tiefe Spaltung der türkischen Arbeiter- und Bauernmassen soll die politische Lage für den Sturz der Regierung Ecevit bereitet werden. Die TKP bietet sich den sowjetischen Imperialisten als die „Alternative“ an, die für eine Intervention des „großen Bruders“ UdSSR die Bedingungen schafft.

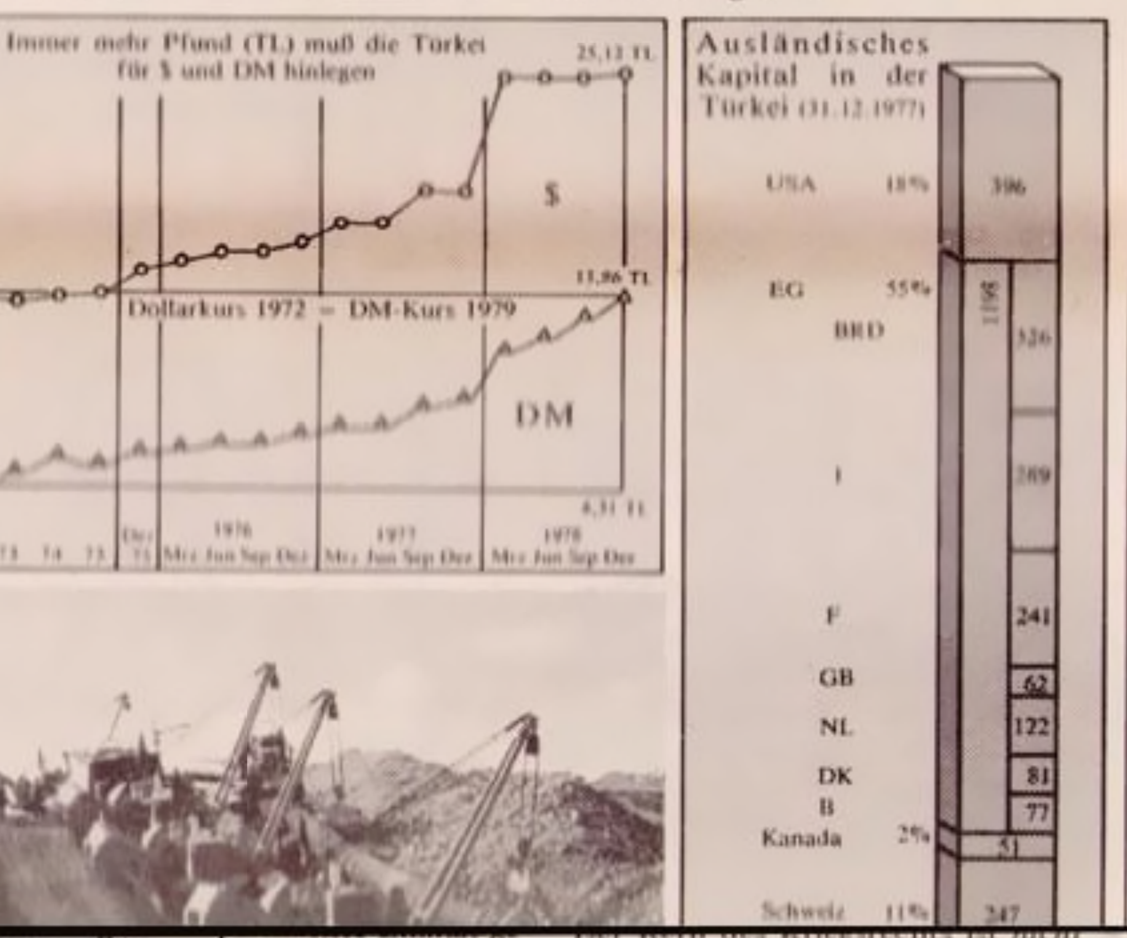
Über den Beschluß zur Ausdehnung des Kriegsrechts beriet das türkische Parlament 17 Stunden. Im April, als die Notstandsgesetze auf die kurdischen Provinzen erweitert wurden, verließen drei Minister der regierenden Demokratischen Volkspartei CHP aus Protest die Regierung. Es ging und geht um die Frage, wie dem Druck der Imperialisten, vor allem der Supermächte, standgehalten werden kann und mit welchen Mitteln. Während die USA und ihre westlichen Konkurrenten an einem Gesamtkatalog von Erpressungen arbeiten, die die Türkei als „Gegenleistung“ für ein „Nothilfeprogramm“ der lüsternen Kumpanei des Finanzkapitals erfüllen soll, bieten die Sozialimperialisten zum wiederholten Mal „jeden“ Kredit an, sobald die Türkei den Bosporus für die sowjetische Kriegsflotte öffnet. Daß letzteres nicht geschieht, ist dem Widerstand der Volksmassen geschuldet, die im November 1978 unter anderem den „historischen“ Besuch des sowjetischen Kreuzers „Dscherschinski“ mit Massendemonstrationen beantwortet haben, in deren Verlauf es zu heftigen Auseinandersetzungen mit den Revisionisten kam. Diese führten Transparente mit der Aufschrift: „Willkommen in der Türkei!“

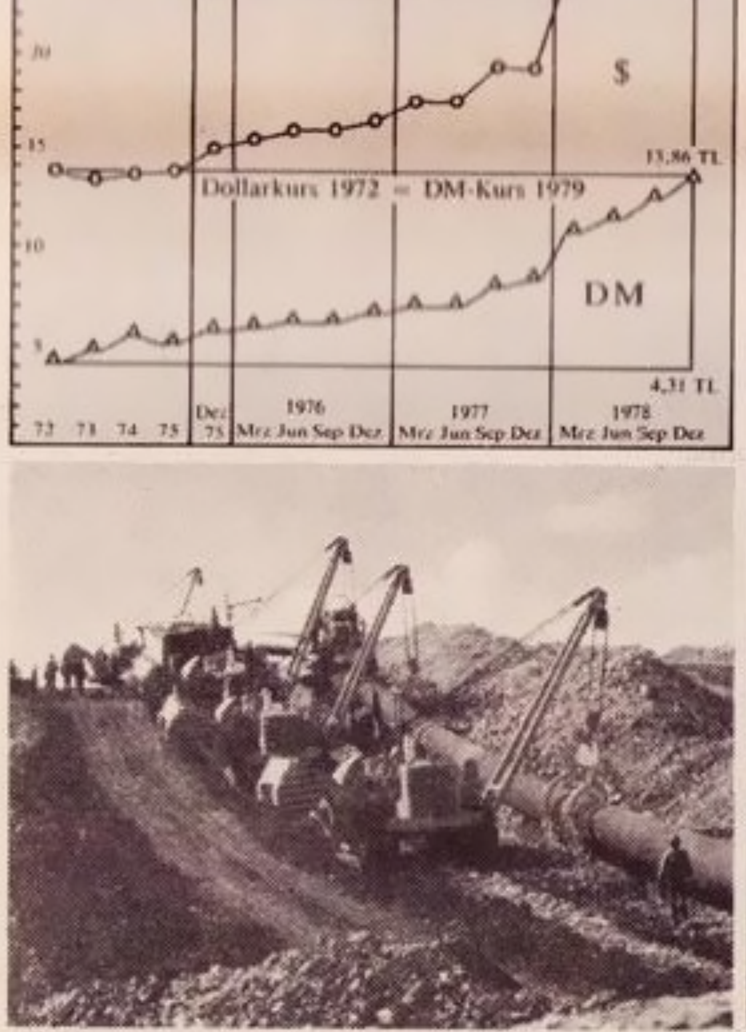
Wo immer in den letzten Monaten dem Druck der Imperialisten, der Einmischung der Supermächte Einhalt geboten wurde, waren es die Kämpfe der Arbeiter und Bauern, die die Regierung Ecevit dazu veranlaßten. Ihr Schwanken gegenüber dem Druck der rivalisierenden Supermächte ist nicht geeignet, den Widerspruch zu lösen. Während die türkischen Arbeiter und Bauern klare Forderungen gegen den wirtschaftlichen Ausverkauf des Landes erheben, die Parole „Jedem Bauern sein Land“ immer breitere Unterstützung findet, verfügt Ecevit die Aufhebung von Steuern für die Kapitalisten. Die von ihm seit Jahren versprochene und nicht durchgeführte Landreform wird nun von der faschistischen MHP ausgenutzt. So hat der frühere Handelsminister der faschistischen Regierung der Nationalen Front, Mitglied der MHP, den Bauern in Anatolien seine Version einer „Landreform“ zu verkaufen versucht: jeder weiß, daß er als einer der größten Großgrundbesitzer allein 520 Dörfer besitzt. Aber, so sagt er, er sei ein guter Mensch und sorge für „seine“ Bauern. Die Fesseln der feudalen Abhängigkeiten in der Landwirtschaft sollen durch die nackte, unverhüllte Lohnarbeit besitzloser Landarbeiter „beseitigt“ werden.

Der Widerstand gegen die Auslieferung des Landes an die Rivalität der beiden Supermächte und der Imperialisten reicht bis in die Reihen der bürgerlichen Parteien, der CHP, der konservativen AP des früheren Ministerpräsidenten Demirel und sogar der religiös-konservativen Nationalen Heilspartei. Die TIKP hat die Initiative zur Bildung einer demokratischen Einheitsfront aller dieser Kräfte ergriffen. Sie fordert von der Regierung die Aufhebung der Verbotsgesetze gegen Streik-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit für die Arbeiter- und Bauernmassen. Der Kern des Kriegsrechts ist *nicht* – wie von Ecevit begründet – die faschistischen Umtriebe, den drohenden Bürgerkrieg zu verhindern, sondern die Unterdrückung der revolutionären Kämpfe der Massen. Die Arbeiter und Bauern brauchen die elementaren demokratischen Rechte, um ihre Einheit herzustellen. Die Spaltung dieser Einheit ist der Wunsch aller Imperialisten und deren Agenten.

boten wurde, waren es die Kämpfe der Arbeiter und Bauern, die die Regierung Ecevit dazu veranlaßten. Ihr Schwanken gegenüber dem Druck der rivalisierenden Supermächte ist nicht geeignet, den Widerspruch zu lösen. Während die türkischen Arbeiter und Bauern klare Forderungen gegen den wirtschaftlichen Ausverkauf des Landes erheben, die Parole „Jedem Bau-

wie von Ecevit begründet – die faschistischen Umtriebe, den drohenden Bürgerkrieg zu verhindern, sondern die Unterdrückung der revolutionären Kämpfe der Massen. Die Arbeiter und Bauern brauchen die elementaren demokratischen Rechte, um ihre Einheit herzustellen. Die Spaltung dieser Einheit ist der Wunsch aller Imperialisten und deren Agenten.

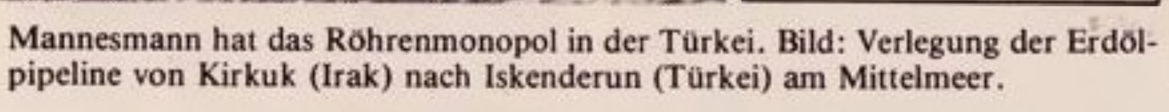




Ausländisches Kapital in der Türkei (31.12.1977)

Land	Anteil	Mio. TL
USA	18%	396
EG	55%	1198
BRD		326
I		289
F		241
GB		62
NL		122
DK		81
B		77
Kanada	2%	51
Schweiz	11%	247
Japan	4%	80
Sonstige	9%	205
		2177 Mio. TL

Mannesmann hat das Röhrenmonopol in der Türkei. Bild: Verlegung der Erdölpipeline von Kirkuk (Irak) nach Iskenderun (Türkei) am Mittelmeer.





Kriegsrecht an der Universität Ankara. Wegen drohender faschistischer Überfälle betreten die linken Studenten die Universität geschlossen.

Türkische Faschisten im Dienst des US-Imperialismus

z.mih. Die wichtigste faschistische Organisation in der Türkei ist die „Nationale Aktionspartei“ (MHP) unter Führung von Oberst Alparsan Türkes. Seit der Koalition der „Nationalistischen Front“ (1975 – 1978) unter Demirel und Türkes sitzen die Faschisten fest im Staatsapparat. Die militärischen Arme der MHP sind die „Konter-Guerilla“ (innerhalb der Armee), „Polibir“ (innerhalb der Polizei) und die „Grauen Wölfe“. Ihr Sitz ist im Generalstab der Armee in Ankara im „Untersuchungsausschuß für Mobilmachung (STK)“. Sie hat 16 von 450 Sitzen im türkischen Parlament inne. Über den militärischen Geheimdienst MIT hat sie feste Verbindung zum CIA.

Das programmatische Ziel der türkischen Faschisten ist die Wiederherstellung des Osmanischen Reiches „vom Bosporus bis China“, die Wiedererrichtung des sunnitischen Kalifats als künftiger Mittelpunkt des „islamischen Weltreiches“, die Befreiung aller Türken, zu denen sie auch die Turk-Völker in der Sowjetunion, der Mongolei und der Volksrepublik China zählen. „. . . wo immer es auf der Welt einen Türken gibt, dort beginnen unsere natürlichen Grenzen“. Zur Herstellung der nationalen Einheit muß der „Heilige Krieg“ geführt werden gegen den Kommunismus und die nicht der „türkischen Rasse angehörenden Völker“. Die Türkei muß davor bewahrt werden, „vom internationalen Kommunismus, der blutigsten Form des Imperialismus in den Selbstmord getrieben zu werden“. Die nationalen und religiösen Minderheiten sollen assimiliert und bei Widerstand vertrieben und vernichtet, ihr Eigentum verstaat-

ter-Guerilla“ (innerhalb der Armee), „Polibir“ (innerhalb der Polizei) und die „Grauen Wölfe“. Ihr Sitz ist im Generalstab der Armee in Ankara im „Untersuchungsausschuß für Mobilmachung (STK)“. Sie hat 16 von 450 Sitzen im türkischen Parlament inne. Über den militärischen Geheimdienst MIT hat sie feste Verbindung zum CIA.

Das programmatische Ziel der türkischen Faschisten ist die Wiederherstellung des Osmanischen Reiches „vom Bosporus bis China“, die Wiedererrichtung des sunnitischen Kalifats als künftiger Mittelpunkt des „islamischen Weltreiches“, die Befreiung aller Türken, zu denen sie auch die Turk-Völker in der Sowjetunion, der Mongolei und der Volksrepublik China zählen. „. . . wo immer es auf der Welt einen Türken gibt, dort beginnen unsere natürlichen Grenzen“. Zur Herstellung der nationalen Einheit muß der „Heilige Krieg“ geführt werden gegen den Kommunismus und die nicht der „türkischen Rasse angehörenden Völker“. Die Türkei muß davor bewahrt werden, „vom internationalen Kommunismus, der blutigsten Form des Imperialismus in den Selbstmord getrieben zu werden“. Die nationalen und religiösen Minderheiten sollen assimiliert und bei Widerstand vertrieben und vernichtet, ihr Eigentum verstaat-

licht werden.

Der Chauvinismus und das Anknüpfen an die Tradition der alten Unterdrückerherrschaft kennzeichnet das Programm. Volksgemeinschaft und nationale Einheit statt Kampf der Arbeiter und Bauern gegen jegliche imperialistische Unterdrückung, das bedeutet Reaktion nach innen, die Wiedererrichtung des Osmanischen Reiches Expansion nach außen. Beides sind direkte Interessen des US-Imperialismus, für die er den osmanischen Chauvinismus der einheimischen Großgrundbesitzer und Bourgeois gut nutzen kann. Die revolutionären, antiimperialistischen Kämpfe der türkischen Arbeiter, Bauern und Studenten sind das größte Hindernis, der Türkei vollends habhaft zu werden, und ist doch die Tradition des ehemaligen türkischen Großreiches gegen die alten Zaren gut zu nutzen, das Land als Eckpfeiler der NATO gegen die neuen Zaren zu treiben.

Die imperialistische Umklammerung der Türkei bedeutet für die türkischen Volksmassen wachsendes Elend, Ruinierung der Bauern und Handwerker. Um sie dennoch für das imperialistische Programm zu gewinnen, versprechen die Faschisten die gesicherte Existenz in der Volksgemeinschaft, den Bauern Neuland, den Arbeitslosen Arbeit und Brot. Ideologischen Boden gewinnen die Faschisten vor allem dort, wo die Klassenorganisationen der Arbeiter und Bauern schwach sind. Über die „Grauen Wölfe“ wird ein Teil der Enteigneten und Deklassierten gekauft und bestochen: „Finanzhilfe“ für gefügige Arbeitslose, diesem und jenem einen Posten im Staatsapparat beschafft. Und wo Geld nicht ausreicht, versuchen sie mit terroristischen Aktionen die Volksmassen einzuschüchtern, die Arbeiter- und Bauernorganisationen zu zerschlagen.

„Es sind Aktionen durchzuführen, die den Eindruck erwecken, sie kämen von Revolutionären. Hierbei darf vor Grausamkeiten nicht zurückgeschreckt

schen Kämpfe der türkischen Arbeiter, Bauern und Studenten sind das größte Hindernis, der Türkei vollends habhaft zu werden, und ist doch die Tradition des ehemaligen türkischen Großreiches gegen die alten Zaren gut zu nutzen, das Land als Eckpfeiler der NATO gegen die neuen Zaren zu treiben.

Die imperialistische Umklammerung der Türkei bedeutet für die türkischen Volksmassen wachsendes Elend, Ruinierung der Bauern und Handwerker. Um sie dennoch für das imperialistische Programm zu gewinnen, versprechen die Faschisten die gesicherte Existenz in der Volksgemeinschaft, den Bauern Neuland, den Arbeitslosen Arbeit und Brot. Ideologischen Boden gewinnen die Faschisten vor allem dort, wo die Klassenorganisationen der Arbeiter und Bauern schwach sind. Über die „Grauen Wölfe“ wird ein Teil der Enteigneten und Deklassierten gekauft und bestochen: „Finanzhilfe“ für gefügige Arbeitslose, diesem und jenem einen Posten im Staatsapparat beschafft. Und wo Geld nicht ausreicht, versuchen sie mit terroristischen Aktionen die Volksmassen einzuschüchtern, die Arbeiter- und Bauernorganisationen zu zerschlagen.

„Es sind Aktionen durchzuführen, die den Eindruck erwecken, sie kämen von Revolutionären. Hierbei darf vor Grausamkeiten nicht zurückgeschreckt

werden.“ (Spiegel, 8.5.1978, zitiert aus einem CIA-Lehrbuch zur Ausbildung der türkischen Streitkräfte). Dazu gehören Sprengstoffanschläge auf eigene Parteibüros. Auf das Konto der Faschisten gehen tausende von Sabotageakten und Morde, geht das Massaker von Kahramanmaras.

Türkei-Beauftragter des IWF: Leisler-Kiep

BRD-Imperialisten holen Daumenschrauben heraus / Ecevit verweigert neue Abwertung

z.mif. Es geht um 20 Milliarden Dollar „Schulden“, um 50 Milliarden Dollar Bruttosozialprodukt und um die Südostflanke der NATO. Auf Guadeloupe am 7. Januar beschloß der innere Kreis der Imperialisten: ein Spezialagent wird eingesetzt, der in der Türkei die Lage klärt. Schmidt hat Leisler Kiep dafür bestimmt. Der ist Versicherungskapitalist, und zwar ein seriöser, mit adliger Frau und langem Stammbaum. Ab 1961 als Texaco-Manager direkt für den US-Imperialismus tätig, ab 1965 Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages. Als Kind sechs Jahre in der Türkei.

Auf Guadeloupe wurde auch geklärt: Waffenlieferungen an die Türkei gehen vor allem über den westdeutschen Imperialismus. Immerhin operiert die Deutsche Orientbank – Dresdner Bank seit 1911 im Land. Letztes Jahr hat Ecevit, Sozialdemokrat, „deutsche Anti-Terror-Experten“ ins Land geholt. Die Operation Aufrollen der Türkei ist in den Augen der US-Imperialisten eine Bewährungsprobe: kann der westdeutsche Imperialismus in bestimmten Fällen vorgeschickt werden, wo der US-Imperialismus gezwungen ist, im Hintergrund zu bleiben? Macht er seine Sache gut?

Die westdeutschen Imperialisten sind erheblich interessiert. Wieviel Schulden hat die Türkei bei westdeutschem Kapital? fragt die CDU im Bundestag. 670 Mio. DM verbürgt, und weitere 700 Mio. DM unverbürgt, antwortet die Bundesregierung (Drucksache 8/2744). Den notleidenden Kapitalisten stellt die Regierung Steuererlaß in Aussicht. Nach den direkten Operationsplänen in der Türkei fragt die CDU nicht; Kiep ist ihr Mann, und öffentlich erörtert man solches nicht. Hauptpunkt der Weigerung der Regierung Ecevit gegenüber den Drohungen des IWF ist die erneute Abwertung des türkischen Pfundes. Gerade darauf aber bestehen die Imperialisten: Abwertung verbilligt den Kapitalexport, und auf den brennen sie – die Türkei ist ein Land mit wachsender Industrieproduktion, reichen Bodenschätzen und einer wachsenden industriell erfahrenen Arbeiterklasse.

Ecevit manövriert. Letztes Jahr unternahm er viele Reisen, u.a. nach Bulgarien, Rumänien, Sowjetunion, den nordwestlichen Nachbarstaaten der Türkei. Ein Wink mit dem Zaunpfahl für den US-Imperialismus, aber nicht unbedingt eine Stärkung der Regierung Ecevit. Kiep wird ihn dafür ins Gebet nehmen. Kiep wird auch dagegen sein, daß die Türkei Verhandlungen mit Libyen, Irak und Saudi-Arabien führte. Die Türkei ist NATO-Mitglied und hat nach Auffassung der US-Imperialisten den Balkan und die Dardanellen zu kontrollieren. Für die Evakuierung der US-Agenten aus dem Iran zwangen die US-Imperialisten die Regierung Ecevit, ihnen Überflug- und Landerecht in der Türkei zu gewähren. Ecevit stimmte zu, wie er sagte, aus humanitären Gründen. Die Regierung Bazargan erkannte er an.

Die Imperialisten haben 1978 nichts neu investiert in der Türkei. Die Banken, Metall-, Chemie- und Bergbaumonopole verlangen erst eine Klärung der Lage.



Während die Revisionisten in der Türkei die revolutionäre Arbeiter- und Bauernpartei von den Mai-Kundgebungen auszuschließen versuchten, streikten die Arbeiter im größten Zementwerk in Mersin unter der Führung der Marxisten-Leninisten für Lohnerhöhung, Wiedereinstellung von entlassenen Arbeitern, Sicherheitsvorkehrungen im Betrieb und für gewerkschaftliche Rechte.

z.maf. **Bürgerliche Politiker brauchen dann und wann ein bißchen Maskenbildnerei.** Kohl brauchte eine schneidige Brille und Frisur, Schmidt brauchte dies berühmte Lächeln bei gleichzeitigem Blecken der Zähne. Baum braucht Komplizierteres, nämlich liberales Flair. Er braucht das dringend, sonst wird er bald so häßlich aussehen wie der alte, unvergeßne Maihofer. Der Innenminister urteilte, daß er nach Liberalismus geradezu stinken muß und wandte sich an die bekannte Großparfümerie Nannen & Augstein. Das sind Fachleute. Ohne, daß man einen Drachenwurm vorstellt, von dem die Leute instinktiv Schlimmeres erwarten als vom Bundesinnenminister würde sich nichts erreichen lassen. Inzwischen dient der BKA-Chef Herold als das teuflische Vieh, demgegenüber Baum den Kämpfen für die individuelle Freiheit des Bürgers und seine Rechte ge-



genüber dem Staatsapparat spielt. Herold, weisungsungebundener Beamter des Bundes und des Innenministers Untergebener kann freiwilig mitspielen oder auch unfreiwillig. Man verfügt über ihn. Baums Tätigkeit würde die Sicherheit gefährden, die allein die Freiheit langlebig gestalte. Herolds Tätigkeit würde die Freiheit gefährden, die allein aus der Sicherheit ein Gut mache. – Das Duett kann gegeneinander weitergesungen werden, bis die Republik samt Westberlin davon scheppert. Inzwischen geht alles seinen geordneten Gang, und Baum kommt groß raus. Aber Baums Problemlage wird sich alsbald verschärfen. Baum klagt, das BKA habe inzwischen 3 Millionen Leute auf seinem Fahndungscomputer erfaßt. Verwaltungstechnisch hat er recht. 3 Mio. sind zu viel, das sprengt die Ermittlungs- und Fahndungskapazität der einsetzbaren Behörden. Ideologisch hat er auch recht, was nützt es, wenn per Computer nachgewiesen wird, daß der Möglichkeit nach und sogar der mathematisch sicheren Wahrscheinlichkeit nach die übergroße Mehrzahl der Bevölkerung des Landes als Sicherheitsrisiko beur-



genüber dem Staatsapparat spielt. Herold, weisungsungebundener Beamter des Bundes und des Innenministers Untergebener kann freiwilig mitspielen oder auch unfreiwillig. Man verfügt über ihn. Baums Tätigkeit würde die Sicherheit gefährden, die allein die Freiheit langlebig gestalte. Herolds Tätigkeit würde die Freiheit gefährden, die allein aus der Sicherheit ein Gut mache. – Das Duett kann gegeneinander weitergesungen werden, bis die Republik samt Westberlin davon scheppert. Inzwischen geht alles seinen geordneten Gang, und Baum kommt groß raus. Aber Baums Problemlage wird sich alsbald verschärfen. Baum klagt, das BKA habe inzwischen 3 Millionen Leute auf seinem Fahndungscomputer erfaßt. Verwaltungstechnisch hat er recht. 3 Mio. sind zu viel, das sprengt die Ermittlungs- und Fahndungskapazität der einsetzbaren Behörden. Ideologisch hat er auch recht, was nützt es, wenn per Computer nachgewiesen wird, daß der Möglichkeit nach und sogar der mathematisch sicheren Wahrscheinlichkeit nach die übergroße Mehrzahl der Bevölkerung des Landes als Sicherheitsrisiko beur-
teilt werden muß? Baum will sich jetzt als Freihheitsapostel feiern lassen für die Bereinigung der Datei? Werden von den drei Millionen z.B. 2 Millionen gestrichen, und das wäre *viel*, so würde doch bloß die Unterdrückung konzentriert. Außerdem wird das Unternehmen so nicht enden. Es wird, auf einige Zeit gesehen, keinerlei Verengung der Datei eintreten. Baum wird jetzt psychologische Testprogramme starten, um aus den bisherigen Merkmalen, die zu allgemein waren, exklusivere herauszudestillieren. Vielleicht, ja sicher, kommen auch noch neue Merkmale hinzu. Aber wie abseitig auch die Auswahl gemacht werden wird, stets wird sich nach einiger Zeit das Personal, das Grund hat, den Staatsapparat zu zerschlagen, in der Datei sammeln. Das ist die übergroße Mehrheit der Bevölkerung des Landes. Baum wandelt in Maihofers Spuren, unverwechselbar, da hilft kein Parfüm.

z.dis. **Als Kopf-an-Kopf Rennen haben die bürgerlichen Parteien die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein lanciert.** Der Stoltenbergkopf hat es schließlich geschafft. Auf den anderen Kopf wird man nicht verzichten müssen, er führt ja die Opposition. Dem Gespann ist es gelungen, die Wahlbeteiligung auf 82,5% zu schrauben. Gewonnen hat die CDU mit 48,25%. Die SPD und FDP haben mit 41,69% bzw. 5,75% die Wahlen verloren, wenn auch die SPD gegenüber den letzten Landtagswahlen 1,59% der Stimmen dazugewonnen hat. Die Grüne Liste hat 2,42% der Stimmen erhalten. Die DKP hat 3115 Stimmen bekommen und damit gegenüber den letzten Landtagswahlen 2811 Stimmen verloren. Einen großen Teil wird sie an die SPD abgegeben haben. Stoltenberg hat gleich nach der Wahl die ,,vernünftige Zusammenarbeit mit der Opposition im Interesse des Landes'' gesucht. Er wird sich mit Mathiessen schon arrangieren. Das Energieprogramm muß durchgesetzt werden, mit der Küstenautobahn werden Bauern gelegt, der Ausbau der Schulunterdrückung soll noch mehr billige Arbeitskräfte liefern.

Der KBW hat zum ersten Mal an den Landtagswahlen teilgenommen und 804 Stimmen erhalten. Das sind 519 Stimmen weniger als bei den Bundestagswahlen. Sie sind vor allem in Kiel verloren gegangen und zeigen einen Verlust bei der Intelligenz. Die Stimmen sind relativ gleichmäßig gestreut und entsprechen etwa dem KVZ-Verkauf. Organisiert können 800 Leute etwas erreichen.

z.bag.Aarhus. **Das westdeutsche Finanzkapital hat Brandt in Dänemark an die Front geschickt.** Es rechnete damit, daß Brandt als ehemaliger Widerstandskämpfer gegen den Faschismus die dänischen Volksmassen für die EG gewinnen könne. Ähnlich rechneten die dänischen Kapitalisten und ihr sozialdemokratisch geleiteter geschäftsführender Ausschuß. So kam die Rundreise Brandts am 21. und 22. April in Dänemark zustande. Er sprach norwegisch, aber am expansionistischen Inhalt änderte das nichts: ,,Ich lege großen Wert auf den Anschluß der nordischen Länder an die EG, und ich meine, daß Dänemark die Brücke zu den nordischen Ländern sein sollte, die zu uns hinüber wollen.'' 1977 betrugen die westdeutschen Exporte mit 6024 Mio. DM fast das Doppelte der dänischen Exporte in die BRD (3545 Mio. DM). Die dänischen Volksmassen haben ihre Erfahrungen mit dem deutschen Faschismus, dem Dänemark auch schon als Brücke diente. In Silkeborg wurde Brandt von einer Demonstration der ,,Volksbewegung gegen die EG'' empfangen und selbst die sozialdemokratische Kandidatin mußte sich von ihm distanzieren.

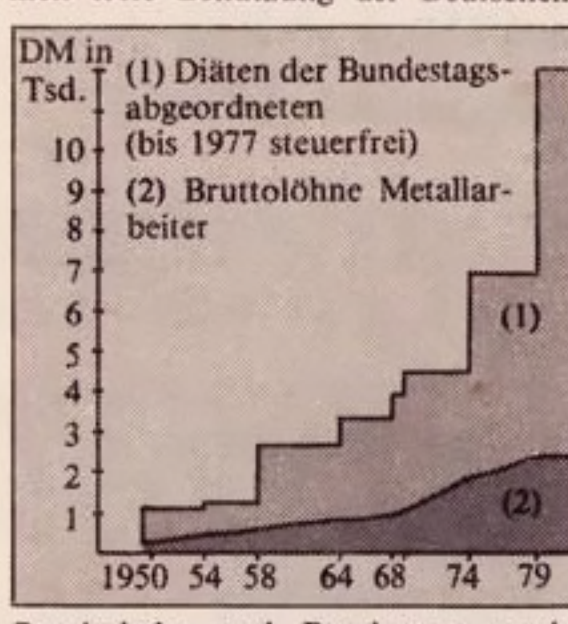


z.sus. **Runde 12000 DM monatlich sollen nach einem Gesetzentwurf der Bundesregierung die Abgeordneten des im Juni in Direktwahl zu wählenden EG-Parlaments bekommen.** Soviel,

EG, und ich meine, daß Dänemark die Brücke zu den nordischen Ländern sein sollte, die zu uns hinüber wollen.'' 1977 betrugen die westdeutschen Exporte mit 6024 Mio. DM fast das Doppelte der dänischen Exporte in die BRD (3545 Mio. DM). Die dänischen Volksmassen haben ihre Erfahrungen mit dem deutschen Faschismus, dem Dänemark auch schon als Brücke diente. In Silkeborg wurde Brandt von einer Demonstration der ,,Volksbewegung gegen die EG'' empfangen und selbst die sozialdemokratische Kandidatin mußte sich von ihm distanzieren.



z.sus. **Runde 12000 DM monatlich sollen nach einem Gesetzentwurf der Bundesregierung die Abgeordneten des im Juni in Direktwahl zu wählenden EG-Parlaments bekommen.** Soviel,
weil die westdeutsche Finanzbourgeoisie Personal als ihre Vertreter im EG-Parlament braucht, das sich aus der Kapitalistenklasse selbst rekrutiert und entsprechend bezahlt werden muß. 12000 DM, das sind eine ,,Entschädigung'' von 7500 DM plus eine Kostenpauschale von 4500 DM. Jährlich 11646000 DM für die 81 EG-Abgeordneten der Bundesrepublik. Dazu kommen freie Benutzung der Deutschen



Bundesbahn und Bundespost sowie Übernachtungsgeld für Dienstreisen nach der höchsten Reisekostenstufe. Die Altersentschädigung der Abgeordneten fällt auch nicht gerade mickrig aus: angefangen bei 3000 DM monatlich bei 6 Jahren Mitgliedschaft im EG-Parlament, kann sie sich bis auf ca. 4900 DM (bei 16 Jahren) steigern. Die EG-Imperialisten lassen sich das EG-Parlament als Hegemonie- und Einmischungsinstrument schwer was kosten.

z.ans. **Bei Guernica denkt der Bourgeois an Picassos Gemälde: ein großartiges, für alle Ewigkeiten festgehaltenes ,,Symbol der Unmenschlichkeit'' sagt er und möchte es dabei belassen.** Der Gemeinderat der baskischen Kleinstadt Guernica hat beschlossen: Die BRD hat Wiedergutmachung für den deutsch-italienischen Luftangriff am 26.4.37 während des spanischen Bürgerkrieges zu leisten. Er bringt damit zum Ausdruck, daß der Staat der herrschenden Kapitalistenklasse in Westdeutschland der Rechtsnachfolger der faschistischen Reichsregierung ist, die das Francoregime unterstützte. Die Süddeutsche schreibt: ,,Bonn'' habe ,,schon vor 2 Jahren seine Bereitschaft zu einer Geste angedeutet, zugleich aber die Klärung der Schuldfrage angelegt.'' Geprüft werden müsse, die spanische ,,Mitschuld'' an dem Befehl zur Bombardierung. Klärung der ,,Schuldfrage'' heißt für die westdeutsche Bourgeoisie, die gegen die Arbeiterklasse und die Völker gerichteten Verbrechen des Faschismus zu vertuschen.

z.her. **Zur Protestversammlung der Transportarbeiter hatte die Gewerkschaft ÖTV für den 5. Mai in Hannover aufgerufen.** 500 Fernfahrer, Lagerarbeiter und Angestellte, hauptsächlich Vertrauensleute und Betriebsräte, aus der ganzen BRD haben auf dieser Versammlung Maßnahmen für die Verbesserung des Lohnes und der Arbeitsbedingungen beraten. Heinz Kluncker, Vorsitzender der ÖTV, war Hauptredner der Protestversammlung. Seit 1977 herrscht im Güter- und Möbelfernverkehr tarifloser Zustand. Die tariflich vereinbarten Löhne werden von den Transport- und Speditionskapitalisten vielfach nicht gezahlt. Statt dessen sind Überstunden und Liegezeiten in einem pauschalen Lohn mit inbegriffen. Die 80- bis 90-Stundenwoche ist dabei die Regel, Sonn- und Feiertage gibt es für die Fernfahrer nicht, Liegezeiten auf der Strecke werden ihnen als Freizeit angerechnet. Auf- und Abladen wird von den Fahrern erzwungen, wer sich weigert, wird mit Entlassung bedroht, Unfälle häufen sich. In der Diskussion griffen die Fernfahrer auch die Schikanen der Straßenverkehrskontrollen an. Von 1977 bis 1979 seien die Bußgelder um das Zehnfache gestiegen. Seit 1975 sei z.B. der Verkehrsminister des Bundes ermächtigt, Schutzvorschriften für die Beförderung gefährlicher Güter zu erlassen, das ist bis heute nicht geschehen. Die Kraftfahrer und Beschäftigten im Transportwesen sind jedoch nicht mehr bereit, diese Zustände weiter hinzunehmen. Seit Juni vergangenen Jahres hat die Gewerkschaft ÖTV zu ihrer Unterstützung vier Busse im Einsatz. Über 100 Fahrer- und Betriebsversammlungen fanden seit letzten Juni statt und über 500 Betriebe wurden besucht. Der Organisationsgrad hat sich in dieser Zeit verdoppelt, teilte Heinz Kluncker auf der Protestversammlung mit. Die materiellen Mittel für den Arbeitskampf seien da, jetzt nütze es nichts mehr, den Mund zu spitzen, es müsse auch gepfiffen werden, so Heinz Kluncker am Schluß der Versammlung. Im Mai steht die Fortsetzung der bisher ergebnislosen Ver-

Gewaltsame Verjüngung des Arbeiterkörpers: die 59er-Regelung

r.chs. ,,Eine vorzeitige Pensionierung kommt nur in Betracht, wenn sie unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten gerechtfertigt ist. Dies ist vor allem der Fall, wenn... Arbeitsentgelt und sonstige Kosten eingespart werden... Auch die Schaffung von Möglichkeiten für die Übernahme von Auszubildenden mit guten Leistungen in ein Arbeitsverhältnis (Altersaufbau!) ist zu berücksichtigen.'' (Betriebsvereinbarung Bosch, Juni 1978) ,,Im Hinblick auf die gegenwärtig bestehende und für die nähere Zukunft absehbare Unterbeschäftigung unserer Werft ist es erforderlich geworden, daß mit den älteren Mitarbeitern (...) Ausscheidungs- und Abfindungsregelungen vereinbart werden.'' (Betriebsvereinbarung Bremer Vulkan, 22.3.1979) Die Umwälzungen des Arbeiterkörpers ist eine wesentliche Voraussetzung zur Erzielung von Extraprofit. Die gesellschaftlich durchschnittliche Arbeit ist so intensiviert, daß sie von den älteren Arbeitern nicht mehr bewältigt werden kann. Sie drücken den Durchschnitt und setzen viel früher als unverbrauchte Arbeitskraft der Ausbeutung Schranken, insbesondere der weiteren Verschärfung, und damit dem Profit. Das erklärt die Hartnäckigkeit und Abgefeimtheit, mit der die Kapitalisten die 59er-Regelung gegenüber den älteren Arbeitern durchsetzen.

Auf dem Bremer Vulkan wurde die Einführung der 59er-Regelung vorbereitet und begleitet von Kündigungen älterer und kranker Arbeiter – zur Unterstreichung der Freiwilligkeit und, wie sie dreist auf eine Anfrage des Betriebsrates hin begründet haben: ,,um den Umfang der Kurzarbeit zu verringern und die Möglichkeit aufrechtzuerhalten, unsere jungen Leute nach Abschluß der Ausbildung in ein Arbeitsverhältnis zu übernehmen... Die in den letzten Wochen ausgesprochenen Kündigungen seien die Konsequenz eines außerordentlich hohen Krankenstandes, der nicht mehr als realistisch angesehen werden könnte. Gekündigt worden sei solchen Arbeitnehmern, die über mehrere Jahre extrem häufig bzw. hohe krankheitsbedingte und sonstige Fehlzeiten aufgewiesen hätten...'' Allen 40 Entlassungen der letzten sechs Wochen hat der Betriebsrat widersprochen.

In verschiedener Hinsicht erweist sich die 59er-Regelung als nützlich für die Kapitalisten. Kündigungen lassen sich nicht leicht durchsetzen, und zudem erscheint diese Regelung für den einzelnen Arbeiter als Vorteil, der Qual der Ausbeutung entrinnen zu können und nicht nur mit dem Arbeitslosengeld dazustehen. ,,Den Mitarbeitern wird ... für die Zeit zwischen ihrem Ausscheiden und dem frühestmöglichen Rentenbeginn – längstens jedoch für die Zeit von 12 Monaten – ein monatlicher Abfindungsbetrag gezahlt, der 22 % des bisher erzielten Nettoentgelts auf der Grundlage der 40-Stunden-Woche beträgt zuzüglich 100 DM...'' (Vulkan-Betriebsvereinbarung) Ziemlich breit subventioniert die Arbeiterklasse den Kapitalisten die Intensivierung der Arbeit: Zuerst aus der Arbeitslosenversicherung, die ein Jahr lang Arbeitslosengeld zahlt, damit der Arbeiter nach 12 Monaten Arbeitslosigkeit vorzeitig ,,rentenberechtigt'' werden kann, dann aus der Rentenversicherung, dort über den Weg, daß kürzere Versicherungszeit Rentenkürzung heißt.

Wieviele Arbeiter im Arbeitsamtsbezirk Hannover/Bremen von der 59er-Regelung Gebrauch machen, wollten wir vom Landesarbeitsamt wissen. Darüber gäbe es keine Statistik, eine gesetzliche Absicherung dieser Kapitalistenpraxis auch nicht. ,,Zur Zeit wird das von den Arbeitsämtern toleriert.''

Toleriert wird von den Arbeitern nicht, daß ihre Versicherungskassen von den Kapitalisten nach Herzenslust ausgenommen werden. Es gibt Krach in der ,,Selbstverwaltung'' der Arbeitslosenversicherung, in der Kapitalisten, Regierungsvertreter und Gewerkschafter sitzen: ,,Koalition gegen Arbeitnehmer''. Unter dieser Überschrift berichtet ,,Der Grundstein'', Zeitung der Bauarbeitergewerkschaft, ,,vom ersten Eklat'': ,,Die Gewerkschaftsvertreter ... haben... im Plenum erstmals eine Beteiligung an einer abschließenden Beratung aus grundsätzlichen Erwägungen abgelehnt.'' Es geht zur Zeit um die 5. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz und vor allem um die weitere Entrechtung der Arbeitslosen. Verschiedene Belegschaften und ihre Vertretungsorgane haben am 1. Mai die Forderung nach Selbstverwaltung der Versicherungen erhoben.

HAW: Mit jüngerer Belegschaft soll der Widerstand gegen die Intensivierung der Arbeit gebrochen werden

r.hat. Das durchschnittliche Lebensalter der bei den Hamburger Aluminiumwerken beschäftigten Arbeiter beträgt heute genau 35 Jahre. Allein 80% der Arbeiter sind jünger als 41 Jahre. Vergleicht man jetzt, wie es in dem nebenstehenden Schaubild dargestellt ist, das Durchschnittsalter der 1978 eingestellten Arbeiter mit dem der ganzen Belegschaft, dann liegt dies um 5 Jahre niedriger, bei unter 30 Jahren.

Für die HAW-Kapitalisten hat die Verjüngung der Belegschaft eine wichtige Bedeutung. Nur so sind die Kapitalisten in der Lage, die Arbeit noch weiter zu intensivieren, um die Mehrarbeit zu erhöhen. Die Betriebsführung von HAW hatte im letzten Jahr verkündet, daß sie die Produktionskosten senken wolle sowie die Anlagen besser ausnutzen. Sie hat dabei Fortschritte zu verzeichnen. Sie hat Ende letzten Jahres bis jetzt durchsetzen können, daß im Anodenbetrieb die Kontischicht für einen Sonderauftrag eingeführt wurde. Ansonsten arbeiten alle bis auf die Werkserhaltung und die

% der Arbeiter
Verteilung aller 1978 eingestellten Arbeiter
Verteilung aller Arbeiter bei HAW
Lebensalter der Arbeiter

lungen haben sich die HAW-Kapitali-

alter dieser Arbeiter ca. bei 25 Jahren.

Nettoentgelts auf der Grundlage der 40-Stunden-Woche beträgt zuzüglich 100 DM...'' (Vulkan-Betriebsvereinbarung) Ziemlich breit subventioniert die Arbeiterklasse den Kapitalisten die Intensivierung der Arbeit: Zuerst aus

rungsgesetz und vor allem um die weitere Entrechtung der Arbeitslosen. Verschiedene Belegschaften und ihre Vertretungsorgane haben am 1. Mai die Forderung nach Selbstverwaltung der Versicherungen erhoben.

Auf dem Bremer Vulkan wurde die Einführung der 59er-Regelung vorbereitet und begleitet von Kündigungen älterer und kranker Arbeiter – zur Unterstreichung der Freiwilligkeit und,

HAW: Mit jüngerer Belegschaft soll der Widerstand gegen die Intensivierung der Arbeit gebrochen werden

r.hat. Das durchschnittliche Lebensalter der bei den Hamburger Aluminiumwerken beschäftigten Arbeiter beträgt heute genau 35 Jahre. Allein 80% der Arbeiter sind jünger als 41 Jahre. Vergleicht man jetzt, wie es in dem nebenstehenden Schaubild dargestellt ist, das Durchschnittsalter der 1978 eingestellten Arbeiter mit dem der ganzen Belegschaft, dann liegt dies um 5 Jahre niedriger, bei unter 30 Jahren.

Für die HAW-Kapitalisten hat die Verjüngung der Belegschaft eine wichtige Bedeutung. Nur so sind die Kapitalisten in der Lage, die Arbeit noch weiter zu intensivieren, um die Mehrarbeit zu erhöhen. Die Betriebsführung von HAW hatte im letzten Jahr verkündet, daß sie die Produktionskosten senken wolle sowie die Anlagen besser ausnutzen. Sie hat dabei Fortschritte zu verzeichnen. Sie hat Ende letzten Jahres bis jetzt durchsetzen können, daß im Anodenbetrieb die Kontischicht für einen Sonderauftrag eingeführt wurde. Ansonsten arbeiten alle bis auf die Werkserhaltung und die

% der Arbeiter
Verteilung aller 1978 eingestellten Arbeiter
Verteilung aller Arbeiter bei HAW
Lebensalter der Arbeiter
Verwaltung und Labor im vollkontinuierlichen Wechselschichtbetrieb.

Um die Frage der Intensivierung der Arbeit gibt es tagtäglich heftige Auseinandersetzungen und die Lage ist die, daß die Arbeiter sich in diesen Auseinandersetzungen meist durchsetzen und sich Pausen oder zusätzliche Arbeiter erkämpfen. Das liegt ganz einfach daran, daß die Intensität schon so hoch ist, zusammen mit der Hitze und dem Schmutz, unter denen man arbeiten muß, daß der Krankenstand der noch jungen Belegschaft – das Werk arbeitet erst seit ca. 5 Jahren – ca. bei 20% liegt. Für 15 Neueinstel-lungen haben sich die HAW-Kapitali-sten bis zu 200 Arbeiter hinkommen lassen und sich dann von jedem einen lückenlosen Krankheitsverlauf vorlegen lassen.

Die Produktion des Aluminiums ist dadurch, daß die Hütte computergesteuert ist, in viele einfache Produktionsabschnitte aufgeteilt, die für die Arbeiter aber schwer sind und mit Verausgabung von größeren körperlichen Kräften verbunden sind, die ein alter Arbeiter nicht lange durchhält. So sind die Arbeiter, die die Öfen anfahren, höchstens dreißig Jahre alt. In der Zeit, als die 3. Halle mit 90 Öfen angefahren wurde, war das Durchschnitts-alter dieser Arbeiter ca. bei 25 Jahren. Die Arbeit ist schwer, muß unter großer Hitze getan werden und es mußte enorm schnell gearbeitet werden, weil die Kapitalisten immer 3 Öfen an einen Tag anwerfen wollten. Ähnlich ist das bei den Kranfahrern in der Hütte. Hier kommen keine älteren Arbeiter mehr rauf, dafür sorgen schon die Arbeiter selber, weil beim Setzen der Anoden Ofentemperaturen zwischen 80° und 100° C herrschen und die Anoden schnell gesetzt werden sollen, weil sonst die Ofentemperaturen absinken.

Ältere Arbeiter werden heute höchstens noch als Ofenmann oder in der Reinigungskolonne eingesetzt.

Beschäftigte im Einzelhandel wollen Festgeld und 6 Wochen Urlaub

Warnstreiks der HBV gegen die Angebote der Kapitalisten / 4,9%-Spalterabschluß der DAG

z.anl. Tausende von Angestellten sind in den letzen Wochen dem Aufruf der Gewerkschaft HBV, im Einzelhandel Warnstreiks und Straßenaktionen durchzuführen, gefolgt. Zwischen 2 und 10 Stunden streikten vor allem die Lohnabhängigen der Kaufhauskonzerne. Obwohl die Forderungen in den Tarifbezirken unterschiedlich sind und daher der Kampf schwierig ist, hat diese Lohnbewegung eine Stoßrichtung gegen die Kapitalisten entwickelt, weil durch selbständig erhobene Forderungen bis zu einem gewissen Grad Vereinheitlichung möglich war. Diese Forderungen haben sich an zwei Punkten konzentriert. Einmal auf die überproportionale Hebung der unteren Lohngruppen und einen erträglichen Lohnabschluß für die mittleren und etwas besser verdienenden Angestellten durch Festgeldforderungen und zähes Festhalten daran auch gegenüber den Tarifkommissionen. Die Angebote, die die Kapitalisten vorgelegt haben, sind unverschämt, z.B. 10 DM oder gar nichts. Dagegen richten sich die Streiks hauptsächlich. Sie werden von den übrigen Lohnabhängigen im Organisationsbereich der HBV unterstützt. Die Verhandlungskommission in Stuttgart hat allein über 20 Solidaritätstelegramme von Beschäftigten im Buchhandel erhalten, die seit mehreren Jahren Festgeld fordern. Im Reisebürogewerbe haben Angestellte in Frankfurt nach dem schnell durchgezogenen 4,5% Abschluß Auszahlung in Festgeld verlangt. Bezogen auf die Gesamterhöhung der Lohnsumme wären das 110 DM für jeden. Sie setzen nach, weil die Kapitalisten durchaus unter dem Druck der Streiks im Einzelhandel standen und schon bei der ersten Verhandlung 4,5% anzubieten für geraten hielten.

Der zweite Punkt, auf den die Lohnabhängigen sich konzentrieren, ist die Verlängerung des Jahresurlaubs auf 6 Wochen. Seit sie von den Stahlarbeitern durchgesetzt sind, ergreifen die Arbeiter und Angestellten immer neuer Branchen diese Forderung.

Die Hertie-Kapitalisten in Stuttgart haben versucht, einen Vertrauensmann zu hindern, Informationen über die Warnstreiks zu verbreiten. Sie wollen die Verbindung der Lohnabhängigen, die diese brauchen, um sich ein richtiges Bild von den Kräfteverhältnissen zu machen, abschneiden, denn sie können absehen, daß die Streiks den Rückfluß von Geldkapital in ihre Hände verzögern, so daß sie Gefahr laufen, zusätzliches Kapital zu brauchen, um erneut kaufen zu können, aber auch Gefahr laufen, Kapital zu verlieren, nämlich soweit es in Form von Waren bei ihnen liegt, die später nicht mehr verkauft werden können, sei es, weil die Konkurrenz den Markt mit den gleichen Waren gefüllt hat, sei es, weil die Ware, z.B. frische Lebensmittel, verdirbt.

Die Lohnabhängigen im Handel haben, wenn sie streiken, auch die ganze Meute der industriellen Kapitalisten gegen sich, obwohl nicht sie, sondern die Arbeiter in der Industrie Wert und Mehrwert produzieren. Mit dem Streik tritt den industriellen Kapitalisten die Möglichkeit vor Augen, daß ihre Wertschöpfung beschränkt wird, weil ein Teil des gesellschaftlichen Gesamtkapitals in der Zirkulationssphäre herumhängt, dem Produktionsprozeß entzogen, also schrecklich nutzlos für sie.

In dieser Lage hat sich die DAG erneut als Spalter bewährt und einen Abschluß von 4,9% plaziert. Auch dagegen streiken die Beschäftigten im Einzelhandel.



Autokorso von Mitgliedern der Gewerkschaft HBV Anfang April 1979 in Hamburg gegen das 3,8%-Angebot der Bank- und Versicherungskapitalisten

Italien: Handelsgewerkschaft fordert Normalarbeitstag

z.erm.Rom. Am 30. Juni läuft für die 1,2 Mio. Lohnabhängigen im italienischen Handel der Tarifvertrag aus. Die Gewerkschaft, in der 350000 Beschäftigte organisiert sind, hat jetzt einen Vorschlag für die Forderungen zur Arbeitszeitregelung vorgelegt. Für die Lohnabhängigen im Handel, deren Ecklohn dem eines Metallarbeiters entspricht, beträgt die Arbeitszeit in der Regel 40 Stunden in der Woche. Für einen Teil der Beschäftigten, z.B. Lagerarbeiter, Wachpersonal und Verkäufer in Ortschaften unter 5000 Einwohnern, konnten die Kapitalisten jedoch eine 45 Stundenwoche durchsetzen. Um die Arbeitskraft der Lohnabhängigen vollständig vernutzen zu können, haben die Kapitalisten den Arbeitstag der Beschäftigten in zwei Teile gegliedert, mit einer vierstündigen Mittagspause. Die Beschäftigten sind so zu täglich zwei Anfahrten gezwungen, ohne daß sie sich in der Pause erholen können. Über die Ausdehnung der Teilzeitarbeit versuchen die Kapitalisten die Ausbeutung zu steigern und die kleinen Selbständigen (1977: 1,8 Mio.) zu ruinieren. Die Gewerkschaft fordert für alle Beschäftigten den Normalarbeitstag von 7 oder 8 Uhr bis 16 bzw. 17 Uhr bei einstündiger Mittagspause. Außerdem soll die Arbeitszeit einheitlich auf 38,5 Stunden verkürzt und die Teilzeitarbeit beschränkt werden. Die Tarifverhandlungen beginnen im September.

Italien: Neue Niedriglohngruppe ,,gegen Arbeitslosigkeit“

Tarifkampf der Chemiearbeiter / Lohnsenkungsprogramm als ,,Forderungsplattform“

z.ulg.Rom. Vom 17. bis 24. April hat die italienische Chemiearbeitergewerkschaft FULC eine ,,Kampfwoche“ für ihre Tarifforderungen und gegen drohende Betriebsstillegungen durchgeführt. Für eine Woche haben die Arbeiter der von Schließung bedrohten Werke in Süditalien und auf Sardinien die Betriebe besetzt und die Produktion selbständig weitergeführt. 10000 haben sich zum Abschluß der Aktionen am 24.4. an einer zentralen Demonstration in der sardischen Hauptstadt Cagliari beteiligt.

Doch wie entwickelt sich der Tarifkampf in den norditalienischen Industriezentren? Fast die Hälfte der 500000 Chemie- und Kautschukarbeiter ist in der Lombardei konzentriert, ein Viertel allein in der Provinz Mailand. Selbst in den großen Fabriken kommt die Tarifbewegung nur mühsam voran, sagt uns ein Sekretär der Mailänder FULC: ,,An den Demonstrationen und Versammlungen während der Kampfwoche haben sich jeweils nur 300 bis 400 Arbeiter beteiligt. In den zahllosen Kleinbetrieben des Umlandes haben wir einen Zusammenbruch der Streiks oft nur durch Unterstützung mit Streikposten aus anderen Betrieben verhindern können.“

schon will die Montedison die bisherigen vier Schichtmannschaften in ,halbe Mannschaften' teilen, zwecks ,größerer Flexibilität beim Arbeitskräfteeinsatz'. Wir haben das immer abgelehnt.“ Jetzt schlägt die FULC selbst die Einführung von ,,neun halben Mannschaften“ vor. Statt fester Reserveleute würden die Kapitalisten eine ,,neunte halbe Mannschaft“ einsetzen können, wo gerade jemand fehlt. ,,Wir haben das an einem konkreten Beispiel durchgerechnet: In der Abteilung sind jetzt 14 feste Arbeitsplätze, mal vier Schichten, plus insgesamt 15 Reserveleute. Von diesen 71 Arbeitern könnten nach dem 9/2-System acht ,freigesetzt' werden.“

Offiziell beträgt wegen der Einführung eines dritten Ruhetags alle drei Wochen für Schichtarbeiter in den großen Konzernen schon seit einiger Zeit eine ,,durchschnittliche“ Wochenarbeitszeit von 37 Stunden und 20 Minuten. Tatsächlich lassen die Kapitalisten an diesen Ruhetagen laufend Sonderschichten zum Ersatz für fehlende Arbeiter fahren. Praktisch kommt damit jeder selbst rechnerisch im Jahresdurchschnitt auf 40 oder 42 Stunden. Wenn die Kapitalisten nach dem 9/2-System Woche für Woche die konkrete

durch die Spreizung auch die höheren Arbeiterlohngruppen kaum. Denn ein Teil der Alterszuschläge und die persönlichen Zulagen werden auf die neue Eingruppierung angerechnet. Und die 20000 Lire würden für die meisten allein durch die von der FULC angebotene Einfrierung der Alterszuschläge draufgehen. Bei gleichbleibender Inflation macht das für einen Arbeiter, der vor zehn Jahren angefangen hat, allein in diesem Jahr 15000 Lire monatlich aus. Und der Tarif läuft drei Jahre.

Schließlich ,,fordert“ die FULC-Führung die Einführung einer neuen Niedriglohngruppe, um die ,,Einstellung von arbeitslosen Jugendlichen zu fördern“. Ganze 373000 Lire (840 DM) *brutto* würde man darin kriegen, 185 DM weniger als in der Ecklohngruppe, in der allein fast ein Drittel aller Lohnabhängigen eingruppiert sind.

Mit lautem Geschrei von ,,Einheit der Arbeiter des Nordens und des Südens“ arbeiten die Revisionisten direkt dem Bestreben der Kapitalisten in die Hände, durch einen Einbruch bei den Löhnen im Süden das Lohngefüge im ganzen Land ins Rutschen zu bringen.

,,Aber trotz der Plattform“, schließt der Vertrauensmann, ,,die Arbeiter müssen auch in diesem Tarifkampf ihre Stärke demonstrieren, schon allein, um die praktische Durchsetzung des 9/2-Systems und der neuen Niedriglohngruppe in den Betrieben verhindern zu können.“ In einigen Betrieben, erfahren wir, haben die Fabrikräte bereits den Kampf für die betrieblichen Zusatztarife aufgenommen. Doch der auf Grund der Plattform eingetretenen Zersplitterung der Tarifbewegung wird man damit kaum entgegenwirken können.



Britische Lehrer im Streik für mehr Lohn

z.acr.London. 482000 Lehrer in England und Wales, organisiert in den Gewerkschaften NUT, NAS/UWT, AMMA, streiken für eine Gehaltserhöhung von 36,5%. Seit dem 30.4. bestreiken die 258000 Mitglieder der NUT alle Arbeiten außerhalb des Unterrichts, z.B. Konferenzen, Aufsicht beim Mittagessen usw. Am 2.5. unterrichteten die 85000 Mitglieder der AMMA nur am Vormittag. Die 112000 Mitglieder der NAS/UWT wollen am 8.5. an nur fünf Stunden am Tag arbeiten. Die Lehrer verhandeln mit den örtlichen Verwaltungen, die Regierung verhandelt jedoch mit. Die bisherige Erziehungsministerin bot am 27.4. 9%, mehr hätten die anderen Beschäftigten im öffentlichen Dienst auch nicht gekriegt. Außerdem könnten die Regierungsmitglieder wegen ihrer Wahlkampftätigkeit nicht über ein verändertes Angebot abstimmen. Mit dieser Taktik wollte die Regierung einen Streik vor den Wahlen verhindern und den Abschluß der Lehrer zeitlich von dem der Regierungsangestellten trennen, die am 2.5. einer 25%-Gehaltserhöhung zustimmten. Die 36,5%-Forderung der Lehrer folgt aus einer Untersuchung, daß sie seit 1974 beträchtlich unter der Bezahlung von Berufen ähnlicher Qualifikation liegen. Einfache Lehrer bekommen z.Zt. 247 Pfund (988 DM) bis 551,75 Pfund (2207 DM)

Italien: Neue Niedriglohngruppe ,,gegen Arbeitslosigkeit“

Tarifkampf der Chemiearbeiter / Lohnsenkungsprogramm als ,,Forderungsplattform“

z.ulg.Rom. Vom 17. bis 24. April hat die italienische Chemiearbeitergewerkschaft FULC eine ,,Kampfwoche“ für ihre Tarifforderungen und gegen drohende Betriebsstillegungen durchgeführt. Für eine Woche haben die Arbeiter der von Schließung bedrohten Werke in Süditalien und auf Sardinien die Betriebe besetzt und die Produktion selbständig weitergeführt. 10000 haben sich zum Abschluß der Aktionen am 24.4. an einer zentralen Demonstration in der sardischen Hauptstadt Cagliari beteiligt.

Doch wie entwickelt sich der Tarifkampf in den norditalienischen Industriezentren? Fast die Hälfte der 500000 Chemie- und Kautschukarbeiter ist in der Lombardei konzentriert, ein Viertel allein in der Provinz Mailand. Selbst in den großen Fabriken kommt die Tarifbewegung nur mühsam voran, sagt uns ein Sekretär der Mailänder FULC: ,,An den Demonstrationen und Versammlungen während der Kampfwoche haben sich jeweils nur 300 bis 400 Arbeiter beteiligt. In den zahllosen Kleinbetrieben des Umlandes haben wir einen Zusammenbruch der Streiks oft nur durch Unterstützung mit Streikposten aus anderen Betrieben verhindern können.“

Die Gründe? ,,Die Forderungsplattform zieht nicht.“ Gerade in der Lombardei haben die Belegschaften mehrerer Großbetriebe den schließlich doch verabschiedeten Entwurf der Gewerkschaftsführung fast einstimmig abgelehnt und andere Forderungen beschlossen, so im Montedison-Werk in Castellanza. Wir haben mit einem Mitglied des Fabrikrats dieses Betriebs gesprochen.

Der erste Punkt ist die Schichtarbeit, sagt er. ,,Fast die Hälfte der Chemiearbeiter macht Contischicht. Seit Jahren schon will die Montedison die bisherigen vier Schichtmannschaften in ,halbe Mannschaften' teilen, zwecks ,größerer Flexibilität beim Arbeitskräfteeinsatz'. Wir haben das immer abgelehnt.“ Jetzt schlägt die FULC selbst die Einführung von ,,neun halben Mannschaften“ vor. Statt fester Reserveleute würden die Kapitalisten eine ,,neunte halbe Mannschaft“ einsetzen können, wo gerade jemand fehlt. ,,Wir haben das an einem konkreten Beispiel durchgerechnet: In der Abteilung sind jetzt 14 feste Arbeitsplätze, mal vier Schichten, plus insgesamt 15 Reserveleute. Von diesen 71 Arbeitern könnten nach dem 9/2-System acht ,freigesetzt' werden.“

Offiziell beträgt wegen der Einführung eines dritten Ruhetags alle drei Wochen für Schichtarbeiter in den großen Konzernen schon seit einiger Zeit eine ,,durchschnittliche“ Wochenarbeitszeit von 37 Stunden und 20 Minuten. Tatsächlich lassen die Kapitalisten an diesen Ruhetagen laufend Sonderschichten zum Ersatz für fehlende Arbeiter fahren. Praktisch kommt damit jeder selbst rechnerisch im Jahresdurchschnitt auf 40 oder 42 Stunden. Wenn die Kapitalisten nach dem 9/2-System Woche für Woche die konkrete Zusammensetzung der Schichten durcheinanderwirbeln könnten, würden die von den ,,homogenen Gruppen“ gewählten Vertrauensleute und damit die Fabrikräte geschwächt. Die Kapitalisten könnten dann noch leichter Überstunden und Sonderschichten durchsetzen.

Wir fragen nach der Lohnforderung. 20000 Lire (44 DM) für alle sind gefordert, und außerdem stärkere Spreizung der Lohngruppen von einem Verhältnis von 100 zu 179 auf 100 zu 250. Aber zusätzliches Geld kriegen durch die Spreizung auch die höheren Arbeiterlohngruppen kaum. Denn ein Teil der Alterszuschläge und die persönlichen Zulagen werden auf die neue Eingruppierung angerechnet. Und die 20000 Lire würden für die meisten allein durch die von der FULC angebotene Einfrierung der Alterszuschläge draufgehen. Bei gleichbleibender Inflation macht das für einen Arbeiter, der vor zehn Jahren angefangen hat, allein in diesem Jahr 15000 Lire monatlich aus. Und der Tarif läuft drei Jahre.

Schließlich ,,fordert“ die FULC-Führung die Einführung einer neuen Niedriglohngruppe, um die ,,Einstellung von arbeitslosen Jugendlichen zu fördern“. Ganze 373000 Lire (840 DM) *brutto* würde man darin kriegen, 185 DM weniger als in der Ecklohngruppe, in der allein fast ein Drittel aller Lohnabhängigen eingruppiert sind.

Mit lautem Geschrei von ,,Einheit der Arbeiter des Nordens und des Südens“ arbeiten die Revisionisten direkt dem Bestreben der Kapitalisten in die Hände, durch einen Einbruch bei den Löhnen im Süden das Lohngefüge im ganzen Land ins Rutschen zu bringen.

,,Aber trotz der Plattform“, schließt der Vertrauensmann, ,,die Arbeiter müssen auch in diesem Tarifkampf ihre Stärke demonstrieren, schon allein, um die praktische Durchsetzung des 9/2-Systems und der neuen Niedriglohngruppe in den Betrieben verhindern zu können.“ In einigen Betrieben, erfahren wir, haben die Fabrikräte bereits den Kampf für die betrieblichen Zusatztarife aufgenommen. Doch der auf Grund der Plattform eingetretenen Zersplitterung der Tarifbewegung wird man damit kaum entgegenwirken können.



Chemiearbeiterblock auf einer Gewerkschaftsdemonstration in Terni/Umbrien

Britische Lehrer im Streik für mehr Lohn

z.acr.London. 482000 Lehrer in England und Wales, organisiert in den Gewerkschaften NUT, NAS/UWT, AMMA, streiken für eine Gehaltserhöhung von 36,5%. Seit dem 30.4. bestreiken die 258000 Mitglieder der NUT alle Arbeiten außerhalb des Unterrichts, z.B. Konferenzen, Aufsicht beim Mittagessen usw. Am 2.5. unterrichteten die 85000 Mitglieder der AMMA nur am Vormittag. Die 112000 Mitglieder der NAS/UWT wollen am 8.5. an nur fünf Stunden am Tag arbeiten. Die Lehrer verhandeln mit den örtlichen Verwaltungen, die Regierung verhandelt jedoch mit. Die bisherige Erziehungsministerin bot am 27.4. 9%, mehr hätten die anderen Beschäftigten im öffentlichen Dienst auch nicht gekriegt. Außerdem könnten die Regierungsmitglieder wegen ihrer Wahlkampftätigkeit nicht über ein verändertes Angebot abstimmen. Mit dieser Taktik wollte die Regierung einen Streik vor den Wahlen verhindern und den Abschluß der Lehrer zeitlich von dem der Regierungsangestellten trennen, die am 2.5. einer 25%-Gehaltserhöhung zustimmten. Die 36,5%-Forderung der Lehrer folgt aus einer Untersuchung, daß sie seit 1974 beträchtlich unter der Bezahlung von Berufen ähnlicher Qualifikation liegen. Einfache Lehrer bekommen z.Zt. 247 Pfund (988 DM) bis 551,75 Pfund (2207 DM) brutto im Monat.

Nur ein Teilerfolg für die Arbeiter von Renault Belgien

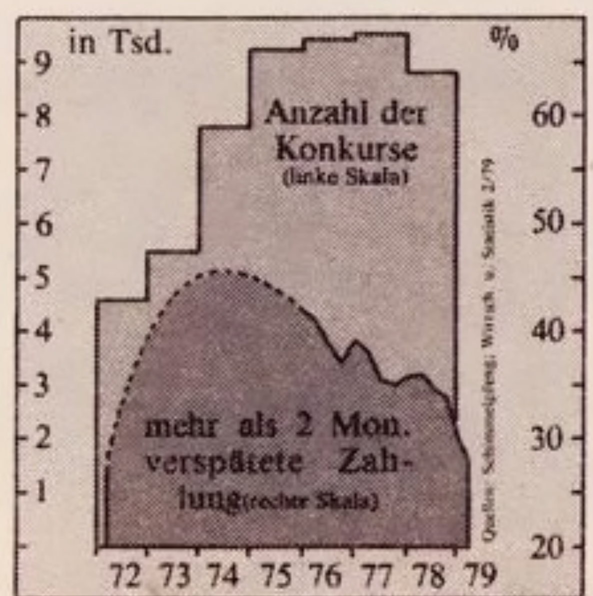
z.scc.Brüssel. Nach zwei Wochen Streik der 4000 Arbeiter von Renault in Vilvoorde schaltete sich vergangenes Wochenende der belgische Arbeitsminister höchstpersönlich ein. Gerad erst hatten 1500 Streikende auf einer Kundgebung ein ,,letztes“ Angebot der Kapitalisten einmütig zurückgewiesen. Anstelle der angebotenen drei zusätzlichen Urlaubstage beharrten sie auf ihrer Forderung nach Arbeitszeitverkürzung um eine Stunde die Woche bzw. sechs Urlaubstage; anstelle einer 2%-Lohnerhöhung hielten sie an ihrer Forderung nach Lohnerhöhung von 5 bfr (1 bfr = 6,3 Pfg.) für alle gleich fest. Der anhaltende Streik bei Renault hielt die Bourgeois in ständiger Furcht, daß die Auseinandersetzungen auch in der übrigen Automobilindustrie, wo sie gerade erst schale Kompromisse hatten durchsetzen können, erneut aufbrechen. Dem Vorschlag des Arbeitsministers dann stimmten die Renaultarbeiter in einer Urabstimmung mit einer Mehrheit von 68% zu: vier zusätzliche Urlaubstage, Lohnerhöhung von 3 bfr ab 1. Mai, für den April eine einmalige Zahlung von 2100 bfr, dazu ein zusätzliches Urlaubsgeld von 3700 bfr. Obwohl die Arbeiter von Renault ihre Forderungen nicht voll durchsetzen konnten, konnten sie die Linie des Regierungsprogramms – keine Lohnerhöhung in den nächsten drei Jahren – durchkreuzen und ebenso das ,,letzte“ Angebot der Kapitalisten verbessern.

---

handlungen mit den Transportkapitalisten an.

z.dil. **EG-Bußgelder gegen Korf und Maxhütte: Dumping auf dem US-Markt erlaubt, aber nicht auf dem EG-Markt.** Trotz aller Beteuerungen tobt der Handelskrieg zwischen den westeuropäischen Imperialisten. Hatten sie in Artikel 61b des Montanvertrags noch feierlich erklärt, daß sie in Krisenzeiten Mindestpreise für den Export von Erzeugnissen der Eisen- und Stahlindustrie in Drittländer festlegen wollen, so entwickelte sich von Anfang an ein erbitterter Konkurrenzkampf. Mit Dumpingpreisen bei Betonstahl versuchten jetzt Korf und die Maxhütte zum Ärger ihrer Konkurrenten Vorteile zu gewinnen. Sie erhalten dafür Bußgelder. 240000 für Korf und 237000 für die Maxhütte. Seit die westdeutschen Stahlkonzerne die Vorherrschaft in der EG errungen haben, sind diese Konventionen der Montanunion zu einem Hindernis geworden. Für die französischen Stahlkapitalisten bedeuten sie einen Schutz gegenüber dem überlegenen Konkurrenten.

z.kls. **Über ein Drittel der Kapitalisten zahlte im ersten Quartal '79 nicht die Rechnungen.** Unter den Kapitalisten gilt der Leitspruch, daß dessen Geschäft am besten geht, der es versteht, die meisten Schulden zu machen. Die kleinen Kapitalisten sind meistens gezwungen, sich zu verschulden. Die großen Kapitalisten verzögern die Zahlung, um ihre Konkurrenten in Schwierigkeiten zu bringen. Bei den Baukapitalisten haben im ersten Quartal '79 weniger als ⅔ ihre Rechnungen pünktlich bezahlt. Die schlechte Zahlungsmoral der Kapitalisten entspringt ihrer gegenseitigen Konkurrenz und beschleunigt die Zentralisation des Kapitals. Die Wirkung zeigt sich in den Konkursen.



z.ulo. **Letzte Woche wurde in Bayern der Tarif in der feinkeramischen Industrie mit 4,5% für 12 Monate am ersten Verhandlungstag abgeschlossen.** Mit 9,03 DM Stundenlohn im Durchschnitt liegt die Keramikindustrie am unteren Ende der Löhne im Chemiebereich. In der kunststoffverarbeitenden Industrie liegt der Durchschnitt bei 9,46 DM oder 390 DM in der Woche, in der Chemiefaserindustrie bei 12,30 DM oder 493 DM in der Woche. Während die 4,5% auf den Tariflohn in den Lohngruppen II und III, in denen bei Porzellan 70% der Arbeiter eingestuft sind, ganze 67 bis 69 DM oder netto bei Lohnsteuerklasse IV/2 Kinder 42,01 bis 43,76 DM ausmachen, hat ein Arbeiter in der Chemiefaserindustrie im Schnitt über 95 DM brutto davon. Was die Sozialdemokraten als Erfolg preisen, sind 25 DM weniger als in anderen Bereichen der Chemieindustrie. 5 Tage nach dem Abschluß veröffentlicht Rosenthal Rekordumsatz und Anstieg des Gewinns um 10%. Die Keramikkapitalisten reiben sich die Hände. Soviel hat Rosenthal aus den Arbeitern herausgeholt, daß er die bisher höchsten Jahresinvestitionen von 38 Mio. DM ohne zusätzliche Fremdhilfe auf den Tisch blättern konnte.



3000 Druckarbeiter der Fleetstreet demonstrierten am 28.11.78 gegen die Pläne der Times-Kapitalisten

1,4 Mio. Exemplare der ,,Sunday Times" wurden hier in einer Nacht gedruckt

Die ,,Times"-Arbeiter in vorderster Front gegen die Lohnsenkungsabsichten der Zeitungskapitalisten

z.hef.London. ,,Wie haben die Arbeiter der Times darauf reagiert, daß die westdeutschen Druckarbeiter den Druck der ,,Times" in Frankfurt verhindert haben?", fragten wir E.W. Smith, Maschinensetzer bei der ,,*Times*" und ,,Deputy Father of the Chapel" (Stellvertretender Leiter der Gewerkschaftsgruppe) der Maschinensetzer. ,,Am Montag hatten wir eine Versammlung, wo wir beschlossen, ihnen ein Telegramm zu schicken und ihnen dazu zu gratulieren, wie sie auf unseren Appell für Unterstützung reagiert haben. Das wurde einstimmig beschlossen, es gab eine stehende Ovation. Es wurde sehr gut aufgenommen. Es hebt die Moral. Manche waren entmutigt von dem Gedanken, daß die Zeitung anderswo gedruckt und dann natürlich leicht ins Land geschmuggelt werden könnte. Als dann bekannt wurde, daß Ihr sie in Westdeutschland gestoppt habt, hat das die Moral gehoben, und ich glaube, direkt zu den Verhandlungen in dieser Woche geführt, auf jeden Fall hat es dazu beigetragen."

Zu diesen noch laufenden Verhandlungen hatten die Times-Kapitalisten die NGA in der letzten Woche eingeladen, nachdem sie noch am 14. April jegliche Zugeständnisse abgelehnt und die Einschaltung der staatlichen Schlichtungsstelle verlangt hatten. Die Kapitalisten versuchen, ,,kompromißbereit" zu erscheinen. Man wird sehen. Ein weiteres Ergebnis des Scheiterns der ,,europäischen Ausgabe" der ,,Times": die Betriebsgruppe der Journalistengewerkschaft, die noch in der Woche zuvor beschlossen hatte, die ,,europäische Ausgabe" *nicht* zu boykottieren, revidierte den Beschluß am letzten Dienstag.

Seit dem 23. April haben die 600

zer. ,,Am Montag hatten wir eine Versammlung, wo wir beschlossen, ihnen ein Telegramm zu schicken und ihnen dazu zu gratulieren, wie sie auf unseren Appell für Unterstützung reagiert haben. Das wurde einstimmig beschlossen, es gab eine stehende Ovation. Es wurde sehr gut aufgenommen. Es hebt die Moral. Manche waren entmutigt von dem Gedanken, daß die Zeitung anderswo gedruckt und dann natürlich leicht ins Land geschmuggelt werden könnte. Als dann bekannt wurde, daß Ihr sie in Westdeutschland gestoppt habt, hat das die Moral gehoben, und ich glaube, direkt zu den Verhandlungen in dieser Woche geführt, auf jeden Fall hat es dazu beigetragen."

Zu diesen noch laufenden Verhandlungen hatten die Times-Kapitalisten die NGA in der letzten Woche eingeladen, nachdem sie noch am 14. April jegliche Zugeständnisse abgelehnt und die Einschaltung der staatlichen Schlichtungsstelle verlangt hatten. Die Kapitalisten versuchen, ,,kompromißbereit" zu erscheinen. Man wird sehen. Ein weiteres Ergebnis des Scheiterns der ,,europäischen Ausgabe" der ,,Times": die Betriebsgruppe der Journalistengewerkschaft, die noch in der Woche zuvor beschlossen hatte, die ,,europäische Ausgabe" *nicht* zu boykottieren, revidierte den Beschluß am letzten Dienstag.

Seit dem 23. April haben die 600

Mitglieder der NGA (von ca. 4000 Beschäftigten bei Times Newspaper Limited) Tag und Nacht Streikposten mit Unterstützung der Gewerkschaft NATSOPA sind zwei der vier großen Druckergewerkschaften. Bei Times Newspaper Ltd. sind die meisten ihrer Mitglieder im Satz und Umbruch beschäftigt und werden von den Rationalisierungsplänen der Kapitalisten am unmittelbarsten betroffen.

Nicht allein in der Zeitungsherstellung, in der gesamten Druckindustrie haben die Kämpfe gegen die Verschärfung der Ausbeutung mit Hilfe neuer Maschinerie in den letzten Monaten sprunghaft zugenommen. Die NGA z.B. begann im Frühjahr letzten Jahres eine Kampagne von Überstundenstreiks und Nichtarbeit an neuen Maschinen, weil die Kapitalisten für die Bedienung neuer Maschinerie nicht die geforderten Zuschläge zahlen wollen.

Die Times-Kapitalisten (oder besser, der Thomson-Konzern in Kanada) stehen stellvertretend für alle britischen Zeitungsmonopole, die die Lichtsatztechnik einführen wollen.

Bis zur Schließung am 30. November wurden ,,*Times*" und ,,*Sunday Times*" im Bleisatz hergestellt, wie alle anderen nationalen Tageszeitungen und sieben nationalen Wochenzeitungen. Das heißt, die Maschinensetzer geben Artikel und Anzeigentexte Zeile für Zeile in die Bleisatzmaschine ein und gießen mit der Maschine nach jeder gesetzten Zeile eine Metallzeile, auf der die Buchstaben spiegelbildlich erhaben stehen. Diese Metallzeilen werden, zu Artikeln geordnet, auf speziellen Metallplatten nach Redaktionsanweisungen von Metteuren umgebrochen. Von den fertig umgebrochenen und festgespannten Seiten werden Pappmatern gepresst, die als Gußform für die halbrunden Druckformen dienen. Die Druckformen werden schließlich in die Rotationsmaschine gespannt.

Seit 1974/75 planen alle nationalen Zeitungen die Umstellung dieser Satztechnik auf den Photosatz. Bereits seit 1966 gibt es einzelne Lokalzeitungen, die damit arbeiten. Jetzt sind es ca. 20. Hier geben die Setzer den Text nicht in eine Bleisatzmaschine, sondern über eine Bildschirm- oder Schreibmaschinentastatur in einen Satzrechner, der die Belichtung von Photopapier mit den jeweiligen Buchstaben, ihren Abstand, die Trennung usw. steuert, das, was bisher der Setzer macht. Das Satzprodukt ist ein Photopapier- oder Filmstreifen, der nach Korrektur auf Papier- oder Filmbögen aufgeklebt wird. Anders als der Bleisatz erfordert Fotosatz kaum eine besondere Ausbildung außer Schreibmaschineschreiben.

,,Bis vor kurzem waren die Fotosatztechniken nicht flexibel genug, um das Textvolumen der Fleet-Street mit ausreichender Geschwindigkeit zu verarbeiten", stellt die zur Förderung der Profitabilität des Zeitungsgeschäfts gegründete ,,Königliche Untersuchungskommission über die Presse" 1976 fest. Und es gab Schwierigkeiten, von den Papiervorlagen des Fotosatzes Druckplatten für die Rotationen in ausreichender Qualität herzustellen. Die Probleme sind jetzt gelöst. ,,Die finanzellen Gewinne durch Computer-Fotosatz sind potentiell sehr hoch. Sie entspringen sowohl aus den niedrigen Investitionskosten

Seit 1974/75 planen alle nationalen Zeitungen die Umstellung dieser Satztechnik auf den Photosatz. Bereits seit 1966 gibt es einzelne Lokalzeitungen, die damit arbeiten. Jetzt sind es ca. 20. Hier geben die Setzer den Text nicht in eine Bleisatzmaschine, sondern über eine Bildschirm- oder Schreibmaschinentastatur in einen Satzrechner, der die Belichtung von Photopapier mit den jeweiligen Buchstaben, ihren Abstand, die Trennung usw. steuert, das, was bisher der Setzer macht. Das Satzprodukt ist ein Photopapier- oder Filmstreifen, der nach Korrektur auf Papier- oder Filmbögen aufgeklebt wird. Anders als der Bleisatz erfordert Fotosatz kaum eine besondere Ausbildung außer Schreibmaschineschreiben.

,,Bis vor kurzem waren die Fotosatztechniken nicht flexibel genug, um das Textvolumen der Fleet-Street mit ausreichender Geschwindigkeit zu verarbeiten", stellt die zur Förderung der Profitabilität des Zeitungsgeschäfts gegründete ,,Königliche Untersuchungskommission über die Presse" 1976 fest. Und es gab Schwierigkeiten, von den Papiervorlagen des Fotosatzes Druckplatten für die Rotationen in ausreichender Qualität herzustellen. Die Probleme sind jetzt gelöst. ,,Die finanzellen Gewinne durch Computer-Fotosatz sind potentiell sehr hoch. Sie entspringen sowohl aus den niedrigen Investitionskosten

wie auch aus der großen Produktivitätssteigerung, die sie mit sich bringt", fährt die Untersuchungskommission fort. ,,Diese Steigerung stammt entweder daher, daß die gleiche Belegschaft mehr Arbeit leisten kann, oder aus einer Reduzierung der Belegschaft." Die Komission hat Fallstudien bei Lokalzeitungen angestellt. ,,Sie zeigen, daß Investitionen in relativ einfachen Techniken, die nicht mehr als 150000 bis 200000 Pfund kosten, zu Erhöhungen der Arbeitsproduktivität im Durchschnitt von 25% geführt haben. Auf der Basis der vor und nach der Umstellung Beschäftigten und des Lohns der Setzer läßt sich eine durchschnittliche Ersparnis von 100000 Pfund in diesen Druckereien pro Jahr errechnen, mehr, wenn andere Lohnkosten eingerechnet werden." ,,Berichte aus den Vereinigten Staaten kommen zu dem Schluß, daß die Investitionskosten normalerweise nach zwei Jahren wieder hereinkommen, in manchen Fällen nach nur einem Jahr."

Die Monopole, die die Zeitungen der Fleet-Street beherrschen, ließen sich nicht lange bitten. Inzwischen haben alle *Pläne* für Lichtsatzanlagen, vier Zeitungen haben auch schon die Anlagen, aber benutzen sie erst für einen Teil der Produktion. Die Kapitalisten begannen im vorletzten Jahr, eine in den USA bei System Development Corporation gekaufte Anlage aufzustellen. Die Eingabebildschirme sollen in den Anzeigenabteilungen, Redaktionen usw. stehen und sind direkt mit dem Zentralcomputer verbunden, der die Fotosatzeinheiten steuert wie auch automatisch die Rechnungen für Kleinanzeigen ausdruckt und bucht. Als das System fertig für Tests an den ,,Times"-Sonderausgaben für Erziehung, Höhere Erziehung etc. war, stellten die Kapitalisten den Gewerkschaften ein Ultimatum: entweder sie würden in Zukunft ,,wilde Streiks" verhindern, einer Neugliederung der Lohnstruktur und der Einführung der neuen Technologie zustimmen, oder die Herausgabe würde eingestellt. Kaum eine Gewerkschaft ließ sich darauf ein, die Kapitalisten stellten die Herausgabe – vorübergehend, wie sie betonen – am 30. November ein und entließen nach und nach 3000 Arbeiter und Angestellte.

Die Druckarbeiter der Fleet-Street, insbesondere die Setzer, haben die scharfe Konkurrenz zwischen den Zeitungskapitalisten und die Knappheit an qualifizierten Arbeitern zur Durchsetzung von im Vergleich zu anderen Druckarbeitern hohen Löhnen genutzt. Gerade den Lohn der Setzer zu drücken und ihre Zahl zu senken, darum geht es den Kapitalisten. 43% der Lohnkosten für die Produktion werden im Durchschnitt für den Satz verwandt. Smith, der stellvertretende Leiter der Gewerkschaftsgruppe der 72 Maschinensetzer bei der ,,*Times*", über die geplante Lohnsenkung: ,,Nach der einmaligen Zahlung, die es geben soll, würde der Lohn um ungefähr 100 Pfund pro Woche (400 DM) fallen. Also von ungefähr 269 Pfund in der Woche (4600 DM im Monat) auf 175 Pfund (3000 DM)." Der Abschlag besteht in der Auszahlung der Differenz zwischen 175 Pfund und bisherigem Lohn für zwei Jahre, natürlich wesentlich höher versteuert.

Ein Korrektor bei der ,,*Sunday Times*" würde statt bisher 140 Pfund 166 Pfund nach der ,,Neustrukturierung" bekommen. 14 Pfund von der Erhöhung stehen ihm sowieso aus dem letzten Jahr noch zu. Für diese Erhöhung wollen die Kapitalisten die Zahl der Korrektoren von 62 auf 42 senken, als wenn es leichter sei, bei Fotosatzfahnen Korrektur zu lesen.

Die Druckarbeiter fürchten mit Recht, daß die Pläne der *Times* für ,,Direkteingabe" das Lohnniveau weiter senken sollen. Ab 1980 bzw. 1981 sollen die Angestellten in der Anzeigenaufnahme und die Journalisten Anzeigen und Artikel direkt in die Bildschirmeingaben tasten. Ob die Kapitalisten tatsächlich die Journalisten setzen lassen wollen oder dies nur Vorwand ist, um die Ersetzung der bisherigen Setzer durch Schreibkräfte (zu entsprechenden Löhnen) vorzubereiten, ist dabei gleichgültig. Die Gewerkschaften wehren sich mit aller Kraft gegen die Direkteingabe. Mit den vier Fleet-Street-Zeitungen, die Fotosatzanlagen haben, hat die NGA Abkommen abgeschlossen, nach denen nur Setzer die Eingabeterminals bedienen. Im Januar gab der Verlag des ,,*Glasgow Herald and Evening News*" den Versuch auf, gegen die Gewerkschaften ein Direkteingabesystem zu operieren. Vorgesehene Entlassungen von zwei Dritteln der Beschäftigten in Satz und Umbruch wurden zurückgenommen.

Zusammen mit der Zustimmung zur Lohnsenkung und zur Direkteingabe versuchen die Kapitalisten die Zustimmung der Gewerkschaften zu einer neuen Schicht- und Arbeitszeitordnung zu erzwingen. Bisher arbeiten die Setzer, Korrektoren, Metteure usw. bei der ,,*Times*" in zwei festen Schichten, von 9.00 bis 16.00 und von 16.30 bis 0.30 Uhr. Außerdem sind einige Arbeiter für die Veränderungen in später gedruckten Ausgaben von 21.00 bis 4.00 Uhr da. Mindestens fünf Überstunden sind tarifvertraglich vorgesehen.

Statt der bisherigen festen Schichten planen die Kapitalisten ein rotierendes Dreischichtsystem. Statt bisher an fünf Tagen sieben Stunden würde die Arbeitszeit an den Lichtsatzmaschinen vier Tage zu neun Stunden betragen, unterbrochen durch eine halbstündige Pause. Meistens würden die Arbeiter aber fünf Tage mit neun Stunden arbeiten, und dafür vier freie Wochen innerhalb von 28 Wochen erhalten. Die Gewerkschaften nennen das ,,vollständig unakzeptabel". Sie haben noch keine ausdrückliche Forderung zur zeitlichen Begrenzung der Bildschirmarbeit beschlossen, aber das Gesundheits- und Sicherheitskomitee der britischen Druckergewerkschaften verlangte im Mai 1978 ,,als *Minimum* mindestens 30 Minuten Pause nach zwei Stunden an der Bildschirmeingabe."

Die Druckarbeiter der anderen Londoner Zeitungen zahlen wöchentlich in einen Fond für die Times-Arbeiter. Die Zeitlöhner 5 Pfund (20 DM), die Akkordlöhner 10 Pfund (40 DM) pro Woche. Bisher sind 150000 Pfund (600000 DM) zusammen.



neuen Technologie zustimmen, oder die Herausgabe würde eingestellt. Kaum eine Gewerkschaft ließ sich darauf ein, die Kapitalisten stellten die Herausgabe – vorübergehend, wie sie betonen – am 30. November ein und entließen nach und nach 3000 Arbeiter und Angestellte.

Die Druckarbeiter der Fleet-Street, insbesondere die Setzer, haben die scharfe Konkurrenz zwischen den Zeitungskapitalisten und die Knappheit an qualifizierten Arbeitern zur Durchsetzung von im Vergleich zu anderen Druckarbeitern hohen Löhnen genutzt. Gerade den Lohn der Setzer zu drücken und ihre Zahl zu senken, darum geht es den Kapitalisten. 43% der Lohnkosten für die Produktion werden im Durchschnitt für den Satz verwandt. Smith, der stellvertretende Leiter der Gewerkschaftsgruppe der 72 Maschinensetzer bei der ,,*Times*", über die geplante Lohnsenkung: ,,Nach der einmaligen Zahlung, die es geben soll, würde der Lohn um ungefähr 100 Pfund pro Woche (400 DM) fallen. Also von ungefähr 269 Pfund in der Woche (4600 DM im Monat) auf

nen Korrektur zu lesen.

Die Druckarbeiter fürchten mit Recht, daß die Pläne der *Times* für ,,Direkteingabe" das Lohnniveau weiter senken sollen. Ab 1980 bzw. 1981 sollen die Angestellten in der Anzeigenaufnahme und die Journalisten Anzeigen und Artikel direkt in die Bildschirmeingaben tasten. Ob die Kapitalisten tatsächlich die Journalisten setzen lassen wollen oder dies nur Vorwand ist, um die Ersetzung der bisherigen Setzer durch Schreibkräfte (zu entsprechenden Löhnen) vorzubereiten, ist dabei gleichgültig. Die Gewerkschaften wehren sich mit aller Kraft gegen die Direkteingabe. Mit den vier Fleet-Street-Zeitungen, die Fotosatzanlagen haben, hat die NGA Abkommen abgeschlossen, nach denen nur Setzer die Eingabeterminals bedienen. Im Januar gab der Verlag des ,,*Glasgow Herald and Evening News*" den Versuch auf, gegen die Gewerkschaften ein Direkteingabesystem zu operieren. Vorgesehene Entlassungen von zwei Dritteln der Beschäftigten in Satz und Umbruch wurden zurückgenommen.

Statt der bisherigen festen Schichten planen die Kapitalisten ein rotierendes Dreischichtsystem. Statt bisher an fünf Tagen sieben Stunden würde die Arbeitszeit an den Lichtsatzmaschinen vier Tage zu neun Stunden betragen, unterbrochen durch eine halbstündige Pause. Meistens würden die Arbeiter aber fünf Tage mit neun Stunden arbeiten, und dafür vier freie Wochen innerhalb von 28 Wochen erhalten. Die Gewerkschaften nennen das ,,vollständig unakzeptabel". Sie haben noch keine ausdrückliche Forderung zur zeitlichen Begrenzung der Bildschirmarbeit beschlossen, aber das Gesundheits- und Sicherheitskomitee der britischen Druckergewerkschaften verlangte im Mai 1978 ,,als *Minimum* mindestens 30 Minuten Pause nach zwei Stunden an der Bildschirmeingabe."

Die Druckarbeiter der anderen Londoner Zeitungen zahlen wöchentlich in einen Fond für die Times-Arbeiter. Die Zeitlöhner 5 Pfund (20 DM), die Akkordlöhner 10 Pfund (40 DM) pro Woche. Bisher sind 150000 Pfund (600000 DM) zusammen.



Streikposten der Druckgewerkschaften NGA und NATSOPA vor der ,,Times"

Arbeiter in Westdeutschland verhindern die Herausgabe der Times

z.dsk. Die TIMES Kapitalisten hatten im November 78 den Betrieb geschlossen. Trotzdem sollte die Times zu den Unterhauswahlen am 3.5.79 fertig sein. In England brach keiner den Streik der TIMES Arbeiter, also versuchten sie ihr Glück in Westdeutschland. Putschartig wurde bei der Firma „Gutfreund und Sohn" in Darmstadt gesetzt, ehe die Belegschaft was merkte. Auf der Kundgebung der IG Druck vor der Firma brachte sie zum Ausdruck, daß in Westdeutschland keine Streikbrucharbeiten gemacht werden, der Druck müsse verhindert werden. Die Nachrichtenagentur Reuter, des Sieges sicher, nannte die türkische Druckerei „Tercüman" als Druckort.

Die IG Druck rief am 26.4. dort zu einer Kundgebung auf, an der sich 40 Druckarbeiter beteiligten und auf Transparenten forderten: Kein Druck der Times! Solidarität mit den englischen Druckarbeitern! Der Sekretär der englichen National Graphical Association (NGA) rief unter starkem Beifall: „Die Arbeiterklasse muß sich international gegen die Kapitalisten zusammenschließen!" Die Verhandlungen der IG Druck mit dem Geschäftsführer von Tercüman blieben fruchtlos, und als voraussichtlicher Drucktermin galt die Nacht von Samstag auf Sonntag. Die ersten Wachen wurden organisiert. Für Feitag, den 27.4. rief die IG Druck zu einer Kundgebung in Zeppelinheim auf, an der sich über 200 beteiligten. „Verhindert die Herausgabe der TIMES," war ab dato die Losung. Das Papier aus England war schon da, also mußten die Wachposten verstärkt werden. Auf der Vertrauensleutesitzung der Frankfurter Societäts Druckerei am Samstag wurde beschlossen, eine Delegation nach Zeppelinheim zu schicken, und in der Nacht wurde an die türkischen Arbeiter von Tercüman ein Flugblatt verteilt, in dem sie aufgefordert wurden, die Arbeit nicht zu tun. Gespräche mit ihnen ergaben, daß der Kapitalist sie stark unter Druck setzt.

Die Lage entwickelte sich günstig. In der Nacht wurden an den Betrieb die Losung: „Kein Druck der TIMES" und „Streikbrecher" angebracht. Im ganzen Bezirk verteilte der Bezirksverband des KBW Eilnachrichten, in denen die Lage verhandelt wurde. Die IG Druck und Papier rief dazu auf, nach Zeppelinheim zu kommen und die Delegiertenkonferenz der HBV Main-Taunus erklärte sich mit ihren 130 Delegierten einstimmig solidarisch mit den englischen Druckarbeitern, und sprach sich für die Verhinderung der Herausgabe der TIMES aus. Auf der Delegiertenkonferenz wurden 600 DM für die englischen Druckarbeiter gesammelt.

Etwa zum gleichen Zeitpunkt traf die Delegation der Frankfurter Societäts Druckerei in Zeppelinheim ein, begleitet von Betriebsratsmitgliedern der Frankfurter Rundschau. Sofort führte eine etwa 15 köpfige Delegation unter der Leitung eines IG Druck Mitgliedes eine Betriebsbesichtigung bei Tercüman durch, um sich über den Stand der Druckvorbereitungen zu informieren. In dieser Lage erklärte die türkische Druckerei „Herrüyet" die gegenüber liegt, daß sie die Zeitung „auf keinen Fall" drucken werde. Die Geschäftsleitung wurde zunehmend nervöser.

Am Nachmittag hatte die IG Druck das Objekt TIMES für bestreikt erklärt, die Streikposten waren sofort aufgezogen, Autosperrren wurden errichtet. Bis zu 300 Streikposten waren auf dem Platz. Selbst in der Nacht auf Sonntag waren es bis zu 80 Mann.

Um 24 Uhr wurden die Nachrichten verlesen, die BBC um 22.00 Uhr in England gesendet hatte. Die Streikposten seien in guter Stimmung, hieß es, trotzdem seien „im Inneren die Druckmaschinen vorbereitet für das morgige große Ereignis".

Reporter des BBC, die im nahegelegenen Hotel warteten, den Andruck zu filmen, wurden nicht in den Betrieb gelassen. Am Sonntag morgen kam der Musikzug der Vereinigung für revolutionäre Volksbildung, Soldaten und Reservisten, erneut zum Einsatz, und um 10.30 Uhr fand auf dem Platz eine Veranstaltung der KBW unter dem Thema: Einheitsschule unter Volkskontrolle statt. Am Sonntag um 14.30 Uhr verkündete der Kapitalist vor den versammelten Streikposten, er sei von dem Druckauftrag zurückgetreten. Die Kundgebung endete mit dem Lied: Brüder zur Sonne zur Freiheit. Die Imperialistenmeute bellt jetzt, die Pressefreiheit sei in Gefahr. 3000 Exemplare der TIMES haben sie jetzt irgendwo drucken lassen. Für die Presse zum Vorzeigen.



25.4.: Der Hauptvorstand der IG Druck rief auf, die Herausgabe der Times zu verhindern.



26.4.: 40 Druckarbeiter fordern: Kein Druck der Times!


Streikposten vor der TER-Druckerei



Der TER-Kapitalist gibt vor 300 Arbeitern die Vertragsauflösung bekannt.





Seit 1972 werden Fotosatzmaschinen zur Steigerung der Ausbeutung genutzt. – 1. Mai in Frankfurt: Festgeld und 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich!

Erneute Kämpfe gegen die „neuen Techniken" der Ausbeutung sind fällig

z.haw. In nahezu allen Druck- und Satzbetrieben in Westdeutschland haben die Druckkapitalisten die Umstellung des Satzes vom ursprünglich angewendeten Bleisatz auf den Fotosatz ab-

speichert werden. Zwei gewöhnliche lochbandgesteuerte Maschinen verarbeiten das Lochband von vier bis sechs Perforatoren. Dabei werden die beiden Tele-Type-Setter (TTS) von einem Maschinensetzer bedient.

sparender ist und auch nicht so qualifizierte Kenntnisse in der Bedienung erfordert wie bei den Bleisatzmaschinen. Die Druckkapitalisten nutzen diese Tatsache, um die Produktivität erheblich zu steigern. Der Umsatz pro Beschäftigten hat sich seit 1966 fast verdreifacht. 1966 betrug er 31864 DM und stieg auf 89860 DM 1977. Die Beschäftigtenzahl sinkt dabei seit 1970

von Arbeitern an den Bildschirmgeräten zeigen, daß diese Tätigkeit über einen längeren Zeitraum nicht durchführbar ist. Das angestrengte Setzen an den Bildschirmgeräten führt zu Reizungen der Bindehäute, die erforderliche Konzentration und das enorme Arbeitstempo führt zu frühzeitiger Erschöpfung.

Gegen den schnellen Verschleiß der

Begrenzung der Bildschirmtätigkeit wurde nicht vereinbart; „Es kann 6 Stunden ununterbrochen an Bildschirmen gearbeitet werden, wenn die Pausenregelung aus arbeitsorganisatorischen Gründen nicht eingehalten werden kann." „Arbeiten der Textgestaltung werden durch tariflich bindende Normen ausschließlich Fachkräften der Druckindustrie übertragen,

Zeppelinheim auf, an der sich über 200 beteiligten. „Verhindert die Herausgabe der TIMES," war ab dato die Losung. Das Papier aus England war schon da, also mußten die Wachposten verstärkt werden. Auf der Vertrauensleutesitzung der Frankfurter Societäts Druckerei am Samstag wurde beschlossen, eine Delegation nach Zeppelinheim zu schicken, und in der Nacht wurde an die türkischen Arbeiter von Tercüman ein Flugblatt verteilt, in dem sie aufgefordert wurden, die Arbeit nicht zu tun. Gespräche mit ihnen ergaben, daß der Kapitalist sie stark unter Druck setzt.

Die Lage entwickelte sich günstig. In der Nacht wurden an den Betrieb die Losung: „Kein Druck der TIMES" und „Streikbrecher" angebracht. Im ganzen Bezirk verteilte der Bezirksverband des KBW Eilnachrichten, in denen die Lage verhandelt wurde. Die IG Druck und Papier rief dazu auf, nach Zeppelinheim zu kommen und die De-

sten seien in guter Stimmung, hieß es, trotzdem seien „im Inneren die Druckmaschinen vorbereitet für das morgige große Ereignis".

Reporter des BBC, die im nahegelegenen Hotel warteten, den Andruck zu filmen, wurden nicht in den Betrieb gelassen. Am Sonntag morgen kam der Musikzug der Vereinigung für revolutionäre Volksbildung, Soldaten und Reservisten, erneut zum Einsatz, und um 10.30 Uhr fand auf dem Platz eine Veranstaltung der KBW unter dem Thema: Einheitsschule unter Volkskontrolle statt. Am Sonntag um 14.30 Uhr verkündete der Kapitalist vor den versammelten Streikposten, er sei von dem Druckauftrag zurückgetreten. Die Kundgebung endete mit dem Lied: Brüder zur Sonne zur Freiheit. Die Imperialistenmeute bellt jetzt, die Pressefreiheit sei in Gefahr. 3000 Exemplare der TIMES haben sie jetzt irgendwo drucken lassen. Für die Presse zum Vorzeigen.


Streikposten vor der TER-Druckerei


Der TER-Kapitalist gibt vor 300 Arbeitern die Vertragsauflösung bekannt.



Erneute Kämpfe gegen die „neuen Techniken" der Ausbeutung sind fällig

z.haw. In nahezu allen Druck- und Satzbetrieben in Westdeutschland haben die Druckkapitalisten die Umstellung des Satzes vom ursprünglich angewendeten Bleisatz auf den Fotosatz abgeschlossen. „Die Investitionstätigkeit zielt in erster Linie auf Rationalisierungsmaßnahmen, und zwar vornehmlich auf eine Senkung der Lohn- und Gehaltskosten. Wie sehr die neuen Techniken die Investitionsentscheidungen beeinflußt haben, beleuchtet die Tatsache, daß nicht weniger als 45% der Firmen ihre Investitionen auch zur Einführung neuer Produktionsmethoden verwendeten", schreibt der „Polygraf" vom 20. Dezember 1978. Zwischen 1974 und 1977 haben die Druckkapitalisten die Investitionen von 750 Mio. DM auf 1100 Mio. DM gesteigert. Der größte Anteil ging in die Anschaffung neuer Maschinerie, der Anteil baulicher Investitionen lag 1977 bei 16% der Gesamtinvestitionen. Bei der Maschinerie waren es vor allem elektronisch gesteuerte Fotosatzanlagen. Diese Fotosatzanlagen sollen die herkömmlichen Bleisatzanlagen, deren Bedienung lange Ausbildungszeiten erfordert und deren Bedienungsgeschwindigkeit Schranken gesetzt sind, ablösen. Günstiger sind auch die Kosten für Fotosatzgeräte. Maschinen der sog. „mittleren Technologie" kosten inzwischen keine 100000 DM mehr. Dieser Preis ermöglicht auch kleinen und mittleren Betrieben die Anschaffung. Die Vorteile für die Kapitalisten bei der Anschaffung solcher Anlagen liegen auf der Hand:

Ein Handsetzer leistet pro Stunde 1450 Buchstaben, der Maschinensetzer 6000. Eine lochbandgesteuerte Setzmaschine liefert 15000 bis 18000 Buchstaben mit dem gewöhnlichen Setzautomaten und bis zu 100000 Buchstaben mit dem elektronischen Lichtsatzgerät. Die Perforatoren wandeln die eingetippten Buchstaben in Lochkombinationen um, die auf ein Papierband gespeichert werden. Zwei gewöhnliche lochbandgesteuerte Maschinen verarbeiten das Lochband von vier bis sechs Perforatoren. Dabei werden die beiden Tele-Type-Setter (TTS) von einem Maschinensetzer bedient. Die Buchstabenleistung entspricht derjenigen von sechs handbedienten Setzmaschinen. Der TTS wird in Westdeutschland seit 1962 verwendet. Die Satzmaschinen gibt es als Monotype oder Linotype, d.h. jeweils ein Buchstabe oder eine ganze Zeile werden mit Hilfe von Buchstabenmatrizen aus Blei gegossen, wobei der Setzer den Ausschluß (jede Zeile wird auf gleiche Länge gedehnt) durch Zwischen„tasten" von Blindmaterial besorgt. Die so gegossenen Zeilen werden vom Metteur zum Block zusammenmontiert. Das Ausschließen wie die Herstellung des Gußmaterials in der richtigen Zusammensetzung erfordern beim Maschinensatz den Setzer und den Metteur als Facharbeiter.

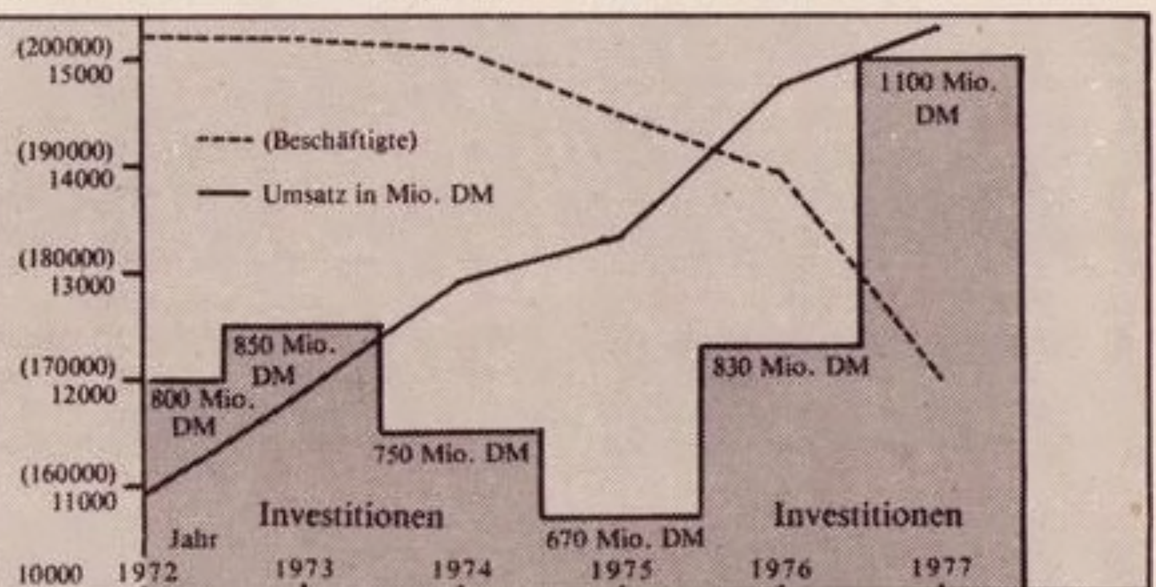
Mit Einführung des Fotosatzes nimmt der Umfang einer Setzerei bis zu 40% ab. Die Eingabe des Textes erfolgt über schreibmaschinenähnliche Erfassungsautomaten, die den Text entweder auf Magnetband oder -platte speichern. Der gespeicherte Text wird von der Maschine ausgeschlossen und mit Hilfe eines Filmstreifens (Font), auf dem sich die verschiedenen Schriftarten befinden, in beliebiger Schriftgröße belichtet. Die Tätigkeiten, die bisher von einem Setzer und einem Metteur bewältigt werden mußten, können jetzt von *einem* Arbeiter erledigt werden. Die neuesten Modelle arbeiten ohne Font; die Buchstaben sind als Daten gespeichert, werden mittels einer Kathodenstrahlröhre projiziert und vom Schirm abgelichtet. Die Belichtungsgeschwindigkeit steigt so bis zu einer Million Zeichen pro Stunde.

Aus der technischen Beschreibung geht hervor, daß die Anwendung dieser Fotosatzmaschinen wesentlich zeitsparender ist und auch nicht so qualifizierte Kenntnisse in der Bedienung erfordert wie bei den Bleisatzmaschinen.

Die Druckkapitalisten nutzen diese Tatsache, um die Produktivität erheblich zu steigern. Der Umsatz pro Beschäftigten hat sich seit 1966 fast verdreifacht. 1966 betrug er 31864 DM und stieg auf 89860 DM 1977. Die Beschäftigtenzahl sinkt dabei seit 1970 (224169) auf 1977 (170401) ständig. Die Ausbildungszeiten an den Fotosatzmaschinen sind wesentlich kürzer als die Ausbildungszeit des Maschinensetzers. Braucht der Maschinensetzer mehrere Jahre, um sein Handwerk zu erlernen, dauert die Ausbildung an den Fotosatzgeräten meist nur einige Wochen. Die „Ostfriesische Zeitung" suchte erst kürzlich in einer Anzeige „Mitarbeiter", die „gute Deutschkenntnisse und das Zehn-Finger-Schreibmaschine-Schreiben beherrschen". Tatsächlich ist es so, daß wer gut Schreibmaschine schreibt, das Fotosetzen auch schon in ein paar Tagen erlernen kann. Die Löhne dieser so angelernten Kräfte liegen weit unter denen der Maschinensetzer, die einen tariflich vereinbarten Lohn von 12,82 DM pro Stunde (1978; neuer Tarif 1979 13,65 DM/Std.) bekommen. Eine angelernte Schreibkraft erhält dagegen nur zwischen 7,70 DM/Std. und 8,30 DM/Std. Aber auch die Löhne der Angestellten in der Textgestaltung sind mit 2200 DM/Monat niedriger, und ein Texterfasser erhält ab dem 3. Beschäftigungsjahr 1850 DM/Monat (erste Tarifvereinbarung dieser Art in Baden-Württemberg). Angestellt werden die angelernten Schreibkräfte vielfach nur in Teilzeitarbeit, die Kapitalisten umgehen damit die mit der Gewerkschaft Druck und Papier vereinbarten Arbeitszeiten- und Pausenregelungen: Begrenzung der ununterbrochenen Bildschirmarbeit auf 6 Stunden und 5-minütige Pause pro Stunde. Der andere Vorteil für die Kapitalisten bei der Beschäftigung der Taster als Teilzeitarbeiter ist die Möglichkeit der völligen Auslaugung der Arbeitskraft bei nur teilweiser Bezahlung der vernutzten Arbeitskraft. Die Erfahrungsberichte von Arbeitern an den Bildschirmgeräten zeigen, daß diese Tätigkeit über einen längeren Zeitraum nicht durchführbar ist. Das angestrengte Setzen an den Bildschirmgeräten führt zu Reizungen der Bindehäute, die erforderliche Konzentration und das enorme Arbeitstempo führt zu frühzeitiger Erschöpfung.

Gegen den schnellen Verschleiß der Arbeitskraft an den Bildschirmgeräten hat es ständig Widerstand gegeben. Im Streik 1978 haben die Setzer die Aufnahme von Regelungen für die Arbeit an Bildschirmen in den Manteltarifvertrag verlangt. Gefordert wurde die Begrenzung der Arbeitszeit an den Terminals auf 4 Stunden am Tag, die Begrenzung des Satzmaterials auf 8000 Anschläge in der Stunde (Eine Forderung, die die Gewerkschaft Druck und Papier noch 1976 erhoben hatte). Zur Durchsetzung dieser Forderungen führten die Beschäftigten Streiks und Protestaktionen durch. Das Ziel konnte nicht erreicht werden. Mit allerlei Manövern und Spaltung der Beschäftigten in Textgestalter und Texterfasser hat die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung schließlich Arbeitsbedingungen mit den Druckkapitalisten in einem Vertrag zur „neuen Technik" vereinbart, die den gestellten Forderungen direkt zuwiderlaufen. Vereinbart wurde u.a.: eine Arbeitsunterbrechung von 5 Minuten je Stunde oder von 15 Minuten alle 2 Stunden, eine Begrenzung der Bildschirmtätigkeit wurde nicht vereinbart; „Es kann 6 Stunden ununterbrochen an Bildschirmen gearbeitet werden, wenn die Pausenregelung aus arbeitsorganisatorischen Gründen nicht eingehalten werden kann." „Arbeiten der Textgestaltung werden durch tariflich bindende Normen ausschließlich Fachkräften der Druckindustrie übertragen, vornehmlich Schriftsetzern. Arbeiten der Texterfassung werden den von der Rationalisierung betroffenen Fachkräften in den Unternehmen mit Vorrang angeboten. Journalisten sollen bei Einführung des neuen Systems die Bildschirmarbeit ablehnen dürfen, sofern sie dartun, daß diese für sie unzumutbar ist."

Daneben haben es die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer auch noch fertigebracht, 1978 einen Lohnraubabschluß von 5,6% durchzusetzen. Gelingen konnte ihnen das nur, weil sie die „neue Technik" in den Vordergrund der Forderungen rückten. Mit zufriedenen Gesichtern argumentierten sie, daß es dieses Mal ja nicht nur um Prozente gehen würde. Daß es *ihnen* nicht einmal um Prozente geht, zeigt der diesjährige Lohnabschluß von 4,5% nur zu deutlich. Die Forderungen nach einem ausreichenden Tariflohn auf den Normalarbeitstag, und dem Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich haben sie damit nicht vom Tisch räumen können.



Schnipkoweit will Ausbau der Arbeitshäuser

r.bez. Am 1. Mai demonstrierten in Emden Beschäftigte und Arbeiter der Ostfriesischen Beschützenden Werkstätten unter den Forderungen „Volle tarifliche Rechte und das Recht auf Wahl von Vertretungsorganen, Recht auf gewerkschaftlichen Zusammenschluß!“. Gerichtet waren diese Forderungen gegen den Erlaß des niedersächsischen Sozialministers Schnipkoweit vom 20.10.1978. Mit Gruppenleitern, die „die Qualifikation als REFA-Fachmann (Scheine 1 und 2) besitzen“ (Erlaß 1.2.4.), soll die Ausbeutung in den Werkstätten für Behinderte (WfB) gesteigert werden. Sollte „aus Sicherheitsgründen“ oder „produktivitätssteigernder Maßnahmen mehr Personal benötigt“ werden, so sollen die Gelder dafür „einschließlich aller Nebenleistungen aus dem Bruttoerlös der WfBs“ kommen (Erlaß 1.2.7.). Ärzte und Krankengymnasten sollen „stundenweise“ beschäftigt werden (1.3.3.). „Eigene Reinigungsdienste, Hausmeister, Küchendienste, Fahrdienste und Transport“ (Erlaß) sollen auf ihre Wirtschaftlichkeit überprüft werden. Von „jetzt 30000 auf mittelfristig 60000 Arbeitsplätze“ (Ehrenberg) sollen die Arbeitshäuser aufgestockt werden. Einsparungen des Betreuungspersonals, Lohnsenkungen, Herabgruppierung und Entlassungen sind die Folgen für die Beschäftigten. Die Arbeiter der „ Werkstätten“ sollen überdies ihre eigenen Antreiber finanzieren. Bei Durchführung dieses Erlasses müßten, nach Informationen des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, dem 80% der Behindertenwerkstätten Niedersachsens angehören, 162 Beschäftigte entlassen und 680 Änderungskündigungen vorgenommen werden. Würden alle weiterbeschäftigt, müßten die Behinderten 25% ihrer Löhne für die Gehälter aufbringen. Das bei einem durchschnittlichen Behindertenlohn von 100 DM monatlich (WfB Aurich). Die ÖTV-Mitglieder der OBW Emden haben deshalb in einem Beschluß zum 1. Mai die Rücknahme des Erlasses, Selbstverwaltung der Sozialversicherungen – Zahlung der Beiträge durch den Staat und keine Entlassungen und Herabgruppierungen gefordert. Außerdem sollen alle ABM-Beschäftigten nach geltendem Tarifrecht weiterbeschäftigt werden.

Wie früher in den KZ's: Zwangsarbeit im LKH Moringen.

r.deb. In die Landeskrankenhäuser (LKH) werden Menschen gesteckt, die gegen die bürgerlichen Gesetze verstoßen haben, hauptsächlich Jugendliche im Alter von 13 bis 25 Jahren. Durch Gutachten von Gefängnisärzten werden sie praktisch für verrückt erklärt. Die heutigen LKH's hießen früher im Faschismus Arbeitshäuser. Zweck dieser Anstalten ist es, die Gefangenen psychisch und moralisch zu zerstören sowie sie als billigste Arbeitskraft aus-

Durchführung dieses Erlasses müßten, nach Informationen des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, dem 80% der Behindertenwerkstätten Niedersachsens angehören, 162 Beschäftigte entlassen und 680 Änderungskündigungen vorgenommen werden. Würden alle weiterbeschäftigt, müßten die Behinderten 25% ihrer Löhne für die Gehälter aufbringen. Das bei einem durchschnittlichen Behindertenlohn von 100 DM monatlich (WfB Aurich). Die ÖTV-Mitglieder der OBW Emden haben deshalb in einem Beschluß zum 1. Mai die Rücknahme des Erlasses, Selbstverwaltung der Sozialversicherungen – Zahlung der Beiträge durch den Staat und keine Entlassungen und Herabgruppierungen gefordert. Außerdem sollen alle ABM-Beschäftigten nach geltendem Tarifrecht weiterbeschäftigt werden.

Wie früher in den KZ's: Zwangsarbeit im LKH Moringen.

r.deb. In die Landeskrankenhäuser (LKH) werden Menschen gesteckt, die gegen die bürgerlichen Gesetze verstoßen haben, hauptsächlich Jugendliche im Alter von 13 bis 25 Jahren. Durch Gutachten von Gefängnisärzten werden sie praktisch für verrückt erklärt. Die heutigen LKH's hießen früher im Faschismus Arbeitshäuser. Zweck dieser Anstalten ist es, die Gefangenen psychisch und moralisch zu zerstören sowie sie als billigste Arbeitskraft aus-
zubeuten. Sie werden von den gleichen Kapitalisten ausgebeutet wie die Lohnarbeiter. So haben z. B. im LKH Moringen (bei Northeim) VW, Conti, Leitz und andere Kapitalisten Werkstätten. 8 Stunden an 5 Wochentagen werden die Häftlinge darin ausgebeutet; das Ganze nennt sich Therapie. Durch ein Punktesystem wird aus den Gefangenen das Letzte rausgeholt: z.B. müssen an Wäscheklammern die Klammern angebaut werden, für 150 Stück gibt es einen Punkt, bzw. 55 Pfennig. Am Tag schafft man höchstens 4000 Klammern, macht 26 Punkte oder 520 DM im Monat. Statt den errechneten 286 DM werden aber höchstens 90 DM ausgezahlt. Den Rest steckt der bürgerliche Staat ein und in Moringen werden für 30 Mio. DM weitere Werkstätten gebaut – von den Gefangenen Ausbeutungszentrum genannt. Verweigert einer die Zwangsarbeit, dann wird er in eine Isolierzelle gesperrt, die einer Gruft gleich ist. Er bekommt solange betäubende Spritzen und Medikamente, bis er wieder gefügig ist. Das Gleiche geschieht bei Medikamentenverweigerung. Diese Zwangsmaßnahmen haben für viele Gesundheitschädigung zur Folge, wie Zerstörung des Augenlichts. Die Unterbringung ist wie im KZ: Radio hören, Fernsehen, Einkaufen, was man lesen darf, für das alles gibt es schikanöse Vorschriften. Gemeinschaftlichen Ausgang gibt es alle 2 Wochen. Wer aufmuckt, bleibt im Bau. Kein Wunder, daß es gegen diese KZ-Methoden Widerstand gibt. So sind an der Tagesordnung Ausbrüche und Schlägereien zwischen Aufsichtspersonal und Häftlingen, wenn diese die Arbeit verweigern.

Neues Arbeitsförderungsgesetz sieht Zwangsarbeit und Meldepflicht vor

3,4 Mrd. aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung / „Mobilität“ der Arbeitslosen als „Strukturpolitik“

z.ere. Unter der Überschrift: „Neues Schwerbehindertenprogramm angelaufen“ bietet die Bundesanstalt für Arbeit: „Zwischen 8000 DM und 18000 DM können Arbeitgeber erhalten, die für Schwerbehinderte Arbeits- oder Ausbildungsplätze bereitstellen.“ 80 Millionen DM wollen die Kapitalisten auf diesem Weg aus den Versicherungskassen der Arbeiter abkassieren. Das sieht ein Sonderprogramm vor, das vom 1. April dieses Jahres bis zum März 1980 laufen soll. In ihrer Pressemitteilung vermerkt die Bundesanstalt: „Der Zuschuß aus dem Sonderprogramm wird zusätzlich zu den gesetzlichen Leistungen der Bundesanstalt und anderer Rehabilitationsträger gezahlt.“ Dieses Sonderprogramm ist Teil der von der Bundesregierung in ihrem am 30. März vorgelegten Entwurf zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes, von dem die Bourgeoisie einen „Ausgleich zwischen dem Arbeitskräfteangebot und der Nachfrage“ erwartet. „Mobilisierung von Wachstumsreserven“, um die „Qualität des Industriestandortes Bundesrepublik“ entscheidend zu verbessern, fordert die Bourgeoisie von dem Sonderprogramm, wobei es erforderlich sei, vom bisherigen System abzuweichen und die zur Verfügung stehenden Mittel zielgerichteter einzusetzen.

Am 20. Februar legte die Bundesregierung den Achten Rahmenplan zur „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ vor. Rückwirkend ab 1. Januar 1979 ist er in Kraft. Ziel dieses Rahmenplans ist die „spürbare Verbesserung aller Faktoren“, die die Konkurrenzsituation der BRD-Imperialisten gegenüber ihren europäischen Nachbarn beeinflussen. Die BRD läßt sich nicht, wie die meisten ihrer imperialistischen Konkurrenten, in eine entwickelte Landeshälfte und eine unterentwickelte Landeshälfte mit einer letztlich alles beherrschenden Metropole unterteilen. Vielmehr gliedert sich die BRD in nahezu allen Teilen in „wirtschaftsstarke“ und „strukturschwache“ Regionen, mit jeweiligen regionalen Schwerpunkten. Der objektiv bedingten Spezialisierung einzelner Regionen auf bestimmte Produktionszweige soll begegnet werden durch „ausgleichspolitische Zielsetzung“, letztlich Verstetigung und gleichgewichtige Entwicklung, um somit alle vorhandenen „Wachstumsreserven auszuschöpfen“. Um dieses Ziel zu erreichen, sind gewaltige Kapitalmengen erforderlich. Ein Gesamtvolumen von rund 11,1 Mrd. DM jährlich ist für die Förderung und den Ausbau der regionalen Infrastruktur vorgesehen. Diesem Umwälzungs- und Ausgleichsprozeß, Sicherung der Expansionsbasis, dient in enger Übereinstimmung mit dem Strukturrahmenplan die Neuordnung der Arbeitsförderung. Ungleichgewichte, die auf dem Arbeitsmarkt regional und hinsichtlich der Qualifikationen bestehen, können ausschließlich mit Hilfe von Zwangsmaßnahmen überwunden werden, vergleichbar mit der Ansiedlungspolitik für Flüchtlinge und Aussiedler nach dem zweiten Weltkrieg. „Es kommt jetzt auf einen besseren und schnelleren Arbeitsmarktausgleich an“, forderten die Kapitalisten auf dem Hearing zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes. Die Effektivität von Vermittlung und Beratung, Fortbildungs- und Mobilitätsbereitschaft sei zu verstärken, was eine Neugestaltung des gesetzlichen und administrativen Instrumentariums verlange. Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung schlägt vor, dem Verwaltungsrat der Bundesanstalt ein Anordnungsrecht zu geben, um damit das „starre Verfahren der Arbeitszuweisung durch Rechtsverordnung abzulösen“ – Anordnung zur Zwangsarbeit heißt das, nichts anderes. Das Anordnungsrecht entspricht in vieler Hinsicht der polizeilichen Meldepflicht. Tägliche Meldepflicht wird dem Arbeitslosen auferlegt. In diesem Zusammenhang hat sich die Ministerialbürokratie des Ehrenbergministeriums auch Gedanken über den Begriff der „Zumutbarkeit“ gemacht: „Berufliche Mobilität bedeutet ebenfalls, einen Arbeitsplatz anzunehmen, der einer geringeren Einkommensstufe angehört als der verlorene“. Geänderte Arbeitsbedingungen wie Akkordarbeit und Schichtarbeit sollen ebenso als Ablehnungsgründe wegfallen wie gesundheitliche Begründungen. Das neue Gesetz ermächtigt die Bundesanstalt, durch Anordnungen über Voraussetzungen, Art und Umfang bezüglich der „Wahl“ von Arbeitsplätzen sowie über Maßnahmen, die zur Erhaltung oder verbesserten Fähigkeit der Arbeitsaufnahme beitragen, zu bestimmen. In besonderem Maße gilt dies für „Arbeiten im öffentlichen Interesse“. Das öffentliche Interesse ist nichts anderes als das Interesse der Kapitalisten nach Steigerung des relativen und absoluten Mehrwerts. Somit fallen alle Arbeiten unter öffentliches Interesse. Die Klärung des „Zumutbarkeitsbegriffes“ durch das Ehrenbergministerium verschafft der Bourgeoisie die Möglichkeiten weitgehender zwangsweiser Arbeitsverpflichtung, die im Rahmen der „Strukturpolitik“ den regionalen Ausgleich sichern soll. Allein die politischen Kämpfe der Arbeiterklasse werden ihre Anwendung verhindern. Damit diese neugeschaffenen gesetzlichen Zwangshebel durchsetzbar werden, ist bereits 1978 das Personal der Arbeitsämter um 1600 Personen verstärkt worden.

Das Arbeitsförderungsprogramm verschafft den Kapitalisten nicht nur ein großes Arsenal von Arbeitskraft; jährlich 3,4 Mrd. DM stellt der Sozialhaushalt für diese Maßnahmen zur Verfügung. Die Defizite, die in den Kassen der Arbeitslosenversicherungen entstehen, können nur durch Beitragserhöhungen aufgefangen werden; das Ministerium will dies weder bestätigen noch dementieren.

Bei der Sicherung ihrer Expansionsabsichten rechnet die Bourgeoisie mit einem Bedarf an zusätzlichen „Erwerbspersonen“ bis 1987 von etwa 800000.

Auf die ins „erwerbsfähige Alter“ nachrückende jugendliche Arbeitskraft und die Zunahme der „Frauenarbeit“ haben die Kapitalisten es dabei abgesehen. Von den im Arbeitsförderungsgesetz vorgeschlagenen Maßnahmen zur beruflichen Bildung und Umschulung sowie zwangsmäßigen Eingliederung dieser unverbrauchten Arbeitskraft in den Produktionsprozeß erhoffen sich die BRD-Imperialisten ein bedeutendes Potential für ihre Expansionsbestrebungen.



In der Metallverarbeitung und der Bauindustrie gibt es die „Mangelberufe“. Das Arbeitsförderungsgesetz sieht die zwangsweise Vermittlung vor allem jugendlicher Arbeitskraft in diesen Branchen vor.

Umwandlung der Krankenhäuser in Lazarette

„Katastrophenmedizin“ / Chirurgentag und Ärztetag / Vorbereitung fürs Krankenhausfinanzierungsgesetz

z.hev. Es ist jetzt gerade 7 Jahre her, daß der damalige Bundesinnenminister Genscher im „Weißbuch zur zivilen Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland“ zur „Ärztlichen Versorgung“ erklärte: „Im Hinblick darauf, daß die ärztliche Versorgung der Bevölkerung im Katastrophen- und Verteidigungsfall sichergestellt werden soll, müssen die Maßnahmen zur bauli-

Am 20. Februar legte die Bundesregierung den Achten Rahmenplan zur „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ vor. Rückwirkend ab 1. Januar 1979 ist er in Kraft. Ziel dieses Rahmenplans ist die „spürbare Verbesserung aller Faktoren“, die die Konkurrenzsituation der BRD-Imperialisten gegenüber ihren europäischen Nachbarn beeinflussen. Die BRD läßt sich nicht, wie die meisten ihrer imperialistischen Konkurrenten, in eine entwickelte Landeshälfte und eine unterentwickelte Landeshälfte mit einer letztlich alles beherrschenden Metropole unterteilen. Vielmehr gliedert sich die BRD in nahezu allen Teilen in „wirtschaftsstarke“ und „strukturschwache“ Regionen, mit jeweiligen regionalen Schwerpunkten. Der objektiv bedingten Spezialisierung einzelner Regionen auf bestimmte Produktions-

Sozialordnung schlägt vor, dem Verwaltungsrat der Bundesanstalt ein Anordnungsrecht zu geben, um damit das „starre Verfahren der Arbeitszuweisung durch Rechtsverordnung abzulösen“ – Anordnung zur Zwangsarbeit heißt das, nichts anderes. Das Anordnungsrecht entspricht in vieler Hinsicht der polizeilichen Meldepflicht. Tägliche Meldepflicht wird dem Arbeitslosen auferlegt. In diesem Zusammenhang hat sich die Ministerialbürokratie des Ehrenbergministeriums auch Gedanken über den Begriff der „Zumutbarkeit“ gemacht: „Berufliche Mobilität bedeutet ebenfalls, einen Arbeitsplatz anzunehmen, der einer geringeren Einkommensstufe angehört als der verlorene“. Geänderte Arbeitsbedingungen wie Akkordarbeit und Schichtarbeit sollen ebenso als Ablehnungsgründe wegfallen wie gesundheitliche Begründungen. Das neue Gesetz er-



In der Metallverarbeitung und der Bauindustrie gibt es die „Mangelberufe“. Das Arbeitsförderungsgesetz sieht die zwangsweise Vermittlung vor allem jugendlicher Arbeitskraft in diesen Branchen vor.

durchsetzbar werden, ist bereits 1978 das Personal der Arbeitsämter um 1600 Personen verstärkt worden.

Das Arbeitsförderungsprogramm verschafft den Kapitalisten nicht nur

gliederung dieser unverbrauchten Arbeitskraft in den Produktionsprozeß erhoffen sich die BRD-Imperialisten ein bedeutendes Potential für ihre Expansionsbestrebungen.

Umwandlung der Krankenhäuser in Lazarette

„Katastrophenmedizin“ / Chirurgentag und Ärztetag / Vorbereitung fürs Krankenhausfinanzierungsgesetz

z.hev. Es ist jetzt gerade 7 Jahre her, daß der damalige Bundesinnenminister Genscher im „Weißbuch zur zivilen Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland“ zur „Ärztlichen Versorgung“ erklärte: „Im Hinblick darauf, daß die ärztliche Versorgung der Bevölkerung im Katastrophen- und Verteidigungsfall sichergestellt werden soll, müssen die Maßnahmen zur bauli-
chen Vorbereitung und Einrichtung von Hilfskrankenhäusern in verstärktem Umfang weiterbetrieben werden. Sie haben auch im Frieden einen entscheidenden Nutzeffekt.“ Jetzt hat der Präsident der „Deutschen Gesellschaft für Chirurgie“, Professor Edgar Ungeheuer, auch Direktor der Chirurgischen Abteilung des Nordwest-Krankenhauses Frankfurt, auf dem Chirurgenkongreß (25.-28.4.79) „harte Worte für den Katastrophenschutz“ gefunden und seine Kollegen auf eine schnellere Gangart bei der Durchsetzung des Regierungsprogramms eingestimmt.

„Jeder Chefarzt“, so hieß es, „solle sich fragen, was in seiner Klinik geschehen müsse“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.4.79). „Regelmäßige Katastrophenschutzübungen“, „detaillierte Katastrophenpläne“, „Katastrophenschutzstäbe mit ausreichenden Nachrichtenverbindungen“. Weil heute „ohne die Hilfe der Bundeswehr eine Luftrettung in großem Umfang praktisch nicht möglich“ sei, forderte der Unfallchirurg Birkenbach aus Lebach eine Entscheidung von der Regierung, „ob die Bundeswehr fest in den Katastrophenschutz eingegliedert werden soll.“ Im Gespräch waren „Auffanglager für die Katastrophenopfer“, wo „wie in der Kriegsmedizin die Sichtung der Verletzten“ erfolgt. Diese „Sichtung“ läuft auf einkalkulierten Mord hinaus: „Die Katastrophenmedizin unterscheidet sich von der individuellen Friedenschirurgie dadurch, daß die Gewohnheit, zuerst für den Schwerverletzten zu sorgen, aufgegeben werden muß. Der Erfolg der Chirurgie im Krieg und bei der Katastrophe wird, wie der Schweizer Katastrophenexperte und Wehrmediziner Professor R. Lanz sagte, nicht an der Zahl der großen Operationen gemessen, sondern an der Zahl der Überlebenden.“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.4.)

Macht aus Krankenhäusern Lazarette und übt das fleißig ein, so kann man diese Pläne kurz zusammenfassen. Und so nimmt es nicht Wunder, daß eben der besagte Prof. Ungeheuer sich in seinem Grundsatzreferat auf dem Kongreß gegen die Verkürzung der Arbeitszeit auf die 35-Stundenwoche ausgesprochen hat. Dies hätte in den Krankenhäusern „ein Chaos zur Folge.“ Und auch zur Sterbehilfe steuerten die versammelten Chirurgen einen eigenen Vorschlag bei, hier ein Auszug aus den „Therapeutischen Grundsätzen“:

„Maßnahmen zur Lebensverlängerung dürfen beendet werden, wenn bei einer unausweichlich in kurzer Zeit zum Tode führenden Krankheit die vitalen Funktionen des Zentralnervensystems, der Atmung, der Herzaktion und des Kreislaufs offensichtich schwer beeinträchtigt sind, und wenn der fortschreitende allgemeine Verfall nicht aufzuhalten ist oder wenn nicht beherrschbare Infektionen vorliegen. In solchen Fällen sollte der Arzt Komplikationen nicht mehr über das Maß hinaus, das die Leidensminderung erfordert, behandeln. Entscheidend ist dabei der Umfang der ärztlichen Behandlungspflicht, nicht die rechtliche Einordnung als Handeln oder Unterlassen.“

Das Konzept ist wirklich nahtlos, enthält alle Elemente einer Militarisierung des Krankenhauswesens und der Konzentration auf den Kriegsfall, wo nur noch die Zahl entscheidet, ob dieser oder jener Schwerverletzte zu Nutz und Frommen des Vaterlandes sein Leben aushauchen wird. Was da sonst noch alles vorgesehen ist, nannte das „Deutsche Ärzteblatt“ am 6. Juli 1978 „Apels Sanitätsmodell“. Im letzten Jahr war festgelegt worden, daß Mitglieder der Ständigen Konferenz „Sanitätsdienst in der Bundeswehr und Zivilschutz“ nach Norwegen und Schweden fahren, um Erfahrungen zu sammeln. Der Oberfeldarzt der Reserve Dr. med. Eckehardt Frühbrodt war in Schweden und begeistert. Wir zitieren ausführlich aus seinem Bericht in „Der Deutsche Arzt“ vom 25. April 1979:

„Schwedens gesundheitliche Versorgung im Katastrophen- und Verteidigungsfall ist mustergültig organisiert. Seit 1960 ist jeder der 8 Millionen Einwohner, ob Mann oder Frau, vom 16. bis 65. Lebensjahr für den Dienst im Zivilschutz gesetzlich verpflichtet. ... Im allgemeinen ist die Ausbildung so gestaltet, daß im ersten Jahr 2 Wochen Grundausbildung in einer Katastrophenschule; im zweiten Jahr 3 Wochen Übung im Spezialgebiet; im vierten Jahr 3 Tage Dienst auf einer Befehlsstelle und 2 Tage Übung eingeplant sind.“ Die Aktivierung der Einheiten erfolgt in 3 Schweregraden:

„1. MobGrad: Steigerung der Aufnahmekapazität der Bezirkskrankenhäuser, sofortige Operationsfähigkeit, Besetzung der mobilen, funkgeleiteten Einsatzwagen mit Rettungsmannschaften und Material, Gestellung fahrbereiter Transport- und Nachschubeinheiten, im

2. MobGrad: Steigerung der Aufnahmeleistung durch vorzeitige Krankenhausentlassung, Einsatz der ambulanten Ärzte und Ärztezentren, Entleerung der als Hilfskrankenhäuser und Sammel- oder Versorgungsstellen vorgesehenen Objekte mit Mobilisierung des hierfür eingeplanten Personals, Aktivierung der freiwilligen Hilfsorganisationen, Besetzung der 200 im Lande verteilten Materialdepots, im

3. MobGrad: Sofortige Eröffnung der Hilfs- und Adnexkrankenhäuser, Reduzierung der friedensmäßigen Versorgung zur Vollversorgung der Katastrophenfälle, Besetzung aller Versorgungseinheiten des eingeplanten Gesundheitsdienstes, Einziehung der mob-eingeplanten Zivilfahrzeuge für die Transport- und Bergedienste. Einleitung von Evakuierungsmaßnahmen soweit erforderlich.“

Es zeichnet sich schon deutlich ab, daß die Regierung die Angriffe auf ihr Atomenergieprogramm nutzen wird für die Einführung des schwedischen Modells. Die Zahl der Veröffentlichungen über „Katastrophenschutz“ in den medizinischen Zeitschriften hat in den letzten Wochen erheblich zugenommen. Der Narkoseprofessor R. Frey von der Universität Mainz z.B. entwickelte ein einfaches Narkoseverfahren „im Katastrophenfall“, in Freiburg wird ein „ehrenamtliches Notarztsystem“ erprobt. Der Baden-Württembergische Sozialminister hat kürzlich einen Erlaß herausgegegeben, an allen Krankenhäusern der Akutversorgung Hubschrauberlandeplätze freizumachen, und die oberste Führung der Feuerwehren bezeichnet die Krankenhäuser als „Schwachstellen“ im System. In diesen Rahmen paßt auch gut der neue Anlauf Ehrenbergs zu einem neuen Krankenhausfinanzierungsgesetz, das ja bei den Kostendämpfungsmaßnahmen zunächst zurückgestellt worden war. Ehrenberg in der Zeitung „Das Parlament“ am 21. April: „Für weitere Sitzungen (der Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen) ist u.a. vorgesehen, als eine weitere Grundsatzfrage die Humanität im Krankenhaus auch unter dem Aspekt der Kostenentwicklung zu behandeln“.

Ganz offensichtlich haben die Standesführer der Ärzte ihren anfänglich vehementen Widerstand gegen die Kostendämpfungsmaßnahmen Ehrenbergs aufgegeben. Sie haben sich arrangiert, und ein Teil von ihnen entwickelt sich zu Verfechtern einer besonders rabiaten Linie der Kostendämpfung: der Militarisierung der Krankenhäuser und der Dienstverpflichtung ihrer Beschäftigten. Abzuwarten bleibt, ob sich diese Linie auf dem Deutschen Ärztetag in Nürnberg (16.-19.5.) wiederfinden oder gar durchsetzen wird.

Graf Kielmannsegg kündigt seinen Bauern die Pachtverträge – Der Landraub hat Geschichte. Die Landesregierung hilft.

z.irm. In der Elbmarsch in Seestermühe (Schleswig-Holstein) versucht Graf von Kielmannsegg Bauernlegen im Großformat zu organisieren. Die christdemokratische Landesregierung und die sozialdemokratische Opposition halten ihm dabei gleichermaßen die Hand. Als Großverpächter von über 1000 ha Land läßt diese Grafenfamilie seit über 200 Jahren über 60 Bauern ihr Land bebauen. Der junge Graf, ein studierter Jurist, der die Landwirtschaft allenfalls vom Hörensagen kennt, will alles ,,pflügbare Land'' hinter dem neuen Elbdeich selbst bewirtschaften. Die Pachtverträge sollen deshalb bis 1982 gekündigt werden. Das Grafengeschlecht hat sich jahrhundertelang an der Pacht gemästet, solange es was brachte. Mit der Entwicklung der modernen Maschinerie für großangelegten Ackerbau mit einem Minimum an Landarbeitern will der Graf umsatteln zum Agrarkapitalisten. In der Hochschraubung des Pachtpreises ist er bis zum Äußersten gegangen – bis zu 1800 DM pro ha jährlich.

Vor Einleitung seines Großlandraubs hat er noch erkleckliche Summen staatlicher Gelder eingeheimst, um das Land für industriemäßige Landwirtschaft herzurichten: Seit 1970 erhielt er 1 Mio. DM vom Staat für das Land, auf dem der neue Deich errichtet wurde, der Erdaushub für den Deich hat ihm noch zusätzliches Geld eingebracht. Für 530000 DM staatlicher Mittel ließ er sich das Entwässerungssystem sanieren und für 400000 DM finanzierte ihm die Gemeinde Seestermühe die Wege außendeichs. Das Land – schwere Elbmarsch – das ehemals nur als Grünland verwendbar war, ist jetzt durch die Eindeichung hochwassergeschützt und als Ackerland nutzbar. Über 1000 ha mit moderner Maschinerie auszubeuten, ist die gräfliche Perspektive; Raub von jeweils 10 bis 20 ha zugepachtetem Land pro kleinem Bauern, denen jeweils um 15 eigene ha Land verbleiben sollen, ist die kleinbäuerliche Perspektive: kurz – rasanter Ruin.

Stammvater Friedrich Christian Kielmanns Sohn Johann Adolf verdiente im Jahr 1641 der Familie den Erbadel. Er hatte sich für den Feudalstaat so hervor getan, daß er, mit Geldern überhäuft, begann, ,,in den Herzogthümern Schleswig und Holstein Güter anzukaufen (...) und bald Besitzer der beträchtlichen Herrschaften Satrupholm und Cronshagen war.'' (Familienchronik der von Kielmannsegg). Besonders rühmt diese Chronik das von ihm 1663 ,,erbaute Armenhaus (...) zum Unterhalt armer Leute.'' Es handelte sich dabei um Landarbeiterkasernen. Im Jahr 1752 ergatterte sich das Schmarotzergeschlecht das Gut Seestermühe, einen Riesenlandstrich, der ,,Hebestelle für den Zehnten'' der Fürsten war. Während die dort arbeitenden Bauern mühevoll organisierten, das Land einzudeichen, setzten die Grafen das Landraffen fort. Grundlage für verschiedene gräfliche Militärkarrieren bis zum heutigen Tage war die jahrhundertelange Ausbeutung der Bauern.

Schleswig-Holsteins Landwirtschaftsminister Flessner hat im ,,Bauernblatt'' vom 21.4.79 das jetzt geplante Vorgehen des Grafen Kielmannsegg ,,gemißbilligt''. Ein durchsichtiges Manöver, nach den aufgeführten staatlichen Hilfen. Und in seiner Stellungnahme versucht der Minister auf dumme und zugleich dreiste Art, die Staatspflicht des Bauernlegens abzusichern. ,,Für die Umstellung auf flächenunabhängige Produktion, z.B. die Schweinemast, würden die Betriebe in der Seestermüher Marsch bevorzugt mit Zuschüssen und Darlehen des Landes unterstützt.'' Die Schweinemast – ohnehin großbäuerlicher Produktion vorbehalten – hat sogar für diese wenig Perspektive, weil wegen der Überproduktion von Schweinen kaum daran zu verdienen ist. Womit Flessner ködern will, ist, daß man im Verhältnis zur Milchviehhaltung weniger Land für die Schweinemast braucht. Für 15-Hektar-Betriebe ist der Vorschlag schlichter Hohn.

Weitere Hoffnung auf Existenzsicherung versucht Flessner zu schüren mit Verweis auf die Neufassung des Landpachtgesetzes. ,,Nach Neufassung könnten die betroffenen Pachtbauern beim Gericht eine Verlängerung ihrer Pachtverträge beantragen.'' Tatsache ist, daß schon seit 1952 gilt: ,,Das Gericht kann entweder den Vertrag aufheben oder feststellen, daß er nicht zu beanstanden ist.'' (§ 5 Abs.3 Landpachtgesetz) Staatliche Eingriffsmöglichkeit dafür, die kleinen Bauern über *Pachtlandentzug* zu ruinieren und die Großbauern durch *Zupacht* zu Agrarkapitalisten zu machen.

Flessner hat auf die ,,Enthüllungen'' der Sozialdemokratie reagiert. Worin sich Christdemokraten und Sozialdemokraten einig sind: Daß den Bauern das Land, das sie seit 200 Jahren bebauen, nicht gehört, sondern daß der gräfliche Eigentumstitel maßgeblich ist. Wie die Verfassung es festlegt. Es ist das private Eigentum, das die Bourgeoispolitiker verteidigen, und das den kleinen Bauern nichts nützt, sondern ihren Ruin bedingt. Das, was Bauern auf einer Versammlung in Seestermühe gesagt haben, muß sich sowohl gegen das Grafengesindel wie gegen den bürgerlichen Staatsapparat richten: ,,Es wird Zeit, daß wir Bauern die Fäuste nicht nur in der Tasche ballen.''

4%-Abschluß für die Waldarbeiter, weitere Lohnsenkungen zum Herbst angekündigt



z.sog. Am 19.4. hatten in Neuhof-Rommerz bei Fulda 500 Staatsforstarbeiter aus Hessen für mehr Lohn und gegen die geplante Einführung eines neuen Akkordlohnsystems gestreikt. Der staatliche Dienstherr hatte 3,9% angeboten, während die Gewerkschaft Gartenbau, Landwirtschaft und Forsten (GGLF) für die 35000 Waldarbeiter in der BRD 6,5% und 250 DM mehr Urlaubsgeld (wie die ÖTV) forderte. – Am 3.5. haben sie abgeschlossen: 4% und 150 DM mehr Urlaubsgeld. Auf den bisherigen Ecklohn von 8,67 DM sind das gerade 35 Pfennige brutto. Die 150 DM mehr Urlaubsgeld gelten nicht voll für die Saison- und Teilzeitarbeiter, wozu hauptsächlich Bauern gehören, sondern werden entsprechend umgerechnet. Bezüglich des Akkordlohnsystems hat sich der GGLF-Hauptvorstand mit den Absichten des Dienstherrn einverstanden erklärt, eventuell ab 1.Oktober 79 in den Bundesländern Niedersachsen, Baden-Württemberg und Saarland nicht mehr nach dem ,,Holz-Ernte-Tarif'' (HEL), sondern nach dem ,,Erweiterten-Sorten-Tarif'' (EST) zu bezahlen. Der HEL geht nach Quantum geschlagenem Holz, im EST, den die Forstwirtschaftliche Versuchsanstalt Freiburg ausgeknobelt hat, wird die Bezahlung weiter aufgesplittet z.B. nach den verschiedenen Arten von Holz und wie diese gewachsen sind. Die Waldarbeiter sind entschieden gegen dieses neue Stücklohnsystem, und ihre Kampffront soll mit der ,,versuchsweisen Einführung in 3 Bundesländern'' (so die Landwirtschaftsamtsvertreter) gespalten werden. Der Bezirksleiter des Bezirks Rhön, Schaum, und auch der Vorsitzende des Kreisverbandes Fulda der GGLF, Lappas, meinen, daß dadurch der Nominallohn so um die 5% gekürzt werden würde.

Irische Regierung will Steuer der Bauern verdreifachen

z.rül.London. Die irische Regierung hat einen neuen Feldzug zur Ausplünderung der Bauern gestartet. Am 24.4. legte sie einen Plan zur ,,gerechten'' Besteuerung der Bauern vor. Er sieht vor, über die Senkung des Einkommenssteuerfreibetrags für verschuldete Bauern von 50 Punt wöchentlich auf 40 Punt (1 Punt = 3,85 DM) 10000 Bauern mit einem Monatseinkommen zwischen 670 und 835 DM zur Zahlung von Einkommenssteuern zu zwingen. Ein verheirateter Bauer müßte dann nach Abzug eines Freibetrags von 186 Punt (ca. 714 DM) 25% Einkommenssteuer zahlen. Weitere 20000 der 200000 Bauern sollen eine zusätzliche Grundsteuer von durchschnittlich 350 Punt im Jahr zahlen, und 10000 Bauern soll die Möglichkeit genommen werden, die alte, an die Gemeinden zu zahlende Grundsteuer mit der Einkommenssteuer zu verrechnen. Die Einkommenssteuern der Bauern würden nach diesen Plänen von 15 Mio. Punt 1978 auf 95 Mio. Punt 1980 steigen. Hinzukämen zwischen 30 und 40 Mio. Punt alte und 7 Mio. Punt neue Grundsteuer. Die Bauernverbände lehnten diese Pläne sofort nach Bekanntwerden ab. Die Regierung setzte daraufhin die 2%-Steuer auf landwirtschaftliche Produkte, die sie noch im Februar nach Protesten der Bauern vorläufig zurückgezogen hatte (siehe KVZ 10/79), ab sofort in Kraft. Gleichzeitig kündigte sie an, daß die neuen Steuern ab 1.1.1980 gelten sollen.

,,Kein Gießkannenprinzip'' – planmäßiges Bauernlegen

z.ulg.Rom. Am vorletzten Donnerstag hat die italienische Regierung einen Agrarentwicklungsplan verabschiedet, mit dem die ,,Hilfsmaßnahmen'' aller staatlichen Behörden einheitlich ausgerichtet werden sollen. Für die Jahre 1979 bis 1981 sind Ausgaben von insgesamt 8030 Mrd. Lire geplant, über 18 Mrd. DM. Allein 1938 Mrd. sind für die Bewässerung von zusätzlichen 400000 ha Land vorgesehen. Für das neu bewässerte Land werden Produktionsauflagen gemacht. Vor allem sollen dort Früh- und Spätgemüse angebaut werden, auf keinen Fall ,,Überschußprodukte'' wie z.B. Zucker, von dem das Land wegen der Produktionsbeschränkungen der EG jährlich Millionen Tonnen importieren muß. Der Gemüseanbau gehört zu den Produktionszweigen, die sich die großen Agrarkapitalisten bereits am weitesten unterworfen haben. 728 Mrd. Lire sollen für Maßnahmen in den Hügel- und Berggebieten ausgegeben werden, in denen kleinbäuerliches Eigentum vorherrscht. Durch Förderung des ,,Agrartourismus'' und der ,,Ergänzung der Landwirtschaft durch andere Aktivitäten'' soll die Verwandlung der dortigen Kleinbauern in Lohnarbeiter beschleunigt werden. Mit dem Plan, so Landwirtschaftsminister Marcora im

Landwirtschaftsgesetz in Frankreich: ,,Befreiung des Landes von alten Bauern, höhere Produktivität der jüngeren''

z.jon.Paris. Mehaignerie, französischer Landwirtschaftsminister, hat am 3.5. den Entwurf eines ,,landwirt- Schranken, die sich in einem anhaltenden Sinken der in der Landwirtschaftsstatistik ausgewiesenen ,,Bruttoein- aufgabe mit 60 oder sogar 55 Jahren. 2. Reform des Erbschafts- und Bodenrechts unter dem Stichwort ,,Land für Erzeugerpreise demonstriert. In der Normandie und Bretagne haben mehrfach Hunderte von Bauern die Vertrei-

Deich hat ihm noch zusätzliches Geld eingebracht. Für 530000 DM staatlicher Mittel ließ er sich das Entwässerungssystem sanieren und für 400000 DM finanzierte ihm die Gemeinde Seestermühe die Wege außendeichs. Das Land – schwere Elbmarsch – das ehemals nur als Grünland verwendbar war, ist jetzt durch die Eindeichung hochwassergeschützt und als Ackerland nutzbar. Über 1000 ha mit moderner Maschinerie auszubeuten, ist die gräfliche Perspektive; Raub von jeweils 10 bis 20 ha zugepachtetem Land pro kleinem Bauern, denen jeweils um 15 eigene ha Land verbleiben sollen, ist die kleinbäuerliche Perspektive: kurz – rasanter Ruin.

Stammvater Friedrich Christian Kielmanns Sohn Johann Adolf verdiente im Jahr 1641 der Familie den Erbadel. Er hatte sich für den Feudalstaat so hervor getan, daß er, mit Geldern überhäuft, begann, ,,in den Her-

Zuschüssen und Darlehen des Landes unterstützt.'' Die Schweinemast – ohnehin großbäuerlicher Produktion vorbehalten – hat sogar für diese wenig Perspektive, weil wegen der Überproduktion von Schweinen kaum daran zu verdienen ist. Womit Flessner ködern will, ist, daß man im Verhältnis zur Milchviehhaltung weniger Land für die Schweinemast braucht. Für 15-Hektar-Betriebe ist der Vorschlag schlichter Hohn.

Weitere Hoffnung auf Existenzsicherung versucht Flessner zu schüren mit Verweis auf die Neufassung des Landpachtgesetzes. ,,Nach Neufassung könnten die betroffenen Pachtbauern beim Gericht eine Verlängerung ihrer Pachtverträge beantragen.'' Tatsache ist, daß schon seit 1952 gilt: ,,Das Gericht kann entweder den Vertrag aufheben oder feststellen, daß er nicht zu beanstanden ist.'' (§ 5 Abs.3 Landpachtgesetz) Staatliche Eingriffsmöglichkeit dafür, die kleinen Bauern

z.sog. Am 19.4. hatten in Neuhof-Rommerz bei Fulda 500 Staatsforstarbeiter aus Hessen für mehr Lohn und gegen die geplante Einführung eines neuen Akkordlohnsystems gestreikt. Der staatliche Dienstherr hatte 3,9% angeboten, während die Gewerkschaft Gartenbau, Landwirtschaft und Forsten (GGLF) für die 35000 Waldarbeiter in der BRD 6,5% und 250 DM mehr Urlaubsgeld (wie die ÖTV) forderte. – Am 3.5. haben sie abgeschlossen: 4% und 150 DM mehr Urlaubsgeld. Auf den bisherigen Ecklohn von 8,67 DM sind das gerade 35 Pfennige brutto. Die 150 DM mehr Urlaubsgeld gelten nicht voll für die Saison- und Teilzeitarbeiter, wozu hauptsächlich Bauern gehören, sondern werden entsprechend umgerechnet. Bezüglich des Akkordlohnsystems hat sich der GGLF-Hauptvorstand mit den Absichten des Dienstherrn einverstanden erklärt, eventuell ab 1.Oktober 79 in den Bundesländern Niedersachsen, Baden-Württemberg und Saarland nicht mehr nach dem ,,Holz-Ernte-Tarif'' (HEL), sondern nach dem ,,Erweiterten-Sorten-Tarif'' (EST) zu bezahlen. Der HEL geht nach Quantum geschlagenem Holz, im EST, den die Forstwirtschaftliche Versuchsanstalt Freiburg ausgeknobelt hat, wird die Bezahlung weiter aufgesplittet z.B. nach den verschiedenen Arten von Holz und wie diese gewachsen sind. Die Waldarbeiter sind entschieden gegen dieses neue Stücklohnsystem, und ihre Kampffront soll mit der ,,versuchsweisen Einführung in 3 Bundesländern'' (so die Landwirtschaftsamtsvertreter) gespalten werden. Der Bezirksleiter des Bezirks Rhön, Schaum, und auch der Vorsitzende des Kreisverbandes Fulda der GGLF, Lappas, meinen, daß dadurch der Nominallohn so um die 5% gekürzt werden würde.

planmäßiges Bauernlegen

z.ulg.Rom. Am vorletzten Donnerstag hat die italienische Regierung einen Agrarentwicklungsplan verabschiedet, mit dem die ,,Hilfsmaßnahmen'' aller staatlichen Behörden einheitlich ausgerichtet werden sollen. Für die Jahre 1979 bis 1981 sind Ausgaben von insgesamt 8030 Mrd. Lire geplant, über 18 Mrd. DM. Allein 1938 Mrd. sind für die Bewässerung von zusätzlichen 400000 ha Land vorgesehen. Für das neu bewässerte Land werden Produktionsauflagen gemacht. Vor allem sollen dort Früh- und Spätgemüse angebaut werden, auf keinen Fall ,,Überschußprodukte'' wie z.B. Zucker, von dem das Land wegen der Produktionsbeschränkungen der EG jährlich Millionen Tonnen importieren muß. Der Gemüseanbau gehört zu den Produktionszweigen, die sich die großen Agrarkapitalisten bereits am weitesten unterworfen haben. 728 Mrd. Lire sollen für Maßnahmen in den Hügel- und Berggebieten ausgegeben werden, in denen kleinbäuerliches Eigentum vorherrscht. Durch Förderung des ,,Agrartourismus'' und der ,,Ergänzung der Landwirtschaft durch andere Aktivitäten'' soll die Verwandlung der dortigen Kleinbauern in Lohnarbeiter beschleunigt werden. Mit dem Plan, so Landwirtschaftsminister Marcora im

Fernsehen, werde dem ,,Gießkannenprinzip'' in der Agrarpolitik ein Ende gesetzt – es soll also systematischer gelegt werden.

Landwirtschaftsgesetz in Frankreich: ,,Befreiung des Landes von alten Bauern, höhere Produktivität der jüngeren''

z.jon.Paris. Mehaignerie, französischer Landwirtschaftsminister, hat am 3.5. den Entwurf eines ,,landwirtschaftlichen Orientierungsgesetzes'' vorgelegt, der, gemeinsam mit den Großbauern in der Führung der Bauernverbände, den Banken und den Nahrungsmittelmonopolen erarbeitet, eine ,,Landwirtschaft der Eroberung'', ,,Ziel 2000'' anstrebt. Präsident Giscard d'Estaing hatte die schnittige Leitlinie ,,Die Landwirtschaft, das grüne Erdöl Frankreichs!'' ausgegeben, als er das Gesetz 1977 in Auftrag gab. Gemeint war: Verbilligung der Agrarproduktion durch Intensivierung der Ausbeutung der Werktätigen in der Landwirtschaft und der Plünderung des Bodens, Ausnutzung der klimatischen und geographischen Vorteile Frankreichs (35% der Nutzfläche der EG), um sowohl die französische Industrie mit billigen Rohstoffen für die Expansion zu versorgen, wie um die Märkte Europas und der Welt mit französischen Agrarprodukten selbst zu überschwemmen.

Die Agrargesetze von 1960 und '62 hatten mit der Reform des landwirtschaftlichen Kreditwesens und der Produktions- und Absatzorganisationen die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die bis dahin relativ rückständige Landwirtschaft Frankreichs aufholte. Das Volumen der Produktion wuchs zwischen 1959 und 1977 um 70%, die Exporte wurden verfünffacht, während sich die Importe nur verdoppelten. Im gleichen Zeitraum wurde die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft halbiert (1962: 3,9 Mio.; 1975: 2 Mio. oder 9,7% der erwerbstätigen Bevölkerung). Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe sank von 1,9 Mio. (1963) auf 1,3 Mio. (1975). Seit einigen Jahren stößt die Expansion der landwirtschaftlichen Produktion auf Schranken, die sich in einem anhaltenden Sinken der in der Landwirtschaftsstatistik ausgewiesenen ,,Bruttoeinkommen pro Betrieb zu konstanten Preisen'' seit 1974 ausdrückt (z.B. 1978: −1,2%). Das betrifft sowohl die selbstwirtschaftenden Bauern, die keine Lohnarbeit ausbeuten, und von denen jährlich Tausende gelegt werden, wie auch mehr und mehr die Profite der landwirtschaftlichen Großbetriebe. Zwischen 1974 und 1977 nahmen die Erzeugerpreise durchschnittlich um 2,3% im Jahr (bei konstanten Preisen) ab, während die Preise für Produktionsmittel um 1,3% und die Bodenpreise um 2,2% stiegen. Die Zins- und Schuldenrückzahlungen der französischen Landwirtschaft entsprachen 1970 13,5% der landwirtschaftlichen Produktion, 1976 18,5%.

1975 waren noch 41% der landwirtschaftlichen Betriebe Kleinbetriebe mit weniger als 20 ha Land (1963: 48%), 30% aller selbständigen Bauern waren über 55 Jahr alt. Beseitigung der Reste des kleinbäuerlichen Eigentums an Boden und Produktionsmitteln, Verjüngung des landwirtschaftlichen Arbeitsheeres durch gezieltes Vernichten der älteren Bauern, Ausdehnung des Pachtsystems, mit diesen Mitteln soll das neue Gesetz versuchen, den Hunger des Finanzkapitals nach allem verfügbaren Land und nach Höchstprofiten in der Landwirtschaft zu stillen. Deshalb *1. ,,Soziale Maßnahmen''* unter dem Stichwort ,,Reform der Renten'' und ,,Befreiung des Landes von alten Landwirten'': Streichung von Krediten und Rentenanspruch von alten Bauern mit weniger als einer ,,wirtschaftlichen Mindestfläche'', Streichung des doppelten Anspruchs auf Arbeits- und Landwirtschaftsrente, um die Nebenerwerbsbauern zu legen, Erhöhung der Abgaberente bei Betriebsaufgabe mit 60 oder sogar 55 Jahren. *2. Reform des Erbschafts- und Bodenrechts* unter dem Stichwort ,,Land für die Jungbauern'': Verwandlung von Erbengemeinschaften in ,,landwirtschaftliche Bodengruppen'', die Land und Produktionsmittel besitzen und es verpachten. Die Anteile sind verkäuflich und pfändbar, sie können z.B. mit Genossenschaften fusionieren. Beschleunigung der Flurbereinigung, Kontrolle des Bodenhandels und Möglichkeit zum Verbot ,,unwirtschaftlicher'' Transaktionen. *3. ,,Wirtschaftliche Maßnahmen''* unter dem Stichwort ,,Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit'': Schaffung von ,,interprofessionellen Organisationen'' für einzelne Produktgruppen (z.B. Weizen, Schweine etc.) mit Zwangsmitgliedschaft der Bauern, in denen Banken, verarbeitende Industrie, Bauernverbände und Staat sowohl über die Kreditvergabe wie über detaillierte Produktionsvorschriften entscheiden.

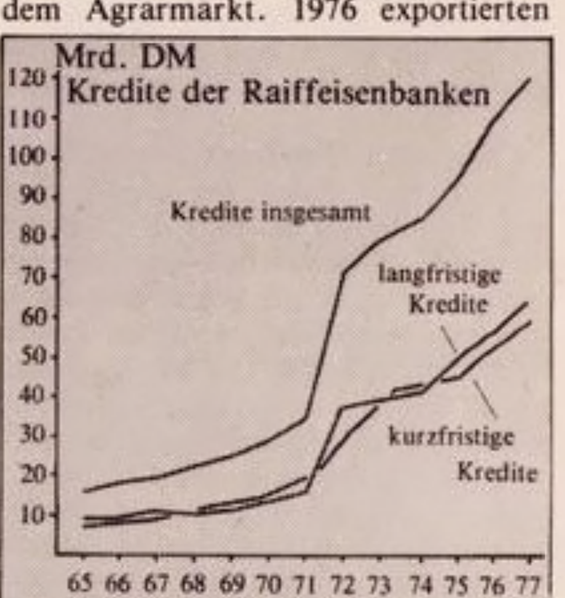
Mehrere Monate lang haben im letzten Winter die fanzösischen Schweine- und Rinderzüchter für ausreichende Erzeugerpreise demonstriert. In der Normandie und Bretagne haben mehrfach Hunderte von Bauern die Vertreibung von Pächtern und kleinen Grundbesitzern durch Gerichtsvollzieher und Polizei im Auftrag der Landwirtschaftsbank Crédit Agricole verhindert. Die revisionistische KPF versucht, sich an die Spitze dieser Kämpfe unter der Parole ,,Erhaltung des Familienbetriebes'' zu stellen. Die Revisionisten fordern von der Regierung Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität und der Exportfähigkeit des ,,Familienbetriebs'', damit Frankreichs Landwirtschaft auf dieser Grundlage zur führenden in Europa wird. Nur durch den noch schrilleren Chauvinismus und die Vergötterung des bäuerlichen Kleineigentums unterscheidet sich diese Propaganda von der der Regierung. Die Bourgeoisie ist überhaupt nicht gegen den ,,Familienbetrieb''. Das neue Gesetz fordert gerade, daß sich junge Bauern ,,selbständig'' entweder in direkter Abhängigkeit als Pächter oder unter Kontrolle ,,interprofessioneller Organisationen'' für die ,,größere Wirtschaftlichkeit'' des Finanzkapitals schinden.



Bauern unterstützen einen Streik von Schlachthofarbeitern in der Bretagne

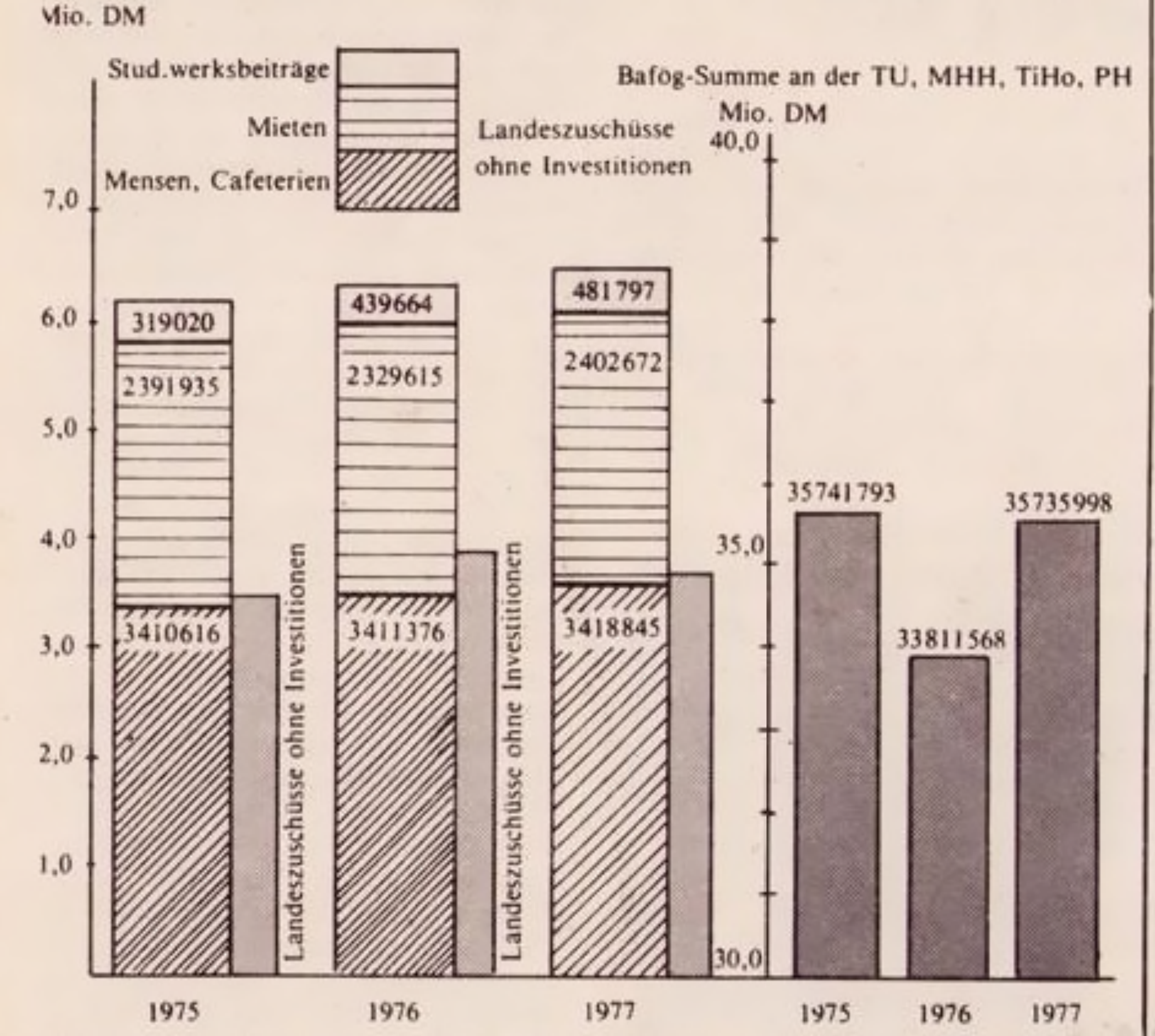
Bulletins der Schuldknechtschaft der Bauern: die Raiffeisenbanken

z.bil. Die ländlichen Genossenschaften haben Ende des vorigen Jahrhunderts das Prinzip des Wuchers durch den gewöhnlichen kapitalistischen Kredit abgelöst. Gegründet als ,,Hülfsvereine zur Unterstützung unbemittelter Landwirte'' (1849) sind die Raiffeisengenossenschaften heute Monopolisten auf dem Agrarmarkt. 1976 exportierten

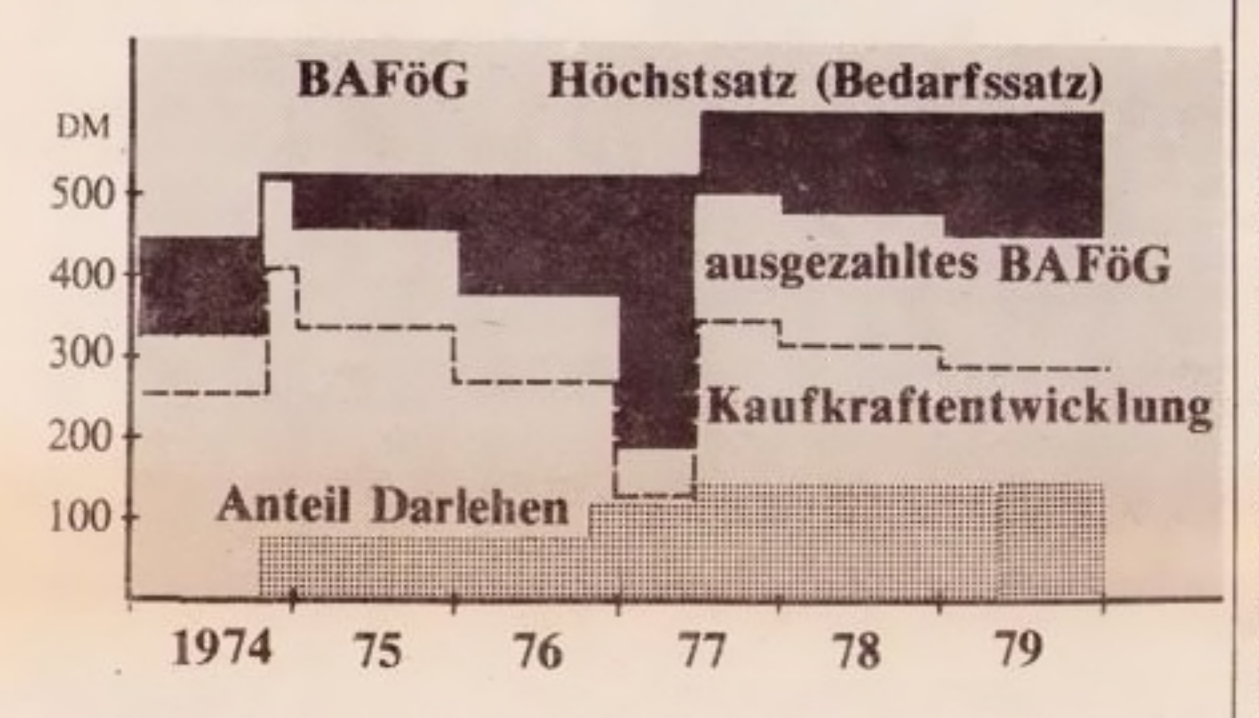


sie Agrarerzeugnisse von 2,1 Mrd. DM. Im Prozeß der Konzentration ist ihre Zahl von 21300 1950 auf 8916 1977 gesunken. Über die Raiffeisenbanken werden die kleinen und mittleren Bauern in immer tiefere Verschuldung getrieben (siehe Schaubild). Der weitaus größte Teil der Kredite an die Bauern ist durch Grundpfandrechte abgesichert. Die Banken haben sich darüber den Anspruch auf das Land der kleinen Bauern gesichert.

Ausplünderung durch das Studentenwerk Hannover – Der Staat soll zahlen! Selbstverwaltung!



Das Studentenwerk Hannover kassiert Jahr für Jahr höhere Beiträge von den Studenten ab. Wir wollen keineswegs auf das Studentenwerk und seine Leistungen verzichten. Wir wollen aber, daß die Kosten vom Land Niedersachsen getragen werden und die Studentenwerke von den Studenten selbst verwaltet werden. Gleichzeitig zeigt die Graphik, daß an den 4 hannoverschen Hochschulen, die vom Studentenwerk „betreut" werden, die BAFöG-Zahlungen sich nicht erhöht haben. Ganz abgesehen davon, daß diese Summe monatlich pro Student 152,82 DM ausmacht, holt das Studentenwerk rund 20% der BAFöG-Zahlungen direkt wieder herein.



Das Schaubild zeigt die Entwicklung des BAFöG: Die obere Kante der dunklen Fläche gibt den sog. „Bedarfssatz" an, das ist der höchstmögliche Betrag, den ein Student auch nur dann bekommen *kann*, wenn er nicht bei seinen Eltern wohnt und einen eigenen Haushalt führt. Natürlich kann er den davon nicht führen. In Wirklichkeit wird im Durchschnitt viel weniger ausgezahlt, weil wachsende Teile des Lohns der Eltern auf das BAFÖG angerechnet werden. So etwa wie bei der Sozialhilfe. In unserem Beispiel (beide Eltern arbeiten, die Mutter halbtags, und erhalten jeweils durschnittliche Arbeiterlöhne) zeigt die untere Kante der dunklen Fläche den *ausgezahlten* BAFöG-Betrag. Man erkennt, wie – aufgrund der steigenden *Nominal*löhne der Eltern (was in Wirklichkeit keineswegs mehr Lohn bedeutet, vgl. S. 16 dieser Ausgabe der KVZ/Nord) – nach jeder BAFöG-„Anpassung" der ausgezahlte Betrag stets erneut zusammenschrumpft. Noch weit darunter liegt die Kaufkraft des ausgezahlten BAFöG-Betrags, hier ge-

Land, auf dem der neue Deich errichtet wurde, der Erdaushub für den Deich hat ihm noch zusätzliches Geld eingebracht. Für 530000 DM staatlicher Mittel ließ er sich das Entwässerungssystem sanieren und für 400000 DM finanzierte ihm die Gemeinde Seestermühe die Wege außendeichs. Das Land – schwere Elbmarsch – das ehemals nur als Grünland verwendbar war, ist jetzt durch die Eindeichung hochwassergeschützt und als Ackerland nutzbar. Über 1000 ha mit moderner Maschinerie auszubeuten, ist die gräfliche Perspektive; Raub von jeweils 10 bis 20 ha zugepachtetem Land pro kleinem Bauern, denen jeweils um 15 eigene ha Land verbleiben sollen, ist die kleinbäuerliche Perspektive: kurz – rasanter Ruin.

Stammvater Friedrich Christian Kielmanns Sohn Johann Adolf verdiente im Jahr 1641 der Familie den Erbadel. Er hatte sich für den Feudalstaat so hervor getan, daß er, mit Geldern überhäuft, begann, „in den Her-

Seestermüher Marsch bevorzugt mit Zuschüssen und Darlehen des Landes unterstützt." Die Schweinemast – ohnehin großbäuerlicher Produktion vorbehalten – hat sogar für diese wenig Perspektive, weil wegen der Überproduktion von Schweinen kaum daran zu verdienen ist. Womit Flessner ködern will, ist, daß man im Verhältnis zur Milchviehhaltung weniger Land für die Schweinemast braucht. Für 15-Hektar-Betriebe ist der Vorschlag schlichter Hohn.

Weitere Hoffnung auf Existenzsicherung versucht Flessner zu schüren mit Verweis auf die Neufassung des Landpachtgesetzes. „Nach Neufassung könnten die betroffenen Pachtbauern beim Gericht eine Verlängerung ihrer Pachtverträge beantragen." Tatsache ist, daß schon seit 1952 gilt: „Das Gericht kann entweder den Vertrag aufheben oder feststellen, daß er nicht zu beanstanden ist." (§ 5 Abs.3 Landpachtgesetz) Staatliche Eingriffsmöglichkeit dafür, die kleinen Bauern

Umschulungsmaßnahmen: gegen die Facharbeiterlöhne

Arbeitsamt übernimmt Kosten für die Kapitalisten / Niedriglöhne und Entrechtung

z.ind. Von 1970 bis 1975 sind die Umschulungsmaßnahmen, die vom Arbeitsamt durchgeführt wurden, von anfangs 34030 auf 177888 gestiegen. Vor allem Arbeiter mit langer Erfahrung, die arbeitslos wurden, so viele Bergarbeiter, sollten schnell wieder der Produktion zugeführt werden. Inzwischen betreibt die Bourgeoisie die Umschulungspolitik viel gezielter, weniger Umschulungen (1978: 64661), aber genau dahin, wo die Arbeitskräfte dem Interesse der gesamten Kapitalistenklasse besonders dienen, in die Facharbeiterschaft zwecks Lohndruck, und da insbesondere, wo der Zusammenschluß unter den Arbeitern groß ist, in der Metall- und Stahlindustrie. Zunehmend Frauen werden in Berufe umgeschult, wo bisher Facharbeiterabschluß nötig war, die mittels umfangreicher Rationalisierungsmaßnahmen in einfache Schreibtätigkeiten umgewandelt wurden. Vor allem Arbeitslosen, die längere Zeit arbeitslos sind, werden Umschulungsmaßnahmen angeboten; lehnt der Arbeitslose ab, weil das Unterhaltsgeld dann noch niedriger ist als das Arbeitslosengeld oder weil die Umschulung weit weg an einem anderen Ort durchgeführt werden soll, droht sofort die Sperrfrist. Spätere Lohneinbußen sollen in Kauf genommen werden. In Holstein wurde jetzt ein Umschulungskurs eingerichtet, zu Beiköchen und Serviererinnen, an dem 22 Maurer teilnehmen, rund 500 DM weniger werden sie später bekommen.

Mit dem Haushaltsstrukturgesetz ist das Ehrenbergministerium gleichzeitig daran gegangen, die Zahlungen an Unterhaltsgeld erheblich zu kürzen. Waren es 1976 noch 1,4 Mrd. DM an Leistungen für Unterhaltsgeld, worauf die Kapitalisten keinen direkten Zugriff hatten, dann 1978 schon nur noch rund die Hälfte, abgesehen davon, daß sowieso schon 21% aller Umschulungen in Betrieben durchgeführt werden, wofür die Kapitalisten keinen Lohn zahlen. Der Höchstsatz des Unterhaltsgeldes liegt bei 80% (vorher 90%) des vorherigen Nettolohnes, aber auch nur dann, wenn der Umschüler vorher lange arbeitslos war, oder unmittelbare Arbeitslosigkeit bevorsteht oder er keinen Ausbildungsabschluß hat und vorher Arbeitslosengeld oder -hilfe bezog. Ein großer Teil erhält nur 58%, durchschnittlich nicht mehr als 200-300 DM wöchentlich, die meisten haben sich so nach kurzer Zeit verschuldet.

Nur mittels des finanziellen Drucks gelingt es, die Umschüler in völlig rechtloser Stellung zu halten, die tarifvertraglichen Regelungen gelten für Umschüler in Lehrwerkstätten und Betrieben keineswegs, Vertretungsrecht durch den Betriebsrat haben sie nicht. Neben der 40-stündigen Arbeit in den Lehrwerkstätten müssen die Schüler durchweg noch 4-5 Stunden wöchentlich zu Hause aufwenden, um Prüfungen und Arbeiten zu bestehen, die Durchfallquoten liegen bei 20%. Trotz Drohungen mit Rückzahlung des Unterhaltsgeldes brechen nahezu 25% die Umschulung ab. Einheitliche Richtlinien für die Ausbildung gibt es nicht, nach der 3-monatigen „Grundausbildung" wird ein „Gespräch" mit Arbeitsamt, IHK und Ausbildungsleiter geführt, und dann wird entschieden, in welche spezielle Ausbildung der Schüler gesteckt wird, jeweils entsprechend den Bedürfnissen der IHK, höchstens 2 Jahre darf die Maßnahme dauern, Wiederholung gibt es nicht. Um den „Mangel an qualifizierten Arbeitskräften zu beheben", darum behauptet die Bundesanstalt für Arbeit, ginge es. Richtig ist, daß der Mangel an *billigen* Facharbeitern, die zu jeder Bedingung arbeiten, beseitigt werden soll.

Eine der neueren Maßnahmen um die „Leistungsfähigkeit" zu erhöhen, ist die Fehlzeitregelung. Laut Runderlaß der BfA vom 26.1. soll das Unterhaltsgeld jetzt für den vollen Tag gestrichen werden, „wenn der Schüler dem Unterricht stundenweise fernbleibt". Vorher schon mußte es bei Fehlzeiten, wie auch Krankheit neu beantragt werden. In Köln konnte ein Kurs nur durch Kampfmaßnahmen verhindern, daß eine Schülerin wegen zu hoher Fehlzeiten aus dem Kurs geworfen werden sollte. Die Vollversammlung Anfang der Woche am Berufsbildungszentrum Köln-Deutz mit 140 Umschülern, hat die Rücknahme des Beschlusses gefordert und die Herausgabe der Unterrichtslinien von der Anstaltsleitung.

An vielen Punkten bekämpfen die Umschüler die Maßnahmen des Ehrenbergministeriums Auf den 1. Mai Demonstrationen wurden an mehreren Orten die Forderungen der Umschüler nach Ausbildungs- und Tarifvertrag mitgetragen. Seit langem wollen die Umschüler sich gewerkschaftlich organisieren, vor kurzem erst haben 14 Umschüler in Köln einen gewerkschaftlichen Arbeitskreis gegründet. Die reformistische Gewerkschaftsführung hatte das bisher abgelehnt, ihnen sogar verboten, Flugblätter mit ihren Forderungen zum 1. Mai zu verteilen. Jetzt mußte der IG Metall-Hauptvorstand über die Aufnahme beschließen. Bei Krupp in Bochum haben sich gleich die Hälfte aller 90 Umschüler organisiert, und zwei Vertrauensleute gewählt.



1. Mai 1979: Umschüler demonstrieren für Tarif- und Ausbildungsvertrag

Mofa und Moped – darauf sind viele Jugendliche angewiesen

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

muß ein Jugendlicher im schlimmsten Fall mit einer Geldstrafe von 200 DM

len.

z.sog. Am 19.4. hatten in Neuhof-Rommerz bei Fulda 500 Staatsforstarbeiter aus Hessen für mehr Lohn und gegen die geplante Einführung eines neuen Akkordlohnsystems gestreikt. Der staatliche Dienstherr hatte 3,9% angeboten, während die Gewerkschaft Gartenbau, Landwirtschaft und Forsten (GGLF) für die 35000 Waldarbeiter in der BRD 6,5% und 250 DM mehr Urlaubsgeld (wie die ÖTV) forderte. – Am 3.5. haben sie abgeschlossen: 4% und 150 DM mehr Urlaubsgeld. Auf den bisherigen Ecklohn von 8,67 DM sind das gerade 35 Pfennige brutto. Die 150 DM mehr Urlaubsgeld gelten nicht voll für die Saison- und Teilzeitarbeiter, wozu hauptsächlich Bauern gehören, sondern werden entsprechend umgerechnet. Bezüglich des Akkordlohnsystems hat sich der GGLF-Hauptvorstand mit den Absichten des Dienstherrn einverstanden erklärt, eventuell ab 1.Oktober 79 in den Bundesländern Niedersachsen, Baden-Württemberg und Saarland nicht mehr nach dem „Holz-Ernte-Tarif" (HEL), sondern nach dem „Erweiterten-Sorten-Tarif" (EST) zu bezahlen. Der HEL geht nach Quantum geschlagenem Holz, im EST, den die Forstwirtschaftliche Versuchsanstalt Freiburg ausgeknobelt hat, wird die Bezahlung weiter aufgesplittet z.B. nach den verschiedenen Arten von Holz und wie diese gewachsen sind. Die Waldarbeiter sind entschieden gegen dieses neue Stücklohnsystem, und ihre Kampffront soll mit der „versuchsweisen Einführung in 3 Bundesländern" (so die Landwirtschaftsamtsvertreter) gespalten werden. Der Bezirksleiter des Bezirks Rhön, Schaum, und auch der Vorsitzende des Kreisverbandes Fulda der GGLF, Lappas, meinen, daß dadurch der Nominallohn so um die 5% gekürzt werden würde.

„Kein Gießkannenprinzip" – planmäßiges Bauernlegen

z.ulg.Rom. Am vorletzten Donnerstag hat die italienische Regierung einen Agrarentwicklungsplan verabschiedet, mit dem die „Hilfsmaßnahmen" aller staatlichen Behörden einheitlich ausgerichtet werden sollen. Für die Jahre 1979 bis 1981 sind Ausgaben von insgesamt 8030 Mrd. Lire geplant, über 18 Mrd. DM. Allein 1938 Mrd. sind für die Bewässerung von zusätzlichen 400000 ha Land vorgesehen. Für das neu bewässerte Land werden Produktionsauflagen gemacht. Vor allem sollen dort Früh- und Spätgemüse angebaut werden, auf keinen Fall „Überschußprodukte" wie z.B. Zucker, von dem das Land wegen der Produktionsbeschränkungen der EG jährlich Millionen Tonnen importieren muß. Der Gemüseanbau gehört zu den Produktionszweigen, die sich die großen Agrarkapitalisten bereits am weitesten unterworfen haben. 728 Mrd. Lire sollen für Maßnahmen in den Hügel- und Berggebieten ausgegeben werden, in denen kleinbäuerliches Eigentum vorherrscht. Durch Förderung des „Agrartourismus" und der „Ergänzung der Landwirtschaft durch andere Aktivitäten" soll die Verwandlung der dortigen Kleinbauern in Lohnarbeiter beschleunigt werden. Mit dem Plan, so Landwirtschaftsminister Marcora im Fernsehen, werde dem „Gießkannenprinzip" in der Agrarpolitik ein Ende gesetzt – es soll also systematischer gelegt werden.

Landwirtschaftsgesetz in Frankreich: „Befreiung des Landes von alten Bauern, höhere Produktivität der jüngeren"

z.jon.Paris. Mehaignerie, französischer Landwirtschaftsminister, hat am 3.5. den Entwurf eines „landwirtschaftlichen Orientierungsgesetzes" vorgelegt, der, gemeinsam mit den Großbauern in der Führung der Bauernverbände, den Banken und den Nahrungsmittelmonopolen erarbeitet, eine „Landwirtschaft der Eroberung", „Ziel 2000" anstrebt. Präsident Giscard d'Estaing hatte die schnittige Leitlinie „Die Landwirtschaft, das grüne Erdöl Frankreichs!" ausgegeben, als er das Gesetz 1977 in Auftrag gab. Gemeint war: Verbilligung der Agrarproduktion durch Intensivierung der Ausbeutung der Werktätigen in der Landwirtschaft und der Plünderung des Bodens, Ausnutzung der klimatischen und geographischen Vorteile Frankreichs (35% der Nutzfläche der EG), um sowohl die französische Industrie mit billigen Rohstoffen für die Expansion zu versorgen, wie um die Märkte Europas und der Welt mit französischen Agrarprodukten selbst zu überschwemmen.

Die Agrargesetze von 1960 und '62 hatten mit der Reform des landwirtschaftlichen Kreditwesens und der Produktions- und Absatzorganisationen die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die bis dahin relativ rückständige Landwirtschaft Frankreichs aufholte. Das Volumen der Produktion wuchs zwischen 1959 und 1977 um 70%, die Exporte wurden verfünffacht, während sich die Importe nur verdoppelten. Im gleichen Zeitraum wurde die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft halbiert (1962: 3,9 Mio.; 1975: 2 Mio. oder 9,7% der erwerbstätigen Bevölkerung). Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe sank von 1,9 Mio. (1963) auf 1,3 Mio. (1975). Seit einigen Jahren stößt die Expansion der landwirtschaftlichen Produktion auf Schranken, die sich in einem anhaltenden Sinken der in der Landwirtschaftsstatistik ausgewiesenen „Bruttoeinkommen pro Betrieb zu konstanten Preisen" seit 1974 ausdrückt (z.B. 1978: – 1,2%). Das betrifft sowohl die selbstwirtschaftenden Bauern, die keine Lohnarbeit ausbeuten, und von denen jährlich Tausende gelegt werden, wie auch mehr und mehr die Profite der landwirtschaftlichen Großbetriebe. Zwischen 1974 und 1977 nahmen die Erzeugerpreise durchschnittlich um 2,3% im Jahr (bei konstanten Preisen) ab, während die Preise für Produktionsmittel um 1,3% und die Bodenpreise um 2,2% stiegen. Die Zins- und Schuldenrückzahlungen der französischen Landwirtschaft entsprachen 1970 13,5% der landwirtschaftlichen Produktion, 1976 18,5%.

1975 waren noch 41% der landwirtschaftlichen Betriebe Kleinbetriebe mit weniger als 20 ha Land (1963: 48%), 30% aller selbständigen Bauern waren über 55 Jahr alt. Beseitigung der Reste des kleinbäuerlichen Eigentums an Boden und Produktionsmitteln, Verjüngung des landwirtschaftlichen Arbeitsheeres durch gezieltes Vernichten der älteren Bauern, Ausdehnung des Pachtsystems, mit diesen Mitteln soll das neue Gesetz versuchen, den Hunger des Finanzkapitals nach allem verfügbaren Land und nach Höchstprofiten in der Landwirtschaft zu stillen. Deshalb *1. „Soziale Maßnahmen"* unter dem Stichwort „Reform der Renten" und „Befreiung des Landes von alten Landwirten": Streichung von Krediten und Rentenanspruch von alten Bauern mit weniger als einer „wirtschaftlichen Mindestfläche", Streichung des doppelten Anspruchs auf Arbeits- und Landwirtschaftsrente, um die Nebenerwerbsbauern zu legen, Erhöhung der Abgaberente bei Betriebsaufgabe mit 60 oder sogar 55 Jahren. *2. Reform des Erbschafts- und Bodenrechts* unter dem Stichwort „Land für die Jungbauern": Verwandlung von Erbengemeinschaften in „landwirtschaftliche Bodengruppen", die Land und Produktionsmittel besitzen und es verpachten. Die Anteile sind verkäuflich und pfändbar, sie können z.B. mit Genossenschaften fusionieren. Beschleunigung der Flurbereinigung, Kontrolle des Bodenhandels und Möglichkeit zum Verbot „unwirtschaftlicher" Transaktionen. *3. „Wirtschaftliche Maßnahmen"* unter dem Stichwort „Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit": Schaffung von „interprofessionellen Organisationen" für einzelne Produktgruppen (z.B. Weizen, Schweine etc.) mit Zwangsmitgliedschaft der Bauern, in denen Banken, verarbeitende Industrie, Bauernverbände und Staat sowohl über die Kreditvergabe wie über detaillierte Produktionsvorschriften entscheiden.

Mehrere Monate lang haben im letzten Winter die fanzösischen Schweine- und Rinderzüchter für ausreichende Erzeugerpreise demonstriert. In der Normandie und Bretagne haben mehrfach Hunderte von Bauern die Vertreibung von Pächtern und kleinen Grundbesitzern durch Gerichtsvollzieher und Polizei im Auftrag der Landwirtschaftsbank Crédit Agricole verhindert. Die revisionistische KPF versucht, sich an die Spitze dieser Kämpfe unter der Parole „Erhaltung des Familienbetriebes" zu stellen. Die Revisionisten fordern von der Regierung Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität und der Exportfähigkeit des „Familienbetriebs", damit Frankreichs Landwirtschaft auf dieser Grundlage zur führenden in Europa wird. Nur durch den noch schrilleren Chauvinismus und die Vergötterung des bäuerlichen Kleineigentums unterscheidet sich diese Propaganda von der der Regierung. Die Bourgeoisie ist überhaupt nicht gegen den „Familienbetrieb". Das neue Gesetz fordert gerade, daß sich junge Bauern „selbständig" entweder in direkter Abhängigkeit als Pächter oder unter Kontrolle „interprofessioneller Organisationen" für die „größere Wirtschaftlichkeit" des Finanzkapitals schinden.



Bauern unterstützen einen Streik von Schlachthofarbeitern in der Bretagne

Bulletins der Schuldknechtschaft der Bauern: die Raiffeisenbanken

z.bil. Die ländlichen Genossenschaften haben Ende des vorigen Jahrhunderts das Prinzip des Wuchers durch den gewöhnlichen kapitalistischen Kredit abgelöst. Gegründet als „Hülfsvereine zur Unterstützung unbemittelter Landwirte" (1849) sind die Raiffeisengenossenschaften heute Monopolisten auf dem Agrarmarkt. 1976 exportierten



sie Agrarerzeugnisse von 2,1 Mrd. DM. Im Prozeß der Konzentration ist ihre Zahl von 21300 1950 auf 8916 1977 gesunken. Über die Raiffeisenbanken werden die kleinen und mittleren Bauern in immer tiefere Verschuldung getrieben (siehe Schaubild). Der weitaus größte Teil der Kredite an die Bauern ist durch Grundpfandrechte abgesichert. Die Banken haben sich darüber den Anspruch auf das Land der kleinen Bauern gesichert.

„Kein Unterschied, ob die Angehörigen der Bundeswehrverwaltung Uniform tragen oder nicht"

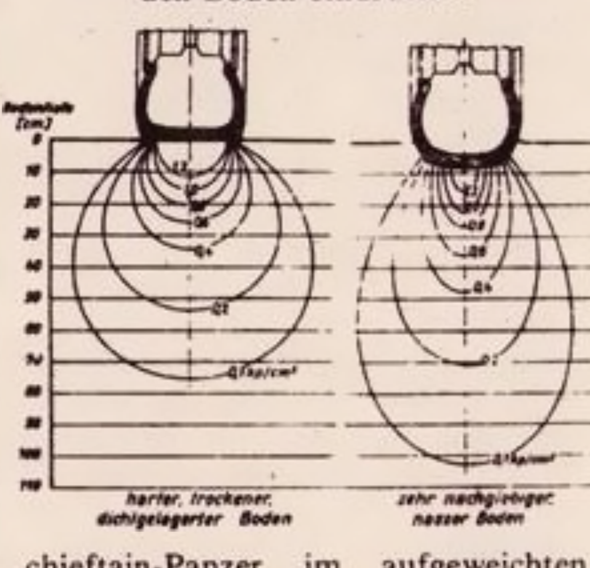
z.bew. „Nach dem Willen unserer Verfassung umfaßt die Bundeswehr zwei Elemente. Die Streitkräfte und die Bundeswehrverwaltung. Beide Teile der Bundeswehr ... sind auf den gemeinsamen Verteidigungszweck gerichtet", so weiland Verteidigungsminister Leber bei der Grundsteinlegung für die Bundesakademie für Wehrverwaltung und Wehrtechnik 1974. Bestand die imperialistische Armee zu Beginn dieses Jahrhunderts noch zu über 90% aus der kämpfenden Truppe, so ist deren Anteil heute auf knapp ein Viertel gesunken. Waffentechnische, technologische und logistische Entwicklungen haben Wartungs-, Verwaltungs- und Versorgungsaufgaben in den modernen imperialistischen Armeen in den Mittelpunkt gestellt und die „Kampfsoldaten" zu einer Minderheit gemacht. Das wichtige Problem jeder Kriegsführung – die Sicherung und Versorgung der kämpfenden Truppe mit Lebensmitteln, Bekleidung und Materialnachschub – verschlingt in den imperialistischen Armeen einen immer größeren Bedarf an menschlichen Ressourcen. Es ist eine Unverschämtheit gegen die revolutionäre Sowjetunion, aber hat einen richtigen Kern, wenn in den Schulgeschichtsbüchern Westdeutschlands des langen und breiten ausgewalzt wird, wie der „grausame russische Winter" die Hitler-Armeen gebremst hat. Es ist eben aufwendig, weit außerhalb der eigenen Grenzen Krieg zu führen. Und die Maden im Essen der Soldaten waren in der Geschichte nicht nur Grund für Meutereien und kollektive Befehlsverweigerung, sondern bildeten z.B. den Anlaß für den Beginn des Aufstandes der Matrosen vom Panzerkreuzer Potemkin gegen das verhaßte Zarenregime. Eine hungernde und frierende imperialistische Truppe kämpft nicht nur schlecht, sondern ist rasch bereit, vom Zustand der Zersetzung und Disziplinverweigerung weiterzugehen und die Gewehre gegen die Bourgeois zu richten, wenn nicht einmal mehr das Fressen vorhanden ist, das viele in die Armee getrieben hat.

Angesichts dieser Wichtigkeit der Versorgung und Sicherung des Nachschubes bereitet es den westdeutschen Imperialisten große Kopfschmerzen, daß bei Gründung der Bundeswehr ein Großteil dieser strategisch wichtigen Aufgaben, als Beitrag zum „zivilen Charakter" der Bundeswehr, nicht dem militärischen Prinzip von Befehl und Gehorsam unterworfen, sondern in eine zivile Bundeswehrverwaltung ausgegliedert wurde. Neben den 477600 Soldaten sind 177455 Zivilbeschäftigte bei der Bundeswehr angestellt, davon 26943 Beamte, 59837 Angestellte und 86665 Arbeiter (Stand 1.1.1978). Ihre Aufgaben sind grundgesetzlich festgelegt in Artikel 87b: „Die Bundeswehrverwaltung wird in bundeseigner Verwaltung mit eigenem Verwaltungsunterbau geführt. Sie dient den Aufgaben des Personalwesens und der unmittelbaren Deckung des Sachbedarfs der Streitkräfte." Ein Zehntel dieser zivilen Dienstkräfte sind in dem Bereich Wehrtechnik und Beschaffung, das Gros in der Verwaltung, sowohl bei den Streitkräften wie den Verwaltungseinrichtungen wie Kreiswehrersatzämter, Wehrbereichs- und Standortverwaltungen, der Rest verteilt sich auf das Bildungswesen, die Militärseelsorge und das Ministerium. Die Einrichtung einer zivilen Verwaltung, als Bestandteil des öffentlichen Dienstes, wie auch das Recht nicht nur der dort beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten, sondern auch der Soldaten, sich gewerkschaftlich zu organisieren, waren Zugeständnisse der Bourgeoisie an den Widerstand der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung gegen die Wiederbewaffnung Westdeutschlands – gewerkschaftliche Rechte, wie es sie z.B. für die militärischen und zivilen Dienstkräfte in der US-Armee nicht gibt. Die Versuche, diese Kampfbedingungen der zivilen Beschäftigten durch eine Einbeziehung in die militärische Struktur zu zerstören, scheitern an der Haltung der ÖTV, die in ihren Arbeitskampfrichtlinien auch extra das Streikrecht für die Arbeiter und Angestellten bei der Bundeswehr betont. Durch die Einbeziehung in die tarifvertraglichen Bestimmungen für den öffentlichen Dienst wird die unentgeltliche Vernutzung der Arbeitskraft durch die Bundeswehr, denen die Soldaten unterworfen sind, verhindert und muß jede Überstunde nach geltendem Tarifvertrag bezahlt werden. In den Sonderbestimmungen für die Beschäftigten bei der Bundeswehr, die für die Angestellten in den Anhängen zum BAT (Bundesangestelltentarif) festgelegt sind, ist es der ÖTV gelungen, weitergehende Einschränkungen der Rechte zu verhindern, die über die Verpflichtung zur Teilnahme an Selbstschutzübungen und Rufbereitschaft hinausgehen. – Ein Zustand, der die westdeutschen Imperialisten nicht ruhen läßt: „Im Hinblick auf ihren Auftrag macht es im Ergebnis auch keinen Unterschied, ob die Angehörigen der Bundeswehrverwaltung Uniform tragen oder nicht", schreibt der Leiter der Lehrgruppe Sicherheit und Verteidigung der Bundesakademie für Wehrverwaltung und Wehrtechnik in der Zeitschrift „Truppenpraxis" für die Offiziere der Bundeswehr, und fordert damit die einheitliche Unterwerfung unter militärisches Reglement. – Da steht aber die Arbeiterbewegung davor!

Manöverentschädigung: Den Hauptschaden müssen die kleinen und mittleren Bauern zahlen

r.rak. Die nebenstehende Zeichnung zeigt die Wirkung eines Schlepperrades mit einem Auflagedruck von 1000 Kilopond bei verschiedener Witterung und unterschiedlichem Bodenzustand auf den Boden. Aus der Zeichnung wird deutlich: Ist der Boden leicht verformbar, also meist naß, wird die Radspur nicht nur tiefer, die Auswirkung des Raddrucks reicht auch tiefer. Bei trockenem Boden wird in 70 cm Bodentiefe ein Druck von 100 Pond je Quadratzentimeter ausgeübt. Bei nassem, nachgiebigem Boden wirkt der gleiche Druck noch in 1 m Bodentiefe. Durch den Druck werden vor allem die groben Poren im Bodenraum zerstört Diese sind aber im Zusammenwirken mit den nährstoff- und wasserspeichernden feinen Poren grundlegend für die Bodenfruchtbarkeit. Durch die groben Poren kann der Boden ständig Wasser und gleichzeitig Luft aufnehmen – die Grundlage dafür, daß die Wurzeln ständig Nährstoffe aufnehmen können. Andererseits verhindern die groben Poren, daß bei Trockenheit und Wind das Speicherwasser aus den feinen Poren abgezogen werden kann. Man kann sich nun leicht vorstellen, wie ein 38t-Leopard oder gar ein 75t-

Wie Schlepperräder (1000 Kilogramm) den Boden eindrücken



chieftain-Panzer im aufgeweichten Feld wirkt. Die bis zu 1 m tiefen Kettenspuren sind das geringste. Es treten Verdichtungen des Unterbodens ein, die die kleinen und mittleren Bauern mit ihren Geräten, die maximal 70 cm in die Tiefe gehen, nie beseitigen können.

Ein Bauer, der als Schätzer für Manöverschäden der Besatzer arbeitet, berichtete, daß sogenannte Folgeschäden bei dem vereinfachten Entschädigungsverfahren nicht berücksichtigt werden. Wenn Panzer z.B. im Herbst über ein unterirdisch entwässertes Feld (Drainage) fahren und dabei die Tonröhren im Unterboden zusammendrücken, steht das Feld oft erst im Frühjahr unter Wasser. Hat der Bauer dann nicht vorsorglich innerhalb von 3 Monaten „Folgeschäden" ins Protokoll aufgenommen, sieht er keinen Pfennig zusätzlich. Zur Beseitigung der Verdichtung des Unterbodens müßte der Bauer eigentlich, wenn überhaupt möglich, eine Spezialmaschine einsetzen. Doch die dafür notwendigen enormen Kosten werden ihm vom Amt für Verteidigungslasten nicht erstattet. Er bekommt gestaffelt nach Bearbeitungsstand (z.B.für Stoppelfeld 3 Pfennig je Quadratmeter, für ein saatfertiges Feld 10 Pfennig) eine Pauschale plus Maschinen- und Arbeitskosten zur Wiederherstellung.

Die Schlepperstunde wird mit 35 DM, die Handarbeitsstunde mit 10 DM abgegolten. Zwar verdienen die mittleren und kleinen Bauern nie soviel. Die Sache hat aber einen Haken: Bei der Feldbestellung arbeiten sie eh schon 10, 12, 14 Stunden am Tag. Woher sollen sie die Zeit nehmen, um die Schäden zu beseitigen? Für dieses Geld können sie auch keine Arbeiter einstellen. Die Agrarkapitalisten werden dagegen die Landarbeiter zwingen, noch mehr Überstunden zu machen und kassieren dafür auch noch.

„Wir sind überall auf der Erde ..." FDJ in Asien und Afrika

z.dab. Es ist kein Zufall, daß Mitglieder der FDJ-Freundschaftsbrigaden in erster Front standen zur Begrüßung von Erich Honecker, bei dessen Besuch in Angola. „Die Botschafter im Blauhemd" haben einen erheblichen Anteil daran, daß die neue Bourgeoisie der DDR der VR Angola am 19.2. einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit abpressen konnte.

Die Bedingungen, die ein FDJler erfüllen muß, um diesen Auslandsdienst antreten zu können, sind folgende: erfolgreicher Abschluß der 10. Klasse, abgeschlossene Berufsausbildung, pädagogische Qualifikation (z.B. Lehrmeister), abgeleisteter „Ehrendienst" in den bewaffneten Organen der DDR. Die Bewerbungen werden von den staatlichen Leitungen der Betriebe, dann von der Partei und von der FDJ-Leitung geprüft, die Entscheidung fällt der FDJ-Zentralrat.

„Trugen die ersten Brigaden noch vorwiegend produktiven Charakter, (Häuserbau in Algerien 1964/65 und auf Sansibar, Musterfarm in Mali, Aufbau einer KFZ-Werkstatt in Guinea 1966/67 usw.) so bilden die FDJler in der Folgezeit meist Fachkader für die nationale Wirtschaft der Länder aus." (horizont 48/78).

Die insgesamt 13 Brigaden sind tätig in Algerien, Angola, Republik Guinea, Guinea-Bissau, Kuba, VDR Jemen, Mocambique und Somalia. Für Laos sind sie geplant, in Vietnam war 1976 eine Brigade im Krankenhaus tätig. Die Behauptung der DDR-Presse, daß 8 Millionen FDJler bereit seien, freiwillig Vietnam im Krieg gegen die VR China zu helfen, läßt sicher bald Taten der neuen Bourgeoisie folgen.



FDJ-Freundschaftsbrigade in Angola

Der Schwerpunkt der Tätigkeit der Brigaden liegt beim Transportwesen. Bis Ende 1978 wurden in Afrika „5000 Fahrzeuge wiederhergestellt", 188 junge Angolaner erhielten eine Ausbildung als Kraftfahrer und 48 als Kfz-Mechaniker. Die um ihre nationale Unabhängigkeit kämpfenden Länder brauchen ausgebildete Facharbeiter. Dieses Bedürfnis nutzt die DDR, um in diesen Ländern Fuß zu fassen, und für ihre Warenoffensive – zum beachtlichen Teil Kraftfahrzeuge – eine Grundlage zu schaffen. „Der Erfolg unserer auslandsinformatorischen Tätigkeit" steht an zweiter Stelle im Bewertungskatalog. Die Brigade, die sich im „sozialistischen Wettbewerb" für wirtschaftliche und ideologische Durchdringung am meisten ausgezeichnet hat, wurde während der unlängst abgehaltenen „Tage der Freundschaft zwischen der Jugend der VR Angola und der DDR" von Egon Krenz, dem Ersten Sekretär der FDJ ausgezeichnet.

wird in bundeseigner Verwaltung mit eigenem Verwaltungsunterbau geführt. Sie dient den Aufgaben des Personalwesens und der unmittelbaren Deckung des Sachbedarfs der Streitkräfte." Ein Zehntel dieser zivilen Dienstkräfte sind in dem Bereich Wehrtechnik und Beschaffung, das Gros in der Verwaltung, sowohl bei den Streitkräften wie den Verwaltungseinrichtungen wie Kreiswehrersatzämter, Wehrbereichs- und Standortverwaltungen, der Rest verteilt sich auf das Bildungswesen, die Militärseelsorge und das Ministerium. Die Einrichtung einer zivilen Verwaltung, als Bestandteil des öffentlichen Dienstes, wie auch das Recht nicht nur der dort beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten, sondern auch der Soldaten, sich gewerkschaftlich zu organisieren, waren Zugeständnisse der Bourgeoisie an den Widerstand der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung gegen die Wiederbewaffnung Westdeutschlands – gewerkschaftliche Rechte, wie es sie z.B. für die militärischen und zivilen Dienstkräfte in der US-Armee nicht gibt. Die Versuche, diese Kampfbedingungen der zivilen Beschäftigten durch eine Einbeziehung in die militärische Struktur zu zerstören, scheitern an der Haltung der ÖTV, die in ihren Arbeitskampfrichtlinien auch extra das Streikrecht für die Arbeiter und Angestellten bei der Bundeswehr betont. Durch die Einbeziehung in die tarifvertraglichen Bestimmungen für den öffentlichen Dienst wird die unentgeltliche Vernutzung der Arbeitskraft durch die Bundeswehr, denen die Soldaten unterworfen sind, verhindert und muß jede Überstunde nach geltendem Tarifvertrag bezahlt werden. In den Sonderbestimmungen für die Beschäftigten bei der Bundeswehr, die für die Angestellten in den Anhängen zum BAT (Bundesangestelltentarif) festgelegt sind, ist es der ÖTV gelungen, weitergehende Einschränkungen der Rechte zu verhindern, die über die Verpflichtung zur Teilnahme an Selbstschutzübungen und Rufbereitschaft hinausgehen. – Ein Zustand, der die westdeutschen Imperialisten nicht ruhen läßt: „Im Hinblick auf ihren Auftrag macht es im Ergebnis auch keinen Unterschied, ob die Angehörigen der Bundeswehrverwaltung Uniform tragen oder nicht", schreibt der Leiter der Lehrgruppe Sicherheit und Verteidigung der Bundesakademie für Wehrverwaltung und Wehrtechnik in der Zeitschrift „Truppenpraxis" für die Offiziere der Bundeswehr, und fordert damit die einheitliche Unterwerfung unter militärisches Reglement. – Da steht aber die Arbeiterbewegung davor!

der der FDJ-Freundschaftsbrigaden in erster Front standen zur Begrüßung von Erich Honecker, bei dessen Besuch in Angola. „Die Botschafter im Blauhemd" haben einen erheblichen Anteil daran, daß die neue Bourgeoisie der DDR der VR Angola am 19.2. einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit abpressen konnte.

Die Bedingungen, die ein FDJler erfüllen muß, um diesen Auslandsdienst antreten zu können, sind folgende: erfolgreicher Abschluß der 10. Klasse, abgeschlossene Berufsausbildung, pädagogische Qualifikation (z.B. Lehrmeister), abgeleisteter „Ehrendienst" in den bewaffneten Organen der DDR. Die Bewerbungen werden von den staatlichen Leitungen der Betriebe, dann von der Partei und von der FDJ-Leitung geprüft, die Entscheidung fällt der FDJ-Zentralrat.

„Trugen die ersten Brigaden noch vorwiegend produktiven Charakter, (Häuserbau in Algerien 1964/65 und auf Sansibar, Musterfarm in Mali, Aufbau einer KFZ-Werkstatt in Guinea 1966/67 usw.) so bilden die FDJler in der Folgezeit meist Fachkader für die nationale Wirtschaft der Länder aus." (horizont 48/78).

Die insgesamt 13 Brigaden sind tätig in Algerien, Angola, Republik Guinea, Guinea-Bissau, Kuba, VDR Jemen, sind sie geplant, in Vietnam war 1976 eine Brigade im Krankenhaus tätig. Die Behauptung der DDR-Presse, daß 8 Millionen FDJler bereit seien, freiwillig Vietnam im Krieg gegen die VR China zu helfen, läßt sicher bald Taten der neuen Bourgeoisie folgen.



FDJ-Freundschaftsbrigade in Angola

Der Schwerpunkt der Tätigkeit der Brigaden liegt beim Transportwesen. Bis Ende 1978 wurden in Afrika „5000 Fahrzeuge wiederhergestellt", 188 junge Angolaner erhielten eine Ausbildung als Kraftfahrer und 48 als Kfz-Mechaniker. Die um ihre nationale Unabhängigkeit kämpfenden Länder ihre Warenoffensive – zum beachtlichen Teil Kraftfahrzeuge – eine Grundlage zu schaffen. „Der Erfolg unserer auslandsinformatorischen Tätigkeit" steht an zweiter Stelle im Bewertungskatalog. Die Brigade, die sich im „sozialistischen Wettbewerb" für wirtschaftliche und ideologische Durchdringung am meisten ausgezeichnet hat, wurde während der unlängst abgehaltenen „Tage der Freundschaft zwischen der Jugend der VR Angola und der DDR" von Egon Krenz, dem Ersten Sekretär der FDJ ausgezeichnet.

US-Pläne für 100000-Mann-Interventionstruppe außerhalb der NATO

Im Visier: der Nahe Osten und Afrika / Schritte zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht

z.rua. Das strategische Konzept der US-Imperialisten ist – zumindest seit der Veröffentlichung des 1978er Militärhaushaltes – offiziell darauf ausgerichtet, anderthalb Kriege gleichzeitig zu führen. Als ganzen Krieg zählen die US-Imperialisten die in Europa stattfindende Entscheidungsschlacht mit der sozialimperialistischen Supermacht um die Weltherrschaft; als halben Krieg bezeichnen sie den Kampf um den Nahen Osten, den Indischen Ozean und den nordwestlichen Pazifik, deren Beherrschung entscheidend für die Sicherung der Rohstoffversorgung ist. Die US-Imperialisten sind im Gegensatz zu ihrem sozialimperialistischen Rivalen bei fast allen strategischen Rohstoffen von hohen Importen abhängig. Allein ein Drittel ihres Rohölbedarfs beziehen sie aus der Region des Persischen Golfes.

Mitte April gaben laut „New York Times" vom 20.4.1979 „qualifizierte Sprecher des Pentagon" die Ausarbeitung von Plänen für die Schaffung einer 100000-Mann-Interventionstruppe für „unvorhergesehene Fälle" in „empfindlichen Gebieten" zum „Schutz der amerikanischen Interessen" bekannt. Ihr Einsatzgebiet soll sich außerhalb des Wirkungsbereichs der NATO vom Nahen Osten über den Indischen Ozean bis in den nordwestlichen Pazifik erstrecken, mit Schwerpunkt im Persischen Golf als „potentiell explosivster Region". Alle „interessierten" Staaten wurden eingeladen, sich an dieser Planung zu beteiligen, vorbehaltlich der endgültigen Entscheidung, ob und wo Truppen eingesetzt werden, durch die USA-Regierung.

Neu ist dieser Plan nicht. Seine Durchsetzung ist jedoch seit dem erfolgreichen Befreiungskampf des iranischen Volkes pressierlicher geworden. Bereits im Januar letzten Jahres hatte US-Verteidigungsminister Brown an die Leiter der militärischen Planungsstäbe bei Heer, Luftwaffe, Marine und Marinekorps Anweisung zur Ausarbeitung jeweiliger Einsatzpläne erteilt. Vorgesehen ist, daß die 100000-Mann-Truppe aus 40000 im aktiven Wehrdienst stehenden Soldaten und 60000 Reservisten gebildet werden soll. Als ihr Kern werden die 82. Luftlandedivision, die 101. Luftangriffsdivision und eine Marineinfanteriedivision bereitgestellt. Seit einem Jahr üben diese Truppenteile in Wüstengebieten der USA die „unvorhergesehenen Fälle"; zum Beispiel die Unterbrechung der Erdölförderung in Saudi-Arabien oder „den Schutz der Regierung von Oman gegen eine große Anzahl palästinensischer Guerillas" (New York Times, 20.4.). Manöverziel: Die 82. Luftlandedivision fliegt als erste in das Krisengebiet, bildet einen Brückenkopf und garantiert die Bewachung der Erdölförderanlagen. Sie erhält Verstärkung durch das Luftangriffs- und Marineinfanteriekorps, um so die Position zu konsolidieren. Zur Verstärkung kreuzt die US-Kriegsmarine vor den Küsten und blockiert die Häfen.

Ihre militärische Präsenz in der Region bauen die US-Imperialisten gegenwärtig beschleunigt aus. Im Indischen Ozean wird die 5. Flotte installiert, die Marine- und Luftstützpunkte Diego Garcia im Indischen Ozean und North West Cape in Westaustralien werden ausgebaut. *Insoweit* steht ihr Aufmarschplan.

Was ihnen jedoch Sorgen bereitet, ist, woher sie die Mannschaften rekrutieren können. Die US-Armee ist eine Berufsarmee. Seit dem Krieg der US-Imperialisten gegen die Völker Kampucheas, Vietnams und Laos hat sie sich von 3,5 Mio. (1968) auf 2,1 Mio. Mann (1978) verringert. Davon sind 350000 Mann fest in Europa stationiert. Für den Kriegsfall gehen die US-Imperialisten von einer zusätzlichen Mobilisierung von 700000 Reservisten aus. Jedoch stehen ihnen derzeit nur 200000 Mann zur Verfügung. Woher also die benötigten 60000 Reservisten für die Interventionstruppe nehmen?

Vorsichtig wird die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht wieder ins Gespräch gebracht. Sie würde den US-Imperialisten einerseits große Mengen Geldes ersparen – 55% des Militärhaushaltes gehen derzeit für die Entlohnung der Berufsarmee drauf –, andererseits große Menschenmassen, vor allem die Jugend, ihrem Kadavergehorsam unterwerfen. Solange die US-Imperialisten ihre Aggression *offen* gegen die Länder der Dritten Welt richteten, konnten sie die Wehrpflicht nicht durchsetzen. Heute, wo sie in allen Teilen der Welt *direkt* mit den Sozialimperialisten zusammenstoßen, versuchen sie mit chauvinistischer Ideologie die Volksmassen für ihre Aggressionspläne ins Feld zu führen. In lancierten Meinungsumfragen häufen sich die Befürworter von Interventionen der US-Imperialisten. Anfang Mai hat Verteidigungsminister Brown öffentlich dementiert, daß die Einführung der Wehrpflicht beabsichtigt sei. Anlaß war ein Beschluß des Kongresses, alle 18jährigen zu registrieren, der zu einer Welle von Protestdemonstrationen geführt hatte. Brown erklärte, ohnehin würde sich der Entscheidungsprozeß über Jahre hinziehen, und derzeit würden nur die „anstehenden Jahrgänge" registriert. Wenn jedoch, so sollten Männer und Frauen in den Dienst genommen werden.

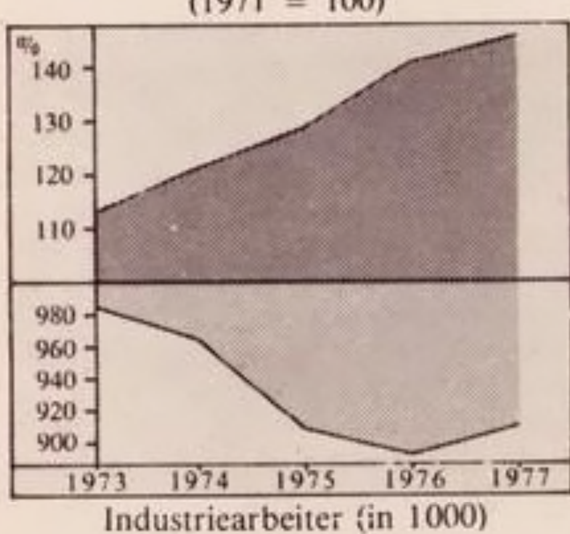


Landung der US-Marineinfanterie im Libanon 1958

Österreich: Mit Zunahme der Schichtarbeit steigen die Herzkrankheiten

z.lik.Wien. Das Österreichische Gesundheitsministerium hat vor kurzem seinen neuesten Gesundheitsbericht vorgelegt; demzufolge stirbt jeder Zweite an Herz- und Kreislaufkrankheiten. Von 1970-76 ist die Zahl der Spitalsfälle bei Herz- und Kreislaufkrankheiten um 33,7% gestiegen. Im gleichen Zeitraum haben die Kapitalisten die Gesamtzahl der in der Industrie Beschäftigten von 943035 auf 913516 reduziert und durch Intensivierung und Ausdehnung des Arbeitstages die Schweißauspressung um 45% gesteigert. Das Ausmaß der Ruinierung der Gesundheit der Arbeiter tritt erst mit einigen Jahren Verzögerung in vollem Umfang zum Vorschein: So ist z.B. allein von 1975 auf 1976 die durchschnittliche Dauer des Krankenhausaufenthaltes bei Herz-und Kreislaufkrankheiten von 21 Tagen auf 29 Tage gestiegen. Je nachhaltiger der Verschleiß, desto geringer die Aussicht, die Arbeitskraft innerhalb kurzer Zeit wieder zurechtzuflicken.

Produktion je Arbeitsstunde (1971 = 100)



Industriearbeiter (in 1000)

Besonders betroffen von solchen Krankheiten sind Nacht-, Schicht- und Akkordarbeiter, denn die Ausbeutung in solchen Systemen unterwirft den Arbeiter vollends dem Takt der Maschinen und zerstört den natürlichen Rhythmus des Organismus, indem die Nacht „zum Tag gemacht“ wird und umgekehrt.

In der Steiermark, wo die meisten Großbetriebe konzentriert sind, arbeiteten bereits 1976/77 43,9% der Industriearbeiter Schicht, 52,7% Akkord. Von den Chemiearbeitern sind inzwischen 68,7% dem Schichtsystem unterworfen, zumeist im Dreischichtbetrieb. Im Metall- und Bergbaubereich beträgt das Ausmaß der Schichtarbeit 52,2%, der Akkordarbeit 56,7%.

Diese Zahlen belegen die Dringlichkeit der Forderung nach dem Verbot von Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit. Sie erklären auch, warum die Forderung nach 35-Stunden-Woche sich unter den österreichischen Arbeitern rasch verbreitet hat.

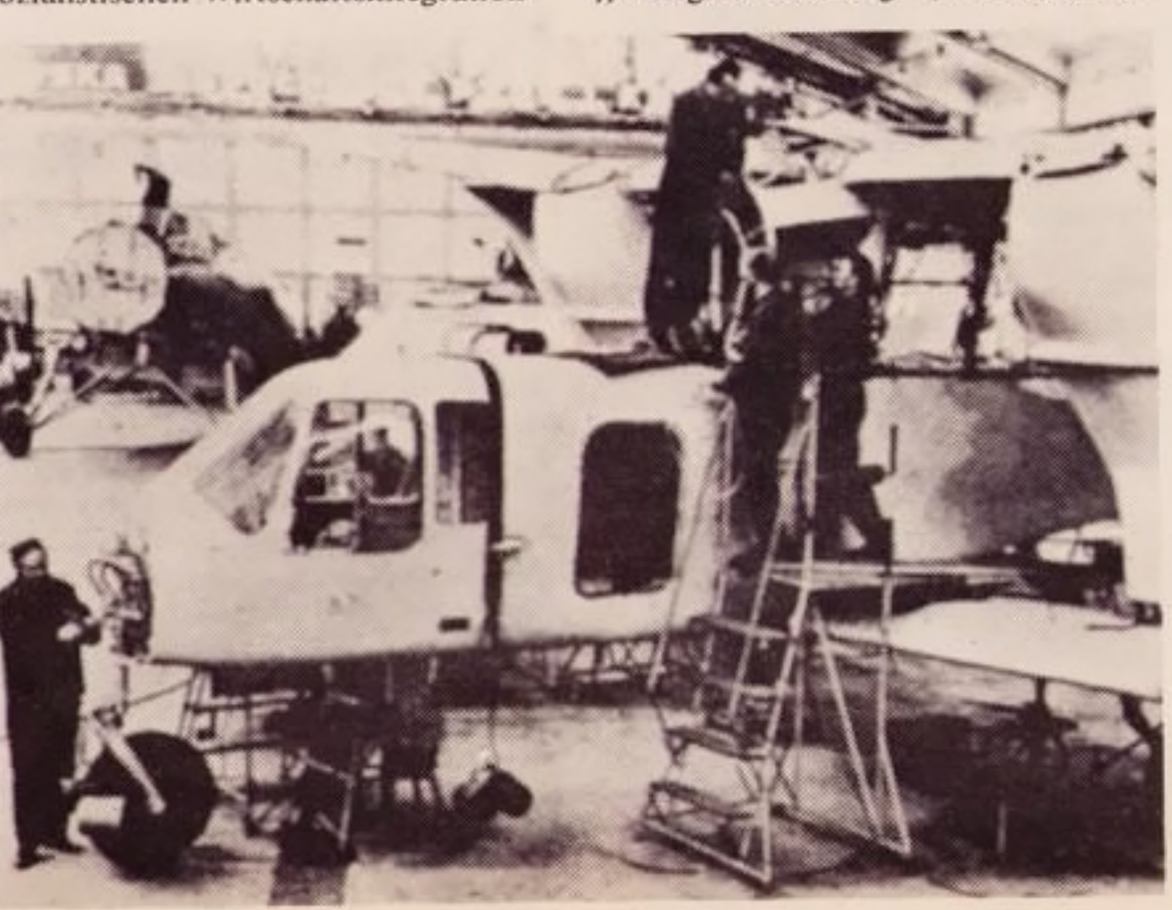
Irische Regierung will neues Lohnabkommen mit Steuerbetrug durchsetzen

z.rül.London. Am 25.4. legte die irische Regierung ein neues Lohnabkommen für 1979/80 vor, das sie zusammen mit dem Kapitalistenverband der Verhandlungsdelegation des Gewerkschaftsbundes ICTU abgepreßt hatte. Es sieht vor, bei einer Inflationsrate von zur Zeit 10% die Lohnerhöhungen in den nächsten 9 Monaten auf 7% plus 2% „Produktivitätszuschlag“ zu begrenzen, in den vier Monaten danach auf 4% plus 1,5% „Produktivitätszuschlag.“ Zugleich bietet die Regierung einen „Steuernachlaß“ von 39 Mio. Punt an, der im Dezember in Form eines Freibetrages von ca. 175 Punt von der Einkommenssteuer abgezogen werden soll. Das entspricht einer Steuersenkung in diesem Monat zwischen 200 und 300 DM. Dieser „Steuernachlaß“ soll den Kapitalisten helfen, die geplanten Lohnsenkungen gegen die Arbeiter durchzusetzen. Ein ICTU-Kongreß am 23.5. muß dem Abkommen noch zustimmen. Die Regierung hatte in ihrem Haushalt 1979 eine Zunahme der Einkommenssteuer von Lohnabhängigen um 32% erwartet. Der „Steuernachlaß“ würde diese *Zunahme* auf 138 Mio. Punt oder 25% verringern. Mit diesem Haushalt wurde zugleich eine Erhöhung der Freibeträge bei der Einkommenssteuer beschlossen: für unverheiratete Arbeiter von 72,08 Punt (277,52 DM) auf 92,92 Punt (357,73 DM), für verheiratete von 144,17 Punt (555,00 DM) auf 183,83 Punt (715,46 DM). Für einen unverheirateten Arbeiter mit einem Einkommen von 800 DM sank dadurch die Steuer von 17,65% auf 15,24%, bei einem Einkommen von 1280 DM von 24,11% auf 22,56%. Bei verheirateten Arbeitern mit zwei Kindern sank sie bei einem Einkommen von 1280 DM von 12,78% auf 9,02%, bei einem Einkommen von 1600 DM von 17,50% auf 14,14%. Das sollte die unteren Lohngruppen für die Lohnsenkungspläne der Kapitalisten von der Steuer etwas „entlasten“ und zugleich die Spaltung zwischen verheirateten und unverheirateten vertiefen. Die größte Gewerkschaft des Landes, die ITGWU, die auf dem ICTU-Kongreß 20% der Delegierten stellt, hat das Abkommen bereits abgelehnt, ebenfalls die Postarbeitergewerkschaft. Am 1. Mai demonstrierten in Dublin 50000 Lohnabhängige vor allem gegen die Steuerausplünderung. Aufgerufen hatten neben dem Dubliner Gewerkschaftsbund die Vereinigung der 2 Facharbeitergewerkschaften im ICTU und die drittgrößte Gewerkschaft des Landes, die ATGWU.

Polen muß die Austauschverhältnisse im RGW in Frage stellen

z.hku. Der harte Winter und in seiner Folge schwere Überschwemmungen entlang der großen Flüsse haben die Schwächen der polnischen Ökonomie nochmal krasser hervortreten lassen. Die Industrieproduktion ist im ersten Quartal gegenüber dem Vorjahr gesunken, schwere Lücken sind in der Energieversorgung und im Transportwesen aufgetreten. Auf der Apriltagung des ZK der revisionistischen PVAP hat Parteichef Gierek aufgerufen, vor allem „die in der für den Export bestimmten Warenproduktion entstandenen Rückstände aufzuarbeiten. Davon hängt nämlich unsere Stellung auf dem internationalen Kreditmarkt ab“. Die internationalen Wucherer haben die Schlinge schon angezogen; 4,1 Mrd. $ Auslandsschulden werden in diesem Jahr für Polen fällig. Kredite, allein zur Tilgung alter Schulden aufgenommen, müssen weit über dem normalen Satz verzinst werden (vgl. KVZ 7/79).

Zur gleichen Zeit wie die ZK-Tagung fand in Warschau eine Konferenz über „Fragen der Theorie und Praxis der sozialistischen Wirtschaftsintegration“



Montage des Düsenflugzeuges MI-15, Spezialkonstruktion für die Landwirtschaft. Die Sowjetunion ist Hauptabnehmer.

statt. Das Ergebnis: „Der bisherige Umfang und Maßstab der Integration entspricht nicht den aktuellen Bedürfnissen und Möglichkeiten der RGW-Länder“. Notwendig sind „Berechnungsmethoden der Effektivität (der Integration). Es geht um objektive Parameter, wie Preise und Währungskurse. Das ermöglicht die Einschätzung der Vorteile, die die einzelnen Länder den gemeinsamen Unternehmungen zu verdanken haben.“ In der Brennstofffrage stehen dringend zur Debatte „Preise der gelieferten Rohstoffe, ... Übergang zum Finanzkredit“. (Zycie Warszawy 32/79) Das mag allgemein und nichtssagend klingen; tatsächlich ist es ein ziemlich lautes Nachdenken über die Grundlagen des sozialimperialistischen Wirtschaftsimperiums.

Entscheidend ist die Frage der Preise: was Polen den Sozialimperialisten für Erdöl, Gas und Eisenerz zahlt, was Polen für Schwefel, Maschinen und Ausrüstungen von der UdSSR gezahlt bekommt: das bildet sich nicht in der freien imperialistischen Konkurrenz heraus. Dafür fehlt es schon an einer Währung, die als Maß der Arbeit verschiedener nationaler Herkunft dienen und auch tatsächlich als allgemeines Äquivalent, als Weltgeld, funktionieren könnte. Denn im Gegensatz zu allen interessierten Behauptungen der Sozialimperialisten sind weder Rubel noch „Transfer-Rubel“ wirklich transferierbar, frei kauf- und verkaufbar, so daß in den Schwankungen ihrer Preise gegenüber den anderen Währungen sich auch die Entwicklung der je nationalen Produktivität der Arbeit und Rate der Ausbeutung sich nicht ausdrücken kann.

Die Preise werden vielmehr in Transfer-Rubel ausgedrückt. Die Valuta-Währungen der übrigen RGW-Staaten haben zu dem Transfer-Rubel einen festen Wechselkurs, z.B. entspricht der Valuta-Zloty 0,42 Transfer-Rubel. Die Valuta-Währung wird durch die Anwendung von Koeffizienten aus der jeweiligen Währung heraus gebildet, wobei politische Erwägungen den Ausschlag geben. So wird das „Wertgesetz bereinigt“, wie die Sozialimperialisten sagen. Die Unterdrückungsverhältnisse diktieren so die bilateralen Handelsabkommen, die einst aus dem Willen nach planmäßiger und gerechter Gestaltung der Handelsbeziehungen hervorgegangen sind. Die in Polen geäußerten Überlegungen und Absichten zielen auf die Beseitigung dieses Systems.

Die Sozialimperialisten arbeiten an der Festigung und Ausweitung. In der russischen Zeitschrift „Fragen der Wirtschaft“ 8/78 berichtet Frau Prof. Mitrofona über „Tendenzen der Bewegung der Vertragspreise im Handel der RGW-Länder“. Sie vergleicht die relative Bewegung der *Vertragspreise* (1), die *Weltmarktpreise* (2) und die *Produktionspreise* (3). Für die Gruppe der Brenn- und Rohstoffe sieht die relative Entwicklung (1970 = 100) so aus:

	1971	1973	1976
(1)	105	13	177
(2)	108	168	258
(3)	99	99	96

Die Zahlenreihen zeigen: es ist den Sozialimperialisten mit Hilfe der „gleitenden Preisanpassungen“ gelungen, bei gleichbleibenden Produktionspreisen die Vertragspreise anzuheben und so die Erfolge der Länder der Dritten Welt kräftig für sich zu nutzen. Prof. Mitrofona findet diesen Anstieg „mäßig“ und hält jede Abweichung der Vertragspreise von den Weltmarktpreisen nach unten für eine unerwünschte, „nur vorübergehende Tendenz“. (Man muß dabei denken, daß die Zahlen Durchschnittszahlen sind: Kohle, die Polen exportiert, ist im Preis nicht gestiegen, den Preis von Erdöl hat die UdSSR allein in diesem Jahr zweimal erhöht.)

Anders sieht die Entwicklung bei Maschinen und Ausrüstungen aus:

(1)	101	105	145
(2)	103	117	148
(3)	97	105	122

Noch geringer ist die Differenz zwischen Vertragspreis (1) und Produktionspreis (3) bei allen Produkten, die im Rahmen der „neuen Integrationsformen der Zusammenarbeit“ hergestellt sind. Dieser Erscheinung dürfe man „den progressiven Charakter keineswegs bestreiten“. 23,6% der sowjetischen Exporte nach Polen sind Rohstoffe; 35% Ausrüstungen; dagegen sind 49,5% der polnischen Exporte Maschinen und Anlagen, 14,9% Rohstoffe (vor allem Kohle); 43% der Maschinenbauexporte sind bereits „spezialisiert“ hergestellt. Der Gegensatz zwischen Polen und der UdSSR in dieser Frage ist also schroff.

Die rasche Industrialisierung der letzten zehn Jahre hat Polen vor allem mit Importen aus den westlichen imperialistischen Ländern durchgeführt, auf Kredit; entsprechend war der Handel mit diesen Ländern gestiegen, der mit der Sowjetunion gesunken. Die Verschuldung und die Abhängigkeit von der UdSSR in Rohstofffragen haben diese Entwicklung aufgehalten. Es ist jedoch das erklärte Ziel Polens, den „Import technischen Fortschritts“ aus dem Westen mit dem „Export technischen Fortschritts“ in den RGW zu bezahlen. Aber wie soll das gehen, wenn die Handelsüberschüsse Polens im RGW nur „verrechnet“ werden, und die Transfer-Rubel-Guthaben eben nicht transferierbar sind?

Das polnische Verlangen nach „Finanzkrediten“ zielt ebenso auf die Loslösung von der jetzt üblichen „Verrechnung von Bauleistungen und Lieferungen für die großen „Gemeinschaftsprojekte“. Erst im März hat der RGW-Exekutivrat den Bau eines Kraftwerkes in Chmelniki (UdSSR) beschlossen, für den Polen Arbeitskraft und Teile zu liefern hat.

Die Frage nach dem Nutzen der gemeinsamen Projekte wird in Polen lauter gestellt. Denn die „Integration“ in das sozialimperialistische Imperium kostet nicht nur, sondern schneidet auch tief in die nationale Souveränität ein. Wie die neue Eisenbahnstrecke von der sowjetisch-polnischen Grenze zum Stahlwerk in Katowice für den Rohstofftransport, die in sowjetische *Breitspur* gebaut worden ist.

Irische Regierung will neues Lohnabkommen mit Steuerbetrug durchsetzen

z.rül.London. Am 25.4. legte die irische Regierung ein neues Lohnabkommen für 1979/80 vor, das sie zusammen mit dem Kapitalistenverband der Verhandlungsdelegation des Gewerkschaftsbundes ICTU abgepreßt hatte. Es sieht vor, bei einer Inflationsrate von zur Zeit 10% die Lohnerhöhungen in den nächsten 9 Monaten auf 7% plus 2% „Produktivitätszuschlag“ zu begrenzen, in den vier Monaten danach auf 4% plus 1,5% „Produktivitätszuschlag.“ Zugleich bietet die Regierung einen „Steuernachlaß“ von 39 Mio. Punt an, der im Dezember in Form eines Freibetrages von ca. 175 Punt von der Einkommenssteuer abgezogen werden soll. Das entspricht einer Steuersenkung in diesem Monat zwischen 200 und 300 DM. Dieser „Steuernachlaß“ soll den Kapitalisten helfen, die geplanten Lohnsenkungen gegen die Arbeiter durchzusetzen. Ein ICTU-Kongreß am 23.5. muß dem Abkommen noch zustimmen. Die Regierung hatte in ihrem Haushalt 1979 eine Zunahme der Einkommenssteuer von Lohnabhängigen um 32% erwartet. Der „Steuernachlaß“ würde diese Zunahme auf 138 Mio. Punt oder 25% verringern. Mit diesem Haushalt wurde zugleich eine Erhöhung der Freibeträge bei der Einkommenssteuer beschlossen: für unverheiratete Arbeiter von 72,08 Punt (277,52 DM) auf 92,92 Punt (357,73 DM), für verheiratete von 144,17 Punt (555,00 DM) auf 183,83 Punt (715,46 DM). Für einen unverheirateten Arbeiter mit einem Einkommen von 800 DM sank dadurch die Steuer von 17,65% auf 15,24%, bei einem Einkommen von 1280 DM von 24,11% auf 22,56%. Bei verheirateten Arbeitern mit zwei Kindern sank sie bei einem Einkommen von 1280 DM von 12,78% auf 9,02%, bei einem Einkommen von 1600 DM von 17,50% auf 14,14%. Das sollte die unteren Lohngruppen für die Lohnsenkungspläne der Kapitalisten von der Steuer etwas „entlasten“ und zugleich die Spaltung zwischen verheirateten und unverheirateten vertiefen. Die größte Gewerkschaft des Landes, die ITGWU, die auf dem ICTU-Kongreß 20% der Delegierten stellt, hat das Abkommen bereits abgelehnt, ebenfalls die Postarbeitergewerkschaft. Am 1. Mai demonstrierten in Dublin 50000 Lohnabhängige vor allem gegen die Steuerausplünderung. Aufgerufen hatten neben dem Dubliner Gewerkschaftsbund die Vereinigung der 2 Facharbeitergewerkschaften im ICTU und die drittgrößte Gewerkschaft des Landes, die ATGWU.



Montage des Düsenflugzeuges MI-15, Spezialkonstruktion für die Landwirtschaft. Die Sowjetunion ist Hauptabnehmer.

statt. Das Ergebnis: „Der bisherige Umfang und Maßstab der Integration entspricht nicht den aktuellen Bedürfnissen und Möglichkeiten der RGW-Länder“. Notwendig sind „Berechnungsmethoden der Effektivität (der Integration). Es geht um objektive Parameter, wie Preise und Währungskurse. Das ermöglicht die Einschätzung der Vorteile, die die einzelnen Länder den gemeinsamen Unternehmungen zu verdanken haben.“ In der Brennstofffrage stehen dringend zur Debatte „Preise der gelieferten Rohstoffe, ... Übergang zum Finanzkredit“. (Zycie Warszawy 32/79) Das mag allgemein und nichtssagend klingen; tatsächlich ist es ein ziemlich lautes Nachdenken

imperialisten sagen. Die Unterdrückungsverhältnisse diktieren so die bilateralen Handelsabkommen, die einst aus dem Willen nach planmäßiger und gerechter Gestaltung der Handelsbeziehungen hervorgegangen sind. Die in Polen geäußerten Überlegungen und Absichten zielen auf die Beseitigung dieses Systems.

Die Sozialimperialisten arbeiten an der Festigung und Ausweitung. In der russischen Zeitschrift „Fragen der Wirtschaft“ 8/78 berichtet Frau Prof. Mitrofona über „Tendenzen der Bewegung der Vertragspreise im Handel der RGW-Länder“. Sie vergleicht die relative Bewegung der Vertragspreise (1),

stoffe; 35% Ausrüstungen; dagegen sind 49,5% der polnischen Exporte Maschinen und Anlagen, 14,9% Rohstoffe (vor allem Kohle); 43% der Maschinenbauexporte sind bereits „spezialisiert“ hergestellt. Der Gegensatz zwischen Polen und der UdSSR in dieser Frage ist also schroff.

Die rasche Industrialisierung der letzten zehn Jahre hat Polen vor allem mit Importen aus den westlichen imperialistischen Ländern durchgeführt, auf Kredit; entsprechend war der Handel mit diesen Ländern gestiegen, der mit der Sowjetunion gesunken. Die Verschuldung und die Abhängigkeit von der UdSSR in Rohstofffragen haben diese Entwicklung aufgehalten. Es ist jedoch das erklärte Ziel Polens, den „Import technischen Fortschritts“ aus dem Westen mit dem „Export technischen Fortschritts“ in den RGW zu bezahlen. Aber wie soll das gehen, wenn die Handelsüberschüsse Polens im RGW nur „verrechnet“ werden, und die Transfer-Rubel-Guthaben eben nicht transferierbar sind?

Das polnische Verlangen nach „Finanzkrediten“ zielt ebenso auf die Loslösung von der jetzt üblichen „Verrechnung von Bauleistungen und Lieferungen für die großen „Gemeinschaftsprojekte“. Erst im März hat der RGW-Exekutivrat den Bau eines Kraftwerkes in Chmelniki (UdSSR) beschlossen, für den Polen Arbeitskraft und Teile zu liefern hat.

Die Frage nach dem Nutzen der ge-

EG-„Harmonisierung“ des Ausländerrechts in Frankreich: Völlige Entrechtung geplant

z.jon.Paris. In der französischen Nationalversammlung wird ein Gesetzentwurf beraten, mit dem „endlich“ das Einreise- und Aufenthaltsrecht für Ausländer in Frankreich mit der Gesetzgebung anderer EG-Staaten „harmonisiert“ und das geltende Gesetz von 1945 abgelöst werden soll. Die französische Bourgeoisie will die Zuchthausordnung für ausländische Arbeiter noch mehr als ihre Konkurrenten verschärfen. Künftig sollen



Ausländer abgeschoben bzw. an der Einreise gehindert werden, wenn sie „über unzureichende oder unregelmäßige Einkommen verfügen“ – also z.B. arbeitslos sind; wenn sie die „öffentliche Ordnung stören“ – also z.B. an Streiks und Demonstrationen teilnehmen; aus „gesundheitlichen Gründen“ – also wenn sie z.B. wegen eines Arbeitsunfalls nicht mehr voll ausbeutbar sind; wenn sie sich „nicht in Übereinstimmung mit der geltenden Arbeitsgesetzgebung befinden“, z.B. bereits, wenn sie ihren Jahresurlaub ohne Zustimmung des Kapitalisten verlängern. Die Abschiebehaft wird legalisiert. Die Internierungslager sollen ausschließlich unter Aufsicht der Polizei stehen, die Haftdauer ist nicht befristet. Die Dauer der Aufenthaltserlaubnis für Ausländer, die nicht aus der EG stammen, wird von bisher drei bis zehn Jahren auf ein Jahr verkürzt. Über die Verlängerung entscheiden unwiderruflich die Präfekturen nach dem Bedarf der Kapitalisten. 8,5% der Werktätigen Frankreichs sind Ausländer. Zu 85% stammen sie aus den ehemaligen französischen Kolonien oder aus den europäischen Mittelmeerländern. Zu zwei Dritteln in die unterbezahlten Hilfsarbeiter- und Angelerntenlohngruppen gepreßt, in den Kasernen der öffentlichen Wohnheimgesellschaft Sonacotra zusammengepfercht, ständiger Polizeiunterdrückung ausgesetzt, haben die ausländischen Arbeiter bisher die Versuche, sie als rechtlose Arbeits*sklaven* gegen die französischen Arbeiter auszuspielen, zurückgeschlagen. Das Bild zeigt den Streik bei Renault im Juni 1978 mit einem Transparent: „Ausländische und französische Arbeiter vereint!“ Im Oktober 1977 wurde mit Massendemonstrationen ein erster Versuch der Regierung vereitelt, Ausländer in Massenumfang gegen ein Handgeld abzuschieben. Über den Mietstreik in den Sonacotra-Heimen seit 1975 haben wir mehrfach berichtet. Am 1. Mai war allein der Block der Mietstreikkomitees in der Pariser Demonstration über 2000 Mann stark.

EG-Nahrungsmittelhilfsprogramm gegen die Länder der 3. Welt

z.elb. Das Nahrungsmittelhilfsprogramm der EG ist Bestandteil des Weltweizenabkommens, das kürzlich gegen den Widerstand der Länder der Dritten Welt in seiner alten Form ohne feste Preisspannen verlängert wurde. Die Länder der Dritten Welt fordern dagegen Preisspannen zwischen höchstens 130 und 160 $ je Tonne Weizen. Im Rahmen des Hilfsprogramms wurde die EG 1979 zur Lieferung von 720500 t Getreide, 150000 t Magermilchpulver und 45000 t Butteröl vor allem an die Länder mit einem Pro-Kopf-Einkommen unter 300 $ pro Jahr und einer negativen Zahlungsbilanz verpflichtet. Einmischung und Erpressung betreiben die EG-Imperialisten mit ihrer „Hilfe“. Nicht den Regierungen, sondern möglichst privaten Organisationen soll die Verteilung der Nahrungsmittel vorbehalten bleiben. Der DVR Jemen waren 1978 4500 t Weizen versprochen, aber nicht geliefert worden. Eine „Sondierungsmission“ sei notwendig, merkt die EG-Kommission lapidar an. „Sondieren“ wollen die EG-Imperialisten, wie sie die Widersprüche zwischen der DRV und AR Jemen gegen den angestrebten Zusammenschluß dieser Länder verschärfen und nutzen können, um sich selbst größtmöglichen Einfluß zu verschaffen. Die AR Jemen soll 1979 5800 t Weizen geliefert bekommen, die DVR nichts. Ägypten, das 1979 mit 90000 t die zweitgrößte Weizenlieferung überhaupt erhalten wird, bekommt als „Friedenszuschlag“ für 1978 zusätzlich noch 48000 t.

Italienische Regierung muß Lohnerhöhungen auszahlen

z.erm.Rom. Am 20. April haben die drei Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst Italiens einen eintägigen Streik durchgeführt, um die Regierung zur Einhaltung der bereits im November getroffenen Vereinbarungen zu zwingen. Damals hatte die Regierung unter dem Druck der Streikbewegung über die noch offenen Punkte der Tarifverträge für 1976-78 mit den Gewerkschaften abschließen müssen. Seitdem hat sie die Auszahlung der Lohnerhöhungen boykottiert. Jetzt mußte sich die Regierung erneut verpflichten, auf ihrer nächsten Sitzung das zur Auszahlung notwendige Dekret zu verabschieden. Das Geld soll nun spätestens im Juli rückwirkend ab dem 1.7.78 ausgezahlt werden. Weiter hatte die Regierung im November zusagen müssen, bis Februar über die vierteljährliche Berechnung der Inflationszuschläge zu beschließen. Bisher werden im öffentlichen Dienst die Zuschläge halbjährlich angepaßt. Damit können noch weniger als mit der in der Industrie üblichen vierteljährlichen Berechnung die Preissteigerungen gedeckt werden. Jetzt will die Regierung diesen Punkt auf die nächsten Tarifverhandlungen im Sommer verschieben, um die Tariflohnerhöhung zu drücken. – Auf Streikversammlungen haben die Beschäftigten in der letzten Woche über das weitere Vorgehen beraten.

Schweizer Heilsarmee: Fußvolk der Expansion

z.pek. Das schweizerische Politische Departement (Außenminsterium) hat „im Rahmen des Jahres des Kindes“ an die Heilsarmee den Auftrag vergeben, 100 Schulen in Zaire zu „sanieren“. Die uniformierten Missionare sollen den afrikanischen Jugendlichen einbläuen, daß die Verwaltung der

Vor dem Tarifkampf in der US-Automobilindustrie

Rekordprofite von GM und Ford / Wachsende Konkurrenz / Forderungen der Automobilarbeiter

z.scc. Das Jahr 1979 verspreche selbst das ,,Rekordjahr" 1978 noch in den Schatten zu stellen. Profittrunken ziehen die beiden größten US-Automobilmonopole General Motors und Ford, die zusammen rund 37% der Welt-PKW-Produktion beherrschen, eine erste Bilanz. Einen Nettoprofit von 3,5 Mrd. $ konnte General Motors im vergangenen Jahr aus den knapp 750000 unter seinem Kommando produzierenden Arbeitern herauspressen. War dies bis dahin das höchste Ergebnis, das jemals in der Geschichte der kapitalistischen Produktion ein einzelnes Unternehmen hatte erzielen können, so stieg der Profit in den ersten drei Monaten '79 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres noch einmal um 45% – auf 1,26 Mrd. $. Dagegen nimmt sich absolut wie in der Steigerungsrate (27%) das Ergebnis der Fordkapitalisten direkt bescheiden aus. Doch sind ihre netto 594,8 Mio. $ aus der Ausbeutungstätigkeit eines *Viertel*jahres mehr als das Dreifache des *gesamten* Nettoprofits beispielsweise der VW-Kapitalisten 1977.

Auf beispiellose Höchstprofite also rechnen die beiden US-Giganten in diesem Jahr. Dabei mußten sie in diesen ersten drei Monaten gerade in ihrer ureigensten Domäne, auf dem US-Automobilmarkt, empfindliche Einbußen hinnehmen. Während die Statistiker die höchsten Autokäufe registrieren – nach den ersten Ergebnissen wurden die Verkaufsschätzungen für 1979 gleich um 7% auf 11,9 Mio. hochkorrigiert –, sackten im März die Verkaufsziffern von GM um 3,1, von Ford sogar um 6,2% ab. Zusehends zwingen die über Jahre dauernden Lohnsenkungen, beschleunigt jetzt noch durch drastische Benzinpreiserhöhungen, die Lohnabhängigen, auf kleinere, im Kauf und vor allem in der Haltung billigere Wagentypen umzusteigen. Waren im Durchschnitt 1978 47% aller neuverkauften PKW Klein- oder Mittelklassewagen, so schnellte ihr Anteil im Februar '79 auf 50, im März dann auf 53%. Immer schlechter können die US-Automonopole ihre großen, teuren Wagen, die sie bisher für den eigenen Markt überwiegend produzierten, dort auch absetzen. Ihre Konkurrenten dagegen, allen voran Toyota, Datsun, Honda, VW, steigerten ihren Marktanteil von 18 auf 22,5%.

Vorübergehend zunächst. Schon im vergangenen Jahr hatten die Kapitalisten von General Motors für 2,7 Mrd. $ auf großserienmäßige Produktion neuer Mittelklassewagen umgerüstet. Ende April dann liefen die ersten dieser sogenannten ,,X-Bodies" vom Band: kleiner, kompakter, um 360 kg leichter, verbrauchen sie rund 25% weniger Benzin als ihre entsprechenden Vorgänger. Eine offene Kampfansage also an die westeuropäischen und japanischen Konkurrenten. Nicht nur auf dem US-Markt will General Motors damit verlorenen Boden gutmachen. Während sich das US-Monopol, mit Stützpunkten in 29 Ländern, bisher einen verhältnismäßig geringen Warenexport leisten konnte, eröffnet es mit den ,,X-Bodies" seine Exportoffensive: 1980 sollen 30000 auf den westeuropäischen Märkten verkauft sein – nicht einmal 20000 PKW exportierten 1977 alle vier US-Automobilkonzerne zusammengenommen in die EG, gerade 105000, von den Exporten nach Kanada abgesehen, insgesamt.

Die Kapitalisten von General Motors sind sich des Siegeszuges ihrer ,,X-Bodies" so sicher, daß sie sich gleich bei ihrer Einführung eine deftige Preiserhöhung erlauben: Um bis zu 800 $ liegen die Preise über denen der schwereren und größeren, ansonsten vergleichbaren Vorgänger. Dabei steht jetzt schon fest, daß sich die hochgepriesenen ,,Vorzüge" der ,,X-Bodies" für die Volksmassen in den USA, die diese Wagen zu kaufen gezwungen sind, weil sie mit Preisen zwischen 4000 und 5200 $ immer noch billiger sind als die alten amerikanischen Wagen, allzubald als höchst teure Nachteile herausstellen.

Zweifellos ist die Schlacht um den Weltautomobilmarkt in eine neue Phase getreten. Auf einem Felde, auf dem bislang noch die Trümphe der kleineren Konkurrenten stachen, geht der weltgrößte Automobilkonzern zum Gegenangriff über. Man wird nicht lange zu warten haben, bis die Fordkapitalisten nachziehen. Gleichzeitig trägt der ,,Autoboom" in den USA, wo mehr als ein Viertel aller neuproduzierten Autos verkauft werden, bereits alle Kennzeichen einer krachenden Krise. Dunkel schwant's den Bourgeois. ,,Das ist eine seltsame Lage", erklärte der Sprecher eines US-Konzerns. ,,Meiner Meinung nach werden die Verkäufe zusammenbrechen. Es gibt absolut keine Möglichkeit, eine Verkaufsrate von 11,9 Mio. Einheiten zu halten."

Umso rücksichtsloser werfen die US-Automobilmonopole Hirn, Nerven, Muskeln der amerikanischen Automobilarbeiter in die Schlacht um Höchstprofite. Ende April ordneten GM in neun, Ford in sechs, Chrysler in drei weiteren ihrer US-Fabriken erneut Überstunden an. Durch den letzten Tarifvertrag gedeckt, gelten ihnen 10-Stunden-Schichten an sechs Wochentagen ohnehin als ,,normal". In den Werken in Detroit arbeiten zahllose Arbeiter zwölf Stunden am Tag, 45 Tage hintereinander oder länger, oft auch des Sonntags. Um 20% stiegen von 1976 auf '77 die Todesfälle während der Arbeit; während durchschnittlich einer von acht Industriearbeitern im Lauf eines Jahres einen Unfall davonträgt, sind's einer von fünf in den Stanzereien der Automobilwerke, einer von vier in den Schmieden, einer von drei in den Gießereien.

Auf bisher allen Gewerkschaftsversammlungen zur Vorbereitung ihres Tarifkampfes, der im September eröffnet wird, prangern die Arbeiter die maßlose Überarbeit an. Im GM-Werk in Fremont, Kalifornien, sammelte eine Abteilung binnen kurzem 200 Unterschriften unter die Forderungen u.a. nach Beschränkung der Überstunden und für Neueinstellungen; die anderen Abteilungen schlossen sich an. In Lordstown, Ohio, streikten die Arbeiter bei GM Ende April zwei Tage gegen Überstunden und unerträgliche Arbeitsbedingungen. Die Führung der Gewerkschaft UAW indes will sich auf die Forderung nach Beseitigung des Überstundenzwangs nicht festlegen lassen. Mit der ,,Verkürzung der Arbeitswoche" macht sie sich für die Ausweitung des sogenannten ,,persönlichen Plans für bezahlten Urlaub" stark, wonach die Arbeiter bisher alle vier oder sechs Wochen einen zusätzlichen freien Tag erhalten. Womit, wenn sie das gegen die breite Bewegung für Beschränkung der Überstunden und Arbeitszeitverkürzung halten kann, der vollständigen Durchlöcherung des Normalarbeitstages auch zukünftig Tor und Tür geöffnet wäre.

Ebenso wichtig wie Schranken gegen Verlängerung des Arbeitstages und Intensivierung der Arbeit ist den Automobilarbeitern die Erhöhung der Renten der alten Arbeiter. Ohne gesetzliche Rentenversicherung, mit Betriebsrenten, die bereits 1976 um 25% unter dem Niveau von '73 lagen und seither – von einer einmaligen ,,Inflationsausgleichs"zahlung von 1500 DM abgesehen – nicht erhöht wurden, ist ein großer Teil der Arbeiter dazu verdammt, sich bis zum letzten Atemzug für den Profit von GM, Ford oder Chrysler zu schinden. Zur Bekräftigung dieser Forderung demonstrierten während der letzten Delegiertenversammlung der UAW Mitte April einige tausend Rentner vor und im Versammlungsgebäude.

Werden die Automobilarbeiter Carters 7%-Lohnleitlinie durchbrechen? Werden sie die dauernden Lohnsenkungen beenden? Um 27% über drei Jahre wurden nach dem letzten Tarifvertrag die Löhne ,,erhöht" – bei einer Inflationsrate von gegenwärtig 14%. 7 $ die Stunde betrug im letzten Jahr der Tariflohn; real waren das über 5% weniger als zwei Jahre zuvor. Oder wird umgekehrt den Kapitalisten ein weiterer Einbruch in das Lohnniveau gelingen? Rund ein Drittel aller Automobilarbeiter der Welt arbeiten in den USA. Nicht nur die amerikanischen Automobilarbeiter also würden damit eine wichtige Schlacht verlieren – unweigerlich würde ihre Niederlage die Kampfbedingungen etwa der westdeutschen Automobilarbeiter nachdrücklich verschlechtern. Nach anfänglicher offener Unterstützung der Carterschen Lohnleitlinie durch die Mehrheit der UAW-Führung mußte diese angesichts einer breiten, aber noch uneinheitlichen Lohnbewegung inzwischen auf Ablehnungskurs gehen. Sie tat's wortgewaltig, ohne aber sich auf eine *Forderung* festzulegen. *So* jedoch sind die US-Automobilmonopole, mit der Regierung im Rücken, gewiß nicht zu schlagen.

66 Tage streikten 1970 die Arbeiter von GM, 9 Tage 1973 die Arbeiter von Chrysler, vier Wochen 1976 die Arbeiter von Ford für einen neuen Tarifvertrag. Gegen die dauernden Lohnsenkungen und die Steigerung der Ausbeutung werden die 760000 Automobilarbeiter ihre ganze Kraft entfalten müssen.

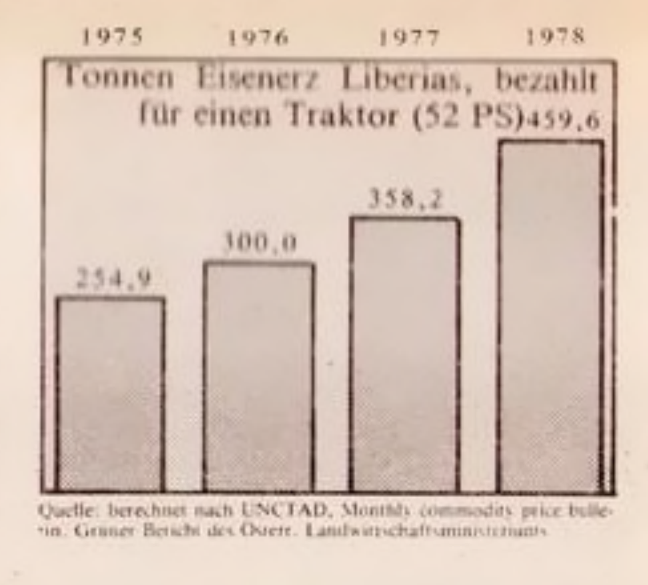
Eisenerzproduzierende Länder kämpfen um Preisfestsetzung

z.pek. Im April hat die Assoziation der eisenerzproduzierenden Länder (APEF) auf ihrer Ministerkonferenz in London über gemeinsame Maßnahmen gegen die ständigen Preissenkungen auf dem Weltmarkt für Eisenerz beraten. Mit ihrer Gründung im Jahr 1975 legten die neun Mitgliedsländer der APEF (Algerien, Indien, Liberia, Mauretanien, Peru, Sierra Leone, Venezuela, Australien und Schweden) als ihr Ziel fest, ,,gerechte und ausreichende Einkommen für den Abbau, die Verarbeitung und den Verkauf von Eisenerz zu sichern". Sie verfügen zusammen über einen Anteil am Welthandel von 56%.

Die in der APEF vertretenen Länder der Dritten Welt fordern die Festsetzung von verbindlichen Produktionsquoten, um der Überflutung des Weltmarkts durch die Imperialisten entgegenzuwirken. Während der Verbrauch in den imperialistischen Ländern durch die anhaltende Überproduktionskrise der Stahlindustrie zurückgeht, betreiben die Imperialisten die hektische *Steigerung* der Eisenerzproduktion über den südafrikanischen Besatzerstaat. Allein von 1975 bis 1977 haben sie die Plünderung der Eisenerzlager Azanias auf mehr als 24 Mio. Tonnen pro Jahr verdoppelt. Damit haben sie den offiziellen Weltmarktpreis von 18,74 Dollar im Jahr 1975 auf 17,84 Dollar Anfang 1978 gedrückt. Für einen großen Teil ihrer Eisenerzimporte zahlen die imperialistischen Stahlmonopole noch wesentlich niedrigere Preise, die in langfristigen Lieferverträgen festgelegt sind. Nach einer Studie der UNCTAD betrug der Durchschnittspreis in solchen Verträgen 1976 8,16 Dollar, weniger als die Hälfte des Preises an den Rohstoffbörsen. Durch die Dollarkurssenkungen haben die US-Imperialisten die Einnahmen der eisenerzproduzierenden Länder um weitere 23% seit 1975 gedrückt.

Um die für den Aufbau ihrer Industrie benötigten Industrieprodukte kaufen zu können, müssen die Länder der Dritten Welt immer größere Mengen von Rohstoffen zu gesenkten Preisen exportieren. 1975 mußte Liberia 2,8 Tonnen Eisenerz exportieren, um eine Tonne Superphosphatdünger kaufen zu können. 1978 waren es bereits 4,8 Tonnen. Ein Traktor (52 PS) kostete für Liberia 1975 den Gegenwert von 255 Tonnen Eisenerz, 1978 dagegen schon 460 Tonnen (siehe Schaubild).

Schweden und Australien sind auf der Konferenz der APEF gegen die Festsetzung von Produktionsquoten und Mindestpreisen aufgetreten. Das ist kein Wunder, wo doch die Imperialisten in diesen Ländern neben der Eisenerzproduktion gleichzeitig über ein beachtliches Stahlmonopol verfügen und der schwedische Granges-Konzern die Ausplünderung der größten Eisenerzlager Liberias betreibt. Die Länder der Dritten Welt haben die Preisfestsetzung für Eisenerz auf die Tagesordnung der bevorstehenden UNCTAD-Welthandelskonferenz in Manila gesetzt.



Quelle: berechnet nach UNCTAD, Monthly commodity price bulletin. Grüner Bericht des Österr. Landwirtschaftsministeriums

nach den ersten Ergebnissen wurden die Verkaufsschätzungen für 1979 gleich um 7% auf 11,9 Mio. hochkorrigiert –, sackten im März die Verkaufsziffern von GM um 3,1, von Ford sogar um 6,2% ab. Zusehends zwingen die über Jahre dauernden Lohnsenkungen, beschleunigt jetzt noch durch drastische Benzinpreiserhöhungen, die Lohnabhängigen, auf kleinere, im Kauf und vor allem in der Haltung billigere Wagentypen umzusteigen. Waren im Durchschnitt 1978 47% aller neuverkauften PKW Klein- oder Mittelklassewagen, so schnellte ihr Anteil im Februar '79 auf 50, im März dann auf 53%. Immer schlechter können die US-Automonopole ihre großen, teuren Wagen, die sie bisher für den eigenen

ihrer Einführung eine deftige Preiserhöhung erlauben: Um bis zu 800 $ liegen die Preise über denen der schwereren und größeren, ansonsten vergleichbaren Vorgänger. Dabei steht jetzt schon fest, daß sich die hochgepriesenen ,,Vorzüge" der ,,X-Bodies" für die Volksmassen in den USA, die diese Wagen zu kaufen gezwungen sind, weil sie mit Preisen zwischen 4000 und 5200 $ immer noch billiger sind als die alten amerikanischen Wagen, allzubald als höchst teure Nachteile herausstellen.

Zweifellos ist die Schlacht um den Weltautomobilmarkt in eine neue Phase getreten. Auf einem Felde, auf dem bislang noch die Trümphe der kleineren Konkurrenten stachen, geht der

zereien der Automobilwerke, einer von vier in den Schmieden, einer von drei in den Gießereien.

Auf bisher allen Gewerkschaftsversammlungen zur Vorbereitung ihres Tarifkampfes, der im September eröffnet wird, prangern die Arbeiter die maßlose Überarbeit an. Im GM-Werk in Fremont, Kalifornien, sammelte eine Abteilung binnen kurzem 200 Unterschriften unter die Forderungen u.a. nach Beschränkung der Überstunden und für Neueinstellungen; die anderen Abteilungen schlossen sich an. In Lordstown, Ohio, streikten die Arbeiter bei GM Ende April zwei Tage gegen Überstunden und unerträgliche Arbeitsbedingungen. Die Führung der

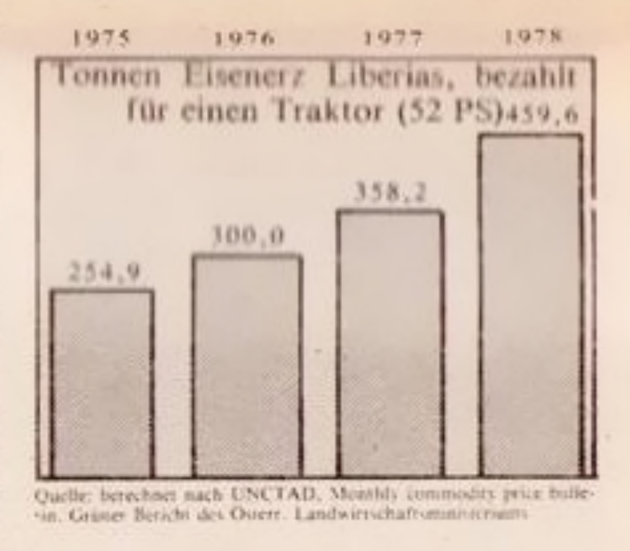
(APEF) auf ihrer Ministerkonferenz in London über gemeinsame Maßnahmen gegen die ständigen Preissenkungen auf dem Weltmarkt für Eisenerz beraten. Mit ihrer Gründung im Jahr 1975 legten die neun Mitgliedsländer der APEF (Algerien, Indien, Liberia, Mauretanien, Peru, Sierra Leone, Venezuela, Australien und Schweden) als ihr Ziel fest, ,,gerechte und ausreichende Einkommen für den Abbau, die Verarbeitung und den Verkauf von Eisenerz zu sichern". Sie verfügen zusammen über einen Anteil am Welthandel von 56%.

Die in der APEF vertretenen Länder der Dritten Welt fordern die Festsetzung von verbindlichen Produktionsquoten, um der Überflutung des Weltmarkts durch die Imperialisten entgegenzuwirken. Während der Verbrauch in den imperialistischen Ländern durch die anhaltende Überproduktionskrise der Stahlindustrie zurückgeht, betreiben die Imperialisten die hektische *Steigerung* der Eisenerzproduktion über den südafrikanischen Besatzerstaat. Allein von 1975 bis 1977 haben sie die Plünderung der Eisenerzlager Azanias auf mehr als 24 Mio. Tonnen pro Jahr verdoppelt. Damit haben sie den offiziellen Weltmarktpreis von 18,74 Dollar im Jahr 1975 auf 17,84 Dollar Anfang 1978 gedrückt. Für einen großen Teil ihrer Eisenerzimporte zahlen die imperialistischen Stahlmo-

kaufen zu können, müssen die Länder der Dritten Welt immer größere Mengen von Rohstoffen zu gesenkten Preisen exportieren. 1975 mußte Liberia 2,8 Tonnen Eisenerz exportieren, um eine Tonne Superphosphatdünger kaufen zu können. 1978 waren es bereits 4,8 Tonnen. Ein Traktor (52 PS) kostete für Liberia 1975 den Gegenwert von 255 Tonnen Eisenerz, 1978 dagegen schon 460 Tonnen (siehe Schaubild).

Schweden und Australien sind auf der Konferenz der APEF gegen die

Festsetzung von Produktionsquoten und Mindestpreisen aufgetreten. Das ist kein Wunder, wo doch die Imperia-



Reichtümer des Landes durch den Internationalen Währungsfonds ein himmlischer Segen sei. Damit die irdische Belohnung für diese Aktion der christlichen Nächstenliebe, die immerhin 250000 Franken kostet, nicht ausbleibt, beteiligen sich die schweizerischen Börsenspekulanten an der ,,Sanierung" der Kupfer- und Kobaltminen Zaires. Sie nutzen die erpresserischen IWF-Bedingungen, nach denen Zaire der freie Verkauf seiner Rohstoffe auf dem Weltmarkt untersagt ist, um sich diese ,,außerhalb der Absprachen mit dem IWF" zu gedrücktem Preis anzueignen. Auf diese Weise hat ,,eine schweizer Finanzgesellschaft" der staatlichen Bergbaugesellschaft ,,Gecamines" eine Ladung von 200 Tonnen Kobalt, die auf dem Weltmarkt 17,6 Mio. Dollar erbracht hätte, für weniger als 10 Mio. Dollar abgenommen. Zum christlichen Auftrag der Heilsarmee gehört es auch, den Boden für den weiteren Waren- und Kapitalexport zu ebnen. Ihren Warenexport in die Länder Afrikas haben die schweizer Imperialisten von 1974 bis 1977 um das 2,4-fache auf 2,2 Mrd. Franken gesteigert (1 SF = 1,10 DM). Ihr Handelsbilanzüberschuß gegenüber den Ländern der Dritten Welt betrug 1977 5,2 Mrd. Franken. ,,Weil solche Überschüsse durch Kapitalexport ausgeglichen werden müssen" (,,Neue Zürcher Zeitung"), steigerten sie diesen von 1974 bis 1977 von 5,5 Mrd. auf 18,3 Mrd. Franken.

Norwegen verweigert Öllieferung nach Israel

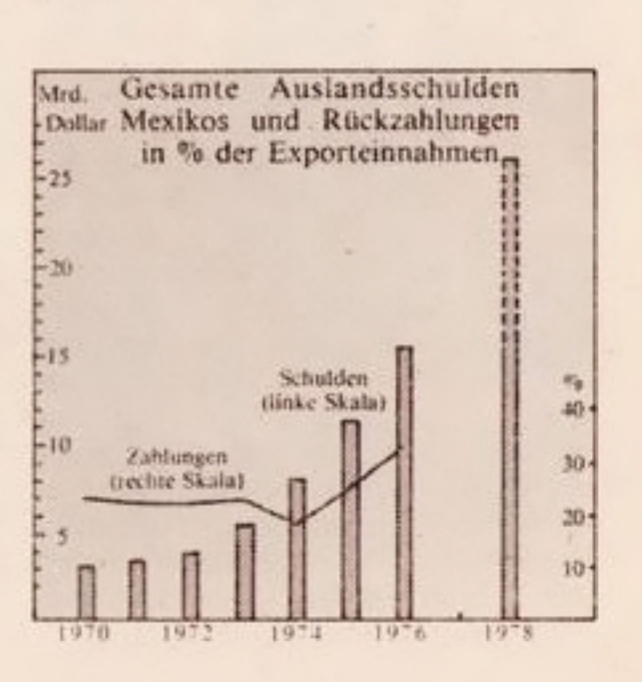
z.coi. ,,Die USA haben Norwegen nicht unter Druck gesetzt, Erdöl an Israel zu liefern, sondern wir hatten allgemeine Gespräche um mögliche norwegische Lieferungen als Kettenglieder im Friedensprozeß im Nahen Osten", leitete US-Vizepräsident Mondale sein Programm bei seiner Ankunft am 16. April in Oslo ein. Dies, nachdem der US-Botschafter in den Wochen davor der norwegischen Regierung vergeblich mit der Forderung die Tür eingerannt hatte, dem Siedlerstaat den ,,Ausfall" des iranischen Öls zu ersetzen. Doch auch Mondale mußte sich mit einem Nein abfinden. Nicht etwa, daß die norwegische Bourgeoisie nicht gerne wollte – ist doch z.B. über die Hälfte der 155 Parlamentsabgeordneten in dem Verein der ,,Freunde Israels". Sie fürchtet jedoch den Boykott der arabischen Staaten – es stehen immerhin Großaufträge im Werte von 1 Mrd. NKr. auf dem Spiel – und den Kampf der norwegischen Volksmassen gegen eine offene Provokation gegenüber der arabischen Nation. Also versuchen jetzt die US-Imperialisten Norwegen auf eine Eselsbrücke zu locken: Bildung eines internationalen Ölpools zwecks Belieferung Israels – mit norwegischem Öl natürlich.

Kuala Lumpur zum Sitz der Kautschukkommission vorgeschlagen

z.mat.Sydney. Nach dem Abschluß des UNCTAD-Kautschukabkommens am 10.4. hat Malaysia seine Hauptstadt Kuala Lumpur als Sitz der Kautschukkommission vorgeschlagen. Malaysia ist der größte Kautschukproduzent der Welt. 1977 lieferte es 45% der Weltproduktion. Der Minister für Primärindustrie Paul Leong kritisierte die niedrigen Richtwerte des Abkommens, sagte aber, daß schon die festgelegten Preise eine Stabilisierung der Kautschukproduktion ermöglichten. Nachdem die imperialistischen Plantagenkonzerne wegen des Verfalls des Kautschukpreises bis 1975 ihre Produktion um 50% reduziert hatten, wird der größte Teil des Kautschuks in Malaysia heute von kleinen Bauern produziert. Sie verlangen einen garantierten Erzeugerpreis. Das Abkommen setzt für die Qualität RRS Nr. 1 150 bis 270 malaysische Cents als Weltmarktpreis fest. Der Interventionspreis für Stabilisierungskäufe und -verkäufe des Kautschukfonds ist auf 178 und 241 Cents festgelegt. Der gegenwärtige Weltmarktpreis beträgt 281 Cent pro kg. Malaysia hat als Sprecher der Kautschukproduzenten durchgesetzt, daß die Richtpreise bei einem Steigen der Produktionskosten erhöht werden.

Mexiko will Auslandsschulden senken

z.acr. Die mexikanische Regierung verhandelt mit imperialistischen Banken über die Umschuldung von ca. 3 Mrd. Dollar ihrer Schulden. Ein Teil davon ist ein 1,2 Mrd. Dollar Kredit, den sie Ende 77 bei der Bank of Amerika, der Deutschen Bank und Lloyds Bank International aufgenommen hat. Die Banken verlangen dafür 1¾% Zinsen über den fluktuierenden Zinsen der London Interbank Rate. Mit einem neuen Kredit über 1,5 Mrd. Dollar zu niedrigeren Zinsen will Mexiko den alten zurückzahlen. Mexiko nutzt die Konkurrenz unter den Imperialisten, die große Mengen überschüssiges Kapital anlegen wollen. 1978 mußte Mexiko, eines der höchstverschuldeten Länder, über 30% seiner Exporteinnahmen aufwenden, um die fälligen Raten und Zinsen seiner insgesamt 26 Mrd. Dollar Auslandsschulden zu zahlen. Ca. 47% der Schulden sind bei US-Banken.



„Die Außenpolitik des Iran basiert auf der Blockfreiheit"

z.jük. Wenige Tage, nachdem die Volksmassen im Iran die Schergen der vom USA-Imperialismus in letzter Minute installierten Regierung Bakthiar auseinandergetrieben und sich die neuen Machtorgane konstituierten, wurde über Radio Teheran folgender Aufruf verbreitet: „Kämpfendes Volk des Iran, seid auf der Hut! Agenten des internationalen Imperialismus ..., die jetzt in Deckung gegangen sind, sind wahrscheinlich eifrig dabei, eine Verschwörung auszuhecken, so daß sie, sobald sie ihre aufgeriebenen Kräfte wieder neu gruppiert haben, zum letzten verzweifelten Kampf gegen die Nation ausholen können. Seid wachsam und haltet eure revolutionäre Disziplin und Moral aufrecht! Seid wachsam, Tag und Nacht, in jedem Augenblick!"

Der Mord an dem Ajatollah Motaheri, führendes Mitglied des Revolutionsrates, letzte Woche sowie kurz zuvor der Mord an dem ersten Stabschef der revolutionären Streitkräfte Gharani ist von den Volksmassen des Iran mit Massendemonstrationen beantwortet worden. In einer Erklärung Khomeiny heißt es, „Ausbeuter, Kolonialisten, Imperialisten und Agenten des alten Regimes" haben die Anschläge verübt. Fortwährend müssen sich die iranischen Volksmassen und die neue Regierung im Iran gegen die von den Imperialisten, insbesondere den beiden Supermächten geschürte Konterrevolution behaupten. Stützen sich die USA-Imperialisten bei ihren Bemühungen gegen die iranische Revolution auf noch vorhandene Kräfte des alten Schahregimes, sowie verschiedene Vertreter der nationalen Bourgeoisie, so versuchen die Sozialimperialisten direkt, die Früchte der Revolution zu ernten, die die Volksmassen im Kampf gegen den USA-Imperialismus errungen haben, wobei sie sich hauptsächlich auf die revisionistische Tudeh-Partei stützen.

Die Taktik des USA-Imperialismus hat Carter auf einer Rede in Atlanta im Februar entwickelt. Angesichts der Volksbewegung im Iran sei es gegenwärtig unklug, militärisch zu intervenieren, man müsse sich alle Karten offenhalten, um den alten Einfluß wiederzuerlangen, so ist der Kern seiner Rede: „Diejenigen, die argumentieren, die Vereinigten Staaten sollten oder könnten direkt intervenieren, um den Gang der Ereignisse aufzuhalten, schätzen die Realitäten falsch ein. Das gleiche gilt für jene, die die Propagandathese verbreiten, der Schutz unserer Bürger käme einer direkten Intervention gleich. Wir haben im Iran nicht interveniert und wir werden dort nicht intervenieren, seine Zukunft jedoch bereitet uns und unseren Freunden und Verbündeten echte Sorge... Seine Unabhängigkeit liegt auch in unserem eigenen Interesse und in dem unserer engsten Verbündeten – und wir werden für sie eintreten." Das heißt sowohl: Unterstützung konterrevolutionärer Aktivitäten, ökonomischer und politischer Druck über noch vorhandenes Kapital und Verträge, wie auch militärische Intervention. Auf eine Meldung, daß im Iran der Ankauf von US-Anteilen an der Iranischen Petrochemischen Industrie erwogen wird, heißt es nur trocken: Kein Kommentar. Noch ist für die USA-Imperialisten nicht entschieden, wie am besten die Revolution im Iran zu stoppen ist gegenüber ihrem Hauptkonkurrenten, den Sozialimperialisten drohen sie mit Krieg, falls dieser interveniert: „Wenn andere einzugreifen beabsichtigen, direkt oder indirekt, seien sie im voraus gewarnt, daß dies ernste Folgen haben und unsere gesamten Beziehungen zu ihnen berühren wird" (Carter).

Die Sozialimperialisten erklärten sich als die besten Freunde der iranischen Revolution, versuchen, ökonomische Verträge, die schon der Schah mit ihnen abgeschlossen hat, zu erweitern, und locken mit der „Internationalen Arbeitsteilung im RGW". Mit der CSSR werden „Möglichkeiten der allseitigen Beziehungen, besonders im Bereich Wirtschaft und Handel" erwogen. Ein Vertreter der revisionistischen Tudeh-Partei schreibt unverfroren: „Wenn der Iran ein demokratisches Land wird mit freundschaftlichen Verbindungen zu den sozialistischen Ländern, dann bin ich überzeugt, diese Länder werden sich nicht in unsere inneren Angelegenheiten einmischen".

Die iranische Regierung hat demgegenüber in den letzten Wochen verschiedene Initiativen eingeleitet, die es den Supermächten und Imperialisten erschweren, ihre konterrevolutionären Machenschaften zu verwirklichen. Khomeiny in einer Rede: „Der US-, der sowjetische, der britische Imperialismus sowie der Zionismus sind noch nicht ausgerottet". Gegenüber den Sozialimperialisten erklärte der neue iranische Botschafter vor seinem Antritt der Presse unmißverständlich: „Wir erwarten von der russischen Regierung, daß sie die zwischen uns bestehenden gutnachbarschaftlichen Beziehungen voll respektiert, die Öffnungen beider Länder auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet erleichtert werden und daß ihr niemals eine noch so geringe Verletzung iranischen Bodens nachgewiesen werden muß". Vorbei ist es auch mit der vom USA-Imperialismus dem Schahregime zugeteilten Gendarmenrolle an der Straße von Hormuz. Verteidigungsminister Madani: „Ich habe mir immer folgende Frage gestellt: Welcher Ladenbesitzer muß die Ware, die er verkauft, bis zur Haustür des Käufers bewachen? Wer hat uns diese Aufgabe im Dienste des Kolonialismus auferlegt, wenn

unseren Freunden und Verbündeten echte Sorge... Seine Unabhängigkeit liegt auch in unserem eigenen Interesse und in dem unserer engsten Verbündeten – und wir werden für sie eintreten." Das heißt sowohl: Unterstützung konterrevolutionärer Aktivitäten, ökonomischer und politischer Druck über noch vorhandenes Kapital und Verträge, wie auch militärische Intervention. Auf eine Meldung, daß im Iran der Ankauf von US-Anteilen an der Iranischen Petrochemischen Industrie erwogen wird, heißt es nur trocken: Kein Kommentar. Noch ist für die USA-Imperialisten nicht entschieden, wie am besten die Revolution im Iran zu stoppen ist gegenüber ihrem Hauptkonkurrenten, den Sozialimperialisten drohen sie mit Krieg, falls dieser interveniert: „Wenn andere einzugreifen beabsichtigen, direkt oder indirekt, seien sie im voraus gewarnt, daß dies ernste Folgen haben und unsere gesamten Beziehungen zu ihnen berühren wird" (Carter).

Die Sozialimperialisten erklärten sich als die besten Freunde der iranischen Revolution, versuchen, ökonomische Verträge, die schon der Schah mit ihnen abgeschlossen hat, zu erweitern, und locken mit der „Internationalen Arbeitsteilung im RGW". Mit der CSSR werden „Möglichkeiten der allseitigen Beziehungen, besonders im Bereich Wirtschaft und Handel" erwogen. Ein Vertreter der revisionistischen Tudeh-Partei schreibt unverfroren: „Wenn der Iran ein demokratisches Land wird mit freundschaftlichen Verbindungen zu den sozialistischen Ländern, dann bin ich überzeugt, diese Länder werden sich nicht in unsere inneren Angelegenheiten einmischen".

Die iranische Regierung hat demgegenüber in den letzten Wochen verschiedene Initiativen eingeleitet, die es den Supermächten und Imperialisten erschweren, ihre konterrevolutionären Machenschaften zu verwirklichen. Khomeiny in einer Rede: „Der US-, der sowjetische, der britische Imperialismus sowie der Zionismus sind noch nicht ausgerottet". Gegenüber den Sozialimperialisten erklärte der neue iranische Botschafter vor seinem Antritt der Presse unmißverständlich: „Wir erwarten von der russischen Regierung, daß sie die zwischen uns bestehenden gutnachbarschaftlichen Beziehungen voll respektiert, die Öffnungen beider Länder auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet erleichtert werden und daß ihr niemals eine noch so geringe Verletzung iranischen Bodens nachgewiesen werden muß". Vorbei ist es auch mit der vom USA-Imperialismus dem Schahregime zugeteilten Gendarmenrolle an der Straße von Hormuz. Verteidigungsminister Madani: „Ich habe mir immer folgende Frage gestellt: Welcher Ladenbesitzer muß die Ware, die er verkauft, bis zur Haustür des Käufers bewachen? Wer hat uns diese Aufgabe im Dienste des Kolonialismus auferlegt, wenn
nicht der Despotismus? Wer auch immer Öl kauft, ist selbst für dessen Transport verantwortlich. Natürlich werden wir ganz besonders vorsichtig und wachsam sein, was die Sicherung der Grenzen unseres Landes am Golf anbelangt. Daß wir aber Wächter am Persischen Golf spielen und Kapital der Iranischen Nation zum Nutzen anderer verschwenden, das wird nie geschehen. Wir werden freundschaftliche Beziehungen zu unseren Nachbarn pflegen." Vor dem Antritt in Moskau hat der neue iranische Botschafter nochmals bekräftigt: „Die Politik der Regierung der Iranischen Islamischen Republik basiert auf gegenseitiger Freundschaft mit allen Ländern der Welt und auf Blockfreiheit".

Entscheidende Aufgaben der iranischen Revolution sind noch ungelöst

z.lup. Am 11. Februar hatten die Volksmassen des Iran durch den Aufstand in Teheran dem Schah-Regime den Todesstoß versetzt. Ausgelöst wurde diese Erhebung durch den Versuch der kaiserlichen Garden, einen Luftwaffenstützpunkt in Teheran einzunehmen, dessen Kadetten eine Militärparade vor dem Haus Khomeinys durchgeführt hatten und der von ihm eingesetzten Provisorischen Revolutionsregierung die Unterstützung ausgesprochen hatten. Die Volksmassen Teherans haben diesen Angriff zurückgeschlagen und die kaiserlichen Garden aufgerieben. Unterstützt wurden sie dabei von Teilen der Luftwaffe, und sie waren selber auch zum Teil bereits bewaffnet. Durch die Erstürmung der Polizeikasernen Teherans hatten sie sich gleichzeitig weitere größere Mengen Waffen verschafft. Die Armee stand kurz vor der offenen Spaltung, teilweise hatten sich deren Soldaten auch bereits den Aufständischen angeschlossen. Die Armeeführung erklärte daraufhin ihre Neutralität. Die noch vom Schah-Regime eingesetzte Regierung Bakthiar sah sich zum Rücktritt gezwungen, Bakthiar selbst machte sich aus dem Staub. Eine der ersten Maßnahmen der Provisorischen Revolutionsregierung bestand darin, die kaiserliche Garde aufzulösen. Im ganzen Land wurden die Spitzen der Armee, der Polizei und des SAVAK aufgestöbert und verhaftet. Eine Anzahl von ihnen ist vor Gericht gestellt, verurteilt und großenteils hingerichtet worden. Das gesamte Vermögen der Pahlevi-Familie, die bedeutende Teile der Wirtschaft in ihrer Hand konzentrierte, wurde beschlagnahmt. Das Referendum am 30. März hat die Beseitigung des Schah-Regimes offiziell besiegelt, Khomeiny hat die Islamische Republik Iran proklamiert. Eine entscheidende Bastion der Herrschaft des Imperialismus über den Iran ist damit beseitigt worden. Zerschlagen ist die Kontrolle durch den Imperialismus noch nicht.

Zweifellos war die Generalität von Armee, Polizei und SAVAK die Hauptstütze des Schah-Regimes und des US-Imperialismus, und die Prozesse und Hinrichtungen, die kurzfristig unterbrochen, aber auf Druck der Volksmassen wieder fortgesetzt worden waren, haben diesen Kräften der Konterrevolution wirksame Schläge versetzt. Es gibt sie aber noch. In Athen wurde ein Brief von Offizieren der iranischen Armee veröffentlicht, die den Tod Khomeinys und die Rückkehr des Schahs fordern. Zwei Mordanschläge sind bereits durchgeführt worden. Bazargan hat den einfachen Offizieren der ehemaligen kaiserlichen Armee sowie den Angehörigen der ehemaligen öffentlichen Dienste Amnestie versprochen, sofern sie sich loyal verhalten. Der stellvertretende Ministerpräsident Yazdi hat erklärt, es sei „falsch, die Armee in der jetzigen Form aufzulösen." Ohne aber die Demokratie innerhalb der Armee zu verwirklichen und ohne, daß die Mannschaften das Recht auf Wahl und Absetzung der Offiziere haben, ist eine wirkliche Säuberung der Armee nicht zu bewerkstelligen und ist weder zu sichern, daß die Armee die Verteidigung der nationalen Souveränität des Irans wirklich gewährleisten kann, noch, daß sie ein taugliches Instrument in der Fortführung der Revolution sein kann.

Nach dem Referendum wurde die Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung angekündigt. Diese wurde aber bereits mehrmals verschoben. Zudem soll die Erarbeitung einer neuen Verfassung nicht die Aufgabe der zu

Besitzverhältnisse auf dem Land nach der „weißen Revolution"

Größenklassen in acre (ca. 0,4 ha)	Bevölkerung	Betriebe (Einheiten)	Anteil in %	Gesamtfläche in acre	Anteil an der Gesamtfl. in %	durchschnittl. Größe
0 - 1 acre	3027785	734274	29,6	259904	1,6	0,35
1 - 2 acre	1543214	322193	13,0	443704	2,7	1,37
2 - 5 acre	2694577	541592	21,8	1732892	10,5	3,20
5 - 10 acre	2262704	427934	17,3	2953476	18,0	6,90
10 - 50 acre	2545598	428074	17,3	7500764	45,7	17,50
50 - 100 acre	125709	16269	0,6	1073722	6,5	66,00
100 acre u. mehr ...	62385	9553	0,4	2452929	15,0	256,77
	12261972	2479889	100,0	16417391	100,0	6,60



Größenklassen in acre (ca. 0,4 ha)	Bevölkerung	Betriebe (Einheiten)	Anteil in %	Gesamtfläche in acre	Anteil an der Gesamtfl. in %	durchschnittl. Größe
0 - 1 acre	3027785	734274	29,6	259904	1,6	0,35
1 - 2 acre	1543214	322193	13,0	443704	2,7	1,37
2 - 5 acre	2694577	541592	21,8	1732892	10,5	3,20
5 - 10 acre	2262704	427934	17,3	2953476	18,0	6,90
10 - 50 acre	2545598	428074	17,3	7500764	45,7	17,50
50 - 100 acre	125709	16269	0,6	1073722	6,5	66,00
100 acre u. mehr ...	62385	9553	0,4	2452929	15,0	256,77
	12261972	2479889	100,0	16417391	100,0	6,60



Aufständische Volksmassen stürmen eine Teheraner Polizeikaserne am 11. Februar 1979

Khomeiny: Über die Prinzipien der Islamischen Republik

Zur Landfrage

Zwischen dem Militär und den Bauern wird propagiert, daß, wenn die islamische Regierung an die Macht kommt, die Bauern unglücklich werden. Die Bauern wissen selbst, daß die Bodenreform, die der Schah durchgeführt hat, sie in Armut und Unglück gestürzt hat. Sie haben zur Zeit ein sehr schlimmes Leben. Die Delegation und die Banken, die für die Bauern als Hilfeleistung gegründet wurden, haben den Bauern nicht geholfen.

Wenn die islamische Regierung an die Macht kommt, wird sie so etwas nicht wiederholen. Ihr sollt nicht denken, daß die Grundstücke, die von den Großgrundbesitzern weggenommen wurden, ihnen bei der islamischen Regierung zurückgegeben werden. Sie werden alle einzeln zur Abrechnung vor Gericht geführt. Sie müssen der islamischen Regierung Steuern bezahlen, sogar für die letzten siebzig bis hundert Jahre, in denen ihre Väter und Großväter nicht zu bezahlen brauchten.

Außer ihren Grundstücken werden ihnen sogar Schmuck und gespartes Geld weggenommen, weil sie es dem Staat schuldig sind. Wenn der Boden verstaatlicht wird, das heißt in den Besitz der islamischen Regierung fällt, dann braucht man natürlich dafür Bauern. Die islamische Wirtschaft will nicht, daß die Agrarwirtschaft wie jetzt in Erscheinung tritt. Sie will nicht, daß wir unsere Hände zu den Israelis und Amerikanern um Hilfe ausstrecken müssen, also um Eier, Hähnchen, Weizen, Gerste betteln müssen und von dort importieren.

Wir wollen ein Land haben, in dem alles uns gehört. Unser Land besitzt alles selbst, doch jetzt ist hier nichts von alldem zu finden. Ein Teil unseres Landes reicht auch, um landwirtschaftliche Produkte zu erzeugen und um unsere Bedürfnisse zu decken.

Dieser Mensch (Schah) hat unsere Agrarwirtschaft, die Viehzucht und Produktion vernichtet, um unsere Weideplätze den Fremden zu überlassen. Was uns gehörte, hat er vernichtet. Wir wollen, daß der Iran uns gehört. Sie denken, wenn sie solche Propaganda verbreiten, können sie damit die Wahrheit verschleiern. Der Islam ist nicht gekommen, um die Schwachen zu unterdrücken. Der Islam ist gekommen, um die Schwachen zu schützen und ihnen zu helfen.

Zu den Offizieren der kaiserlichen Armee

Ich möchte der iranischen Armee folgendes sagen und hoffe, daß es die Armee erreicht: Ich weiß, daß die jungen Offiziere leer ausgegangen sind. Die alten Offiziere, die schon früher da waren, speziell die, die noch aus der Zeit von Resa Schah stammen, hat der Schah satt gefüttert. Sie stehen auf der Seite des Schah, und diese Massenmorde während des Ausnahmezustands und der Militärregierung geschahen in ihrer Verantwortung. Wir erwarten nichts mehr von diesen Alten. Wir haben angeordnet, daß man ihre Namen festhält. Unter einer islamischen Regierung werden sie, so Gott will, ihre Strafe dafür bekommen. Aber wir zählen auf die jungen Offiziere, die nicht die Ränge der alten besitzen, das heißt, denen man nicht diese Ränge gegeben hat, die man vielmehr in den unteren Rängen gehalten hat, damit sie den Großen unterstellt bleiben. Jene Großen sind die offziellen Lakaien Amerikas und anderer, denen sie in erster Linie dienen, während sie dem Schah sozusagen Zweitdienste leisten. Man hat sie mit dem Geld unseres Öls gesättigt.

Aber die Generation der Jungen, die in der Armee die wichtige Gruppe darstellt, an sie wende ich mich: Ihr seid jung, euer Leben liegt noch vor euch, eure Aufgaben liegen vor euch, die Pflicht, dem Volk zu dienen, liegt vor euch. Kehrt zu diesem Volk zurück und dient diesem Volk. Verlaßt diesen Apparat, von dem ihr jetzt wißt, daß er gegen das Gesetz und den Islam ist. Die islamische Regierung nimmt euch mit offenen Armen auf, und es wird euch besser gehen als zur Zeit des Schah. Unter einer islamischen Regierung wird niemandem Geld gegeben, damit er den Herrschenden stärkt. Dort herrscht Gerechtigkeit. Dort gibt es eine nationale Regierung, eine Regierung, die auf dem göttlichen Gesetz und dem Willen des Volkes fußt.

(Aus einer Rede in Neufle le Chateau, 11. November 1978)

Zu den Lebensmittelpreisen

Im Namen des Allmächtigen, des Gnädigen und Barmherzigen: Mit tiefem Bedauern sehe ich mich täglich mit seelentötenden Schwierigkeiten konfrontiert, die mich zuweilen zwingen, die Aufmerksamkeit des edlen Volkes auf gewisse Warnungen zu lenken. Dazu gehört auch das Problem überhöhter Rechnungen und Preise. Darüber wurde wiederholt geklagt, und es wurde dabei sogar gesagt, daß entgegen den religiösen Grundsätzen Waren, die laut Anordnung der Regierung zu Festpreisen abgegeben werden sollen, zu sehr hohen Preisen an die Bedürftigen verkauft werden, was Unzufriedenheit auslöst und den Brüdern und Schwestern Schwierigkeiten verursacht.

Ich bitte die Einzelhändler, insbesondere was die lebenswichtigen Güter anbetrifft, mit dieser Preistreiberei und der Ungerechtigkeit Schluß zu machen und zu islamischer Moral und islamischem Verhalten zurückzukehren. Ich rate ihnen, dieses Volk, das für die Sache des Islam sein Blut gegeben und seine teure Jugend geopfert hat, gerecht und fair zu behandeln. Ich fürchte sonst, daß – was Gott verhüten mö-

wählenden verfassungsgebenden Versammlung sein, sondern deren Wahl vorausgehen. Dadurch wird die Demokratie der Volksmassen von vorneherein eingeschränkt. Auch das schafft Ansatzpunkte für die imperialistische Konterrevolution. Eine entscheidende ökonomische Maßnahme der Provisorischen Revolutionsregierung bestand darin, festzulegen, daß die Öllieferungen künftig nur noch an einzelne Ölgesellschaften erfolgt. Dadurch ist das Ölkonsortium zerschlagen, das die imperialistische Plünderung der Ölreichtümer unter der Herrschaft des Schah betrieben hatte. Verbunden war das mit der Ankündigung, die Ölausfuhr zu reduzieren, vor allem aber die Belieferung Südafrikas und Israels einzustellen. Die Ölausfuhren wurden inzwischen wieder aufgenommen.

Bei den internationalen Banken ist der Iran gegenwärtig mit 5 Mrd. Dollar verschuldet. Davon mit etwas mehr als 2 Mrd. bei den US-Imperialisten. Einen großen Anteil an dieser Verschuldung hatten die gewaltigen Waffenkäufe des Schah-Regimes, die dazu bestimmt waren, die Rolle des Iran als Wächter der US-imperialistischen Interessen am Golf zu sichern. Obwohl die Provisorische Revolutionsregierung das Schah-Regime für illegal erklärt hat, hat sie dennoch erklärt, sie würde die vom Schah-Regime aufgenommenen Schulden zurückzahlen. Sie hat gleichzeitig ihren Anspruch geltend gemacht auf die Konten, die die Pahlevi-Familie wie auch die Generalität von SAVAK und Armee im Ausland, vor allem in der Schweiz halten. Allein die Pahlevi-Familie hat im September/Oktober 1978 817 Mio. DM ins Ausland geschafft, die Generalität der Armee 495 Mio. DM, ehemalige Minister 290 Mio. DM, die Spitzen des Beamtenapparates 424 Mio. DM, Bankiers ungefähr 200 Mio. DM und verschiedene iranische Kapitalisten 452 Mio. DM. Die schweizerische Regierung hat bereits zu verstehen gegeben, daß die Schweizer Banken die vom Schah und seinem Anhang zusammengeraubten Gelder nicht herausrücken werden.

Entscheidendes ökonomisches Instrument zur Kontrolle der iranischen Industrie durch das imperialistische Kapital ist das ausländische Bankkapital. Betrug die Zahl der ausländischen Banken in Teheran 1973 noch zehn, so waren es 1976 bereits 63. Allein die Bank Toseah Sanati wa Madani-e Iran, die zu 20% im Besitz von amerikanischen, englischen, französischen, westdeutschen, italienischen, belgischen und niederländischen Banken ist und über die die Weltbank ihre Geschäfte mit dem Iran abwickelt, investierte 1973/74 über 1 Mrd. DM in Industrie und Landwirtschaft.

,,Die Frage der Nationalisierung der Banken – ob jetzt oder zu einem späteren Zeitpunkt – wird zur Zeit nicht in Erwägung gezogen'', hat Mohamed Ali Mowlavi, der Generaldirektor der iranischen Nationalbank, erklärt.

Allein die Pahlevi-Familie hat im September/Oktober 1978 817 Mio. DM ins Ausland geschafft, die Generalität der Armee 495 Mio. DM, ehemalige Minister 290 Mio. DM, die Spitzen des Beamtenapparates 424 Mio. DM, Bankiers ungefähr 200 Mio. DM und verschiedene iranische Kapitalisten 452 Mio. DM. Die schweizerische Regierung hat bereits zu verstehen gegeben, daß die Schweizer Banken die vom Schah und seinem Anhang zusammengeraubten Gelder nicht herausrücken werden.

Entscheidendes ökonomisches Instrument zur Kontrolle der iranischen Industrie durch das imperialistische Kapital ist das ausländische Bankkapital. Betrug die Zahl der ausländischen Banken in Teheran 1973 noch zehn, so waren es 1976 bereits 63. Allein die Bank Toseah Sanati wa Madani-e Iran, die zu 20% im Besitz von amerikanischen, englischen, französischen, westdeutschen, italienischen, belgischen und niederländischen Banken ist und über die die Weltbank ihre Geschäfte mit dem Iran abwickelt, investierte 1973/74 über 1 Mrd. DM in Industrie und Landwirtschaft.

,,Die Frage der Nationalisierung der Banken – ob jetzt oder zu einem späteren Zeitpunkt – wird zur Zeit nicht in Erwägung gezogen'', hat Mohamed Ali Mowlavi, der Generaldirektor der iranischen Nationalbank, erklärt.

Eine entscheidende Maßnahme für den Kampf gegen die ökonomische Abhängigkeit vom Imperialismus wird in der Lösung der Landfrage bestehen. Die unter dem Schah-Regime durchgeführte und vom US-Imperialismus betriebene ,,Weiße Revolution'' hatte im wesentlichen dazu gedient, die Bauern in massenhaftem Umfang von ihrem Land zu vertreiben und in eine gewaltige industrielle Reservearmee zu verwandeln, die – am Rand der großen Städte angesiedelt – die Löhne der Arbeitermassen unter gehörigen Druck bringt. Gleichzeitig hat sie dazu geführt, das Land in immer tiefere Abhängigkeit von den Nahrungsmittelimporten zu bringen. In den 60er Jahren waren jährlich etwa eine halbe Million Bauern gezwungen, die Dörfer zu verlassen und in die Städte zu ziehen. Die Nahrungsmittelimporte des Iran, die 1970/71 noch einen Umfang von 68 Mio. Dollar hatten, stiegen bis 1975/76 auf 1,5 Mrd. Dollar. Das ist eine Steigerung auf das 22-fache. Bei Getreide und Getreideprodukten ist die Erhöhung noch gewaltiger. 1970 betrug der Wert der Getreideeinfuhren 6 Mio. Dollar, 5 Jahre später waren es bereits 560 Mio. Dollar. Mengenmäßig steigerte sich der Weizenimport in diesem Zeitraum von 23000 Tonnen auf 1,4 Mio. Tonnen, der Reisimport auf 283000 Tonnen, bei progressiver Verarmung der arbeitenden Massen in Stadt und Land. Die Konzentration des Besitzes an Grund und Boden wurde durch die ,,Weiße Revolution'' beträchtlich vorangetrieben. Verfügten vorher 0,7% der Landbesitzer über 13,7% des gesamten Bodens, so waren es nach der Reform 1,0% der Landbesitzer, die über insgesamt 21,5% des Grund und Bodens verfügten.

Die Besitzverhältnisse nach Größenklassen nach der Reform sind in der Tabelle auf Seite 14 dargestellt. Danach besitzen ca. 82% der Bauern Landstücke von weniger als 10 acre, was unter dem liegt, was für die Ernährung einer Familie erforderlich ist. Für die kleinen Bauern, die noch eigenes Land besitzen, ist die Ernte zumeist schon von den Bankern gepfändet, bevor sie überhaupt geerntet ist. Ohne durch die Enteignung der Großgrundbesitzer und die Verteilung des Landes unter die Bauern die Landfrage zu lösen, können weder die grundlegenden Interessen der Bauern befriedigt werden, die die Hauptkraft der Revolution des Iran bilden, noch kann die Nahrungsmittelversorgung grundlegend gelöst und damit ein wichtiger Bestandteil der Abhängigkeit vom Imperialismus beseitigt werden. Und die Durchführung der Agrarrevolution ist umso wichtiger in den Teilen des Iran, in denen die unterdrückten Nationalitäten leben, wie z.B. in den Gebieten der Turkmenen, wo die Großgrundbesitzer zumeist noch ehemalige persische Militärkommandeure sind, die das Schah-Regime einstmals dort angesiedelt hat auf Grund und Boden, der den turkmenischen Bauern gestohlen worden war.

Nachdem es in diesem Gebiet, das direkt an der sowjetischen Grenze liegt, mehrfach zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Turkmenen und Regierungstruppen gekommen war, hatte Innenminister Javadi zugesichert, daß das Land, welches sich das Pahlevi-Regime dort zusam-

Landstücke von weniger als 10 acre, was unter dem liegt, was für die Ernährung einer Familie erforderlich ist. Für die kleinen Bauern, die noch eigenes Land besitzen, ist die Ernte zumeist schon von den Bankern gepfändet, bevor sie überhaupt geerntet ist. Ohne durch die Enteignung der Großgrundbesitzer und die Verteilung des Landes unter die Bauern die Landfrage zu lösen, können weder die grundlegenden Interessen der Bauern befriedigt werden, die die Hauptkraft der Revolution des Iran bilden, noch kann die Nahrungsmittelversorgung grundlegend gelöst und damit ein wichtiger Bestandteil der Abhängigkeit vom Imperialismus beseitigt werden. Und die Durchführung der Agrarrevolution ist umso wichtiger in den Teilen des Iran, in denen die unterdrückten Nationalitäten leben, wie z.B. in den Gebieten der Turkmenen, wo die Großgrundbesitzer zumeist noch ehemalige persische Militärkommandeure sind, die das Schah-Regime einstmals dort angesiedelt hat auf Grund und Boden, der den turkmenischen Bauern gestohlen worden war.

Nachdem es in diesem Gebiet, das direkt an der sowjetischen Grenze liegt, mehrfach zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Turkmenen und Regierungstruppen gekommen war, hatte Innenminister Javadi zugesichert, daß das Land, welches sich das Pahlevi-Regime dort zusam-

mengeraubt hatte, an die Bauern verteilt wird. Khomeiny hatte eine Lösung der Landfrage schon früher versprochen. Solange die Landfrage nicht gelöst ist, ist der Spielraum für Einmischung und Intervention durch die Imperialisten, vor allem die Supermächte, noch ziemlich groß.

Die Marxisten-Leninisten des Iran und die revisionistische Tudeh-Partei

z.brp. Ende Januar schlossen sich auf Initiative der Revolutionären Organisation des Iran mehrere lokale und regionale marxistisch-leninistische Zirkel zusammen und gründeten das Organisationskomitee zum Aufbau der Kommunistischen Partei des Iran, das Massenorganisationen u.a. für Frauen und Jugendliche bildete und ein politisches Organ herausgibt.

Die Revolutionäre Organisation des Iran, die sich 1972 von der revisionistischen Tudeh-Partei abspaltete, arbeitet vorwiegend im Norden des Iran und verfügt über Einfluß vor allem unter dem ländlichen Proletariat und der Bauernschaft. In den letzten Wochen führte die Organisation mehrere Veranstaltungen mit einigen tausend Teilnehmern auch in den Industriestädten durch. In Teheran beschlossen die Teilnehmer am 13.4. eine Resolution, in der es u.a. heißt: ,,Wir, die Teilnehmer der patriotischen und antiimperialistischen Versammlung, verurteilen schärfstens jede Verschwörung und alle Verbrechen der Imperialisten, besonders der USA und der UdSSR und ihrer Handlanger. Wir verurteilen alle Ansichten, die eine Unterschätzung der Gefährlichkeit der beiden Supermächte für unser Land verbreiten. Wir verurteilen aufs schärfste die Apologeten der beiden Supermächte, die versuchen, sich als Freunde unseres Volkes auszugeben. Wir fordern beharrlich die Wiederbelebung der Wirtschaft, Arbeit für die Millionen Arbeitermassen, Wiederaufnahme der Produktion, größere Demokratie für die iranischen Volksmassen und Autonomie für die unterdrückten Nationalitäten. Wir meinen, daß ohne Lösung dieser Probleme der Kampf unseres Volkes gegen die beiden Supermächte und ihre Komplotte nicht erfolgreich sein kann.'' Diese Resolution richtet sich auch gegen die revisionistische Tudeh-Partei, dem Hauptinstrument der Sozialimperialisten, um den Iran in seine Abhängigkeit zu bringen. Die Tudeh-Partei, nach Zerschlagung der revolutionären Kommunistischen Partei Ende der 30er Jahre 1941 gegründet, hat ihre Basis unter den Arbeitern, der Kleinbourgeoisie und den Intellektuellen. Sie trat mit einem Programm an, das neben der Verstaatlichung der Ländereien des Schah und einer Wirtschaftsreform Forderungen zum kostenlosen allgemeinen Schulbesuch, nach Steuergerechtigkeit sowie politischen und Arbeiterrechten enthielt. In der Absicht, legal zu arbeiten und parlamentarisch Veränderungen herbeizuführen, waren bereits wesentliche Forderungen wie Enteignung alles ausländischen Kapitals, Verteilung des Landes an die selbstarbeitenden Bauern, die die Kommunistische Partei des Iran aufgestellt hatte, aufgegeben. Diese programmatische Schwäche sowie die Verfolgung, Verhaftung, Ermordung zahlreicher Revolutionäre durch das Schah-Regime nutzte die neue Bourgeoisie in der SU, um die einst fortschrittliche Tudeh-Partei in eine Agentur des Sozialimperialismus zu verwandeln. Folgerichtig fordert die Tudeh-Partei eine Koalitionsregierung unter ihrer Beteiligung, was für die SU-Imperialisten ein wichtiger Schritt wäre, nach dem Sturz des Schah-Regimes und der Vertreibung der US-Imperialisten, das Land unter ihre Kontrolle zu bringen.



Rund 100000 beteiligten sich an der 1. Mai-Demonstration in Teheran

Volksfedayin: Kleinbürgerlich-revolutionäre Massenbewegung

z.gab. Mit der Niederlage des revolutionären Befreiungskampfes der iranischen Volksmassen 1953 gelang es den US-Imperialisten, das Schah-Regime an die Macht zu hieven und mittels faschistischer Diktatur über die iranischen Völker deren revolutionäre Befreiungsorganisationen weitgehend zu zerschlagen. In Auseinandersetzung mit der ,,Politik der passiven Aktionen'' der Tudeh-Partei bildeten sich in der Folgezeit Organisationen, die dieser Politik ihre ,,Losungen der bewaffneten Propaganda'' gegenüberstellten. Im Februar 1971 begann die Guerillaorganisation ,,Volksfedajin'' in Siahkal in Nordpersien ihre bewaffneten Operationen gegen das Schahregime. Ihre Aktionen richteten sie gegen die verhaßten und berüchtigten Militärrichter, Staatsanwälte ebenso wie gegen die Militär- und Finanzzentren. Ihre Basis hatten die Volksfedajin in den Städten, an den Hochschulen und Universitäten, unter den Intellektuellen und den an den Stadträndern lebenden, von ihrem Boden beraubten Bau-

und in der zweiten Phase den so verstärkten ,,bewaffneten Kampf in eine Massenbewegung verwandeln''. Die würde, so schrieben sie damals, ,,die Macht ihrer Feinde und die eigene Unfähigkeit, sich von seiner Herrschaft zu befreien, als absolute Gegebenheit ansehen''. Unter diesen Umständen könne ,,eine Verbindung von proletarischen Intellektuellen zu den Volksmassen nur auf dem Wege der revolutionären Gewalt hergestellt werden.''

Während der Massenkämpfe und Aufstände im vergangenen und in diesem Jahr haben die Volksfedajin mit an vorderster Front gekämpft. Am 23. Februar verabschiedeten 100000 Teilnehmer einer Kundgebung an der Teheraner Universtät eine Resolution, in der es u.a. heißt: ,,Das Ziel der Befreiungsrevolution im Iran ist die völlige Beseitigung der politischen, ökonomischen, militärischen und kulturellen Vorherrschaft des Imperialismus und des von ihm abhängigen iranischen Regimes. Ohne die totale Ausmerzung

Zurückgabe aller vom Schahregime geraubten Ländereien an die Bauern, die ,,Überlassung der landwirtschaftlichen Aktiengesellschaften, Ackerbauindustrien'' an die Bauern und die Verwaltung durch die Bauernräte.



die Wiederbelebung der Wirtschaft, Arbeit für die Millionen Arbeitermassen, Wiederaufnahme der Produktion, größere Demokratie für die iranischen

Rund 100000 beteiligten sich an der 1. Mai-Demonstration in Teheran

Volksfedayin: Kleinbürgerlich-revolutionäre Massenbewegung

z.gab. Mit der Niederlage des revolutionären Befreiungskampfes der iranischen Volksmassen 1953 gelang es den US-Imperialisten, das Schah-Regime an die Macht zu hieven und mittels faschistischer Diktatur über die iranischen Völker deren revolutionäre Befreiungsorganisationen weitgehend zu zerschlagen. In Auseinandersetzung mit der ,,Politik der passiven Aktionen'' der Tudeh-Partei bildeten sich in der Folgezeit Organisationen, die dieser Politik ihre ,,Losungen der bewaffneten Propaganda'' gegenüberstellten. Im Februar 1971 begann die Guerillaorganisation ,,Volksfedajin'' in Siahkal in Nordpersien ihre bewaffneten Operationen gegen das Schahregime. Ihre Aktionen richteten sie gegen die verhaßten und berüchtigten Militärrichter, Staatsanwälte ebenso wie gegen die Militär- und Finanzzentren. Ihre Basis hatten die Volksfedajin in den Städten, an den Hochschulen und Universitäten, unter den Intellektuellen und den an den Stadträndern lebenden, von ihrem Boden beraubten Bauern und Landarbeiter, weniger unter der Arbeiterklasse in den Industriezentren und unter den Bauern auf dem Lande.

Die Volksfedajin propagierten den Stadtguerillakampf: ,,In der ersten Phase bewaffnete Propaganda unter den Revolutionären bekanntmachen'' und in der zweiten Phase den so verstärkten ,,bewaffneten Kampf in eine Massenbewegung verwandeln''. Die würde, so schrieben sie damals, ,,die Macht ihrer Feinde und die eigene Unfähigkeit, sich von seiner Herrschaft zu befreien, als absolute Gegebenheit ansehen''. Unter diesen Umständen könne ,,eine Verbindung von proletarischen Intellektuellen zu den Volksmassen nur auf dem Wege der revolutionären Gewalt hergestellt werden.''

Während der Massenkämpfe und Aufstände im vergangenen und in diesem Jahr haben die Volksfedajin mit an vorderster Front gekämpft. Am 23. Februar verabschiedeten 100000 Teilnehmer einer Kundgebung an der Teheraner Universtät eine Resolution, in der es u.a. heißt: ,,Das Ziel der Befreiungsrevolution im Iran ist die völlige Beseitigung der politischen, ökonomischen, militärischen und kulturellen Vorherrschaft des Imperialismus und des von ihm abhängigen iranischen Regimes. Ohne die totale Ausmerzung der imperialistischen Herrschaft wird der Sieg des Volkes halbherzig und provisorisch sein.'' Sie forderten in der Resolution, die Bildung von Räten in Fabriken, Produktionsbetrieben, Ämtern und Kasernen, ohne die die ,,Verwaltung der Gesellschaft durch das ganze Volk nicht verwirklicht werden'' kann und forderten die bedingungslose Zurückgabe aller vom Schahregime geraubten Ländereien an die Bauern, die ,,Überlassung der landwirtschaftlichen Aktiengesellschaften, Ackerbauindustrien'' an die Bauern und die Verwaltung durch die Bauernräte.



ge – der Zorn des Allmächtigen über uns kommt und daß Gut und Böse gleichermaßen vernichtet werden. Ich erteile zum letzten Mal die Warnung, daß sie, wenn sie nicht von diesen überhöhten Preisforderungen und Zuwiderhandlungen gegen den Islam abgehen, nach der Gerechtigkeit des Allmächtigen, nach der Vorschrift der Religion und nach den islamischen Strafbestimmungen und Strafen behandelt werden. Brüder, bevor die Geißel der Gerechtigkeit des Allmächtigen über Euch kommt, müßt ihr zur Vernunft kommen und die Unrechtshandlungen einstellen. Möge der Allmächtige sie bessern, Friede sei mit Euch.

(Radio Teheran, 8.4.1979)

Zum Kampf gegen fremde Vorherrschaft

Das mutige Volk des Iran muß sich darüber im klaren sein, daß,obwohl der Despotismus im Lande zerschlagen worden ist und das Volk Freiheit genießt, die Wurzeln des amerikanischen, sowjetischen, britischen und zionistischen Kolonialismus und anderer Ausbeuterstaaten in diesem Land und Staat noch nicht vollständig ausgemerzt worden sind. Wir müssen uns ohne Zögern alle fest zusammenschließen, um den ausländischen Einfluß zu beenden. Es ist festzustellen, daß der Schah dieses Land in einem solchen Grade Ausländern ausgeliefert hat, daß wir viele Jahre brauchen werden, bis wir die Auswirkungen davon überwunden haben werden. Wenn wir eine echte Unabhängigkeit erringen wollen, müssen wir bestrebt sein, den amerikanischen Einfluß in allen seinen Formen, sei es wirtschaftlicher, militärischer, politischer oder kultureller Einfluß, zu beseitigen. Ich habe die Hoffnung, daß die iranische Nation dies so bald wie möglich erreichen wird.

... Ich habe der Regierung nachdrückliche Empfehlungen gegeben, die zur Ausführung kommen werden. Sie betreffen die vorläufige kostenlose Versorgung mit Wasser, Strom und anderen Dingen für die einkommensschwachen Bevölkerungsschichten, die als Folge der verheerenden Diskriminierungspraktiken des Schahanschah-Regimes unter großen Entbehrungen zu leiden haben. Diese Entbehrungen werden mit Gottes Willen ein Ende haben, sobald die islamische Herrschaftsordnung voll in Kraft ist.

(Radio Teheran, 18.2.1979)

Programm und soziale Basis der ,,Nationalen Front''

z.bef. Die ,,Nationale Front'' ist ein Bündnis von verschiedenen Gruppierungen und religiösen Fraktionen, das die (mit Hilfe des US-Imperialismus 1953 gestürzte) Regierung Mohammed Mossadegh gestellt hat. Sie wird heute geführt von Dr. Karim Sandjabi und vertritt die Interessen der Nationalen Bourgeoisie und des Kleinbürgertums im Iran. Nach der Aufnahme der halblegalen Arbeit im August 1978 legte sie ein 12-Punkte-Programm vor, deren wichtigste Forderungen lauten:

,,1. Auflösung des SAVAK ...

4. Freilassung aller politischen Gefangenen – gleich welcher Ideologie sie angehören und unabhängig von der Art und dem Zeitpunkt der Verurteilung ...

7. Vollständige Gewährleistung der freien Meinung und Meinungsäußerung, der freien Schrift und der Versammlungsfreiheit ...

10. Eine freie Betätigung der gewerkschaftlichen Zünfte und der Arbeitergewerkschaften muß gewährt werden. Aufgezwungene Institutionen wie die ,Innungskammer' oder diverse ,Arbeiterorganisationen' müssen verschwinden ...

12. Offizielle und gesetzliche Rehabilitierung aller von Militärgerichten Verurteilten ...''

Das Programm beschränkt sich auf die Erhebung bestimmter demokratischer Forderungen. Soziale Forderungen der Arbeiter und Bauern fehlen in dem Programm. Hauptkettenglied des Zusammenschlusses der ,,Nationalen Front'' ist die Forderung nach Abschaffung der Monarchie. ,,Die National-islamische Bewegung Irans ist bei Beibehaltung der illegalen monarchistischen Ordnung mit keiner Regierung, egal in welcher Zusammensetzung, einverstanden.'' (Karim Sanjabi, Nov. 1978). Die Forderung nach Nationalisierung der Banken im Iran wird nicht erhoben. Die Beteiligungen der imperialistischen Banken im Iran sind aber ein entscheidendes ökonomisches Mittel der Imperialisten, die iranische Wirtschaft unter Kontrolle zu halten.



Demonstration gegen die Anglo-Iranian Oil Company, 1951

Bereicherung der Kapitalisten ist die Devise aller Parteien der Bremer Bürgerschaft

r.ped. ,,Was haben wir davon, wenn sich Mercedes mit Bremer Hilfe demnächst auf dem Holterfeld breitmacht? – Ein paar tausend Arbeitsplätze mehr!" So die Kernaussage einer ,,Bürger-Information" des Bremer SPD Senats, die auf 12 Seiten Hochglanz am 7. Mai an alle Bremer Haushalte gehen soll und dem Wahlkampf dient. 110000 DM aus Haushaltsmit-



teln eingesetzt gegen ,,bewußte Irreführung der Bevölkerung" führte die SPD im Senat dafür zur Begründung an. Man versteht es, da am diesjährigen 1. Mai unter 8000 Demonstrationsteilnehmern ganze zwei Transparente ,,Für das Recht auf Arbeit" und damit für die Ausfütterung der Kapitalisten durch den bürgerlichen Staatsapparat getragen wurden. In der Debatte in den Gewerkschaftsorganen und Abteilungen hat diese Forderung im Unterschied zu den Vorjahren keine Rolle gespielt.

Angekündigt hatte sich das schon Monate vorher. Am 19. 4. war Betriebsversammlung bei Daimler Benz. Wenn, dann hätte ja diese, sozialdemokratischen Worten zufolge gerade- zu ,,glückliche" Abteilung der Arbeiter den Senat für diese Tat unterstützen müssen. Aber nicht etwa Undank, sondern Kampf erntete der Senat dort. 19 Arbeiter aus der Halle 1 brachten eine Resolution zum 1. Mai ein, in der sie die Forderungen nach dem 7-Stunden-Tag an 5 Wochentagen; Verbot der Überstunden-, Sonderschichten-, Nacht- und Schichtarbeit, 10 Minuten bezahlte Bandpause; Festgeldforderungen im Lohnkampf und nach 1500 DM Steuerfreibetrag erhoben. Insbesondere wurde dort festgestellt: ,,Um dem Druck der Arbeitslosigkeit zu begegnen, muß ein Arbeitslosengeld von 80% des Lohnes gezahlt werden. Dazu ist es notwendig, daß die Versicherungen durch die Versicherten verwaltet werden. Sämtliche Kosten dafür haben die Kapitalisten zu zahlen, denn sie allein haben den Gewinn von der Arbeit der Lohnabhängigen und sie allein sind verantwortlich, wenn für die Arbeiter der Versicherungsfall eintritt." Das entsprach direkt den Erfahrungen: Daß die Daimler Kapitalisten jede Mark in zusätzliche Mittel der Schweißauspressung und zur Bereicherung der Aktionäre einsetzen. Daß sie die industrielle Reservearmee von Hamburg bis Emden einsetzen zur Steigerung der Ausbeutung, indem bei riesigen Einstellungs- und Entlassungsquoten an den Arbeitsplätzen von jedem Arbeiter nur eines zurückbleibt, ein höherer Standard der Arbeitsleistung für den nachfolgenden.

In Anwesenheit des 1. Bevollmächtigten der IGM und SPD Bürgerschaftsmitglieds Weinkauf, nahm die Betriebsversammlung unter großem Beifall die Resolution als ihre per Akklamation an.

Am 1. Mai sprach der Präsident des Senats, Koschnick selbst auf der DGB-Kundgebung. Nur kurz, denn angesichts der ihre Forderungen rufenden und ihrem Unmut mit Pfiffen Ausdruck verleihenden Kundgebungsteilnehmer versagte ihm schnell die Stimme und mußte er abtreten. Bereits als bekannt wurde, daß Koschnick sprechen würde, hatte es aus den Gewerkschaften und Abteilungen ablehnende Beschlüsse dagegen gegeben, daß nicht nur der 1. Mai zur Europa Stimmenmobilisierung für die SPD, sondern darüber hinaus in Bremen zur Wahlkampferöffnung durch die SPD vergeben wurde.

Man kann schon sagen, der gedachte Wahlkampfauftakt der SPD ist außer Takt geraten. Selbst die Tageszeitungen mußten unter der Überschrift ,,Kämpferische Mai Demonstration" in der Unterüberschrift vermelden ,,Kritik an Koschnick als Redner", und so einlenken auf der Linie, daß das ja nun auch wirklich nicht hätte sein müssen.

Dennoch, den Ausbau des Daimler Werkes mit 430 Mio. DM aus dem Landeshaushalt und etlichen Mio. dazu aus den Versicherungskassen der Arbeiter, will die SPD zäh als den Grund den Arbeitern andrehen, weshalb sie im Oktober erneut der SPD ihre Stimme geben sollen. Dazu gäbe es keine Alternative. Tatsächlich gibt es unter den bürgerlichen Parteien keine Alternative für die Durchsetzung der Interessen der Deutschen Bank, des Daimler Hauptaktionärs, gegenüber den Massen und vermittels des Staatsapparates zur SPD. Alle in der Bürgerschaft vertretenen Parteien, CDU und FDP, haben die Mio. mitvergeben. Aber diesen Kurs durchzusetzen, auf der Linie ,,Arbeitsplätze für die Arbeiter" kann nur die SPD verbuchen. Gegen den Kampf der Kleingärtner gegen die Landwegnahme für das 1 Mio. qm Areal des neuen geplantes Werkes; der Bewohner des Wohngebietes, in die das Werk mitsamt neuzubauendem Autobahnzubringer, Gleisanschlüssen und Nahverkehrsanschlüssen hineingebrochen werden soll; der Kampf aller einfachen Leute gegen die Flut der Erhöhungen von Steuer, Gebühren, öffentlichen Preise, Mieten usw. Durch die Klärung und wachsenden Vereinheitlichung über die notwendigen Forderungen unter den Arbeitern und insbesondere denen vom Daimler Werk, ist diese Taktik ins Wanken geraten.

Bei genauerem Hinsehen bestärkt der neue Hochglanzdruck noch weniger: Die Kosten der Ausfütterung Daimlers werden unterschlagen, indem Infrastrukturmaßnahmen wie Gleisanschluß, Autobahnzubringer schlicht der Erhöhung des Wohls der Bevölkerung zugeschlagen werden. Die dort geäußerte ,,Erwartung, alle direkten und indirekten Ausgaben für Daimler werden etwa 1987 wieder ins Land Bremen zurückgeflossen sein und danach ist mit einer jährlichen Einnahmeverbesserung von 30 Mio. DM zu rechnen" aus Steuern, sagt mehr über die räuberischen Absichten des Senats zur Beseitigung der höchsten pro Kopf Verschuldung aller Bundesländer und über die Steuerreform gegenüber den Massen aus, als daß es Vertrauen in die Fähigkeiten Koschnicks erweckt, der Deutschen Bank Gelder abzuknöpfen. Nur eins kann überzeugen: ,,... Arbeitsplätze, das kostet in unserem Wirtschaftssystem seinen Preis". Ein deutlicher Hinweis auf die Überholtheit und Verrottung des Imperialismus, der die Verschlingung aller verfügbaren Gelder der Gesellschaft erzwingt, um Extraprofite zu machen. Über die sozialistische Revolution werden an dieser Stelle viele Arbeiter nachdenken. Im Dokument des Unterbezirks Bremen Ost der SPD heißt es schon richtig: ,,Die Bremer SPD muß die Tatsache, daß die für die Menschen dringend erforderliche Industrieansiedlung unter kapitalistischen Rahmenbedingungen nur mit Hilfe der Zuweisung von öffentlichen Mitteln an private Unternehmen möglich ist, ebenso kritisch feststellen wie als Grundlage von Politik zur Kenntnis nehmen." Die Arbeiter nur umgekehrt.

Das 7. Kind zwangsgenommen

r.stk. Immer unverschämter wird die Unterdrückung der Arbeiterklasse und der Volksmassen durch die Jugendämter und Familiengerichte. So ist in Neumünster auf Antrag des Jugendamtes und Beschluß einer Familienrichterin einer Mutter ihr Kind 3 Stunden nach der Geburt weggenommen worden, weil sie bereits 7 Kinder hat, die angeblich in ,,schmutzigen Verhältnissen leben". Über das Jugendwohlfahrtsgesetz hat sich die Bourgeoisie umfassend die Grundlage für solche Kindesentführungen verschafft. § 67.1.: ,,Bei Gefahr im Verzuge kann das Vormundschaftsgericht die vorläufige Fürsorgeerziehung anordnen." 3.: ,,Die vorläufige Fürsorgeerziehung kann neben einer Unterbringung nach § 66 Absatz 2 angeordnet werden." § 71.4.: ,,Das Vormundschaftsgericht kann auf Antrag des Landesjugendamtes anordnen, daß der Unterbringungsort nicht mitzuteilen ist, wenn durch die Mitteilung der Erziehungszweck ernstlich gefährdet wird..." Die Mutter erfährt also nicht einmal, wo ihr Kind ist. Die Familienrichterin besaß die Unverschämtheit, der Presse mitzuteilen: ,,Es ist humaner, der Mutter das Kind sofort wegzunehmen, ehe sie sich daran gewöhnt hat."

DGB weist Polizeiüberfall auf Maidemonstration zurück

r.ped. Sowohl auf der Kundgebung des DGB am 1. Mai in Münster als auf der in Bremen Nord griff die Polizei selbständig Kundgebungsteilnehmer an, in der Absicht, Widersprüche innerhalb der gewerkschaftlichen Aktionen zu nutzen, um insgesamt die Arbeiterbewegung und ihre Gewerkschaften anzugreifen und zu schwächen. Auf der Kundgebung in Münster wurde dies von der DGB Kundgebungsleitung sofort öffentlich angegriffen und zurückgewiesen, wie Schritte gegen den entsprechenden Polizeipräsidenten



als Verantwortlichen angekündigt wurden. In Bremen Nord, wo die Polizei nach Abschluß der Kundgebung Teilnehmer überfiel und sechs Verhaftun-

Gut verdient in Westberlin: Deutsche Bank Berlin zieht Bilanz

r.nom. Als die Berliner Discontobank im Mai 1978 umbenannt wurde in Deutsche Bank Berlin haben die Finanziers erneut verdeutlicht, daß sie An- sechs Wochen nach den niedrigen Lohnabschlüssen in den wesentlichen Wirtschaftszweigen und im öffentlichen Dienst drücken sie im gerade er- der Deutschen Bundesbank, Genugtuung darüber aus, daß es gelungen ist, den Ausbau Westberlins voranzutreiben. ,,WAP"-Programm, da Modernisierungen ebenfalls mit kräftigen Mietsteigerungen verbunden sind.

in der Unterüberschrift vermelden ,,Kritik an Koschnick als Redner", und so einlenken auf der Linie, daß das ja nun auch wirklich nicht hätte sein müssen.

Fähigkeiten Koschnicks erweckt, der Deutschen Bank Gelder abzuknöpfen.

an, in der Absicht, Widersprüche innerhalb der gewerkschaftlichen Aktionen zu nutzen, um insgesamt die Arbeiterbewegung und ihre Gewerkschaften anzugreifen und zu schwächen. Auf der Kundgebung in Münster wurde dies von der DGB Kundgebungsleitung sofort öffentlich angegriffen und zurückgewiesen, wie Schritte gegen den entsprechenden Polizeipräsidenten

teln eingesetzt gegen ,,bewußte Irreführung der Bevölkerung" führte die SPD im Senat dafür zur Begründung an. Man versteht es, da am diesjährigen 1. Mai unter 8000 Demonstrationsteilnehmern ganze zwei Transparente ,,Für das Recht auf Arbeit" und damit für die Ausfütterung der Kapitalisten durch den bürgerlichen Staatsapparat getragen wurden. In der Debatte in den Gewerkschaftsorganen und Abteilungen hat diese Forderung im Unterschied zu den Vorjahren keine Rolle gespielt.

Angekündigt hatte sich das schon Monate vorher. Am 19. 4. war Betriebsversammlung bei Daimler Benz. Wenn, dann hätte ja diese, sozialdemokratischen Worten zufolge gerade- bezahlte Bandpause; Festgeldforderungen im Lohnkampf und nach 1500 DM Steuerfreibetrag erhoben. Insbesondere wurde dort festgestellt: ,,Um dem Druck der Arbeitslosigkeit zu begegnen, muß ein Arbeitslosengeld von 80% des Lohnes gezahlt werden. Dazu ist es notwendig, daß die Versicherungen durch die Versicherten verwaltet werden. Sämtliche Kosten dafür haben die Kapitalisten zu zahlen, denn sie allein haben den Gewinn von der Arbeit der Lohnabhängigen und sie allein sind verantwortlich, wenn für die Arbeiter der Versicherungsfall eintritt." Das entsprach direkt den Erfahrungen: Daß die Daimler Kapitalisten jede Mark in zusätzliche Mittel der Schweißauspressung und zur Bereicherung der Aktionäre einsetzen. Daß sie die industrielle Reservearmee von

Dennoch, den Ausbau des Daimler Werkes mit 430 Mio. DM aus dem Landeshaushalt und etlichen Mio. dazu aus den Versicherungskassen der Arbeiter, will die SPD zäh als den Grund den Arbeitern andrehen, weshalb sie im Oktober erneut der SPD ihre Stimme geben sollen. Dazu gäbe es keine Alternative. Tatsächlich gibt es unter den bürgerlichen Parteien keine Alternative für die Durchsetzung der Interessen der Deutschen Bank, des Daimler Hauptaktionärs, gegenüber den Massen und vermittels des Staatsapparates zur SPD. Alle in der Bürgerschaft vertretenen Parteien, CDU und FDP, haben die Mio. mitvergeben. Aber diesen Kurs durchzusetzen, auf der Linie ,,Arbeitsplätze für die Arbeiter" kann nur die SPD verbuchen. Ge-

Nur eins kann überzeugen: ,,... Arbeitsplätze, das kostet in unserem Wirtschaftssystem seinen Preis". Ein deutlicher Hinweis auf die Überholtheit und Verrottung des Imperialismus, der die Verschlingung aller verfügbaren Gelder der Gesellschaft erzwingt, um Extraprofite zu machen. Über die sozialistische Revolution werden an dieser Stelle viele Arbeiter nachdenken. Im Dokument des Unterbezirks Bremen Ost der SPD heißt es schon richtig: ,,Die Bremer SPD muß die Tatsache, daß die für die Menschen dringend erforderliche Industrieansiedlung unter kapitalistischen Rahmenbedingungen nur mit Hilfe der Zuweisung von öffentlichen Mitteln an private Unternehmen möglich ist, ebenso kritisch feststellen wie als Grundlage von Politik zur Kenntnis nehmen." Die Arbeiter nur umgekehrt.



als Verantwortlichen angekündigt wurden. In Bremen Nord, wo die Polizei nach Abschluß der Kundgebung Teilnehmer überfiel und sechs Verhaftun-gen vornahm, mußte sie, nach Belagerung der Polizeiwache durch einige hundert Leute, diese wieder freilassen. Anschließend verfaßten rund 100 Demonstrationsteilnehmer eine Presseerklärung gegen den Überfall. Weitere Gewerkschaftsorgane aus Betrieben, Ortsvorständen sowie Vertretungskörper der Arbeiter in Bremen Nord haben inzwischen protestiert. Einzelne fordern die Absetzung des Polizeiverantwortlichen, wie daß der Polizeipräsident sich beim Betriebsrat des Vulkan persönlich entschuldigt.

Gut verdient in Westberlin: Deutsche Bank Berlin zieht Bilanz

r.nom. Als die Berliner Discontobank im Mai 1978 umbenannt wurde in Deutsche Bank Berlin haben die Finanziers erneut verdeutlicht, daß sie An-spruch auf die uneingeschränkte Herrschaft in Westberlin erheben. Kaum sechs Wochen nach den niedrigen Lohnabschlüssen in den wesentlichen Wirtschaftszweigen und im öffentlichen Dienst drücken sie im gerade erschienenen Jahresbericht der Landeszentralbank Berlin, Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank, Genugtuung darüber aus, daß es gelungen ist, den Ausbau Westberlins voranzutreiben.

Hinter den in der Tabelle abgedruckten Zahlen verbirgt sich eine ungeheure Verschärfung der Ausbeutung. So ist es den Kapitalisten gelungen, die Anzahl der Beschäftigten in ihrem Brückenkopf im letzten Jahr um 2,1% zu senken (im Bundesgebiet um 0,5%) und gleichzeitig die Produktion im verarbeitenden Gewerbe um 6,7% auszudehnen (Vergleichszahl im Bundesgebiet +1,9%). Auf welchem Weg das ,,noch bessere" Ergebnis 1979 erzielt werden soll, liest man folgendermaßen: ,,Diese günstige Produktivitätsentwicklung in Berlin ist offenbar das Ergebnis erfolgreicher Rationalisierung und verbesserter Kapazitätsauslastung." Die um 4,5% gestiegene Zahl der Arbeitslosen (Bundesgebiet −3,6%) wird genutzt zur Spaltung der Beschäftigten und zur Senkung des gesamten Lohnniveaus.

Zum Ausbau des Brückenkopfes Westberlin soll die Stadt zu einem Profitparadies ersten Ranges gemacht werden. Auf diesem Weg wird die Subventionspolitik der Bundesregierung und des Westberliner Senats besonders gelobt. So entfielen auf Westberlin zwischen 1972 und 1977 zwischen 56% und 58% aller regional orientierten Subventionen des Bundes und der Länder. Bemängelt wird, daß das Bruttosozialprodukt immer noch hinter der Entwicklung im Bundesgebiet hinterherhinkt, und zwar hauptsächlich durch den Rückgang der Produktion im Bauhauptgewerbe um 9,2%. Um die Arbeiterklasse in die schier unbezahlbaren Neubauwohnungen zu zwingen, fordert die Finanzbourgeoisie die Freigabe der Altbaumieten spätestens 1985 und Förderung von Modernisierungen durch das ,,ZIP"- oder ,,WAP"-Programm, da Modernisierungen ebenfalls mit kräftigen Mietsteigerungen verbunden sind.

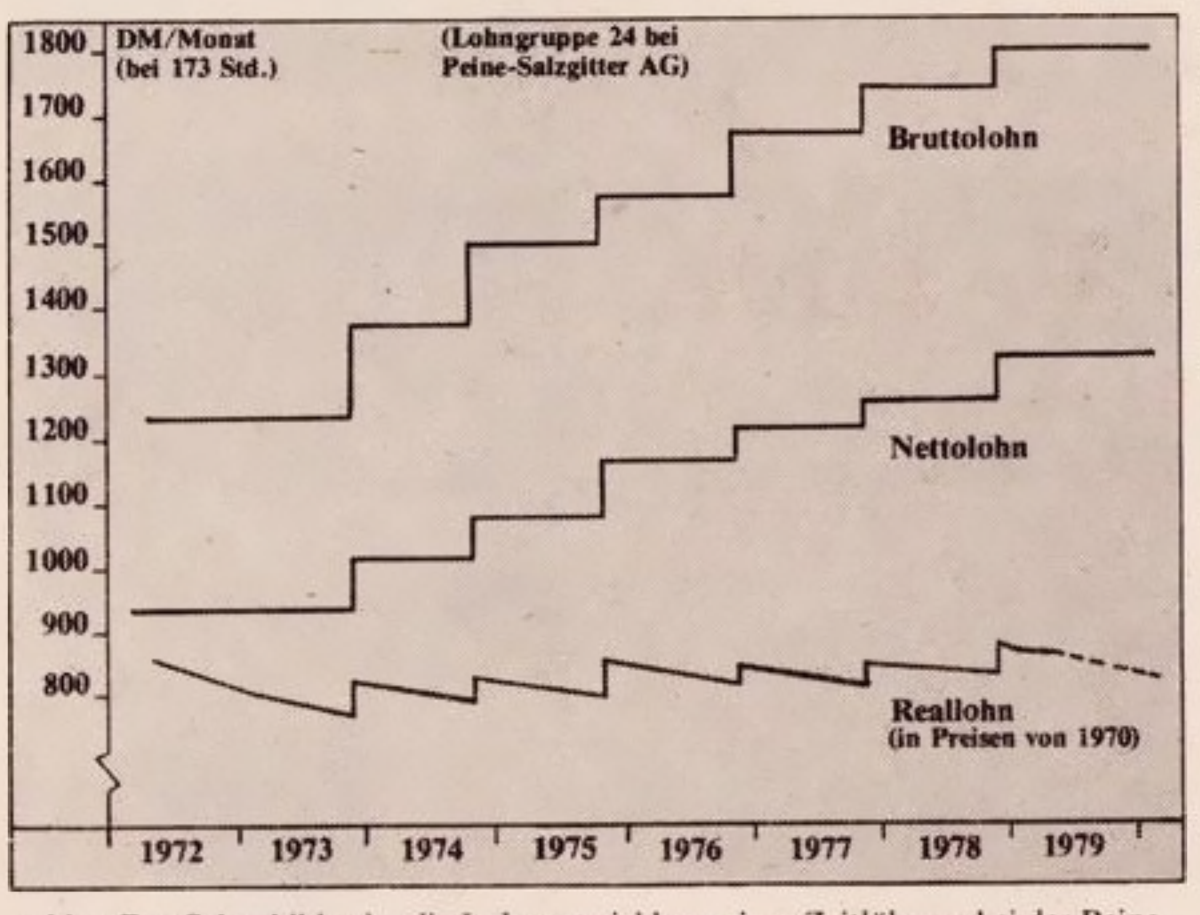
Wirtschaftliche Entwicklung / Vergleich Bundesgebiet – Westberlin

Berichtsmerkmal	Westberlin	Bundesgebiet insgesamt
Produktion Verarbeitendes Gewerbe	+ 6,7	+ 1,9
Umsätze Verarbeitendes Gewerbe	+ 7,1	+ 3,7
Beschäftigte Verarbeitendes Gewerbe	− 2,1	− 0,5
Produktion im Bauhauptgewerbe	− 9,2	+ 7,5
Einzelhandelsumsätze (real)	+ 0,3	+ 3,0
Warenlieferungen ins übrige Bundesgebiet	+ 5,2	–
Zahl der Arbeitslosen	+ 4,5	− 3,6
Bruttosozialprodukt (real)	+ 2,8	+ 3,4

Veränderungen in vH gegenüber dem Vorjahr

Jedoch: ,,Den harten Kern der wirtschaftlichen Leistungs- und Lebensfähigkeit Berlins (stellt) die Industrie dar... So obliegt noch immer dem Unternehmer der erste Schritt in Richtung Expansion. Sie ihrerseits läßt dann die Sogwirkung auf die Arbeitskräfte entstehen... Gleichzeitig setzt jedoch verstärktes unternehmerisches Engagement in Berlin auf der Seite der Arbeitnehmer hohe Leistungs- und Anpassungsbereitschaft voraus." Die ,,Seite der Arbeitnehmer" organisiert jedoch den Zusammenschluß gegen die ,,Anpassung" an verschärfte Akkordschinderei, Überstunden-, Nacht- und Schichtarbeit und gegen die dauernden Lohnsenkungen. Das hat die 1. Mai-Demonstration deutlich zum Ausdruck gebracht.

Die Entlassungen bei P & S würden die Lohnsenkung drastisch verschärfen



r.klm. Das Schaubild zeigt die Lohnentwicklung eines Zeitlöhners bei der Peine-Salzgitter AG in der Lohngruppe 24 (St.kl. II, 2 Kinder) bei gleichbleibend angenommenen 173 Arbeitsstunden pro Monat. Man erkennt, daß der sog. ,,Reallohn", also die Kaufkraft des Lohnes ausgedrückt in Preisen des Jahres 1970, nach jedem Lohnabschluß erneut gesenkt worden ist. Der offizielle Preisindex, mit dem diese Berechnung nur durchgeführt werden kann, beschönigt die Kaufkraftentwicklung noch. Gleichzeitig wurde die Auspressung an Arbeit gesteigert: die Reproduktinosmittel, die zum Erhalt der Arbeitskraft notwendig *wären*, sind gestiegen. Die Kapitalisten haben also den Wert der Arbeitskraft erheblich senken können. Die P&S-Kapitalisten wollen durch die Entlassungen die Gesamtlohnsumme senken. Das würde die Kürzung der Lebensmittel der Arbeiter noch drastischer verschärfen.

HBV-Tarifkommission stimmt 4,5%, mindestens 80 DM zu

r.krk. In der 3. Verhandlungsrunde einigte sich die Tarifkommission der Westberliner HBV-Fachgruppe Buchhandel und Verlage mit den Vertretern der Kapitalisten auf folgendes Ergebnis: 4,5%, mindestens 80 DM, für die Endstufe der Gehaltsgruppe G2 85 DM. Das Ergebnis entspricht in der untersten Gehaltsgruppe G1 6,96% bzw. 6,35%. In der Gehaltsgruppe G3/4 bedeuten 4,5% ca. 82 DM. – Die meisten ausgebildeten Buchhändler sind in den Gruppen G2, G3 und G4, die leitenden Angestellten werden außer Tarif bezahlt. Während der Tarifverhandlung wurde an den Personalchef des Springer-Verlages, Mitglied der Tarifkommission der Kapitalisten, eine Aufforderung mit über 150 Unterschriften von Springer-Kollegen überbracht, in der er aufgefordert wurde, sich für die Annahme der Forderung der HBV einzusetzen. Das Ergebnis der Verhandlungen wurde anschließend vom Arbeitskreis ,,Betriebe" der HBV-Fachgruppe mehrheitlich abgelehnt.

Gegen Lohnsenkung und kapitalistische Rationalisierung

Dafür müssen sich die Druckbelegschaften zusammenschließen
Opportunisten sind für ,,Personaldebatten"

b.hej. Die Lohntarifrunde in der Druckindustrie und gleichzeitig die Verhandlungen über den neuen Manteltarif sind abgeschlossen. Rausgekommen sind 4,5%, für die unteren Lohngruppen 5,5%, Freischichten für ältere Arbeiter und Schichtarbeiter sowie bis 1983 sechs Wochen Urlaub für alle. Ein Abschluß, der in der Höhe den Abschlüssen in anderen Bereichen entspricht und eher noch etwas darüberliegt. Die Wogen schlagen hoch, vor allem in Hamburg, nach diesem Abschluß. Die ,,linken" Sozialdemokraten und KB Nord sind empört. Nicht etwa über die 4,5%, die für alle einen Lohnabbau bedeuten und die unteren Lohngruppen noch weiter drücken und abspalten. War der Abstand 1969 von Lohngruppe 1 zum Ecklohn noch 308,87 DM, sind es 1979 schon 543,24 DM. Noch größer ist der Abstand zu den Maschinensetzern geworden. 1969 sind es 552,26 DM, 1979 933,84 DM.

Empören tut man sich über den ,,Nacht und Nebel"-Abschluß zur Einführung der 35-Stunden-Woche, das heißt der Festlegung der 40 Stunden bis 1983, ohne daß vorher eine Mitgliederbefragung durchgeführt worden ist. Auf der Delegiertenversammlung der IG Druck und Papier am 23. April hagelte es dann auch entsprechende Anträge. Der Vertrauenskörper von Bauer stellt in seinem Antrag u.a. fest: ,,Dieser Abschluß entspricht nicht einmal annähernd den tarifpolitischen Zielsetzungen unserer Organisation – ... die große Tarifkommission hat sich nicht nur dem Unternehmerdiktat gebeugt, sondern auch gegen eigene Beschlüsse und Beschlüsse des Gewerkschaftstages verstoßen. ...daß die Mehrheit der Tarifkommission sich von den Arbeitgebern hat erpressen lassen. Wer sich lediglich auf gute Verhandlungstechnik verläßt, verkennt, daß schon bei Verhandlungen Druck durch die Mitgliedschaft unbedingt erforderlich ist, ohne dabei gleich an Arbeitskampf zu denken..."(alles Zitate aus dem Antrag).

Mitgliederbefragung vor jedem Abschluß, wird von Mühlmeister & Johler gefordert. Gleichzeitig wird in einem Initiativantrag auf der Delegiertenversammlung gefordert: ,,Dieser Abschluß war nur möglich, weil die Tarifkommission nach der subjektiven Meinung ihrer Mitglieder abstimmte. Ein breites Meinungsbild der Mitgliedschaft lag zu diesem Zeitpunkt nicht vor. – Da alle Tarifkommissionsmitglieder des Bezirkes Nordmark für die Annahme des Arbeitgeberangebotes gestimmt haben, sprechen wir ihnen für ihr Verhalten hiermit unser Mißtrauen aus. – Da wir aus Erfahrung nicht davon ausgehen können, daß diese Kollegen von ihrem Amt zurücktreten werden, fordern wir – die unverzügliche Einberufung eines Landesbezirkstages, um Kollegen, die unser Vertrauen ..."

Zur Abstimmung kam keiner der Anträge mehr, da nach fast 3-stündiger Diskussion zwei Drittel der Delegierten schon vorher den Saal verlassen hatten.

Solche Auseinandersetzungen in der Hamburger Drupa sind nicht neu. 1976 nach der Tarifrunde, in der 9%, mindestens 140 DM gefordert wurden und bei 6,5% abgeschlossen wurde, war die Konsequenz ähnlich. Nicht Untersuchung über die Ursache und die Grundlagen, die zu dem Abschluß führten, sondern Austausch von Personen. Das hieß damals Abwahl des Ortsvereinsvorstandes, was noch nicht einmal gelang, sondern nur durch Rücktritt desselben zustande kam. Seitdem haben wir einen ,,linken" SPD-DKP-Vorstand. Die Mehrheitsverhältnisse in der Delegiertenversammlung haben sich natürlich nicht verändert. Die Beschlüsse ebensowenig. So konnte in den letzten Jahren z.B. keine Festgeldforderung oder Mindestforderung durchgesetzt werden. Statt dessen hohe %-Forderungen, 8% in diesem Jahr, und Sondererhöhungen für bestimmte Gruppen, die sich über mehrere Seiten erstreckten. In jeder Zeile war die Spaltung angelegt.

Grundlage dafür, daß diese Manöver mit ,,mehr Demokratie" unter den Druckarbeitern immer noch verfangen können, sind die Erfahrungen, die gerade die Druckarbeiter mit den Sozialdemokraten gemacht haben. Die Politik eines Heinz Wolf, ehemaliger Ortsvereinsvorsitzender, der jede Kritik, jeden fortschrittlichen Antrag mit ,,Formfehlern" oder der Geschäftsordnung abgewürgt hatte, war vor den Druckarbeitern nicht mehr durchzusetzen. Erfahrungen wie 1976 der 6,5%-Abschluß, als zur selben Stunde Tausende von Hamburger Druckarbeitern für 140 DM mindestens demonstrierten. Oder auch die Auseinandersetzungen um den ,,Rastertarifvertrag" im letzten Jahr. Erst Unterdrückung richtiger Beschlüsse und Forderungen in der Gewerkschaft, dann Mobilmachung für mehr ,,Demokratie" anstelle des Zusammenschlusses auf Grundlage richtiger Forderungen. So wird verhindert, daß die Druckarbeiter die Lohnsenkungspolitik entscheidend zurückschlagen und der Ausbeutung Grenzen setzen

Zur 35-Stunden-Woche wurde gerade von den Kollegen, die jetzt so lautstark protestierten, vor dem Abschluß vertreten, man müsse erst die Kollegen dafür gewinnen, weil ,,die ständen noch nicht dahinter". Eine Veranstaltung zur Vorbereitung von Aktionen zur 35-Stunden-Woche mit Kollegen von Metall und Stahl, die noch vor dem 1. Mai geplant war, wurde deshalb in den Sommer verschoben.

Die Kollegen in der Druckindustrie sind mit dem Abschluß nicht zufrieden. Nicht mit den 4,5%, nicht mit der Festlegung der 40-Stunden-Woche. Das haben sie auch auf der 1. Mai-Demonstration deutlich gemacht. Nur mit Personalwechsel und Mitgliederbefragung und der Forderung nach ‚mehr Demokratie' sind die Probleme nicht zu lösen und-werden auch die anstehenden Kämpfe eine Niederlage.

Die Verhandlungen über die Manteltarifanhänge, das heißt die Maschinenbesetzungen und Arbeitsbedingungen bei Einführung neuer Techniken, laufen und sollen bis Juli abgeschlossen sein. Die neuen Maschinen laufen schon, auch ohne Manteltarif, natürlich mit Unterbesetzungen. Zwei oder drei Drucker z. B. an einer Druckmaschine statt fünf oder acht, wie es in dem Manteltarif gefordert wurde. Zum Teil wurden die Forderungen schon den tatsächlichen Verhältnissen angepaßt, d.h. heruntergesetzt. Die Diskussion über die Forderungen ist dringend nötig, um den Zusammenschluß herzustellen und dann auch über Kampfschritte zu beraten. Im Reprobereich, wo es in der Druckindustrie in allernächster Zeit die größte technische Umwälzung geben wird, ist die Bewegung noch relativ schwach uns sind kaum Forderungen entwickelt. Durch die ganzseitige Erstellung von Zeitungsseiten über den Bildschirm mitsamt Bildern und Speicherung auf Magnetplatte werden ganze Berufszweige überflüssig. Reprofotografie, Retusche, Kopie, Montage und Opalkopie fallen weg. Bei Bauer Druck wären das fast zwei Drittel des Betriebes.

Das sind die Aufgaben, die jetzt angepackt werden müssen, bei denen man sich über Forderungen und das Vorgehen einigen muß. In der nächsten Tarifrunde muß sich zeigen, ob es gelingt, die Lohnsenkungen der letzten Jahre zurückzukämpfen. Ohne Auswertung und Vorbereitung wird das nicht gehen. Festgeldforderung oder eine hohe Mindestforderung, das ist schon jetzt abzusehen.

gelte es dann auch entsprechende Anträge. Der Vertrauenskörper von Bauer stellt in seinem Antrag u.a. fest: ,,Dieser Abschluß entspricht nicht einmal annähernd den tarifpolitischen Zielsetzungen unserer Organisation – ... die große Tarifkommission hat sich nicht nur dem Unternehmerdiktat gebeugt, sondern auch gegen eigene Beschlüsse und Beschlüsse des Gewerkschaftstages verstoßen. ...daß die Mehrheit der Tarifkommission sich von den Arbeitgebern hat erpressen lassen. Wer sich lediglich auf gute Verhandlungstechnik verläßt, verkennt, daß schon bei Verhandlungen Druck durch die Mitgliedschaft unbedingt erforderlich ist, ohne dabei gleich an Arbeitskampf zu denken..."(alles Zitate aus dem Antrag).

Mitgliederbefragung vor jedem Abschluß, wird von Mühlmeister & Johler gefordert. Gleichzeitig wird in einem Initiativantrag auf der Delegiertenversammlung gefordert: ,,Dieser Abschluß war nur möglich, weil die Tarifkommission nach der subjektiven Meinung ihrer Mitglieder abstimmte. Ein breites Meinungsbild der Mitgliedschaft lag zu diesem Zeitpunkt nicht vor. – Da alle Tarifkommissionsmitglieder des Bezirkes Nordmark für die Annahme des Arbeitgeberangebotes

z.B. keine Festgeldforderung oder Mindestforderung durchgesetzt werden. Statt dessen hohe %-Forderungen, 8% in diesem Jahr, und Sondererhöhungen für bestimmte Gruppen, die sich über mehrere Seiten erstreckten. In jeder Zeile war die Spaltung angelegt.

Grundlage dafür, daß diese Manöver mit ,,mehr Demokratie" unter den Druckarbeitern immer noch verfangen können, sind die Erfahrungen, die gerade die Druckarbeiter mit den Sozialdemokraten gemacht haben. Die Politik eines Heinz Wolf, ehemaliger Ortsvereinsvorsitzender, der jede Kritik, jeden fortschrittlichen Antrag mit ,,Formfehlern" oder der Geschäftsordnung abgewürgt hatte, war vor den Druckarbeitern nicht mehr durchzusetzen. Erfahrungen wie 1976 der 6,5%-Abschluß, als zur selben Stunde Tausende von Hamburger Druckarbeitern für 140 DM mindestens demonstrierten. Oder auch die Auseinandersetzungen um den ,,Rastertarifvertrag" im letzten Jahr. Erst Unterdrückung richtiger Beschlüsse und Forderungen in der Gewerkschaft, dann Mobilmachung für mehr ,,Demokratie" anstelle des Zusammenschlusses auf Grundlage richtiger Forderungen. So wird verhindert, daß die Druckarbeiter die Lohn-

schine statt fünf oder acht, wie es in dem Manteltarif gefordert wurde. Zum Teil wurden die Forderungen schon den tatsächlichen Verhältnissen angepaßt, d.h. heruntergesetzt. Die Diskussion über die Forderungen ist dringend nötig, um den Zusammenschluß herzustellen und dann auch über Kampfschritte zu beraten. Im Reprobereich, wo es in der Druckindustrie in allernächster Zeit die größte technische Umwälzung geben wird, ist die Bewegung noch relativ schwach uns sind kaum Forderungen entwickelt. Durch die ganzseitige Erstellung von Zeitungsseiten über den Bildschirm mitsamt Bildern und Speicherung auf Magnetplatte werden ganze Berufszweige überflüssig. Reprofotografie, Retusche, Kopie, Montage und Opalkopie fallen weg. Bei Bauer Druck wären das fast zwei Drittel des Betriebes.

Das sind die Aufgaben, die jetzt angepackt werden müssen, bei denen man sich über Forderungen und das Vorgehen einigen muß. In der nächsten Tarifrunde muß sich zeigen, ob es gelingt, die Lohnsenkungen der letzten Jahre zurückzukämpfen. Ohne Auswertung und Vorbereitung wird das nicht gehen. Festgeldforderung oder eine hohe Mindestforderung, das ist schon jetzt abzusehen.

	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979
Ecklohn	201,12	234,18	255,26	274,40	304,04	338,40	360,06	381,66	406,85	427,19	446,41
Korrektor	230,01	251,74	274,40	294,98	326,84	363,78	387,06	410,28	437,36	459,23	479,76
Maschin.setzer	256,75	281,02	306,31	329,28	364,85	406,08	432,07	457,99	488,22	512,63	535,69
Lohngruppe 5	181,87	204,91	223,35	240,10	266,04	299,48	318,65	337,77	360,06	378,06	395,07
Lohngruppe 4	175,45	196,71	214,42	230,0	255,39	287,64	306,05	324,41	345,82	363,11	379,45
Lohngruppe 3	161,54	182,66	199,10	214,03	243,23	275,80	293,45	311,05	331,57	348,16	367,30
Lohngruppe 2	149,77	169,78	185,06	200,86	228,03	258,88	275,44	291,97	311,24	326,80	344,77
Lohngruppe 1	130,52	152,22	165,92	181,65	212,83	241,96	257,44	272,89	290,90	305,44	322,24

(tariflicher Wochenlohn in DM, Arbeiter über 21 Jahre)











b.std. **Rund 20 000 nahmen an den Demonstrationen, Kundgebungen und Veranstaltungen des DGB in den Bezirken Flensburg-Westküste, Holstein und Hamburg-Unterelbe teil.** Das waren so viel wie im letzten Jahr, aber vor allem wurden in mehr Orten DGB-Veranstaltungen durchgeführt, worin sich die wachsende Stärke der Arbeiterbewegung schon ausdrückt. Die Redner des DGB sprachen von den Kämpfen der Arbeiter und daß sie sich den Kapitalisten nicht unterwerfen würden. Dafür erhielten sie Beifall. Weniger glücklich waren sie mit ihrer Losung zu Europa, die sie kaum unterbringen konnten. Dies war auch schwer angesichts der gewachsenen politischen Stärke der Arbeiterklasse, die ihren Ausdruck vor allem in den Forderungen fand. Schluß mit den dauernden Lohnsenkungen! Festgeld! welcher Arbeiter unterstützte das nicht? Die Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit wird abgelehnt. Es gibt eine breite Front gegen die Steuerausplünderung der Bundesregierung und ihrem gierigen Raub an den Versicherungskassen, wie ihn Ehrenberg betreibt; die Jugend will sich mit einer einheitlichen Ausbildung gegen den Staat durchsetzen und loswerden will sie die staatliche Schikane. Chauvinismus? Für die Sammlung für die Druckausrüstung der ZANU gab es viel Zustimmung. All diese Forderungen finden die Unterstützung von vielen Sozialdemokraten in den Gewerkschaften und die Bedingungen für die Aktionseinheit sind wirklich gut. Sollte man da nicht unbedingt die Aktionseinheit fortsetzen, um die Interessen der Arbeiter durchzusetzen und eine Entscheidung herbeiführen? Tut man das nicht, so wäre der Fortschritt verspielt.







das nicht? Die Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit wird abgelehnt. Es gibt eine breite Front gegen die Steuerausplünderung der Bundesregierung und ihrem gierigen Raub an den Versicherungskassen, wie ihn Ehrenberg betreibt; die Jugend will sich mit einer einheitlichen Ausbildung gegen den Staat durchsetzen und loswerden will sie die staatliche Schikane. Chauvinismus? Für die Sammlung für die Druckausrüstung der ZANU gab es viel Zustimmung. All diese Forderungen finden die Unterstützung von vielen Sozialdemokraten in den Gewerkschaften und die Bedingungen für die Aktionseinheit sind wirklich gut. Sollte man da nicht unbedingt die Aktionseinheit fortsetzen, um die Interessen der Arbeiter durchzusetzen und eine Entscheidung herbeiführen? Tut man das nicht, so wäre der Fortschritt verspielt.



Veranstaltungskalender

Bezirksgruppe Nordost

Revolutionäres Volksbildungsprogramm – Sommerhalbjahr 1979

Revolutionen sind der Motor der Geschichte

a) Die französische Revolution

b) Die 48er Revolution in Deutschland

c) Die Pariser Kommune

d) Die Oktoberrevolution

e) Die chinesische Revolution

Kiel, 7. – 11. Mai, 20.00 – 22.00 Uhr, Universität, Alte Mensa

Mit dem Faschismus schlägt die deutsche Finanzbourgeoisie die Arbeiterbewegung nieder und greift erneut nach der Weltherrschaft

Flensburg, 7. – 11. Mai, 20.00 – 22.00 Uhr, im Büro des KBW, Harrisleer Str.46

Die SPD an der Regierung: Bilanz der Tätigkeit der Ministerien seit Beginn der großen Koalition: Die Ministerien des Inneren, der Justiz, der Wirtschaft und der Finanzen

Husum, 7. – 11. Mai, 20.00 – 22.00, Bahnhofsgaststätte

Klassenkämpfe in Schleswig-Holstein

Schleswig, 14. – 18. Mai, 20.00 – 22.00 Uhr, Gosch's Gasthof

Kritische Theorie

a) Arbeit macht eindimensional – Die Theorie Herbert Marcuses

b) Dialektik der Aufklärung – oder warum die Entwicklung der Produktivkräfte angeblich in den Abgrund führt.

c) Die Entstehung des Faschismus aus der Familie – Was die Kritische Theorie kritisiert und was nicht.

d) Vom Zins lebt es sich besser als vom Verkauf der Kunst – Adorno und der Warenfetisch.

e) Existenzialismus und christliche Reaktion – Die Theorie Heideggers.

Universität Hamburg, 14. – 18. Mai, 18.00 – 20.00 Uhr, Phil-Turm, Hörsaal F

Lohnsumme und Lohnsummenverteilung

Hamburg-Mitte, 21. – 25. Mai, 19.30 – 21.30 Uhr, Gustav-Radbruch-Haus, Borgfelderstraße 14

Die Geschäfte des Bundesministers für Arbeit und Soziales

Bad Segeberg, 21. – 25. Mai, 20.00 – 22.00 Uhr, Hotel Stadt Hamburg, Kurhausstraße

Reihe Europäische Gemeinschaft

Lüchow Dannenberg, 21. – 25. Mai, 19.30 – 21.30 Uhr, Deutsches Haus, Lange Straße

Schulungen
Marx/Engels: ,,Manifest der Kommunistischen Partei"

Husum, 14. – 18. Mai, 20.00 – 22.00 Uhr, Bahnfofsgaststätte
Kiel, 21. – 25. Mai, 20.00 – 22.00 Uhr, Universität, Alte Mensa
Kiel-West, 21. – 25. Mai, 17.00 – 19.00 Uhr, Ort wird noch bekannt gegeben

Schulung zu Mao Zedong Bd.5

Am Wochenende 12. und 13. Mai, Sa.15.00 - 19.00, So.10.00-17.00
Kiel, Ellerbeker Kegelbahnen, Ostring.

Flensburg, Nicolai-Schule.
Husum, Bahnhofsgaststätte.
Neumünster, Hotel Stadt Rendsburg, Rendsburger Str.
Itzehoe, Kulmbacher, Große Paaschburg.
Lübeck, Katharineum zu Lübeck, Königstr.
Lüneburg, Sa. Gaststätte Südbahnhof, So. Gaststätte Kaltenmoor.
Harburg, Elbschloßklause, Bunatwiete 2.
Wandsbek, Studentenwohnheim, Ölmühlenweg 32.
Eimsbüttel, Eimsbüttler Krug, Osterstr. 5

Dienstag, 8. Mai

Kiel, Amtsgericht, 11.00 Uhr, Zivilprozeß Thomas Hinreichsenund Gehl; es geht dasrum, daß das Landesschulamt sich weigert, Flugblätter bei der Druckerei zu zahlen,die während des Streiks gegen das Schulgesetz von der Schülervertretung in Auftrag gegeben wurden; jetzt wird Thomas als Privatperson in Anspruch genommen.

Mittwoch, 9. Mai

Kiel, Amtsgericht, 9.00 Uhr. Fortsetzung des Kaltefleiter-Prozesses mit Plädoyer Staatsanwaltschaft und Verteidigung

Donnerstag, 10. Mai

Flensburg, 20.00 Uhr, Sektion Sport und Technik der Vereinigung für revolutionäre Volksbildung veranstaltet: ,,Wie funktioniert ein Otto-Motor?" Harrisleer Straße 46, bei L.Müller

Rendsburg, Amtsgericht, 8.15 Uhr,Klebeverfahren gegen K.-H. Wahlter und J.Brehm wegen Verkleben von Plakaten an eine alte Tunnelwand und eine Litfaßsäule.

Freitag, 11. Mai

Lübeck, Amtsgericht Raum 252 Klebeverfahren Hinze/Kontny vor dem 8.10.77.

Montag, 14. Mai

Kiel Amtsgericht, 11.00 Uhr Verfahren gegen Uwe von Appen wegen Betreibens eines Standes zum Rekruteneinzug am 1.10.1978 vor dem Hauptbahnhof.

Hamburg, 9.30 Uhr, Prozeß gegen R. Bücking vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Hamburg wegen Teilnahme an den Fahrpreiskämpfen 77 in Bremen. Anklage: Nötigung der Landesregierung. Ort: Sievekingplatz 3, Zimmer 288

b.stk.Pinneberg. **Das Verwaltungsgericht Schleswig hat die Stadt Pinneberg verpflichtet, die Sammlung des KBW für die Ausrüstung einer Druckerei für die ZANU zu genehmigen.** Begründung: ,,Es läßt sich nicht feststellen, daß die Gefahr besteht, daß durch die Sammlung oder die Verwendung des Sammlungsertrages die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gestört wird. Insbesondere läßt sich nicht feststellen, daß durch die vom Antragsteller beabsichtigte Verwendung des Sammlungsertrages die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zum Ausland – per Saldo – beeinträchtigt werden... Es bestehen beim Antragsteller keine Anhaltspunkte dafür, daß er den Sammlungserlös zweckwidrig verwenden wird. Es ist bekannt, daß der Antragsteller in der Vergangenheit bereits zahlreiche Sammlungen von der Art der jetzt beabsichtigten durchgeführt hat...''.

b.mas.Lüneburg. **Zweimal Warnstreik der Kidde-Belegschaft gegen neuen Arbeitsvertrag.** Der neue Arbeitsvertrag sieht z.B. vor, daß nur die geleistete Arbeit bezahlt wird. Krankheit oder Arztbesuch will der Kapitalist nicht zählen. Die Kollegen, die den Vertrag nicht unterschrieben haben, haben die Gehaltserhöhung seit Januar 79 nicht ausbezahlt bekommen. Nach dem 1.Warnstreik erklärte Büttner dies als ,,Versehen der Buchführung''. Die Kollegen halten fest an ihrer Forderung nach einem Haustarifvertrag, der dem Kapitalisten die Möglichkeit nimmt, für gleiche Arbeit Lohnunterschiede von bis zu 700 DM zu machen. Als Geschäftsführer Büttner nach dem 1.Warnstreik am 2.Mai erklärte, er lasse sich die Gewerkschaft (DAG) nicht als Verhandlungspartner aufzwingen, antworteten die Kollegen mit einem 2.Warnstreik letzten Freitag.

b. Kiel **50-jähriges Bestehen der Hell GmbH.** Am 2.Mai feierte die Geschäftsleitung der Firma Hell ihr 5ojähriges Bestehen. Aus diesem Anlaß erhielten die Beschäftigten eine ,,steuerfreie Sonderzuwendung'' von 1oo bis 800 DM – je nach Dauer der Betriebszugehörigkeit. Bei 1900 Arbeitern ließ sich Hell und die Siemens AG (80% Kapitalanteil) mehr als eine halbe Million DM die Erhaltung des Betriebsfriedens kosten. Zu keinem anderen Zweck dient dieses Geld, genauso wie das Essen, was an diesem Tag durch den Lufthansa-Party-Service gereicht wurde. Während der Mittagspause hielt HELL eine Ansprache über Tonband an die Belegschaft. Er dankte darin für die harte Arbeit vor allem während des Krieges und für die bescheidenen Lohnforderungen der Arbeiter. Grundlage für den Erfolg sei der vorbehaltlose Einsatz der Arbeiter

dem Kapitalisten die Möglichkeit nimmt, für gleiche Arbeit Lohnunterschiede von bis zu 700 DM zu machen. Als Geschäftsführer Büttner nach dem 1.Warnstreik am 2.Mai erklärte, er lasse sich die Gewerkschaft (DAG) nicht als Verhandlungspartner aufzwingen, antworteten die Kollegen mit einem 2.Warnstreik letzten Freitag.

b. Kiel **50-jähriges Bestehen der Hell GmbH.** Am 2.Mai feierte die Geschäftsleitung der Firma Hell ihr 5ojähriges Bestehen. Aus diesem Anlaß erhielten die Beschäftigten eine ,,steuerfreie Sonderzuwendung'' von 1oo bis 800 DM – je nach Dauer der Betriebszugehörigkeit. Bei 1900 Arbeitern ließ sich Hell und die Siemens AG (80% Kapitalanteil) mehr als eine halbe Million DM die Erhaltung des Betriebsfriedens kosten. Zu keinem anderen Zweck dient dieses Geld, genauso wie das Essen, was an diesem Tag durch den Lufthansa-Party-Service gereicht wurde. Während der Mittagspause hielt HELL eine Ansprache über Tonband an die Belegschaft. Er dankte darin für die harte Arbeit vor allem während des Krieges und für die bescheidenen Lohnforderungen der Arbeiter. Grundlage für den Erfolg sei der vorbehaltlose Einsatz der Arbeiter
für die Interessen der Firma. Applaus, der daraufhin aus der Ecke der Betriebsleitung kam, wurde mit Gelächter gestoppt. Zur gleichen Zeit nahm Hell eine Lobrede von Stoltenberg und Kaltefleiter (Vizepräsident der Universität) ab, in deren Verlauf er die Ehrenbürgerschaft der Universität zugesprochen bekam. Als ,,radikaler Revolutionär'' wurde er in den Kieler Nachrichten gefeiert. Verstanden hat es der Kapitalist Hell 5o Jahre lang aus den Arbeitern Profit zu schinden. Inzwischen geht er daran, die Schichtarbeit auf den gesamten Betrieb auszudehnen.

b.stk. Neumünster. **Unter der Überschrift ,,Harte Männer tanzen in den Mai'' konnte man im ,,Schaufenster'' (Anzeigenblatt für Neumünster) vom 3.5.79 ein Loblied auf den Kolonialismus lesen.** Anlaß war das ,,Camarone-Fest'' der ,,Kameradschaft des Anciens Legionaires Etrangeres'', des Vereins ehemaliger Fremdenlegionäre. In der Schlacht von Camarone 1863 gelang es den mexikanischen Volksmassen, einen Trupp dieser von der französischen Kolonialmacht angeheuerten Mordbande zu vernichten, wobei die ,,Ehemaligen'' die Tapferkeit dieser Schurken, die sich nicht ergeben hatten, feierten. Zu dieser Feier war auch der französische Generalkonsul in Hamburg, Monsieur Thiebault, ,,ein älterer, fröhlicher Herr'', erschienen und rühmte sich, ,,mit Legionären Seite an Seite in Algerien'' gekämpft zu haben. Dafür durfte er dann einen Kupferstich mit dem ehemaligen französischen Wüstenfort in Algerien Sidi Bel Abbes enthüllen. Zur Unterstützung dieser imperialistischen Propaganda . Klar, daß sich keiner dieser Halunken namentlich nennen lassen will, die Volksmassen kennen die Geschichte dieser gekauften Mörder.

b.hee. **Wieder politischer Alltag, vermelden die ,,Kieler Nachrichten'' am 1. Mai. Es kann wieder übergegangen werden zu verschräfter Unterdrükkungs- und Plünderungstätigkeit.** Bei der Aufzählung der Schwerpunkte seiner Regierungstätigkeit hat Stoltenberg einen Knüppel gegen die Bauern vorzuweisen, der verschärftes Bauernlegen und Landraub zur Folge haben soll.

Der Knüppel heißt Umweltministerium in Kiel. Beifall wird er bekommen von Umweltschützern wie Loof und Leptin von der Ornithologischen Gesellschaft Schleswig-Holstein, die als fleißige Spitzel Gutachten anfertigen über ,,illegale Landnahme durch Bauern'' im Tetenhusener Moor. Untere Dienstebenen wie Bürgermeister sollen ihren Standpunkt aufgeben, die harte Kultivierungsarbeit der Bauern zu verteidigen, den Kampf gegen Gesetze zu unterstützen, die sich gegn die Bauern und ihre Existenz richten.

Den größten Teil des Tetenhusener Moores, ca. 1oo ha, hat sich der Staat direkt als Naturschutzgebiet unter den Nagel gerissen. Jetzt soll daran gegangen werden, den Bauern das Land zu nehmen, daß sie kultiviert und wirtschaftlich nutzbar gemacht haben. Tetenhusens Bürgermeister Sievers, der selber einen Hof mit Moorland bewirtschaftet, verteidigt die Landnahme der Bauern: ,,Erst kommen wir und dann die Vögel. Die Landnahme ist gerecht.''

Daß die Erklärung von Mooren zu Naturschutzgebieten direkt auf die Ruinierung der Bauern abzielt, zeigt eine Verordnung des Landrats Dr. Korthals (Schleswig-Flensburg) für die Gemeinden Lindewitt und Jörl: ,,Insbesondere ist es verboten, 1.Moorflächen in landwirtschaftliche Nutzflächen umzuwandeln oder durch Vieh beweiden zu lassen, 2.den Ausbau von Gräben und die Veränderung von Wasseransammlungen vorzunehmen,... 5.in den Gräben und Wasserflächen des Gebietes zu angeln und zu fischen, 6.Veränderungen der Bodengestalt und des Landschaftshaushaltes durch Abgrabungen, Aufschüttungen usw. ...auf einer Fläche von über 1oo m² vorzunehmen... 8. Standortfremde Pflanzen einzubringen.''

Arbeiten dieser Art will Korthals mit 3000 DM Geldstrafe ahnden, egal ob das Land im Besitz der Bauern ist oder des Staates. Im Umweltschutzministerium sollen diese Gesetze zentral gefaßt werden, um, wie es die Ornithologische Gesellschaft vorschlägt, den Bauern das Land gewaltsam zu nehmen. Die Bauern haben Loof und Leptin als Spitzel bezeichnet und führen ihre Arbeit weiter fort.

Daß die Erklärung von Mooren zu Naturschutzgebieten direkt auf die Ruinierung der Bauern abzielt, zeigt eine Verordnung des Landrats Dr. Korthals (Schleswig-Flensburg) für die Gemeinden Lindewitt und Jörl: ,,Insbesondere ist es verboten, 1.Moorflächen in landwirtschaftliche Nutzflächen umzuwandeln oder durch Vieh beweiden zu lassen, 2.den Ausbau von Gräben und die Veränderung von Wasseransammlungen vorzunehmen,... 5.in den Gräben und Wasserflächen des Gebietes zu angeln und zu fischen, 6.Veränderungen der Bodengestalt und des Landschaftshaushaltes durch Abgrabungen, Aufschüttungen usw. ...auf einer Fläche von über 1oo m² vorzunehmen... 8. Standortfremde Pflanzen einzubringen.''

Arbeiten dieser Art will Korthals mit 3000 DM Geldstrafe ahnden, egal ob das Land im Besitz der Bauern ist oder des Staates. Im Umweltschutzministerium sollen diese Gesetze zentral gefaßt werden, um, wie es die Ornithologische Gesellschaft vorschlägt, den Bauern das Land gewaltsam zu nehmen. Die Bauern haben Loof und Leptin als Spitzel bezeichnet und führen ihre Arbeit weiter fort.

b. Norderstedt: **An der Kreisberufsschule Norderstedt-Bad-Segeberg sollen in der Abteilung für Hauswirtschaft von je fünf Klassen in Norderstedt und Bad-Segeberg nur jeweils 2 in die zweite Ausbildungsphase übernommen werden.** Diese endet mit dem Realschulabschluß. Dies bedeutet z.B. für die 86 Schülerinnen in Bad-Segeberg, daß 46 von ihnen in das Berufsgrundbildungsjahr gesteckt werden sollen. Wenn es nach dem Willen des Schulleiters Junck geht, bekommen diese Schülerinnen die ,,Chance, den schönen Beruf der Löterin zu erlernen''. Die Eltern wehren sich gegen die Abqualifizierung der Ausbildung ihrer Kindr. Auf Intervention des Elternbeirates mußte die Schulleitung für das nächste Schuljahr eine Klasse mehr einrichten. Die Eltervertretung will sich aber damit nicht abspeisen lassen und fordert die Übernahme aller Schülerinnen in die zweite Ausbildungsphase.

b.clm.Flensburg. **Die Staatsschutzkammer Flensburg hat den Prozeß wegen Wehrkraftzersetzung gegen zwei Mitglieder des KBW eingestellt und die Anklage wegen Beschimpfung der BRD und Verächtlichmachung ihrer verfassungsmäßigen Ordnung an das Amtsgericht Husum verwiesen.** Das Gericht hat aus den Niederlagen in den letzten Prozeßversuchen gelernt. Die Staatsanwaltschaft hatte die Anklage zusammengezimmert, als sie noch hoffte, durch eine Prozeßwelle die SRK's außer Gefecht setzen zu können. Nach der Anklageschrift sollte das Verbreiten des Aufrufs ehemaliger Polizisten, Grenzschützer und Zeitsoldaten an beliebige Leute wegen Wehrkraftzersetzung unter Anklage gestellt werden. Mit dieser Anklage wollte Richter Sauer die Entscheidung über den weiteren Verlauf der Prozeßwelle

Lucia: Schließung des Betriebskindergartens wegen ,,hartem Wettbewerbsdruck''

b.sts. Am 31. Oktober soll der Betriebskindergarten der Lucia AG Lüneburg geschlossen werden. Für ca. 50 Beschäftigte bedeutet es, daß sie ihre Kinder erst einmal nicht unterbringen können, bzw. nur zu höheren Preisen. Beim Lucia-Kindergarten liegen die ,,Beiträge'' weit unter Stadttarif. Finden sie keinen neuen Platz für die Kinder, müssen sie mit der Arbeit aufhören und der für die Familie vorhandene Lohn sinkt ganz erheblich. Um die notwendigen Arbeitskräfte zur Ausbeutung zu erhalten, war Kapitalist Pfohe Mitte der 60er Jahre in der Hochkonjunktur gezwungen, einen Kindergarten einzurichten. Jetzt, bei Vorhandensein einer großen Reservearmee an Arbeitslosen – im April waren im Arbeitsamtsbezirk Lüneburg allein 1382 arbeitslose Frauen gemeldet – hofft Pfohe, den Kindergarten schließen zu können. Begründet wird es mit den steigenden Kosten für die Einrichtung und dem ,,harten Wettbewerbsdruck in der Branche''. 850000 DM ,,Zuschuß'' für 80 bis 90 Kinder sei zuviel. Es sind 850000 DM Lohnkosten, gezahlt für die Reproduktion der Ware Arbeitskraft, gezahlt für die Aufzucht des Nachwuchses der Arbeiterklasse. Es ist ein Teil der Werte, die die Beschäftigten bei Lucia durch ihre Arbeit geschaffen haben, die Pfohe jetzt zusätzlich einstreichen will. Die Gelder für den Kindergarten und das Personal sollen produktiv angelegt werden, freigesetzt für Rationalisierungen. Es seien jetzt schon verschiedene Maschinen angeschafft worden, die Arbeitskräfte überflüssig machen. So schätzt es eine Kollegin ein, mit der wir sprachen. Ein Angebot der Beschäftigten, ihre Beiträge für den Kindergarten zu erhöhen, sei abgelehnt worden. Von der Bourgeoisie als ,,sozialer Betrieb'' propagiert, mache es sich dann natürlich günstig, wenn bei Rationalisierungen keine Arbeiterinnen entlassen würden, sondern ,,freiwillig'' gingen, da sie ihre Kinder nicht unterbringen können. 1978 hat die Familie Pfohe eine rund 25%ige Dividende von 5,25 Mio. DM aus der Ausbeutung der ca. 1500 Beschäftigten gezogen. Das Aktienpaket befindet sich in der Hand von Hans und Lucia Pfohe und ihren vier Kindern mit je 3,3%. Erst ein Jahr davor sind als Dividende von über 71% 10,687 Mio. DM ,,ausgeschüttet'' worden, mit denen die Pfohes die Mehrheit der amerikanischen Salem Co. Inc. erworben haben, neben einer 41%igen Beteiligung der Lucia AG. Der Konzern umfaßt inzwischen neben dem Stammhaus und der amerikanischen Fabrik den Zwischenmeisterbetrieb Luciana Bekleidungswerk GmbH in Lüneburg, die Vertriebsgesellschaft Lecomte und das Tochterwerk in der Schweiz. Auf gut 250 Mio. DM ist der Konzernumsatz 1978 inzwischen gestiegen. Nur durch schärfste Ausbeutung konnte dieses Imperium aufgebaut werden. So ist der Anteil der Lohnkosten einschließlich der Sozialabgaben an den Gesamtausgaben von 1972 mit 32,04% auf 26,84% 1978 gesenkt worden. 1976 erklärte Hans Pfohe in einem Interview gegenüber der ,,Frankfurter Allgemeinen Zeitung'' stolz, daß sich ,,in dem volldurchrationalisierten Lüneburger Betrieb...die Pro-Kopf-Leistung in den letzten fünf Jahren auf mehr als 60000 DM verdoppelt'' habe. Der Lohnkostenanteil ist 1978 allerdings wieder höher als 1977 (24,91%). 3,6 Mio. DM mußten Pfohes 1978 an 'Gewinnbeteiligungen' gegenüber den Beschäftigten zugestehen, zugleich sind diese Gelder gestaffelt gezahlt worden, entsprechend der ,,Verantwortung'' im Betrieb, um die Spaltung der Belegschaft voranzutreiben. Diese 3,6 Mio DM heißt es jetzt wieder hereinholen.

1978 haben wir bei einer Untersuchung der Geschäftsberichte seit dem Jahr 72/73 in dieser Zeitung festgestellt, daß die Profitrate sinkt, also der Anteil der von den Beschäftigten neu geschaffenen Werte zu den schon vorhandenen. Diese Tendenz hat sich trotz der riesigen Dividenden weiter verschärft. Rund 16,5 Mio. DM beträgt der Gesamtprofit 1977/78 gegenüber 33,7 Mio. DM im Vorjahr. Dem entspricht ein Absinken der Profitrate von 70% auf ca. 30%. Dieses Sinken ist die Triebfeder für Lohnsenkung und Rationalisierung. Dagegen hilft nur der Kampf um den Lohn und um Lohnbestandteile wie die Aufrechterhaltung des Betriebskindergartens.

Abschluß eines gültigen Seeleutetarifvertrages nach dänischen Regeln!

b.clm. Nach hartnäckigen Kämpfen und mehreren Streiks hatten die dänischen Arbeiter der Fährlinie Röm-Sylt im März diesen Jahres gegen die dänische Reederei Lindinger rückwirkend Urlaubsgeld und Lohnzulagen erkämpft. Vor der Auszahlung meldete Lindinger Konkurs an und verkaufte zum 1. Mai an die Flensburger Förde-Reederei.

Seit Montag, den 30. April streikt das Fährpersonal erneut und fordert die Auszahlung von 250000 Kronen ausstehender Urlaubs- und Lohngelder, Übernahme des gesamten Personals sowie den Abschluß eines Tarifvertrages zwischen der dänischen Gewerkschaft HK und der Fördereederei. Die Reederei bietet einzelnen Kantinenarbeitern und Matrosen zwischen 1390 und 1900 DM brutto an, bei 14-tägiger Kündigungsfrist und vertraglich geregeltem Zwang zu beliebig vielen Überstunden. Vor der Übernahme verdiente ein Matrose 9000 Kronen brutto, das entspricht etwa 2000 DM netto, bei einer Arbeitszeit von 5 bis 12 Uhr und von 13.30 bis 24 Uhr an vier Tagen.

Am Mittwoch besetzten die Arbeiter die Vikingland, eines der beiden Schiffe der Linie und setzten so die Zahlung der noch ausstehenden 250000 Kronen durch. Das schafft ihnen soviel Raum, daß sie auf das Ultimatum der Polizei zur Räumung des Schiffes eingehen können und stattdessen die Zufahrt zum Anleger sperren, um die Fördereederei zum Abschluß des geforderten Tarifvertrages zu zwingen.

Der Streik findet große Unterstützung. Die Leute aus dem Dorf Havneby versorgen die Streikposten mit Essen, nehmen Seeleute, die aus Aarhus für jeweils drei Tage zur Unterstützung kommen, auf. 15 Jugendliche aus Münster nehmen am Bau von Barrikaden teil und verstärken die Streikposten. Die meisten Fahrgäste, Deutsche wie Dänen, tragen sich in Solidaritätslisten ein und kehren von alleine wieder um.

Am Freitag fahren vier Mannschaftswagen der Polizei durch die Sperren, bringen sechs spanische Matrosen, einen dänischen Kapitän und einen dänischen Steuermann auf die Vikingland, die sofort ohne weiteres

die Pfohe jetzt zusätzlich einstreichen will. Die Gelder für den Kindergarten und das Personal sollen produktiv angelegt werden, freigesetzt für Rationalisierungen. Es seien jetzt schon verschärfste Ausbeutung konnte dieses Imperium aufgebaut werden. So ist der Anteil der Lohnkosten einschließlich der Sozialabgaben an den Gesamtausgaben von 1972 mit 32,04% auf ist die Triebfeder für Lohnsenkung und Rationalisierung. Dagegen hilft nur der Kampf um den Lohn und um Lohnbestandteile wie die Aufrechterhaltung des Betriebskindergartens.

Abschluß eines gültigen Seeleutetarifvertrages nach dänischen Regeln!

b.clm. Nach hartnäckigen Kämpfen und mehreren Streiks hatten die dänischen Arbeiter der Fährlinie Röm-Sylt im März diesen Jahres gegen die dänische Reederei Lindinger rückwirkend Urlaubsgeld und Lohnzulagen erkämpft. Vor der Auszahlung meldete Lindinger Konkurs an und verkaufte zum 1. Mai an die Flensburger Förde-Reederei.

Seit Montag, den 30. April streikt das Fährpersonal erneut und fordert die Auszahlung von 250000 Kronen ausstehender Urlaubs- und Lohngelder, Übernahme des gesamten Personals sowie den Abschluß eines Tarifvertrages zwischen der dänischen Gewerkschaft HK und der Fördereederei. Die Reederei bietet einzelnen Kantinenarbeitern und Matrosen zwischen 1390 und 1900 DM brutto an, bei 14-tägiger Kündigungsfrist und vertraglich geregeltem Zwang zu beliebig vielen Überstunden. Vor der Übernahme verdiente ein Matrose 9000 Kronen brutto, das entspricht etwa 2000 DM netto, bei einer Arbeitszeit von 5 bis 12 Uhr und von 13.30 bis 24 Uhr an vier Tagen.

Am Mittwoch besetzten die Arbeiter die Vikingland, eines der beiden Schiffe der Linie und setzten so die Zahlung der noch ausstehenden 250000 Kronen durch. Das schafft ihnen soviel Raum, daß sie auf das Ultimatum der Polizei zur Räumung des Schiffes eingehen können und stattdessen die Zufahrt zum Anleger sperren, um die Fördereederei zum Abschluß des geforderten Tarifvertrages zu zwingen.

Der Streik findet große Unterstützung. Die Leute aus dem Dorf Havneby versorgen die Streikposten mit Essen, nehmen Seeleute, die aus Aarhus für jeweils drei Tage zur Unterstützung kommen, auf. 15 Jugendliche aus Münster nehmen am Bau von Barrikaden teil und verstärken die Streikposten. Die meisten Fahrgäste, Deutsche wie Dänen, tragen sich in Solidaritätslisten ein und kehren von alleine wieder um.

Am Freitag fahren vier Mannschaftswagen der Polizei durch die Sperren, bringen sechs spanische Matrosen, einen dänischen Kapitän und einen dänischen Steuermann auf die Vikingland, die sofort ohne weiteres
Personal und ohne Fahrgäste den Hafen unter zypriotischer Flagge verläßt. Einziger Erfolg der Reederei: statt der Vikingland liegt jetzt die Westerland fest, und die Unterstützung der Streikposten wird verstärkt.

Am Samstag werden in Husum und Flensburg über 40 DM an Streikunterstützung gesammelt. Die dänischen Fährleute sind entschlossen, bis zu einem Erfolg zu kämpfen. Unterstützung von den Arbeitern des Lister Hafens und der Flensburger Fördereederei wird sie bestimmt stärken.



jetzt lieber nicht mehr suchen. Beim nächsten Prozeß Anfang Juni hofft er, bessere Bedingungen vorzufinden.

b. Hamburg. **Seit 2 Jahren müht sich die Bremer Justiz mit dem Auftrag des Senats herum, die Teilnehmer an den Fahrpreiskämpfen 1977 zu verurteilen.** Durchschlagender Erfolg war ihr nicht beschieden. Verlauf und Ergebnis der Prozesse entspricht keineswegs dem, was der Senat vorhatte. Seine Schwierigkeiten bestehen darin, daß in den Prozessen die Notwendigkeit des Kampfes gegen das staatliche Ausplünderungsprogramm nachgewiesen wird, was Zersetzung der Justiz bewirkt hat, und daß weder die angeblich genötigten Straßenbahnfahrer noch die einfachen Polizisten als Zeugen in den Prozessen den Angriff auf die Kampfrechte der Volksmassen mitmachen.

In dieser Lage ist die Justiz zu verschärfter Reaktion geschritten. Das Verfahren gegen R.Bücking wurde nach §105 StGB als Staatsschutzverbrechen an das OLG Hamburg verwiesen wegen Nötigung der Landesregierung, worauf 1 bis 1o Jahre Gefängnis steht. Zuletzt hat die Bourgeoisie versucht, diese Vorsschrift 1952 gegen den Kampf gegen das BVG anzuwenden, es dann aber nicht wagen können. Nach dem Willen des Bremer Senats wäre dieser Paragraf auf jede Demonstration gegen erklärte Ziele der Regierung anwendbar.

Dagegen muß der Kampf geführt werden. Der Prozeß gegen R. Bücking muß eingestellt werden!

b.chg.Flensburg. **Nachdem der Prozeß, den der Bauer Paulsen aus Dörpum-Feld gegen den Landhandel Nord wegen Betrugs um 150 dz Roggen geführt hat, in erster Instanz abgeschmettert worden war, sollte jetzt in 2. Instanz vor dem Landgericht Flensburg verhandelt werden.** Schon zu Beginn des Prozesses wurde klar, wessen Interessen das Gericht vertrat: Die Aussagen von Bauern aus Paulsens Dorf, die bezeugten, daß er mehr Roggen an den Landhandel abgeliefert hatte, als ihm angerechnet wurde, waren für den vorsitzenden Richter ,,nicht verwertbar''. ,,Der Nachbar kann durchaus einen guten Ertrag erzielt haben, deshalb bedeutet das noch lange nicht, daß Herr Paulsen genauso viel hatte,'' schmiß er die Zeugen weg. Er besaß die Unverschämtheit, dem Bauern Paulsen Selbstverschulden vorzuwerfen: ,,Ich habe mich in meinem Bekanntenkreis erkundigt, da ist es in der Landwirtschaft üblich, daß einer aus dem Betrieb mitfährt und kontrolliert.'' Man kann sich denken, welche landwirtschaftlichen Bekannten der Richter hat. Der Prozeß wurde kurzerhand eingestellt und kann nur wieder aufgerollt werden, wenn der Streitwert über 40000 DM liegt, eine feine Absicherung für Landhandelskapitalisten und Großagrarier! Der Zusammenschluß der Bauern gegen den Landhandel Nord ist damit nicht vom Tisch und der Fall noch lange nicht zuende!

b.uwh. **Mit einer Resolution fordern die Anwälte der Hanseatischen Anwaltskammer die Bundesregierung auf, das Kontaktsperregesetz sowie die Gesetze vom 8.8.76, 14.4.78 und 5.10.78 aufzuheben.** Dabei handelt es sich um Anordnung der U-Haft ohne Haftgrund, Überwachung des Schriftverkehrs, Verteidigerausschluß, polizeiliche Durchsuchungen, Erweiterung der erkennungsdienstlichen Behandlung sowie anderen Schikanen. Die Anwälte schreiben, daß eine ,,wirksame Verteidigung'' dadurch ,,nicht mehr möglich'' sei.

Trotz der verschiedenen Zwangsanstalten wird der Staat mit der Rebellion der Jugend nicht fertig

b.stk. In der vor kurzem veröffentlichten Kriminalitätsstatistik der Stadt Neumünster muß die Bourgeoisie einen Zuwachs an Straftaten um 21,1% gegenüber 1976 vermelden. 45,8% aller Tatverdächtigen sind Kinder und Jugendliche. 71,2% aller Straftaten sind Eigentumsdelikte, allein 20% Fahrrad- und Mopeddiebstähle. Die Fälle von „Widerstand gegen die Staatsgewalt" sind von 34 1977 auf 51 1978 angestiegen. Neumünster hat damit, bezogen auf die Einwohnerzahl, die höchste Kriminalität in Schleswig-Holstein. Angst und bange wird der Bourgeoisie, daß ihre Ausbeuter- und Unterdrückerordnung, festgelegt in Tausenden von Gesetzestexten, so schmählich mißachtet wird.

So wird denn auch die Meldung mit der Kriminalitätsstatistik ergleitet durch den Ruf nach mehr Polizeibeamten. Vor allem mehr „Bürgernähe" der Polizei sei notwendig. Letztes Jahr ist im Stadtteil Wittorf eine Außendienststelle mit zwei Polizeibeamten und einem ihrer Bluthunde eingerichtet worden. Angeblich sei die Kriminalität dort um 20% gesunken.

Daß die Bourgeoisie gerade die Jugend nicht zur Unterwerfung zwingen kann, bereitet ihr große Sorgen. Besitzen die Jugendlichen doch die Unverschämtheit, sich das Fahrrad oder Moped, das sie nicht bezahlen können (ein Moped kostet über 2000 DM), einfach zu nehmen. Die Empörung der Bourgeoisie betrifft weniger die geklauten Mopeds als die Mißachtung des Eigentumsrechts, auf dem ihre ganze Ausbeuterordnung beruht. Und daß sich die Jugendlichen nicht einfach abführen lassen, wenn sie mal erwischt werden, sondern auch noch „Widerstand gegen die Staatsgewalt" begehen, ist für sie noch bedrohlicher.

Um die Jugend unter die Knute zu kriegen, hat sie deshalb einen riesigen Unterdrückungsapparat aufgebaut. In Neumünster befindet sich die Jugendvollzugsanstalt mit 650 Plätzen. Weil die Jugendlichen sich das Recht herausnehmen, das Gefängnis zu verlassen, ohne vorher zu fragen, hat sie letztes Jahr die Mauern des Jugendknastes mit einem NATO-Stacheldrahtzaun versehen, damit keiner mehr abhauen kann. Ein Hungerstreik im letzten Jahr zeigt, daß sich die Jugendlichen auch innerhalb des Knastes zur Wehr setzen. Und damit die jugendliche Arbeitskraft auch im Knast zur Profitproduktion herangezogen werden kann, gibt es zahlreiche „Freigänger", die tagsüber rausgelassen werden und für einen Spottlohn bei einem Kapitalisten „arbeiten" dürfen, meistens auf dem Bau. Resozialisation nennt das die Sozialdemokratie.

Die Landesregierung plant jetzt, in Moltsfelde in der Nähe von Neumünster einen zweiten Jugendknast mit weiteren 350 Plätzen zu bauen. Das bedeutet, daß noch mehr Jugendliche eingesperrt werden sollen. Die SPD ist gegen dieses Projekt, weil „Mammutanstalten" für Jugendvollzug ungeeignet seien. Der SPD-Landtagsabgeordnete Gert Börnsen, Mitglied des Anstaltsbeirats der Justizvollzugsanstalt Neumünster, fordert den Bau kleiner, differenzierter Vollzugsanstalten mit je 80 bis 100 Plätzen, über das ganze Land verteilt. Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen fordert, man müsse zweigleisig fahren durch Reformen innerhalb und außerhalb des Vollzugs, sprich die Unterdrückungstätigkeit und Bespitzelung durch Jugendämter und Erziehungsheime soll weiter ausgebaut werden.

Die Stadt Neumünster plant dafür einen Verwaltungsneubau, um Jugendamt, Schulamt, Sozialamt, Ordnungsamt usw. in einem Gebäude zusammenzufassen. 1976 hat das Jugendamt Neumünster in 1519 Fällen „Erziehungshilfe" geleistet und in 701 Fällen Jugendgerichtshilfe. In fünf Erziehungsanstalten, eine von der Stadt Neumünster, zwei vom Diakonischen Amt und zwei vom Internationalen Bund für Sozialarbeit, sind über 100 Jugendliche eingesperrt.

Doch auch mit dem Ausbau ihres Polizeiapparates kann die Bourgeoisie die Rebellion der Jugend nicht ersticken. Mit der im Imperialismus gesetzmäßigen Akkumulation des Elends der lohnabhängigen Massen, die in Neumünster besonders hoch ist durch eine große industrielle Reservearmee (6,3% Arbeitslose im Februar 79), durch einen hohen Anteil Arbeiterbevölkerung an der Gesamtbevölkerung und einen hohen Anteil ausländischer Arbeiter, wächst auch die Kriminalität und damit die Aufblähung des imperialistischen Staatsapparats.

Angst hat die Bourgeoisie aber nicht nur vor der spontanen Rebellion der Jugend, sondern vor allem vor dem wachsenden Bewußtsein der Jugendlichen über die Ursachen ihrer elenden Lage. Daß dieses Bewußtsein rasch wächst, zeigen die Kämpfe der Jugend. Am landesweiten Schulstreik gegen den Schulgesetzentwurf der Landesregierung beteiligten sich über 1300 Schüler aus Neumünster und organisierten eine Demonstration durch die Innenstadt; auf der diesjährigen 1.Mai-Demonstration des DGB forderten die Krankenpflegeschüler des Friedrich-Ebert-Krankenhauses auf Transparenten die Streichung der Auszubildenden aus dem Stellenplan und die Zurücknahme der Lohnkürzung für Krankenpflegeschüler von 1977, der Kreisjugendausschuß des DGB forderte die Inspektionsrecht der Gewerkschaften in den Berufsschulen und hatte schon vorher die Forderung nach 12 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Wochentagen aufgestellt. Die Aktion Jugendzentrum führte ein Transparent mit der Forderung nach einem selbstverwalteten Jugendzentrum in der Köster'schen Fabrik mit. Fürwahr, Angst muß die Bourgeoisie haben.

zen die Jugendlichen doch die Unverschämtheit, sich das Fahrrad oder Moped, das sie nicht bezahlen können (ein Moped kostet über 2000 DM), einfach zu nehmen. Die Empörung der Bourgeoisie betrifft weniger die geklauten Mopeds als die Mißachtung des Eigentumsrechts, auf dem ihre ganze Ausbeuterordnung beruht. Und daß sich die Jugendlichen nicht einfach abführen lassen, wenn sie mal erwischt werden, sondern auch noch „Widerstand gegen die Staatsgewalt" begehen, ist für sie noch bedrohlicher.

Um die Jugend unter die Knute zu kriegen, hat sie deshalb einen riesigen Unterdrückungsapparat aufgebaut. In Neumünster befindet sich die Jugendvollzugsanstalt mit 650 Plätzen. Weil die Jugendlichen sich das Recht herausnehmen, das Gefängnis zu verlassen, ohne vorher zu fragen, hat sie letztes Jahr die Mauern des Jugendknastes mit einem NATO-Stacheldrahtzaun versehen, damit keiner mehr abhauen kann. Ein Hungerstreik im letzten Jahr zeigt, daß sich die Jugendlichen auch innerhalb des Knastes zur Wehr setzen. Und damit die jugendliche Arbeitskraft auch im Knast zur Profitproduktion herangezogen werden kann, gibt es zahlreiche „Freigänger", die tagsüber rausgelassen werden und für einen Spottlohn bei einem Kapitalisten

die Rebellion der Jugend nicht ersticken. Mit der im Imperialismus gesetzmäßigen Akkumulation des Elends der lohnabhängigen Massen, die in Neumünster besonders hoch ist durch eine große industrielle Reservearmee (6,3% Arbeitslose im Februar 79), durch einen hohen Anteil Arbeiterbevölkerung an der Gesamtbevölkerung und einen hohen Anteil ausländischer Arbeiter, wächst auch die Kriminalität und damit die Aufblähung des imperialistischen Staatsapparats.

Angst hat die Bourgeoisie aber nicht nur vor der spontanen Rebellion der Jugend, sondern vor allem vor dem wachsenden Bewußtsein der Jugendlichen über die Ursachen ihrer elenden Lage. Daß dieses Bewußtsein rasch wächst, zeigen die Kämpfe der Jugend. Am landesweiten Schulstreik gegen den Schulgesetzentwurf der Landesregierung beteiligten sich über 1300 Schüler aus Neumünster und organisierten eine Demonstration durch die Innenstadt; auf der diesjährigen 1.Mai-Demonstration des DGB forderten die Krankenpflegeschüler des Friedrich-Ebert-Krankenhauses auf Transparenten die Streichung der Auszubildenden aus dem Stellenplan und die Zurücknahme der Lohnkürzung für Krankenpflegeschüler von 1977, der Kreisjugendausschuß des DGB

Lohnausgleich in den unteren Lohngruppen ist notwendig

Vor 10 Tagen versammelten sich die Arbeiter von F31 (Ofenbau und Anodenreinigung) und forderten höheren Lohn.

Die tarifliche Lohnerhöhung ist noch gar nicht in Kraft, schon werden die innerbetrieblichen Lohnkämpfe weitergeführt. Es ist abzusehen, daß es nicht bei der Forderung einer Abteilung bleiben wird. Zu drückend ist die Lage und die 40 Pfennig Lohnerhöhung haben auch nicht genügend Luft geschafft.

Den Arbeitern im Ofenbau ging es nicht um weitere Erschwerniszulagen für bestimmte Arbeiten, sondern um die Erhöhung des Grundlohns. Das schafft Voraussetzungen dafür, daß sich die Abteilungen im innerbetrieblichen Lohnkampf besser unterstützen können. Geht es lediglich um Erschwerniszulagen für bestimmte Arbeiten in einer Abteilung, dann muß das die Abteilung meistens selbst ausfechten. Geht es um die Erhöhung des Grundlohns, ist die Vereinheitlichung der Abteilungen schon besser möglich und die Kräfte können besser entfaltet werden.

Bei der Führung innerbetrieblicher Lohnkämpfe müssen unseres Erachtens das Lohngefüge und die Lohnbestandteile untersucht werden, damit Forderungen aufgestellt werden können, welche die Abteilungen vereinheitlichen und man sich nicht in den verschiedensten Auseinandersetzungen um einzelne Bestandteile des Lohns zersplittert.

Grundsätzlich sind alle Löhne bei HAW aufgespalten in:
- den Tariflohn entsprechend der Tariflohngruppe
- die ständige Erschwerniszulage
- die Waschzeitzulage
- die jederzeit widerrufbare Ausgleichszulage
- die übertarifliche Zulage und
- die nicht ständigen Erschwerniszulagen.

Mit jedem einzelnen dieser Lohnbestandteile führt die Geschäftsführung Manöver durch, um die Löhne zwischen den Abteilungen und innerhalb der Abteilungen aufzusplitten. Eine Abteilung erhält eine Waschzeitzulage, eine andere nicht. Handwerker, die auf der Hütte arbeiten, kriegen Erschwerniszulagen; die Hüttenarbeiter, die im selben Dreck arbeiten kriegen sie nicht. Und so weiter, und so fort.

An den übertariflichen Lohnbestandteilen dreht die Geschäftsführung, um neueingestellten Arbeitern den Lohn zu drücken oder den Lohn für gleiche Arbeit aufzuspalten.

Die Spaltung der übertariflichen Lohnbestandteile geht bei der Lohngruppe II bis zu 1 DM die Stunde. Das ist der Unterschied zwischen dem Stundenlohn in der Gießerei und der Hütte. Dazwischen liegen die anderen Abteilungen, in denen vorwiegend Lohngruppe II vorherrscht.

Die Arbeiter von F31 haben gefordert, daß ihr Stundenlohn auf den Lohn der Hütte angehoben wird. Eine längst überfällige Forderung nicht nur für die Arbeiter des Ofenbaus.

Diese Forderung schafft die Voraussetzung, einige Spaltungen im Lohngefüge zu glätten, und verbessert damit auch die Bedingungen für die Führung des Tarifkampfes.

Der Tarifkampf bleibt nach wie vor der entscheidende Kampf gegen die dauernden Lohnsenkungen. Je früher die nächste Tarifrunde vorbereitet wird, desto besser. Es ist Zeit, den Kapitalisten an dieser Front eine Niederlage zu bereiten und ihnen die Rechnung für die Lohnsenkung der letzten Jahre vorzulegen.

Bauern sind gegen die Einmischung der Landwirtschaftskammer beim Betriebshilfedienst

b.erm. Auf ihrer Mitgliederversammlung des Betriebshilfsdienstes sparten die Stapelholmer Bauern nicht gerade mit „sanften" Bemerkungen gegenüber dem Vertreter der Landwirtschaftskammer Kiel, Pieper. Es ging darum, die komplizierten Steuergesetze zu umgehen. Zur Befriedigung des Andrangs zum Betriebshilfsdienst sollte ein zweiter Betriebshelfer eingestellt werden. Dazu sollte ein zweiter Verein gegründet werden für den gleichen Raum, denn ab 60000 DM Jahresumsatz muß statt 4% der volle Mehrwertsteuersatz bezahlt werden. Pieper bestand jedoch auf der strikten räumlichen Trennung des zweiten Vereins, was eine Teilung des Dorfes Erfde zur Folge hätte, sonst gäbe es keine Landes- und Kreiszuschüsse. Diese Erpressung haben die Bauern abgelehnt.

Auf Initiative von Bauern sind die Betriebshilfsdienste seit 1968 entstanden. 1968 war ungefähr der Zeitpunkt, wo Umfang und Kompliziertheit der Arbeit des Bauern ein Ausmaß erreicht haben, daß er bei Krankheit nicht einfach ersetzt werden kann durch einen Verwandten oder Nachbarn. Als erste in Schleswig-Holstein haben damals Bauern aus der Gegend um Bollingstedt Kreis Schleswig-Flensburg gemeinsam eine Facharbeitskraft eingestellt. Auf dem leichten Boden um Bollingstedt gibt es vorwiegend Klein- und Mittelbauern, die Milchkühe halten. Nur durch ständige Überarbeit können sie sich auf dem Hof halten. Bei Krankheit sind sie aufgeschmissen. Die Alterskasse, an die sie mtl. 66 DM Beitrag zahlen, hat bei Krankschreibung des Bauern auch Betriebshelfer zur Verfügung zu stellen. Die Bauern haben aber die Erfahrung gemacht, daß diese Betriebshelfer erst dann eingesetzt werden, wenn der Bauer halb oder ganz tot ist. Denn die Alterskasse hat viel zu wenig Betriebshelfer, obwohl sie neuerdings, um Lohn zu sparen und zu drücken, Zivildienstleistende eingestellt hat. Bei dem Urlaubseinsatz muß der Bauer für den 8,5-stündigen täglichen Einsatz 60 DM bezahlen. Zwischen 50 und 60 DM werden für den Urlaubseinsatz täglich zugeschosssen, aber nur unter Bedingungen. Die Landwirtschaftskammer führt die Oberaufsicht über die Vereine. Sie kann sogar die Förderung streichen lassen, wenn sie der Ansicht ist, daß die Bauern dem Betriebshelfer einen zu hohen Lohn zahlen.

Bauer und Betriebshelfer bemühen sich in der Regel um ein Verhältnis der gegenseitigen Unterstützung, nur, die Landwirtschaftskammer will das nicht.

Sie drückt den Betriebshelferlohn und unterstützt die Agrarkapitalisten, die Lohnunternehmer und Maschinenringe, die auch alle Mitglied von Betriebshilfsdiensten sein dürfen. Diese nehmen häufig den Betriebshelfer, um Spitzenzeiten zu überwinden. So hat der Gutsbesitzer Hamkens vom Gut Hoyerswort den Betriebshelfer vom Betriebshilfsdienst Eiderstedt tagelang zum Kornfahren in der Getreideernte eingesetzt, obwohl er noch andere Arbeitskräfte hatte, während die kleinen Bauern ihn dann zu ungünstigeren Zeiten nehmen mußten.

Die Betriebshilfsdienste sind zweifellos eine Form des Zusammenarbeitens von Bauern, was man unterstützen muß. Dazu müssen die Bauern die vollständige Selbstverwaltung ohne Einmischung durch die Kammer fordern und die vollständige Finanzierung durch den Staat.





Bauern sind gegen die Einmischung der Landwirtschaftskammer beim Betriebshilfedienst

b.erm. Auf ihrer Mitgliederversammlung des Betriebshilfsdienstes sparten die Stapelholmer Bauern nicht gerade mit „sanften" Bemerkungen gegenüber dem Vertreter der Landwirtschaftskammer Kiel, Pieper. Es ging darum, die komplizierten Steuergesetze zu umgehen. Zur Befriedigung des Andrangs zum Betriebshilfsdienst sollte ein zweiter Betriebshelfer eingestellt werden. Dazu sollte ein zweiter Verein gegründet werden für den gleichen Raum, denn ab 60000 DM Jahresumsatz muß statt 4% der volle Mehrwertsteuersatz bezahlt werden. Pieper bestand jedoch auf der strikten räumlichen Trennung des zweiten Vereins, was eine Teilung des Dorfes Erfde zur Folge hätte, sonst gäbe es keine Landes- und Kreiszuschüsse. Diese Erpressung haben die Bauern abgelehnt.

Auf Initiative von Bauern sind die Betriebshilfsdienste seit 1968 entstanden. 1968 war ungefähr der Zeitpunkt, wo Umfang und Kompliziertheit der Arbeit des Bauern ein Ausmaß erreicht haben, daß er bei Krankheit nicht einfach ersetzt werden kann durch einen Verwandten oder Nachbarn. Als erste in Schleswig-Holstein haben damals Bauern aus der Gegend um Bolling-

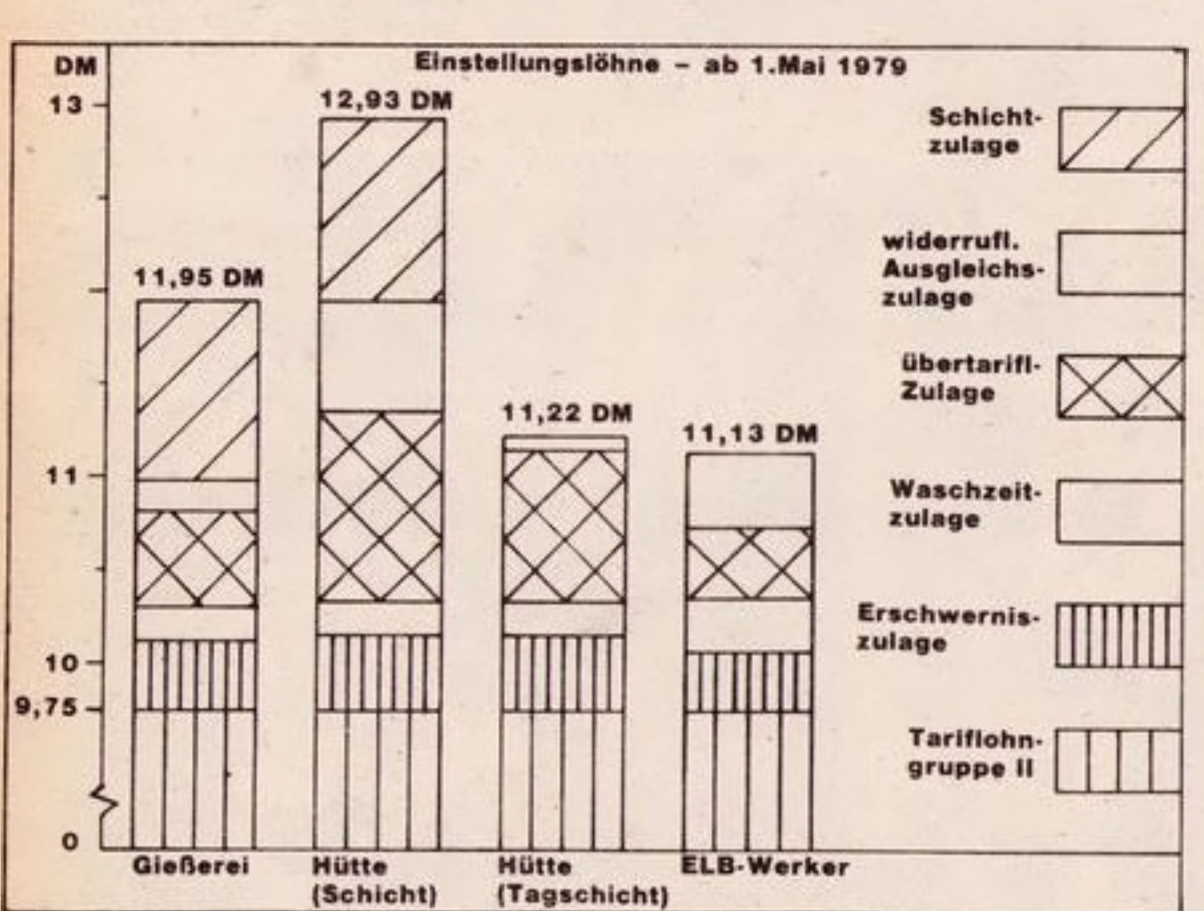
Verfügung zu stellen. Die Bauern haben aber die Erfahrung gemacht, daß diese Betriebshelfer erst dann eingesetzt werden, wenn der Bauer halb oder ganz tot ist. Denn die Alterskasse hat viel zu wenig Betriebshelfer, obwohl sie neuerdings, um Lohn zu sparen und zu drücken, Zivildienstleistende eingestellt hat. Bei dem Urlaubseinsatz muß der Bauer für den 8,5-stündigen täglichen Einsatz 60 DM bezahlen. Zwischen 50 und 60 DM werden für den Urlaubseinsatz täglich zugeschosssen, aber nur unter Bedingungen. Die Landwirtschaftskammer führt die Oberaufsicht über die Vereine. Sie kann sogar die Förderung streichen lassen, wenn sie der Ansicht ist, daß die Bauern dem Betriebshelfer einen zu hohen Lohn zahlen.

Bauer und Betriebshelfer bemühen sich in der Regel um ein Verhältnis der gegenseitigen Unterstützung, nur, die Landwirtschaftskammer will das nicht.

Sie drückt den Betriebshelferlohn und unterstützt die Agrarkapitalisten, die Lohnunternehmer und Maschinenringe, die auch alle Mitglied von Betriebshilfsdiensten sein dürfen. Diese nehmen häufig den Betriebshelfer, um Spitzenzeiten zu überwinden. So hat der Gutsbesitzer Hamkens vom Gut Hoyerswort den Betriebshelfer vom Betriebshilfsdienst Eiderstedt tagelang zum Kornfahren in der Getreideernte eingesetzt, obwohl er noch andere Arbeitskräfte hatte, während die kleinen Bauern ihn dann zu ungünstigeren Zeiten nehmen mußten.

Die Betriebshilfsdienste sind zweifellos eine Form des Zusammenarbeitens von Bauern, was man unterstützen muß. Dazu müssen die Bauern die vollständige Selbstverwaltung ohne Einmischung durch die Kammer fordern und die vollständige Finanzierung durch den Staat.

Zersplitterung der Löhne bei den Hamburger Aluminium-Werken



Die Spaltung der Arbeiter durch übertarifliche Lohnbestandteile in bald ebenso viele Löhne wie Arbeiter im Betrieb, geht z.B. bei der Lohngruppe II bis zu 1 DM je Stunde.

Kostendämpfung durch Diät

b.san. Ab Mitte April konnte man für 13 Tage die Kampagne „Schlank und fit in den Sommer" in den „Kieler Nachrichten" verfolgen. Neben dem Schlankheitsmenü war die Seite mit Artikeln gefüllt, die die entsprechende bürgerliche Ideologie in die Köpfe der Massen einhämmern sollen. Dick und gefräßig seien die Massen, die wahllos alles in sich hineinstopfen. Daran sähe man doch, wie gut es uns allen geht, schreit die Bourgeoisie.

Die Folgen der Profitproduktion machen dick: Das niedrige Lohnniveau, das dazu zwingt, immer stärker Lebensmittel schlechter Qualität, Kantinenessen mit Quellstoffen, die den Hunger für wenige Stunden unterdrücken, zu essen. Die Wurst wird immer fetter, das Brot wird immer wäßriger und die Milch sieht immer mehr nach gefärbtem Wasser aus.

Es ist erwiesen, daß durch Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit die Gesundheit der Arbeiterklasse ruiniert wird. Genauso ist es bei dem Übergewicht. Bluthochdruck, Magengeschwüre, Herzinfarkt sind die Folgen. Und hierfür versucht die Bourgeoisie die Massen für schuldig zu erklären. Es paßt ihnen überhaupt nicht, daß die Arbeiter durch häufige Arztbesuche, Krankheiten und Krankenhausaufenthalte in der Profitproduktion fehlen und die Versicherungskassen in Anspruch nehmen, die die Kapitalisten als ihr Eigentum betrachten.

Es ist eine Unverschämtheit der Bourgeoisie, in dieser Lage daherzukommen und zu sagen, man solle jetzt Diät halten und nur noch gute Sachen essen, die man sich normalerweise nicht leisten kann.

Die „Schlank-und-fit-Diät" schlägt wie die meisten Diäten viel Fleisch wie Hähnchenbrust, Schnitzel, gekochten und rohen Schinken vor. Außerdem darf man Krabben, Schollenfilets zu sich nehmen.

So eine Diät können die Massen finanziell nur dann verkraften, wenn sie eine Umverteilung innerhalb ihrer Reproduktion vornehmen. Dann werden einfach bestimmte Dinge nicht gekauft, wie z.B. eine Hose, und der Zwang zur Überstundenarbeit wird verstärkt. Dies kann man aber nur eine bestimmte Zeit durchhalten, denn eine Diät ist teurer als die normale Ernährung. Die ensprechende ideologisene Begleitmusik kam in den „Kieler Nachrichten" auf diesen 13 Seiten voll zum Klingen.

Man brauche viel Schlaf, heißt es da. Also werden Kneipe, Fernsehen und Feiern gestrichen. Nach der Arbeit abmarsch ins Bett, um für den nächsten Tag für die Profitproduktion fit zu sein. Ferner müßten die drei G's „Gute-Gesundheits-Gewohnheiten" mehr beachtet werden: Also z.B. eine Haltestelle früher aussteigen. Und somit wird der Arbeitstag, diesmal über den Arbeitsweg, verlängert. Oder man soll doch mehr Fahrrad fahren. Der Schmierfink der „Kieler Nachrichten" war sich nicht zu dreckig dazu, das Elend der Massen zu bejubeln, die immer häufiger gezwungen sind, mit dem Fahrrad zur Arbeit zu fahren.

Allein dadurch, daß man Diät lebt, ist man noch lange nicht gesund. Schon aus dem Aspekt, nicht dick werden zu wollen, braucht man einen höheren Lohn, um sich besser zu ernähren. Dieser Lohn darf aber nicht durch die Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit erkauft werden.

Wehners Umdenken

z.ges. Im ötv-magazin leitet Herbert Wehner vom 1. Mai zum 23. Mai über. Herbert Wehner macht sich „Gedanken zur Rolle der Gewerkschaften in der Republik". Als Motto hat er seinen Gedanken die Aufforderung vorangestellt: „Lernen und nicht verzweifeln". Worüber man nicht verzweifeln soll, ist aus dem Artikel so recht kaum erfindlich. Wehner scheint im Kopf zu haben, daß mit dem „Verfassungstag" auch der Tag näherrückt, an dem Karl Carstens ins höchste Amt der Republik gewählt werden soll. Daher der leicht elegische Ton der ersten Hälfte seiner Ausführungen und die langen Zitate Gustav Heinemanns: „Diese Ordnung ist gewiß kein Heilsplan, sondern wie alles irdische Tun nur unvollkommenes Menschenwerk. Ihre Würdigung kann auch nicht verschweigen, daß außerdem zwischen Verfassungsaussage und Verfassungswirklichkeit ein Graben herrscht." Im Grundgesetz wird das Eigentum garantiert, die Freiheit und die Gleichheit. Gleich sind die Menschen, weil alle als Eigentümer zählen,und sonst nichts zählen und frei sind sie, weil sie mit ihrem Eigentum machen können, was sie wollen, auch wenn sie keines haben. Als Eigentümer sind die Menschen frei und gleich, auch wenn der eine die Fabrik besitzt und der andere nur seine Arbeitskraft, die er dem Fabrikherrn verkaufen muß. Auf diesem Klassengegensatz beruht alle Abhängigkeit und Unterdrückung der bürgerlichen Gesellschaft. Menschenwerk? Sicher, deshalb kann man es ja ändern, statt die Verfassung, die diese Verhältnisse nur widerspiegelt, verwirklichen zu wollen. Sie ist die Verwirklichung der herrschenden Verhältnisse in Phrasen. Leuten wie Wehner und Heinemann gegenüber, die stets mit dem Hinweis auf die Kluft zwischen Verfassungswirklichkeit und Verfassungsaussage hausieren gehen, um einen mit der „Verfassungsaussage" über die Wirklichkeit der bürgerlichen Gesellschaft hinwegzutäuschen, hat Marx gemeint: „Ihnen ist zu antworten, daß der Tauschwert oder näher das Geldsystem in der Tat das System der Freiheit und Gleichheit ist und daß, was ihnen in der näheren Entwicklung des Systems störend entgegentritt, ihm immanente Störungen sind, eben die Verwirklichung der Gleichheit und Freiheit, die sich ausweisen als Ungleichheit und Unfreiheit. Es ist ein ebenso frommer wie dummer Wunsch, daß der Tauschwert sich nicht zum Kapital entwickle, oder die den Tauschwert produzierende Arbeit zur Lohnarbeit." Wehner will einem unter Berufung auf Heinemann das überflüssige Geschäft aufschwätzen, die Freiheit und Gleichheit der Verfassung zu verwirklichen, während sich diese Freiheit und Gleichheit auf Basis des Privateigentums an den Produktionsmitteln längst verwirklicht hat: in der Freiheit des Lohnarbeiters, der nichts besitzt als seine Arbeits-

ruht alle Abhängigkeit und Unterdrückung der bürgerlichen Gesellschaft. Menschenwerk? Sicher, deshalb kann man es ja ändern, statt die Verfassung, die diese Verhältnisse nur widerspiegelt, verwirklichen zu wollen. Sie ist die Verwirklichung der herrschenden Verhältnisse in Phrasen. Leuten wie Wehner und Heinemann gegenüber, die stets mit dem Hinweis auf die Kluft zwischen Verfassungswirklichkeit und Verfassungsaussage hausieren gehen, um einen mit der „Verfassungsaussage" über die Wirklichkeit der bürgerlichen Gesellschaft hinwegzutäuschen, hat Marx gemeint: „Ihnen ist zu antworten, daß der Tauschwert oder näher das Geldsystem in der Tat das System der Freiheit und Gleichheit ist und daß, was ihnen in der näheren Entwicklung des Systems störend entgegentritt, ihm immanente Störungen sind, eben die Verwirklichung der Gleichheit und Freiheit, die sich ausweisen als Ungleichheit und Unfreiheit. Es ist ein ebenso frommer wie dummer Wunsch, daß der Tauschwert sich nicht zum Kapital entwickle, oder die den Tauschwert produzierende Arbeit zur Lohnarbeit." Wehner will einem unter Berufung auf Heinemann das überflüssige Geschäft aufschwätzen, die Freiheit und Gleichheit der Verfassung zu verwirklichen, während sich diese Freiheit und Gleichheit auf Basis des Privateigentums an den Produktionsmitteln längst verwirklicht hat: in der Freiheit des Lohnarbeiters, der nichts besitzt als seine Arbeits-

kraft, über diese aber frei verfügen kann, indem er sie dem Kapitalisten verkauft, und in der Freiheit des Kapitalisten, der diese Arbeitskraft kauft oder auch nicht. „Wir bleiben in diesem unserem Leben an die relative Utopie einer besseren Welt gewiesen, die vernünftigerweise allein das Leitbild unseres Handelns sein kann."

Die Gewerkschaften sind die elementaren Organisationen der besitzlosen Proletarier und haben zunächst den Zweck, die Haut der Proletarier durch Einschränkung der Konkurrenz untereinander so teuer wie möglich zu verkaufen. Seit langem sah die Sozialdemokratie ihre Aufgabe darin, diese Organisationen der Lohnarbeit zum Garanten der Republik des Geldes zu machen. „Wenn im Monat Mai 30 Jahre Grundgesetz und Bundesrepublik Deutschland gewürdigt werden, dann sollte man nicht vergessen: Zu den lebenswichtigsten Errungenschaften der zweiten Republik gehören die Einheitsgewerkschaften. Sie zu hüten wie unsere Augäpfel, kann und muß aus den Erfahrungen der ersten Republik gelernt werden." Die Einheitsgewerkschaften als die „Augäpfel" der Republik des Geldes zu hüten? Das geht nicht. Was Wehner hüten will, ist die Kontrolle der Sozialdemokratie über die Einheitsgewerkschaften.

1933 hat die Finanzbourgeoisie, die die Republik des Geldes beherrschte, ihre Herrschaft mit dem Mittel des Faschismus verteidigt. Die Finanzbourgeoisie herrschte uneingeschränkt, die elementaren Organisationen der Arbeiter wurden zerschlagen und verboten, erst recht ihre revolutionäre Organisation. Es ist nach diesen Erfahrungen schwer, die Arbeiter auf die Republik des Geldes einzuschwören. Man muß schwindeln. Warum war die Arbeiterklasse 1918 nicht in der Lage, die Republik der Arbeit zu errichten? Weil sie von der Sozialdemokratie gespalten wurde und große Teile der Arbeiterbewegung durch die Sozialdemokratie beherrscht wurden. Der Sieg des Faschismus ist die Quittung für diese Niederlage der Arbeiterbewegung, und der Sieg des Faschismus konnte nicht verhindert werden, weil die Spaltung der Arbeiterbewegung, die der Republik des Geldes ins Leben verhalf, trotz des Generalangriffs der Finanzbourgeoisie auf die Arbeiterbewegung nicht überwunden werden konnte. Woran lag's? Wehner hat den Grund gefunden: „Worauf es 50 Jahre nach dem blutigen Mai in Berlin und 46 Jahre nach der Zerstörung der Gewerkschaften in Deutschland ankommt: Nicht zurückgleiten in den dialektischen Doktrinarismus eines mit Leninismus gewürzten angeblichen Marxismus." 1929 hatte ein sozialdemokratischer Polizeipräsident den 1. Mai in Berlin unter Ausnahmerecht gestellt und auf revolutionäre und kommunistische Arbeiter, die dennoch demonstrierten, schießen lassen. Am 1. Mai 1933 haben sozialdemokratische Gewerkschaftsführer versucht, den Ausgleich zur Hitlerregierung zu finden und zu den Maidemonstrationen der Nazis aufgerufen. Am 2. Mai hat die SA die Gewerkschaftshäuser besetzt. „Doch Selbsterkenntnis genügt nicht, wenn aus ihr nicht Um-

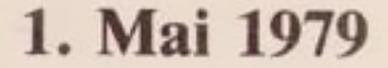
schwer, die Arbeiter auf die Republik des Geldes einzuschwören. Man muß schwindeln. Warum war die Arbeiterklasse 1918 nicht in der Lage, die Republik der Arbeit zu errichten? Weil sie von der Sozialdemokratie gespalten wurde und große Teile der Arbeiterbewegung durch die Sozialdemokratie beherrscht wurden. Der Sieg des Faschismus ist die Quittung für diese Niederlage der Arbeiterbewegung, und der Sieg des Faschismus konnte nicht verhindert werden, weil die Spaltung der Arbeiterbewegung, die der Republik des Geldes ins Leben verhalf, trotz des Generalangriffs der Finanzbourgeoisie auf die Arbeiterbewegung nicht überwunden werden konnte. Woran lag's? Wehner hat den Grund gefunden: „Worauf es 50 Jahre nach dem blutigen Mai in Berlin und 46 Jahre nach der Zerstörung der Gewerkschaften in Deutschland ankommt: Nicht zurückgleiten in den dialektischen Doktrinarismus eines mit Leninismus gewürzten angeblichen Marxismus." 1929 hatte ein sozialdemokratischer Polizeipräsident den 1. Mai in Berlin unter Ausnahmerecht gestellt und auf revolutionäre und kommunistische Arbeiter, die dennoch demonstrierten, schießen lassen. Am 1. Mai 1933 haben sozialdemokratische Gewerkschaftsführer versucht, den Ausgleich zur Hitlerregierung zu finden und zu den Maidemonstrationen der Nazis aufgerufen. Am 2. Mai hat die SA die Gewerkschaftshäuser besetzt. „Doch Selbsterkenntnis genügt nicht, wenn aus ihr nicht Um-

denken wird", sagt Wehner. Das Ergebnis Wehnerschen Umdenkens kennt man: Einschwören der Gewerkschaften auf die Republik des Geldes, unbedingte Kontrolle der Gewerkschaften durch die Sozialdemokratie. Aber genau das hat die Arbeiterbewegung in die Niederlage geführt.





Bild oben: Block der Eisenbahnarbeiter in London / Unten: Metallarbeiter auf der Demonstration in Kopenhagen



1. Mai 1979

Fast 205000 Gewerkschaftsmitglieder haben an den Maiveranstaltungen, Maidemonstrationen und Maikundgebungen des DGB in der Bundesrepublik und Westberlin teilgenommen. Das ist mehr als im letzten Jahr, wenn auch nicht viel mehr. Die größten Demonstrationen und Kundgebungen fanden in Westberlin, Hamburg, Bremen, Hannover, Essen, Köln, Frankfurt (Bild oben), Mannheim, Stuttgart und München statt. Die Arbeiterbewegung entwickelt Elemente eines Aktionsprogramms für den Kampf gegen die dauernden Lohnsenkungen, für den Kampf um Arbeiterrechte und Demokratie. Auffällig ist aber, daß dabei sichtbare Fortschritte vor allem in den kleineren und jüngeren Gewerkschaften gemacht werden, während die Bewegung in den großen Industriegewerkschaften langsamer vorankommt. Ein Europatag wurde dieser 1. Mai jedenfalls nicht. Am 1. Mai konnte die Sammlung für die Druckeinrichtung der ZANU mit rund 485000 DM erfolgreich abgeschlossen werden. Die Maiveranstaltungen des KBW hatten 4335 Teilnehmer.









In *Teheran* demonstrierten mehrere 10000 Menschen unter Parolen wie „Arbeiter aller Länder vereinigt euch" und der Forderung nach Verstaatlichung der Schwerindustrie. In der *Türkei* sammelten sich trotz Ausnahmezustand in mehreren Provinzen und völliger Ausgangssperre allein in der Hafenstadt Izmir 30000; in Istanbul und Ankara gab es schwere Zusammenstöße zwischen Demonstranten und einem Massenaufgebot von Truppen, die mehr als 1000 Menschen verhafteten und mindestens 7 erschossen. In *Nicaragua* gab es vor allem in Leon heftige Straßenschlachten, nachdem die Nationalgarde des Somoza-Regimes u.a.

1. Mai konnte die Sammlung für die Druckeinrichtung der ZANU mit rund 485000 DM erfolgreich abgeschlossen werden. Die Maiveranstaltungen des KBW hatten 4335 Teilnehmer.

Bild oben: Block der Eisenbahnarbeiter in London / Unten: Metallarbeiter auf der Demonstration in Kopenhagen





Bild oben: Paris. 40000 beteiligten sich an den gewerkschaftlichen Demonstrationen / Bild unten: In Mailand demonstrierten über 100000



In *Teheran* demonstrierten mehrere 10000 Menschen unter Parolen wie „Arbeiter aller Länder vereinigt euch" und der Forderung nach Verstaatlichung der Schwerindustrie. In der *Türkei* sammelten sich trotz Ausnahmezustand in mehreren Provinzen und völliger Ausgangssperre allein in der Hafenstadt Izmir 30000; in Istanbul und Ankara gab es schwere Zusammenstöße zwischen Demonstranten und einem Massenaufgebot von Truppen, die mehr als 1000 Menschen verhafteten und mindestens 7 erschossen. In *Nicaragua* gab es vor allem in Leon heftige Straßenschlachten, nachdem die Nationalgarde des Somoza-Regimes u.a. Luftangriffe gegen die von der Sandinistischen Befreiungsfront angeführten Demonstrationen unternahm; es gab mehrere 100 Tote. In *Chile* wurde das von der Junta verhängte Verbot aller Maidemonstrationen durchbrochen mit den größten Arbeiterdemonstrationen seit dem Sturz Allendes 1973. Die Junta verhaftete mindestens 400 Demonstranten. Erstmals seit 1964 gab es wieder größere Maikundgebungen in *Brasilien* mit Forderungen nach gewerkschaftlicher Autonomie, Streikrecht und höheren Löhnen. In *Japan* ist der 1. Mai kein gesetzlicher Feiertag. Trotzdem beteiligten sich 7 Millionen Menschen an den Demonstrationen, davon allein 194000 in Tokio (Bild unten).

